G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gert Bastian
„Aspekte der Friedenspolitik"
Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung

Hans-Jochen Gamm
Über den amerikanischen Begriff der „Abschreckung"
Sozialpsychologische Reflexionen

Rudolf Hickel
„Haushaltsoperation '82"
Politisch-ökonomische Hintergründe

Frank Niess
In Zukunft nur noch ein Arbeitstag pro Woche?
Die Mikroelektronik und ihre sozialen Folgen

Jens Wolf
„Ich habe Angst. Alle haben sie Angst . . ."
Schwarze Arbeiter bei deutschen Unternehmen in Südafrika

Atomwaffenfreie Zonen (I) – Ausgewählte Dokumente

9'81

September 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1981

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1981 1025

KOMMENTARE UND BERICHTE

Ökonomie, Ökologie und Politik ..... *Jürgen Kuczynski* 1028

Bakteriologischer Krieg gegen Kuba? ..... *Horst-Eckart Gross* 1030

HAUPTAUFSÄTZE

„Aspekte der Friedenspolitik"
Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß
in der Darstellung der Bundesregierung ..... *Gert Bastian* 1033

Zehn Feststellungen zum nuklearen Kräfteverhältnis
im Europa der 80er Jahre ..... *Dieter S. Lutz* 1054

Über den amerikanischen Begriff der „Abschreckung"
Sozialpsychologische Reflexionen ..... *Hans-Jochen Gamm* 1057

„Haushaltsoperation '82"
Politisch-ökonomische Hintergründe ..... *Rudolf Hickel* 1062

Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen
das eigene Volk" (II)
Durch „Nach"rüstung zur Atommacht? ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 1079

Menschenrechte in der Türkei
Ein Jahr nach dem Putsch der NATO-Generale ..... *Rolf Geffken* 1096

In Zukunft nur noch ein Arbeitstag pro Woche?
Die Mikroelektronik und ihre sozialen Folgen ..... *Frank Niess* 1104

„Ich habe Angst. Alle haben sie Angst . . ."
Schwarze Arbeiter bei deutschen Unternehmen in
Südafrika ..... *Jens Wolf* 1121

ALTERNATIVEN

Thema: Atomwaffenfreie Zonen (I)
Ausgewählte Dokumente 1138

AKTUELLES LÄNDERSTICHWORT

Westsahara 1143

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Appell der Schriftsteller Europas vom 20. August 1981 (Wortlaut) 1145

Aufruf des DGB zum Antikriegstag 1981 (Wortlaut) 1146

Erklärung und „Kieler Aufruf" der SPD Schleswig-Holstein gegen die Neutronenbombe
vom 11. August 1981 (Wortlaut) 1147

Beschluß der FDP Schleswig-Holstein vom 15. August 1981 gegen die Neutronenbombe
(Wortlaut) 1148

Aufruf zum zweiten Forum der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine
Atomraketen in Europa" am 21. November 1981 in Dortmund (Wortlaut) 1149

„Sozialdemokratische Friedenspolitik auf dem Prüfstand" – Stellungnahme der Initiatoren
der Bielefelder Erklärung „Mut für eine bessere Zukunft!" (Auszug) 1151

Kultur- und bildungsfeindliche Pläne zur Steuererhöhung für Zeitschriften und Bücher –
Stellungnahmen 1151

Ökologie, Ökonomie und Politik

Eine Meldung aus den USA: Die Regierung Reagan hat kürzlich 34 gesetzliche Regelungen betreffend den Bau von Automobilen aufgehoben: Regelungen, die die Sicherheit der Autokonstruktion ebenso wie den Umweltschutz, etwa gegen Verbreitung von Gasen und Gestank, betreffen.

Warum? Um der völlig darniederliegenden Automobilindustrie auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung und der Sicherheit der Autofahrer zu helfen. Die Automobilindustrie wird nämlich durch die Aufhebung dieser ökologischen und Sicherheitsmaßnahmen beim Bau der Automobile 2,8 Mrd. DM einsparen.

Das ist eine neue Form der Subvention, die den Staat nichts kostet, die „nur" die Gesundheit der Bevölkerung schädigt, gefährliche Unfälle verursacht und mehr Gestank in Stadt und Land verbreitet.

Eine Meldung aus Mexiko: Die mexikanische Regierung hat die US-Regierung darüber informiert, daß amerikanische Firmen seit Jahren illegal giftige chemische Abfallstoffe nach Mexiko schmuggeln, um sie dort zu lagern, und so den hohen Kosten der Vernichtung dieser Stoffe in den USA zu entgehen.

So sieht die am Profit orientierte ökologische Praxis in der Welt des Kapitals aus!

Immer größere Bedeutung gewinnt die Problematik des Umweltschutzes, der Umweltschädigung und der Umweltverbesserung. Die Umweltlehre oder Ökologie zieht immer mehr Wissenschaftler in ihren Bann – Naturwissenschaftler ebenso wie Gesellschaftswissenschaftler. Die letzte Entscheidung über die praktische Lösung vieler ökologischer Probleme aber muß bei den Politikern liegen, denn es handelt sich um Objekte gewaltigen Ausmaßes, die riesige Summen kosten.

Manche schätzen zum Beispiel in der BRD, daß es an 250 Mrd. DM kosten würde, um die Binnen- und Küstengewässer – Flüsse und Seen, insbesondere den Rhein – dort wieder so in Ordnung zu bringen, daß Menschen und Fische und Pflanzen ungefährdet das Wasser genießen bzw. verarbeiten können. Abwässer von Fabriken usw. haben die Qualität des Wassers in hohem Maße zerstört.

Kollektive hervorragender Wissenschaftler haben solche Feststellungen getroffen und auch berechnet, wieviel höher bei unveränderter weiterer Verschmutzung die Kosten der Wiederherstellung in 10 Jahren sein würden. Wissenschaftler und Technologen haben auch auf Mittel gegen eine weitere Verschmutzung und für eine Verbesserung des Zustandes gesonnen und deren Kosten berechnet. Soweit so gut. Die Rechnung sieht dann etwa so aus: Mit einem Aufwand von jährlich 20 Mrd. DM lassen sich weitere Schäden vermeiden. Mit einem Aufwand von jährlich 30 Mrd. DM lassen sich, alle anderen Bedingungen als gleich vorausgesetzt, die bisher angerichteten Schäden in 25 Jahren völlig beseitigen.

Soweit ganz vereinfacht. Wie vereinfacht, zeigt sich schon daran, daß dabei die sekundären Folgen der Schäden, die das

Wasser am Boden, an Pflanzen und Tieren bereits angerichtet hat, noch gar nicht berücksichtigt sind, auch wohl kaum errechnet werden können, denn es handelt sich um eine Kettenreaktion, die auch den Menschen, der etwa die geschädigten Pflanzen als Nahrungsmittel genießt, und die Kinder, die er zur Welt bringt, erfaßt.

Doch ist das, was bisher bemerkt wurde, nicht nur sehr vereinfacht. Wir stehen überhaupt erst am Anfang der Problematik, die, soweit wie möglich, bisher vor allem von Naturwissenschaftlern und Technikern gelöst wird. Jetzt gesellt sich der Politökonom bzw. Volkswirtschaftler zu ihnen. Dieser sieht die Umweltschäden nämlich nicht als solche für sich und auch nicht die „Reparaturkosten" allein, sondern er setzt sie in Zusammenhang mit den Vorgängen, die die Schädigungen verursacht haben: Insbesondere was die durch die Wirtschaft, speziell durch die materielle Produktion, verursachten Schäden betrifft. Dabei betrachtet er der Einfachheit halber die Umwelt als nationalen Reichtum und die Produktion als Schöpfer nationalen Einkommens.

Er wird zum Beispiel folgende Rechnung aufmachen: Durch eine Steigerung der Produktion der chemischen Industrie um 10% wird der Wert des nationalen Einkommens in der BRD um rund 15 Mrd. DM erhöht. Gleichzeitig aber werden bei einer solchen Steigerung der Produktion unter den gegenwärtigen Umständen Umweltschäden im Werte von rund 20 Mrd. DM angerichtet. Das heißt, der Schaden am Nationalreichtum ist größer als der Nutzen am Nationaleinkommen. Von einem volkswirtschaftlichen Nutzen kann also nicht die Rede sein.

Genau die gleichen Berechnungen lassen sich auch für den einzelnen Betrieb machen. Das wirft dann natürlich die Frage der Effektivität des Betriebes auf. Kann man wirklich sagen, daß der Betrieb durch die Steigerung seiner Produktion und Produktivität der Wirtschaft Nutzen gebracht hat, wenn er zwar das Nationaleinkommen hat steigern helfen, gleichzeitig aber den Nationalreichtum um einen größeren Betrag geschädigt hat?

Solche Berechnungen für ganze Zweige gesellschaftlicher Tätigkeit, für einzelne Industrien und Betriebe zu machen, ist die Aufgabe des Volkswirtschaftlers (oder sollte es sein, denn es liegen noch wenige solche Berechnungen vor).

Jetzt aber muß der Politiker, der Minister etwa, in Funktion treten. Jetzt auch muß, wie Lenin es einmal in solchem Zusammenhang nennt, die Philosophie wirksam werden, die Weltanschauung, der Klassenkampf, die Haupttriebkraft, die gesellschaftliche Hauptaufgabe. Denn während man durchaus annehmen kann, daß es überall in der Welt, auch in der Welt des Kapitals noch, Naturwissenschaftler und Technologen, ja auch noch Volkswirtschaftler gibt, die sich um eine wahre Erfassung von Tatbeständen bemühen, ja, es auch Vertreter des Kapitals gibt, die an einer Erfassung der realen Tatsachen zu ihrer eigenen Kenntnisnahme interessiert sind, stehen die Politiker, die Entscheidungen über Umweltschutz und Umweltschädenbeseitigung fassen müssen, in der Welt des Kapitals im Dienste der Profitinteressen des Monopolkapitals und müssen sich in ihren Entscheidungen nach ihnen richten. In der Welt des Sozialismus dagegen darf es für die Führung von Partei und Staat nur eine Richtschnur geben: das Wohl des Volkes.

Wie es in der Welt des Kaptitals zugeht, haben wir einleitend angedeutet. Die Problematik wird, wenn kein starker Widerstand der fortschrittlichen Kräfte vorhanden ist, einfach und brutal gegen das Wohl des Volkes für den Profit der Monopole gelöst. Doch der Widerstand wächst eben – wenn auch ungleichmäßig in den verschiedenen Teilen der Welt des Kapitals –, und mehr und mehr Menschen erkennen, wie jedes Jahr der Fortexistenz des Kapitalismus der Menschheit ungeheuren Schaden gerade auch auf ökologischem Gebiete zufügt.

Unter diesen Umständen können auch die Politiker des Monopolkapitals nicht einfach Entscheidungen zu Gunsten des Profits fällen. Mehr und mehr sind sie gezwungen, entweder durch verstärkte entsprechende Manipulation die „öffentliche Meinung" zu beeinflussen oder auch in diesem oder jenem Fall ihr nachzugeben.

Im realen Sozalismus, das heißt heute: Im Sozialismus, der sich zum Wohle des Volkes entwickelt und gestaltet – in einer Welt, in der noch der Imperialismus mit allen Mitteln gegen ihn rüstet und kämpft, in diesem realen Sozialismus, stehen die Politiker, steht die Führung in Partei und Staat vor folgenden Überlegungen und Entscheidungen: Ihnen liegen einerseits die Berechnungen der Kosten der Umweltschäden und der Möglichkeiten ihrer Beseitigung vor, die die Naturwissenschaftler und Techniker gemacht haben. Ihnen liegen außerdem die Berechnungen der Volkswirtschaftler von Pluswerten beim Nationaleinkommen und Minuswerten beim Nationalreichtum vor. Die Politiker müssen jetzt Prioritäten setzen.

Erste Priorität ist der Schutz des Sozialismus, hat die Erhaltung des Friedens durch entsprechende Verteidigungskraft zu sein. *Wobei man auch ganz klar sehen muß, daß es keinen größeren Umweltschaden gibt als den durch einen Krieg verursachten! Ein Nuklearkrieg bedeutet die größte Umweltschädigung in der ganzen Geschichte der Menschheit.*

Unter dieser selbstverständlichen Voraussetzung, bei selbstverständlicher Anerkennung der Priorität der Erhaltung des Friedens und der Sicherung des Sozialismus ergeben sich dann folgende Fragen: Ist es berechtigt, zum Wohle der gegenwärtigen Generation in diesem oder jenem Teil der Wirtschaft das Nationaleinkommen auf Kosten des Nationalreichtums zu steigern? Und wenn, für wie lange? Darf man auch noch die nächste und übernächste Generation mit den Resultaten einer heute vielleicht negativen Bilanz zwischen Nationaleinkommen und Nationalreichtum belasten? Oder kann man der nächsten Generation vielleicht sogar eine weniger geschädigte Umwelt hinterlassen, also nicht nur schon gegenwärtig eine negative Bilanz verhindern, sondern auch eine positive Bilanz schaffen, das heißt, gleichzeitig das Nationaleinkommen und, wenn auch noch so wenig, den Nationalreichtum erhöhen?

Das sind nur grobe Umrisse für einige Hauptprobleme, die die Politiker in einem sozialistischen Lande unter den heutigen Verhältnissen beschäftigen.

Wer den Sozialismus aufbaut in der heutigen Welt, der hat zur Richtschnur das Wohl des Volkes, heute und morgen, in der gegenwärtigen Generation und den folgenden. Das Wohl des Volkes allgemein ebenso wie die Erhaltung seiner Umwelt im speziellen verlangen aber an allererster Stelle die Erhaltung des Friedens.

Daher ist auch verständlich, daß in den ökologischen Bewegungen der verschiedensten Art, die uns in der Welt des Kapitals begegnen, gerade auch der Kampf gegen Nuklearwaffen, allgemein der Kampf für den Frieden eine zunehmende Rolle spielen.

Jürgen Kuczynski

Bakteriologischer Krieg gegen Kuba?

Das Fernsehen berichtete in der Tagesschau, die Presse brachte die Nachricht auf die erste Seite: Am 26. Juli hatte Fidel Castro die USA beschuldigt, einen bakteriologischen Krieg gegen Kuba zu führen. Das Dementi der USA kam postwendend: Die Anschuldigung entbehrte jeder Grundlage. Damit war der Nachrichtenwert für die meisten unserer Medien er-

schöpft. Hat der kubanische Staats- und Parteichef unbeweisbare Behauptungen in den Raum gestellt, über die man nicht mehr sprechen braucht?

Tatsache ist, daß Kuba besonders in den letzten zwei Jahren von vier Seuchen heimgesucht wurde, die erhebliche Schäden angerichtet haben. Die Schweinepest raffte über 100000 Schweine dahin, es entstanden Engpässe in der Fleischversorgung. Dann befiel der Blauschimmel fast alle Tabakpflanzen, wodurch ein erheblicher Teil der Ernte ausfiel. Die Schäden waren so groß, daß praktisch der Export der Havanna-Zigarren zum Erliegen kam, und für die Versorgung der eigenen Bevölkerung Tabak importiert werden mußte. Erhebliche Deviseneinnahmen fielen aus, mit denen das Land fest gerechnet hatte. Als nächste Seuche breitete sich unter fast einem Drittel des Zuckerrohrbestandes der Zuckerrohrpilz aus, dadurch sind die größten Schäden entstanden. Denn es wurde nicht nur weniger Zucker produziert, sondern mit einem erheblichen Aufwand mußten Felder gesäubert und neu angepflanzt werden. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde in Kuba offen die Vermutung ausgesprochen, daß der CIA seine Hände im Spiel haben muß, denn daß zufällig gleich drei Seuchen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt ausbrechen, sei wohl etwas zu merkwürdig. Derartige Überlegungen wurden aber nicht in den kubanischen Medien geäußert, sondern nur in Gesprächen. Maßnahmen wurden jedoch ergriffen, so wurde beispielsweise das Betreten der Zuckerrohrfelder untersagt.

Anfang Juni griff eine neue Seuche um sich: das Dengue-Fieber. Innerhalb von nur sieben Wochen sind 273404 Menschen daran erkrankt, gestorben sind davon 113, darunter 81 Kinder. In einer riesigen Kampagne kämpft nun Kuba gegen die Epidemie und gegen den Träger des Virus, gegen die Mücke Aedes aegypti. Medikamente wurden importiert, Ärzte und Krankenpfleger in Schnellkursen für die Behandlung der Kranken besonders vorbereitet. Im Fernsehen werden von 8.00 Uhr morgens an zwei Stunden täglich Fernkurse über die Methoden zur Bekämpfung der Seuche und ihrer Träger ausgestrahlt. 13061 Personen arbeiten tagtäglich, um die Aedes aegypti in Kuba auszurotten. Allein in den ersten zwölf Monaten der Kampagne gegen die Seuche werden ca. 125 Mio.DM ausgegeben, über die Hälfte muß davon in Devisen aufgebracht werden. In den Massenmedien wird laufend darüber berichtet, was jeder einzelne Bürger tun muß, damit diese Kampagne Erfolg haben soll. So wird mit tatkräftiger Unterstützung der Komitees zur Verteidigung der Revolution jedes einzelne Haus in Kuba überprüft, ob noch mögliche Brutstätten für diese spezielle Mücke vorhanden sind. Denn es handelt sich dabei um eine sogenannte „Hausmücke", die also nicht auf den Feldern oder in Wäldern vorkommt, sondern ausschließlich innerhalb oder in der Nähe von menschlichen Wohnstätten.

Man wird zugeben, daß damit erhebliche Probleme für Kuba entstanden sind. Aber ist es überhaupt möglich, daß eine solche Seuche oder gar alle vier Seuchen künstlich hervorgerufen werden konnten? Aufschluß darüber geben Dokumente, die in den USA publiziert wurden und auf die sich Fidel Castro bei seinenr erwähnten Rede stützte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg forcierten die USA die Entwicklung bakteriologischer und chemischer Waffen. Speziell für bakteriologische Waffen wurde Fort Detrick in Maryland ausgebaut, wo 2500 Zivilisten und 500 Militär-Spezialisten an der Züchtung und Einsatzerprobung von Krankheitserregern und geeigneten Überträgern arbeiten. Für die Finanzierung wurden erhebliche Mittel bereitgestellt: Allein 1969 betrug das Budget 175 Mio.DM Dollar. Wenn auch nach Beendigung des Vietnam-Krieges nicht mehr so große Steigerungsraten in diesem Bereich festzustellen sind, so waren und sind derartige Waffen vorhanden und für den Einsatz bereit. Dies wird auch in den USA nicht bestritten, im Gegenteil: In allgemein zugänglichen Reports werden Vor- und Nachteile derartiger Waffen diskutiert. So wurde in einem Bericht der National Science Foundation 1969 darauf hingewiesen, daß ein Vorteil bakteriolo-

gischer Waffen darin bestehe, daß ihr Einsatz kaum nachzuweisen ist, da es sich um Krankheitserreger handelt, die in ähnlicher Form auch in der Natur vorkommen. Da aber Bakterien und Viren eingesetzt werden können, die durch Züchtung besonders wirksam bzw. besonders resistent gegen vorhandene Gegenmittel sind, könnten durch ihren Einsatz erhebliche Schäden hervorgerufen werden. Zur erreichbaren Wirkung heißt es ausdrücklich: Der massive Einsatz gegen Bevölkerungen ist in der Wirkung mit Kernwaffen vergleichbar.

Daß der Einsatz bakteriologischer Waffen auch in Friedenszeiten von den USA mindestens ernsthaft erwogen wurde, wird deutlich aus Dokumenten der US-Army, die am 29. Oktober 1980 erstmals zur öffentlichen Einsichtnahme freigegeben wurden. Danach wurde 1956 im großen Maßstab die Mücke Aedes aegypti für den Einsatz getestet. Mückenschwärme wurden aus Flugzeugen in großer Höhe freigegelassen, was sich als unproblematisch erwies. Danach wurden neue Zuchtanlagen gebaut. Konnten 1956 in Fort Detrick eine halbe Milliion Mücken pro Monat aufgezogen werden, so sollte die Ausschußkapazität auf 130 Mio. Mücken monatlich erhöht werden. Diese mit Gelbfieber infizierten Mücken sollten über der UdSSR freigelassen werden. So gesehen erscheint es als durchaus möglich, daß die Dengue-Epidemie absichtlich von den USA hervorgerufen wurde. In der Liste der „vorrätigen Krankheiten" in den USA-Arsenalen ist das Dengue-Fieber ausdrücklich aufgeführt.

Es gibt aber noch weitere Hinweise dafür, daß die Dengue-Epidemie in Kuba nicht zufällig entstanden ist. Die Aedes aegypti gab es auch früher in Kuba, und auch das Dengue-Fieber war bekannt, aber seit langer Zeit nicht als Epidemie aufgetreten. Die jetzige Epidemie wird von einem Virus verursacht, der bisher in Kuba völlig unbekannt war. Er ist agressiver und virulenter als der bekannte Dengue-Virus. Zu den üblichen Krankheitsmerkmalen wie Fieber, Erbrechen, Durchfall, Gelenkschmerzen wird nun – und das ist das Neue und Gefährliche – auch die Blutzusammensetzung aus dem Gleichgewicht gebracht. Damit wird die Krankheit lebensgefährlich. So mußten die kubanischen Ärzte sich auch auf diese neue Krankheit erst einstellen, neue Medikamente mußten eingeführt werden. Daß trotzdem die Seuche innerhalb weniger Wochen eingedämmt werden konnte, ist ein eindrucksvoller Beweis für die Leistungsfähigkeit des kubanischen Gesundheitswesens. Andererseits entsprechen diese neue Erscheinungen genau den Merkmalen bakteriologischer Waffen.

An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, wie inhuman auch heute noch die Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba ist. Während in Kuba Tausende von Erkrankten, und insbesondere Kinder, mit dieser Krankheit rangen, versuchte Kuba so schnell wie möglich Medikamente und Gegenmittel gegen die Aedes aegypti zu kaufen. In Mexiko gibt es ein Unternehmen, das zur Lieferung fähig war. Da diese Firma durch US-Kapital beherrscht wird, wurde die Lieferung der Medikamente untersagt. Bayer in Mexiko wollte liefern. Da jedoch ein in den USA produzierter Bestandteil im Bayer-Produkt enthalten ist, mußte der Export angemeldet werden – die Genehmigung wurde nicht erteilt. Schließlich mußten die benötigten Stoffe aus Europa eingeflogen werden – kostbare Zeit verging, erhebliche Kosten entstanden. Dies ist die konkrete Realität des US-Handels-Embargo 1981.

All diese Tatsache wurden von Fidel Castro dem kubanischen Volk mitgeteilt. Als wichtigste Konsequenz wurde ein Feldzug zur Ausrottung der Aedes aegypti eröffnet, um in Zukunft einen wichtigen Faktor biologischer Kriegsführung auszuschalten. Castro sprach aber auch aus, daß nicht wenige Kubaner, er selbst nicht ausgeschlossen, fest der Überzeugung sind, daß die Seuchen – und insbesondere die Dengue-Epidemie – vorsätzlich vom CIA in Kuba eingeführt wurden. Kann man es ihm verdenken? Kann man angesichts der Politik Reagans ihm nicht auch einen solchen Befehl zutrauen?

Horst-Eckart Gross

„Aspekte der Friedenspolitik"

Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung

Von Generalmajor a. D. Gert Bastian

Anderthalb Jahre nach dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 hat die Bundesregierung sich angesichts des stetig wachsenden Widerstands gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa zu einem außergewöhnlichen Schritt genötigt gesehen: „Zur Versachlichung der Diskussion" hat das Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung eine 88-seitige Broschüre mit dem Titel „Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses" veröffentlicht, dem Vernehmen nach in einer Startauflage von 100000 Exemplaren. (Bonn 1981, Schriftenreihe „Bürger-Informationen") Die aufwendig gestaltete Broschüre besteht in der Hauptsache aus einem Punkt-für-Punkt-Katalog, der in meist stark verkürzter, oft auch verfälschender Weise die als „Einwände" verharmlosten Argumente der Regierungskritiker darstellt und ihnen unter der Überschrift „Argument" ausführliche, meist vier- oder fünfmal länger geratene Bonner Rechtsfertigungsversuche entgegensetzt. (In der Manuskriptfassung der Regierungsbroschüre war noch, sachlicher, von „Argumenten" der Kritiker und „Gegenargumenten" der Regierung die Rede.)

Generalmajor a. D. Gert Bastian hat sich, wie die Presse bereits teilweise berichtete, die Mühe gemacht, den Argumentationskatalog der Bundesregierung Punkt für Punkt zu untersuchen und richtigzustellen. Nachstehend der vollständige Text seiner „Notwendigen Anmerkungen . . .", den General Bastian freundlicherweise für den Abdruck in den „Blättern" zur Verfügung gestellt und für den Druck durchgesehen hat. D. Red.

I. Allgemeine Bewertung

1. In einer Veröffentlichung der Bundesregierung „Aspekte der Friedenspolitik – Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses" wird nach einer Darlegung der unstrittigen Prinzipien westlicher Sicherheitspolitik versucht, die Brüsseler Beschlüsse vom 12. Dezember 1979 als folgerichtige Konsequenz dieser Politik darzustellen und die vielfältige Kritik an der beabsichtigten Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen in Europa zu widerlegen.

Dabei werden die Einwände der Kritiker meist unscharf, oft unvollständig und manchmal auch falsch wiedergegeben, ohne jede Begründung als bloße Behauptungen aufgeführt und nur kurz behandelt. Die Argumente der Bundesregierung für die „Nachrüstung" nehmen hingegen breiten Raum ein und enthalten ausführliche, meist recht einseitige Begründungen.

Durch den gesamten Text zieht sich zudem wie ein roter Faden die Tendenz, die Absichten und Handlungen der UdSSR zu überzeichnen und als alleinige Ursache des Wettrüstens darzustellen, Absichten und Handlungen des Westens demgegenüber als unvermeidliche Reaktionen zu bewerten und in ihrer Bedeutung für den Osten zu verschleiern.

Diese offensichtliche Diskrepanz sowohl in der Darlegung der Einwände gegen und der Gründe für eine „Nachrüstung" der NATO als auch in der Bewertung des Rüstungsverhaltens von Ost und West vermittelt den Eindruck von Unausgewogenheit und beeinträchtigt den Wert der Veröffentlichung als Beitrag zur Urteilsbildung.

2. Das Bestreben, die Schuld am entspannungsfeindlichen Wettrüsten allein der Sowjetunion anzulasten, wird vor allem dann deutlich, wenn in den verschiedensten Zusammenhängen immer wieder behauptet oder der Eindruck erweckt wird,
– die Rüstungsausgaben der UdSSR würden die USA weit übersteigen
– im Unterschied zur UdSSR habe die NATO mit Nuklearwaffen nicht aufgerüstet,
– insbesondere im eurostrategischen Bereich habe der Westen bisher darauf verzichtet, dem ständig wachsenden sowjetischen Mittelstreckenpotential Gleichwertiges entgegenzusetzen,
– auch insgesamt gesehen würde zwischen den Supermächten ein Gleichgewicht bei Nuklearwaffen nicht bestehen.

Obwohl den nachfolgenden Ausführungen nicht vorgegriffen werden soll, muß schon hier generell festgestellt werden, daß

– die Rüstungsausgaben der USA die der UdSSR keineswegs unterschreiten, die Aufwendungen aller NATO-Staaten sogar erheblich über denen aller Warschauer Pakt-Länder liegen,
– alle gravierenden Rüstungsschritte in der nuklearen Rüstung vom Westen stets vor- und vom Osten mit oft großem zeitlichen Abstand nachvollzogen worden sind,
– im eurostrategischen Bereich das westliche Potential der Nuklearkräfte in und für Europa bei Einrechnung aller der NATO zur Verfügung stehenden Systeme dem sowjetischen Mittelstreckenpotential mindestens gleichwertig ist,
– bei den strategischen Nuklearwaffen die USA der UdSSR – trotz des in SALT II vereinbarten Gleichstandes – in der Zahl der Gefechtsköpfe stark überlegen sind.

3. Es erscheint daher notwendig, durch Hinweise auf die in der Broschüre der Bundesregierung verschwiegenen oder unrichtig dargestellten Sachverhalte den daraus resultierenden Fehlinformationen entgegenzuwirken, um eine angemessene Bewertung des Problems „Nachrüstung" unter den wichtigsten Aspekten zu ermöglichen. Dazu sollen im Abschnitt II die im Papier der Bundesregierung behandelten „Einwände – Argumente" in dem zur objektiven Betrachtung notwendigen Umfang korrigiert und ergänzt werden. Damit werden zugleich auch die einseitigen Ausführungen zur Entstehung und Begründung des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 auf Seite 13 bis 19 der Broschüre widerlegt, weshalb sich ihre gesonderte Beantwortung erübrigt.

Da die behandelten Problemkreise sich manchmal überschneiden, sind Wiederholungen nicht immer zu vermeiden.

II. Einzelfeststellungen zu den angeführten „Einwänden" und „Argumenten"

1. Gleichgewicht

Begriff des Gleichgewichts

Der Standpunkt der Nachrüstungskritiker in dieser Frage wird vollkommen falsch dargestellt und auf die unzutreffende Behauptung reduziert, die Kritiker würden dem Westen eine Politik der Aufrüstung unter der Tarnung Gleichgewicht vorwerfen. So kann sich die im *Argument* breit ausgeführte Gleichgewichtstheorie solch unterstellter Polemik gegenüber als sachlich und schon deswegen in der Vorstellung der Leser

auch als überlegen präsentieren, obwohl sie den wirklichen Inhalt der Kritik überhaupt nicht berührt.

Diese Kritik richtet sich nämlich keineswegs gegen die Feststellung, daß Gleichgewicht friedenserhaltend wirkt, während grobes Ungleichgewicht Krisen erzeugen kann. Die Kritik richtet sich vielmehr allein gegen eine zu formale Auslegung des Gleichgewichtsbegriffs und gegen die u. a. auch daraus hergeleitete, unzutreffende Behauptung, das Gleichgewicht im eurostrategischen Bereich sei durch die sowjetische SS-20-Aufstellung verloren gegangen.

Nach Auffassung der Nachrüstungskritiker besteht das auch von ihnen bejahte Gleichgewicht immer dann, wenn beide Seiten gleichgewichtig fähig sind, sich der jeweils anderen Seite als unangreifbar darzustellen. Abgesehen davon, daß hierfür nicht allein militärische Fähigkeiten ausschlaggebend sind, könen sich deshalb auch die von beiden Seiten für geeignet gehaltenen Kriegsmittel nach Art und Anzahl stark voneinander unterscheiden, ohne daß deswegen das angestrebte Gleichgewicht beeinträchtigt werden würde. Das bedeutet in der Nachrüstungsfrage, daß landgestützte Mittelstreckensysteme der Sowjetunion gegenüber Westeuropa zur Vermeidung östlicher Überlegenheit keineswegs landgestützte Mittelstreckenwaffen der NATO in Europa erfordern, weil das eurostrategische Gleichgewicht durch zwar anders beschaffene, aber zur gleichwertigen Schadenswirkung fähige Nuklearwaffen des Westens ebenso gewährleistet werden kann. Tatsächlich ist es ja auch seit langer Zeit nach diesem Prinzip gewährleistet worden, und zwar unter bewußter Vermeidung eben jener Risiken, die sich aus landgestützten Systemen für dichtbesiedelte Länder zwangsläufig ergeben.

Die SS-20-Raketen eröffnen den Sowjets trotz aller Verbesserungen keine so grundsätzlich neuen Möglichkeiten der nuklearen Kriegsführung, daß der Westen sich zu einer grundsätzlich neuen Form der Gleichgewichtserhaltung – nämlich durch landgestützte Systeme – gezwungen fühlen müßte.

Gleichgewicht USA – UdSSR

Das *Argument* stützt sich erneut auf einen zu formalen Gleichgewichtsbegriff. Zudem beantwortet es nicht den Hauptinhalt der im *Einwand* nur unpräzise wiedergegebenen Kritik. Wenn man das Gleichgewicht zwischen den Supermächten nicht allein an der Zahl der nuklearen Systeme, sondern vor allem an der Fähigkeit mißt, die nukleare Gegenmacht mit weitgehender Verwüstung zu bedrohen und diese Verwüstung auch herbeizuführen, dann besteht in solcher Droh- und Zerstörungsfähigkeit zwischen Ost und West ein zum Frieden zwingendes Gleichgewicht. Dieses Gleichgewicht wird nicht beeinträchtigt, wenn eine Supermacht über die oben genannten Fähigkeiten hinausgehende Nuklearpotentiale anhäuft, solange die andere Supermacht von diesen Potentialen nicht entwaffnet werden kann und ihr eigenes Arsenal auf einem zur Vernichtung der Gegenmacht ausreichenden Stand hält, ohne indes ebenfalls Überkapazitäten bereitzustellen.

Aber selbst wenn man einen formalen, auf die Gleichwertigkeit der Daten, nicht der Fähigkeiten bedachten Gleichgewichtsbegriff zugrunde legt, ist die einleitende Feststellung im *Argument*, „ein Gleichgewicht bei Nuklearwaffen besteht insgesamt nicht", keinesfalls haltbar. Bei den strategischen Waffen besteht im Gegenteil eine so deutliche Überlegenheit in der letztlich entscheidenden Zahl nuklearer Gefechtsköpfe, daß allein damit die Überlegenheit der UdSSR bei landgestützten Mittelstreckensystemen mehr als ausgeglichen wird.

Nach einem von Dr. Theo Sommer in „Die Zeit" vom 17. April 1981 veröffentlichten Kräftevergleich bei strategischen Systemen beträgt diese Überlegenheit der USA derzeit rund 3200 Gefechtsköpfe. Andere Kräftevergleiche gehen von einer noch größeren Überlegenheit der USA aus.

Die im *Einwand* nur unvollständig angedeutete Kritik erstreckt sich jedoch gar nicht auf den Kräftevergleich, sondern auf die mit der „Nachrüstung" eintretende Verletzung des im SALT-II-Abkommen angestrebten Prinzips der gleichen Gefährdung. Ziel des Abkommens war es ja, zwischen den Supermächten einen annähernden Gleichstand bei eben jenen Systemen herzustellen, mit denen sich diese Mächte bisher allein gegenseitig bedrohen konnten. Das Abkommen wird jedoch fraglos zum einseitigen Vorteil der USA unterlaufen, wenn eine „Nachrüstung" den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gibt, die Sowjetunion künftig auch mit nuklearen Systemen zu bedrohen, die zwar formal nicht zu den von SALT II erfaßten strategischen Systemen zählen, jedoch wegen der mit ihnen zu bewirkenden Schäden für die UdSSR durchaus strategische Bedeutung haben. Auf diese Auswirkung der „Nachrüstung" wird im *Argument* leider nicht eingegangen.

Globales – regionales Gleichgewicht

Die im *Argument* erneut behauptete Gefährdung des globalen Gleichgewichts durch die sowjetische Überlegenheit bei landgestützten Mittelstreckenwaffen (= regionale Überlegenheit) wird, wie oben ausgeführt wurde, von den Tatsachen widerlegt.

In den anschließenden Ausführungen wird abermals verkannt, daß für die Wirksamkeit der Abschreckung nicht die Gleichartigkeit der Kriegsmittel, sondern allein die Gleichwertigkeit der Schäden ausschlaggebend ist, die mit den von beiden Seiten bereitgehaltenen, aus vielen Gründen unterschiedlichen Systemen angedroht werden können.

Auch für die gewünschte Koppelung der konventionellen, eurostrategischen und interkontinental-strategischen Systeme sind schon jetzt in jedem der drei Sektoren zweckentsprechende Potentiale vorhanden, wobei die NATO bisher bewußt auf landgestützte Mittelstreckenwaffen in Europa verzichtet und an ihrer Stelle auch für den eurostrategischen Bereich vor allem U-Boot-gestützte Systeme eingesetzt hat. Auf die abwegig begründete und darum tatsächlich unbegründete Nichtberücksichtigung eines Großteils dieser Systeme in den offiziellen eurostrategischen Kräftevergleichen (z. B. Weißbuch 1979) wird in Ziffer 5 eingegangen.

2. Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit

„Overkill"

Einwand und *Argument* gehen an den tatsächlichen Einwänden gegen die Beibehaltung von Overkill-Kapazitäten vorbei.

Solche Überkapazitäten in der nuklearen Rüstung werden ja nicht deshalb für sinnlos, ja gefährlich gehalten, weil sie zu einem Abschreckungskonzept führen würden, das auf der Drohung mit nuklearem Selbstmord basiert.

Das Problem der Glaubwürdigkeit einer Drohung, deren Ausführung mit der eigenen Vernichtung bezahlt werden müßte, stellt sich nämlich nicht erst im Zusammenhang mit Overkill-Kapazitäten, sondern in gleicher Weise bei jeder Art nuklearer Ab-

schreckung; also auch dann, wenn die Wirksamkeit der Abschreckung ohne jedes „zuviel" auf einem unerläßlichen Mindestmaß an Vergeltungsfähigkeit beruht.

Ebensowenig steht die im *Argument* ausgeführte Notwendigkeit, auf jeder Stufe einer möglichen Aggression zur glaubhaften Abschreckung fähig zu sein, mit der Fragwürdigkeit der in Ost und West vorhandenen Overkill-Kapazitäten in irgendeinem Zusammenhang.

Kritisiert wird ja nicht das zur glaubhaften Abschreckung erforderliche Mindestmaß an Nuklearwaffen und deren zweckmäßige, den verschiedenen Eskalationsstufen entsprechende Sortierung. Kritisiert wird allein das weit über diese Notwendigkeit hinausgehende Anhäufen von Nuklearwaffen, welches erst zum „Overkill" führt.

Dabei geht die Kritik davon aus, das solche Overkill-Kapazitäten

– militärisch sinnlos sind, weil eine Vervielfachung der Vernichtungsdrohung kein „mehr" an Abschreckung ergibt,
– wegen ihrer offensichtlichen Unsinnigkeit im vorgegebenen Zweck auf der Gegenseite zu Mutmaßungen über etwaige andere Absichten Anlaß geben und darum zu nicht wünschbarer Irritation führen,
– Mittel in Anspruch nehmen, deren Verwendung an anderer Stelle der militärischen und sozialen Verteidigung mehr Gewinn bringen würde.

Die Kritiker sind deshalb überzeugt, daß auch ein einseitiger Verzicht auf nukleare Überkapazitäten sinnvoll und ohne Erhöhung des Risikos möglich wäre.

Sie befinden sich dabei in voller Übereinstimmung mit George Kennan, der eben erst erklärt hat, daß beide Supermächte ohne langwierige Verhandlungen, notfalls auch einseitig, auf 50% ihrer nuklearen Potentiale verzichten könnten, weil dann jeder Seite immer noch ein Vielfaches des zur wirksamen Abschreckung Erforderlichen zur Verfügung stehen würde.

US-Nuklearstrategie (PD 59)

Das *Argument* entkräftet nicht die von Fachleuten im In- und Ausland vertretene Auffassung, daß Nuklearwaffen mit den von Wissenschaft und Technik gebotenen Möglichkeiten den Charakter von Kriegsführungsinstrumenten anzunehmen beginnen. Von Waffen also, die weniger zur Abschreckung durch die Androhung untragbarer Schäden als zum Führen und Gewinnen von Kriegen nach dem Muster traditioneller Kriegsvorstellungen geeignet sind.

Entsprechende Änderungen in der Doktrin für den Einsatz von Nuklearwaffen werden denn auch schon in der PD 59 erkennbar. Die darin enthaltenen Optionen für den Einsatz von Nuklearwaffen auf vorwiegend militärische Ziele führen weg von der im *Argument* beschriebenen Situation, in der jede Seite mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen die eigene Vernichtung riskiert. Sie lassen vielmehr eine Tendenz zur Minderung und Begrenzung dieses Risikos erkennen.

Da die anvisierten militärischen Ziele im Gegensatz zu den Zielen für Vergeltungsschläge großenteils beweglich sind und darum am wirksamsten bekämpft werden können, solange sie sich an den Orten ihrer Friedensstationierung befinden, bewirkt eine Änderung der Zielplanung zwangsläufig, daß ein Erstschlag vorteilhaft erscheinen kann und von der Gegenseite auch befürchtet werden wird.

Dies gilt erst recht, wenn es sich bei ortsfesten militärischen Zielen um Raketensilos handelt, deren Zerstörung nur vor dem Abfeuern der installierten Raketen sinnvoll ist.

Ausführlicher, als es hier dargestellt werden kann, begründet der eben bekannt gewordene neueste Jahresbericht des internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI), weshalb die neuen Nuklearwaffen und Einsatzdoktrinen von der Kriegsverhinderung durch Abschreckung zu Kriegsführung mit Nuklearwaffen überleiten. Der Bericht widerlegt die im Argument enthaltenen Aussagen und bestätigt in eindrucksvoller Weise die hier seit langem geäußerten Bedenken von Kritikern der nuklearen Rüstungsentwicklung. Die nach neuesten Meldungen von den USA nun doch eingeleitete Produktion von Neutronenwaffen weist in dieselbe Richtung und liegt in der Logik der befürchteten Entwicklung. Sind doch die vor allem gegen konventionelle Landstreitkräfte wirkenden Neutronenwaffen in besonderem Maß geeignet, die bisher eindeutige Grenze zwischen konventionellem und nuklearem Waffeneinsatz in gefährlicher Weise zu verwischen.

Rüstungsausgaben – Sozialer Friede

Die schlichte Darstellung des Problems in *Einwand* und *Argument* macht eine ins einzelne gehende Antwort entbehrlich. Deshalb soll nur auf zwei Denkfehler hingewiesen werden.

Es ist falsch, zu unterstellen, die Kritik an den steigenden Rüstungsausgaben würde in erster Linie der Sorge um den eigenen Wohlstand entspringen. Tatsächlich ist diese Kritik Ausdruck eines tiefen Unbehagens angesichts des Mißverhältnisses zwischen Rüstungsaufwand einerseits und ungelösten Weltproblemen andererseits. Eines Unbehagens, wie es Willy Brandt am 29. Mai 1981 bei einer Veranstaltung der Nord-Süd-Kommission in Berlin auf die Kurzformeln gebracht hat „in Kilogramm pro Person gibt es mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel" und „wenn nicht bald etwas geschieht, wird uns alle der Teufel holen".

Grob irreführend ist es auch, wenn man angeblich höhere Rüstungsausgaben der Sowjetunion mit einem höheren Anteil dieser Ausgaben am Bruttosozialprodukt der UdSSR nachweisen zu können meint. Die jeweiligen Anteile an den verschieden hohen Bruttosozialprodukten der beiden Supermächte sagen nichts darüber aus, wer mehr und wer weniger für die Rüstung ausgibt. Das läßt sich nur bei einem Vergleich der effektiven Ausgaben in einheitlicher Währung feststellen. Bei einem Vergleich auf dieser Basis kommt das internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI) jedoch zu dem Ergebnis, daß die Rüstungsausgaben der USA die der UdSSR in den letzten Jahren um etwa 4% übertroffen haben. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die europäischen Verbündeten der USA allein im Jahr 1979 mit 96 Milliarden Dollar fünfmal mehr für die NATO aufgewendet haben als die Verbündeten der Sowjets für den Warschauer Pakt.

Beim hohen Anteil der Bundesrepublik Deutschland an dieser Leistung wirkt das Wort vom „sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer" jedenfalls deplaciert.

3. *Entspannung und Rüstungskontrolle*

Rüstungskontrollpolitik – Aufrüstung

Die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um Entspannung und Rüstungsbegrenzung werden nicht verkannt. Doch kann nicht akzeptiert werden, daß die Ursachen für einen trotz dieser Bemühungen fortschreitenden Rüstungswettlauf allein der Sowjetunion angelastet werden. „Aufrüstung" erfolgt nicht nur mit einer Vermehrung der Zahlen von Waffensystemen, sondern genauso mit ihrer Modernisierung sowie mit

der Entwicklung neuer Techniken und Verfahren von zum Teil strategischer Bedeutung.

In diesem Sinn hat auch die NATO aufgerüstet, wie sich u. a. an der mehrfachen Verbesserung wichtiger konventioneller und nuklearer Waffensysteme, an der Einführung neuer Techniken zur U-Boot- und Satellitenbekämpfung sowie an der Entwicklung einer völlig neuen Generation nuklearer Mittelstreckenwaffen erkennen läßt.

Im strategischen Nuklearporential des Westens ist neben gravierenden Verbesserungen vor allem der U-Boot-gestützten Raketensysteme, deren nächste Kampfwertsteigerung bereits eingeleitet ist, auch die Zahl der Gefechtsköpfe vermehrt worden.

Auch bei den Nuklearkräften in und für Europa ist die NATO dem Warschauer Pakt trotz des Abzugs von rund 1000 Gefechtsköpfen ausgemusterter Waffensysteme in der Gesamtzahl der Gefechtsköpfe nach wie vor überlegen.

Die insgesamt vorhandenen nuklearen Fähigkeiten des Westens bilden deshalb ein ausreichendes Gegengewicht zur sowjetischen Mittelstreckenrüstung, weshalb sich ein Nachholbedarf der NATO in diesem Sektor keinesfalls errechnen läßt.

Ein gegenteiliger Eindruck kann nur erweckt werden, wenn im eurostrategischen Kräftevergleich die SACEUR unterstellten Poseidon-U-Boote der USA unberücksichtigt bleiben. Mit welch unzureichenden Begründungen dies tatsächlich geschieht, wird in Ziffer 5 dargelegt.

UdSSR – Entspannung

Im *Einwand* wird der Inhalt der Kritik unvollständig wiedergegeben, indem unterstellt wird, es würden nur die Rüstungsausgaben der NATO als entspannungsfeindlich angesehen werden. Tatsächlich wird jedoch das Rüstungsverhalten beider Seiten gleichermaßen kritisiert.

Allerdings sind die Kritiker der Meinung, daß sich aus der insgesamt günstigeren Position des Westens und aus dem Verteidigungscharakter des westlichen Bündnisses für die NATO eine besondere Verpflichtung herleitet, den Entspannungsprozeß nicht durch unnötige Rüstungsschritte zu erschweren.

Das *Argument* läßt diesen Gesichtspunkt unberücksichtigt und macht allein die Sowjetunion für das entspannungsfeindliche Wettrüsten verantwortlich. Diese Schuldzuweisung wird jedoch von den Tatsachen widerlegt.

Wie schon ausgeführt wurde, sind auch die Rüstungsanstrengungen der NATO beträchtlich und aus der Sicht des Ostens alarmierend. Im Geldwert übersteigen sie die des Warschauer Paktes deutlich, wobei die ungeheuren Steigerungen des amerikanischen Verteidigungshaushalts ab 1981 noch gar nicht berücksichtigt sind.

Unerwähnt bleibt im *Argument* auch der 1979 eingeleitete Abzug von 20 000 Soldaten und 1000 Panzern der UdSSR aus der DDR, obwohl es sich dabei immerhin um rund 10% der GSTD (Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland) gehandelt hat.

Einseitige Abrüstung

Die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Westens – nicht der Bundesrepublik Deutschland allein – erstreckt sich auf den sofortigen, notfalls auch einseitigen Abbau der nuklearen Überkapazitäten aus den schon im Kapitel „Overkill" erläuterten Gründen. Wie auch George Kennan eben erst wieder erklärt hat, würde ein solcher

Abbau im Gegensatz zu der im *Argument* vertretenen Auffassung weder die eigene Verteidigungsfähigkeit schwächen, noch das Gleichgewicht der Abschreckung beeinträchtigen. Vielmehr würde er bei voller Erhaltung der notwendigen Unangreifbarkeit des Westens die Rüstungslasten senken und eine Tendenzwende in der Rüstungspolitik auch des Ostens erleichtern.

Selbst wenn sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollte, würde der Westen nichts an Sicherheit verloren, jedoch viel an Glaubwürdigkeit und Kostensenkung gewonnen haben. Der im *Argument* geäußerten Meinung, geschichtliche Erfahrungen würden gegen eine positive Reaktion der UdSSR auf einseitige westliche Rüstungsbegrenzungen sprechen, kommt schon deshalb keine Bedeutung zu. Zudem läßt diese Meinung außer acht, daß in der nuklearen Rüstung alle entscheidenden Schritte zur Erzeugung und fortlaufenden Steigerung der Wirkung von Nuklearwaffen vom Westen vor- und vom Osten mit zum Teil großem zeitlichen Abstand nachvollzogen worden sind.

Nur vor diesem Hintergrund kann jedoch die im *Argument* als Beweis sowjetischen Vorrüstens angeführte Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials durch die Systeme SS-20 und Backfire angemessen bewertet werden. Aus sowjetischer Sicht ist diese Modernisierung nämlich auch lediglich „Antwort". Und zwar eine überfällige Antwort auf die mehrfache Modernisierung des von der UdSSR im eurostrategischen Bereich als Hauptbedrohung angesehenen U-Boot-gestützten Nuklearpotentials der NATO. Allein bei den SACEUR unterstellten amerikanischen U-Booten, deren Zahl von General a.D. Schulze – bis Herbst 1979 Befehlshaber des NATO-Bereichs Europa-Mitte – im „ÖTV-Magazin", 6/1981, mit 6 angegeben wird, ist mit der Umrüstung von der Polaris-Rakete mit je 3 Gefechtsköpfen auf das Poseidon-System mit je 10–14 Gefechtsköpfen eine Vervielfachung der Wirkung eingetreten. Mit der bevorstehenden Umrüstung dieser Boote und der noch mit Polaris-Raketen bestückten britischen U-Boote auf das Trident-System setzt sich diese Tendenz fort.

Von einem Handlungsverzicht der NATO gegenüber der sowjetischen Mittelstreckenrüstung kann jedenfalls keine Rede sein. (Siehe auch die Ausführungen in Ziffer 5.)

Rüstungsausgaben – Entwicklungshilfe

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf gesonderte Ausführungen zu diesem Kapitel verzichtet.

4. Bedrohung

Bedrohung Europas

So gern man zur Kenntnis nimmt, daß auch die Bundesregierung nicht an einen militärischen Angriff der UdSSR gegen Westeuropa und die USA glaubt, so sehr befremdet andererseits die offensichtliche Unfähigkeit, das Verhalten von Ost und West mit auch nur annähernd gleichem Maß zu messen.

Obwohl doch die Tatsachen belegen, daß der Westen keineswegs weniger rüstet als der Osten und in der nuklearen Rüstung alle einschneidenden Verbesserungen sogar eindeutig zuerst vollzogen hat, wird mit der Behauptung, die UdSSR würde bis an die Zähne rüsten, obwohl sie von den friedlichen Absichten des Westens überzeugt sein muß, ein gegenteiliger Eindruck suggeriert.

Und obwohl viele Kriege seit 1945, nicht zuletzt das Suez-Abenteuer der Briten, Franzosen und Israelis vom Herbst 1956, weit besser als die dafür herangezogene sowjetische Intervention in Afghanistan beweisen, daß Unterlegenheit zum Krieg führen

kann, wird mit der Reduzierung der Beweisführung auf den letzgenannten Vorgang die suggerierte Voreingenommenheit weiter vertieft.

Zweifel an der Objektivität der Broschüre werden deshalb auch in diesem Kapitel genährt und rufen spontan das Wort von Thomas Mann in Erinnerung, wonach der Schreck vor dem Kommunismus die Grundtorheit unserer Epoche ist.

Die schwerwiegenden Bedenken gegen die Argumentation der Bundesregierung in der Frage der „Nachrüstung" werden durch eine am 24. Juni 1981 veröffentlichte Erklärung des BMVg untermauert, in der behauptet wird, die NATO sei ohne „Nachrüstung" der Sowjetunion bei den eurostrategischen Mittelstreckenraketen in der Zahl der Gefechtsköpfe im Verhältnis 1:8 unterlegen.

Nicht einmal die Anlage „Nukleare Mittelstreckenwaffen in und für Europa" auf S. 73 dieser Broschüre kommt zu einem ähnlich abstrusen Ergebnis, obwohl auch in ihr wesentliche Potentiale des Westens nicht aufgeführt oder wie bei den britischen U-Boot-Raketen in ihrem vollen Umfang verschleiert werden.

Welche Rechenkunststücke auch immer zu der nicht haltbaren Feststellung des BMVg geführt haben mögen, dem Vertrauen der Öffentlichkeit in die Redlichkeit der Argumentation wird damit kaum gedient.

Ökonomische Belastung der UdSSR

Die im *Argument* beschriebene Rüstungssituation, nämlich Aufrüstung der UdSSR in bisher nicht gekanntem Ausmaß bei gleichzeitiger Rüstungsminderung im Westen, wird von den Tatsachen widerlegt und als Propaganda entlarvt. Auch das internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI) kommt in seinen Berichten zu anderen Ergebnissen. Danach waren die Verteidigungsausgaben der USA in den letzten Jahren um rund 4% höher als die der UdSSR, während die jeweiligen Verbündeten im Westen für die NATO ungleich mehr aufgewendet haben, als im Osten für den Warschauer Pakt.

Anderslautende Behauptungen, wonach die UdSSR z. B. allein im Jahr 1979 in US-Dollar um rund 50% mehr für die Rüstung ausgegeben haben soll als die USA, gehen auf Angaben des CIA zurück und sind wenig überzeugend.

Zweifache Bedrohung der UdSSR

Im *Einwand* wird der Inhalt der Kritik wiederum nur unvollständig angedeutet, indem die Bedrohung der Sowjetunion

– durch amerikanische „Langstreckensysteme" auf Interkontinental-Raketen reduziert wird und andere strategische Systeme, U-Boote und Bomber, unerwähnt bleiben, obwohl sie rund 50% des strategischen Potentials der USA ausmachen,
– durch China verschwiegen wird, obwohl gerade sie eine Aufteilung der sowjetischen Verteidigung auf zwei mögliche Landfronten bewirkt.

Das *Argument* hinwiederum beschreibt nur die unstrittige bündnispolitische Gesamtsituation, ohne auf deren schwerwiegende militärstrategische Auswirkungen einzugehen.

Diese bestehen vor allem darin, daß die NATO im Kriegsfall „von außen nach innen" kämpfen und darum die Wirkung ihrer Nuklearwaffen aus „Außenfeuerstellungen" auf den Hauptgegner UdSSR konzentrieren könnte, während die Sowjetunion ge-

zwungen wäre, von „innen nach außen" kämpfend, ihr nukleares Feuer auf mehrere Gefahrenherde aufzusplittern, zu denen sogar noch eine Front im Osten zählen könnte.

Es ist unbestreitbar, daß sich hieraus eine für die UdSSR ungünstigere Kriegslage ergeben müßte, die sich bei der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa für die Sowjetunion noch nachteiliger gestalten würde.

Die im *Argument* vertretene Auffassung läßt allerdings befürchten, daß diesem Gesichtspunkt in der offiziellen Lagebeurteilung wenig Bedeutung beigemessen wird.

Glaubwürdigkeit von Zahlen

Die Glaubwürdigkeit von Zahlen läßt sich mit den vom CIA veröffentlichten Angaben zur sowjetischen SS-20-Rakete weder belegen noch widerlegen, da diese Daten hier nicht nachgeprüft werden können.

In anderen Zusammenhängen liefert die Veröffentlichung der Bundesregierung jedoch selbst den Beweis für die Fragwürdigkeit von Zahlenangaben, indem sie

– falsche Zahlen verwendet, wie z. B. bei den Angaben zu den jeweiligen Rüstungsausgaben und zur Anzahl der Gefechtsköpfe auf britischen Nuklear-U-Booten, wo auf Seite 73 der Broschüre nur die Zahl von 64 Polaris-Raketen angegeben, aber verschwiegen wird, daß jede dieser Raketen drei Gefechtsköpfe trägt,
– aufgrund von offensichtlich falschen Zahlen zu unrichtigen Feststellungen kommt, wie z. B. in den Kapiteln „Gleichgewicht USA–UdSSR" und „UdSSR – Entspannung",
– richtige Zahlen zu falschen Ableitungen verwendet, wie z. B. im Kapitel „Rüstungsausgaben – Sozialer Friede",
– mit dem Weglassen bekannter Zahlen, wie z. B. der über 400 Gefechtsköpfe amerikanischer Poseidon-Raketen, die SACEUR für den Krieg in Europa zur Verfügung stehen, den Eindruck einer sowjetischen Überlegenheit im eurostrategischen Kräfteverhältnis zu vermitteln sucht.

Auch im *Argument* dieses Kapitels wird nach dem zuletzt genannten Muster eine bedrohliche sowjetische Überlegenheit im eurostrategischen Bereich behauptet, obwohl die vom amerikanischen „Center for Defense Information" herausgegebenen bzw. von Dr. Theo Sommer in „Die Zeit" vom 24. April 1981 veröffentlichten Kräftevergleiche – um nur diese beiden Beispiele zu nennen – eine Überlegenheit der NATO in der Zahl der Gefechtsköpfe „in und für Europa" feststellen.

5. *Doppelbeschluß der NATO*

Sowjetisches Mittelstreckenpotential – historische Entwicklung und NATO-Planung bei Mittelstreckenwaffen

In beiden Kapiteln wird versucht, allein das sowjetische Mittelstreckenpotential als ständig wachsende Bedrohung darzustellen, auf welche die NATO erstmals mit der „Nachrüstung" halbwegs angemessen reagieren würde. Demzufolge bleiben die in der Vergangenheit nach Art und Zahl mehrfach verstärkten Nuklearkräfte der NATO „in und für Europa" (TNF) weitgehend unerwähnt.

Die einseitige Beschreibung der historischen Entwicklung allein auf sowjetischer Seite geht zudem nur auf den äußeren Ablauf, nicht auf Ursachen und militärtechnische Zusammenhänge ein.

Aus der Sicht der Sowjetunion ergab sich schon zu einem frühen Zeitpunkt die Notwendigkeit, neben dem auf die andere Supermacht gerichteten strategischen Nuklearpotential auch ein die europäischen NATO-Staaten, vor allem aber die europäischen Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien abdeckendes eurostrategisches Nuklearpotential aufzubauen.

Dabei dürfte von der Überlegung ausgegangen worden sein, daß es

– notwendig ist, der Bedrohung des gesamten, eine geschlossene Landmasse bildenden Warschauer Paktes durch amerikanische, britische und französische Nuklearwaffen eine nicht allein die USA, sondern auch deren europäische Verbündete gefährdende Gegendrohung gegenüberzustellen,
– zweckmäßig ist, dafür nicht unnötig aufwendige strategische Nuklearwaffen, sondern billigere Mittelstreckensysteme einzusetzen.

Für die Landstationierung des gegenüber Europa aufzubauenden Potentials sprachen der geringere technische Aufwand und die niedrigeren Kosten. Großräumigkeit und dünne Besiedlung der möglichen Stationierungsräume ließen zudem Bedenken nicht aufkommen, wie sie im Westen schon früh zu der Einschätzung geführt hatten, „landgestützte Systeme gehören nach Alaska" und nicht in kleinflächige, übervölkerte Länder.
Vor allem dieser Bedenken wegen und damit aus guten Gründen hat die NATO seit dem 1963 erfolgten Abzug von 50 überwiegend in der Türkei stationierten Mittelstrekkenwaffen der USA bisher davon abgesehen, das eurostrategische Gegengewicht gegenüber der sich rasch verstärkenden sowjetischen Mittelstreckenrüstung ebenfalls auf dem Lande herzustellen.

Vielmehr hat sie hierfür nuklear bestückte Kampfflugzeuge und zur Verstärkung der britischen und französischen U-Boot-Systeme in erster Linie aus dem amerikanischen strategischen Nuklearpotential abgezweigte, SACEUR unterstellte nukleare Unterseeboote eingeplant. Dieses Potential ist in der Vergangenheit mehrfach so entscheidend verbessert worden, daß demgegenüber die mit dem Backfire-Bomber und mit der SS-20-Rakete eingeleitete Kampfwertsteigerung auf sowjetischer Seite als eher überfällige denn sensationelle Modernisierung gewertet werden muß.

Dem in erster Linie zur Bekämpfung von Seezielen ausgelegten „Backfire" kann beim Stand der westlichen Flugabwehr im Einsatz über Land keine bessere Eindringfähigkeit zugebilligt werden als umgekehrt den entsprechenden Kampfflugzeugen der NATO. Von amerikanischen Fachleuten wird sogar den teils in Europa stationierten, teils als Verstärkungskräfte für Europa in den USA bereitgehaltenen F-11-/FB-111-Kampfflugzeugen der USA eine technische Überlegenheit bescheinigt.

Ebensowenig erschließt die SS-20-Rakete, obwohl den veralteten SS-4- und SS-5-Systemen weit überlegen, der UdSSR grundsätzlich neue Möglichkeiten der nuklearen Drohung oder Kriegsführung gegenüber Westeuropa. Ihre verbesserte Treffgenauigkeit ermöglicht nämlich im Gegensatz zur etwa 10mal treffgenaueren Pershing-II- und Trident-Rakete noch nicht die sichere Bekämpfung geschützter militärischer Punktziele, wie z. B. verbunkerter Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen. Ungeschützte militärische Ziele, wie z. B. Flugbasen, Materiallager der Reforger-Truppen, Kriegshäfen usw., hätten jedoch auch bisher schon im uns interessierenden Raum nördlich der Pyrenäen mit sowjetischen SS-4- und SS-5-Raketen zerstört werden können.

Auch die durch eine Steigerung von Reichweite und Beweglichkeit der SS-20 erzielte geringere Verwundbarkeit der neuen Systeme ändert an der bisherigen Situation we-

nig, wenn man unterstellt, daß die westliche Strategie einen Präventivschlag tatsächlich ausschließt, wie es im Kapitel „Präventivangriff" unterstrichen wird. Nur durch einen Präventivangriff wäre es nämlich der NATO möglich gewesen, aus der höheren Verwundbarkeit der SS-4- und SS-5-Raketen eben jenen Vorteil zu ziehen, demgegenüber die relative Unverwundbarkeit der SS-20-Systeme als Nachteil erscheinen müßte. Zudem geht von der Unverwundbarkeit der SS-20 auch eine krisenmindernde Wirkung aus, weil der aus großer Verwundbarkeit wichtiger Waffensysteme unvermeidbar resultierende Zwang entfällt, einer befürchteten Vernichtung solcher Systeme durch ihren frühzeitigen Einsatz zuvorzukommen.

Soweit sich schließlich eine höhere Gefährlichkeit der SS-20 aus der größeren Zahl transportierter Gefechtsköpfe herleitet, wird dieses Mehr an Bedrohung durch die erfolgten und bevorstehenden Verbesserungen der für den europäischen Kriegsschauplatz bereitgehaltenen U-Boot-Raketen der NATO mehr als ausgeglichen. Schon bei der Umrüstung der SACEUR unterstellten amerikanischen U-Boote*) von je 16 Polaris-Raketen mit je 3 Gefechtsköpfen auf eine gleiche Zahl von Poseidon-Raketen mit je 10–14 Gefechtsköpfen ist die Wirkung etwa vervierfacht worden. Beim bevorstehenden Ersatz dieser Boote durch U-Boote mit je 24 Trident-Systemen wird eine weitere Vermehrung der Gefechtskopfzahlen eintreten. Sie setzt sich fort, wenn auch die 4 britischen U-Boote von je 16 Polaris-Raketen mit je 3 Gefechtsköpfen auf die bereits bestellten Trident-Systeme mit je mindestens 10 Gefechtsköpfen umgerüstet werden. Ganz abgesehen davon, daß das Trident-System auch in seiner sonstigen Auslegung eine beträchtliche Leistungssteigerung bewirkt und z. B. in der Treffgenauigkeit der Pershing-II-Rakete entspricht, der sowjetischen SS-20-Rakete also weit überlegen ist.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch die 5 französischen U-Boote mit zusammen 80 Raketen zu je 1 Gefechtskopf in den 80er Jahren auf Raketen mit Mehrfachgefechtsköpfen umgerüstet werden sollen, was eine weitere Verstärkung des westlichen Nuklearpotentials in und für Europa zur Folge haben wird.

Angesichts dieser vollzogenen und bevorstehenden Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung seit etwa 1975 bei weitem nicht so unverständlich, wie es in der Broschüre der Bundesregierung in fast allen Kapiteln dargestellt wird. Auf keinen Fall rechtfertigt sie jedoch eine weitere Verstärkung der Nuklearstreitkräfte der NATO in und für Europa durch landgestützte Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper. Allein die Ankündigung dieses Vorhabens mußte im Osten zu einer Beschleunigung der SS-20-Aufstellung Anlaß geben.

SS-20-Modernisierung – FBS

Wenn im *Argument* einleitend ausgeführt wird, die SS-20 könne wegen ihrer Leistungsdaten keinesfalls als Modernisierung bereits vorhandener Systeme angesehen werden, während an anderer Stelle (S. 5 und S. 75 der Regierungsbroschüre) die am 12. Dezember 1979 beschlossene „Nachrüstung" als Modernisierung des NATO-Potentials bezeichnet wird, dann macht dies die bedenkliche Doppelbödigkeit der offiziellen Argumentation besonders deutlich. Wie in den vorausgegangenen Ausführungen bereits ausgeführt wurde und im folgenden Kapitel noch ergänzt werden wird, er-

*) Vom amerikanischen „Center for Defense Information" und von Dr. Theo Sommer werden einheitlich 400 Gefechtsköpfe, also drei Poseidon-U-Boote der USA angegeben. General a.D. Schulze, bis Herbst 1979 NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, gibt im „ÖTV-Magazin", 6/1981, S. 37, die Zahl dieser U-Boote sogar mit 6 an, was mindestens 800 Gefechtsköpfe bedeuten würde. D. Verf.

öffnen die „Nachrüstungs"-Waffen dem Westen grundsätzlich neue Möglichkeiten der nuklearen Kriegsführung in Europa; eine ähnliche Wirkung geht jedoch auf der Gegenseite von der SS-20-Aufstellung nicht aus. Die westliche „Nachrüstung" als „Modernisierung" einzustufen und der sowjetischen SS-20-Einführung diese Bewertung nicht zubilligen zu wollen, ist absurd und stellt die Dinge auf den Kopf.

Nun ist die Frage Modernisierung oder Neuanschaffung kaum von großer Wichtigkeit. Doch zeigt sich in ihr eben auch die der gesamten Broschüre innewohnende Tendenz, die Handlungen des Westens – entgegen den gerade in der nuklearen Rüstung eindeutigen und belegbaren Tatsachen – in ihrer Bedeutung zu verschleiern, die des Ostens dagegen stark zu überzeichnen.

Dieselbe Verschleierungstaktik wird auch in den Ausführungen zu den sog. „Forward Based Systems (FBS)" der USA geübt. Zwar trifft es zu, daß dieser Begriff nicht Teil der amtlichen NATO-Terminologie ist; doch stimmt es nicht, daß er allein von der UdSSR ohne klaren Begriffsinhalt verwendet werden würde. Auch im Westen hat die Bezeichnung FBS längst in die Fachsprache Eingang gefunden, und zwar als Sammelbegriff für jene nuklearen Waffensysteme der USA, die zum Einsatz „in und für Europa" bestimmt sind und sowjetisches Gebiet erreichen können. Die amerikanischen FBS zählen damit zu den auch die britischen und französischen Nuklearpotentiale aller Klassen umfassenden „Nuklearkräften in und für Europa", für welche die NATO die offizielle Bezeichnung „Theater Nuclear Forces (TNF)" verwendet.

Nach dem Weißbuch der Bundesregierung für 1979, Seite 105, umfassen diese TNF

- Short Range TNF (SRTNF) = Systeme bis zu 100 km Reichweite
- Medium Range TNF (MRTNF) = Systeme mit 100–1000 km Reichweite
- Long Range TNF (LRTNF) = Systeme mit Reichweiten über 1000 km, nämlich schwere Jagdbomber, Mittelstreckenbomber, Mittelstreckenraketen und seegestützte Raketen.

Daraus ergibt sich, daß es sich bei den Bezeichnungen FBS und TNF um Sammelbegriffe handelt, mit denen die für einen bestimmten Einsatzraum bereitgehaltenen Nuklearpotentiale erfaßt werden, ohne daß dabei eine Unterscheidung nach Waffenklassen, also z. B. nach taktischen Systemen, getroffen wurde.

Es ist deshalb nicht einleuchtend, daß im Weißbuch 1979 den TNF zwar die britischen und französischen strategischen U-Boote zugerechnet werden, die SACEUR für den europäischen Kriegsschauplatz unterstellten amerikanischen Poseidon-U-Boote jedoch unerwähnt bleiben. Die dafür im *Argument* dieses Kapitels gegebene Begründung, die Poseidon-Raketen dieser Boote würden bereits im SALT-II-Abkommen bei den interkontinental-strategischen Waffen mitgezählt und könnten deshalb nicht noch einmal als nukleare Mittelstreckenwaffen angerechnet werden, ist nicht stichhaltig.

Erstens wird mit dieser Begründung die im SALT-II-Abkommen unter anderen Gesichtspunkten vorgenommene Unterscheidung zwischen strategischen und nichtstrategischen Waffensystemen in unzulässiger Weise mit dem andersartigen Ordnungsprinzip der TNF-Definition vermischt. *Zweitens* sind diese Poseidon-U-Boote der NATO ja ausdrücklich für eine Verwendung ihrer Nuklearwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz zur Verfügung gestellt worden. Damit zählen sie unvermeidbar zunächst einmal zum Nuklearpotential der NATO in und für Europa, dessen Ausmaß der Sowjetunion ja ganz bewußt vor Augen geführt wird, um die Abschreckung auch in diesem Bereich glaubhaft zu machen. *Drittens* hat die NATO-Zuordnung dieser Boote ja auch Auswirkungen auf das Gleichgewichtsstreben der Gegenseite, also

auf die sowjetische Mittelstreckenrüstung gegenüber Europa. Kräftevergleiche werden jedoch irreführend, wenn sie zwar das Ergebnis solcher Auswirkungen im Osten berücksichtigen, die dafür ursächlichen Nuklearpotentiale im Westen aber nur teilweise aufführen.

Wenn eine „Doppelzählung" der SACEUR unterstellten Poseidon-Boote vermieden werden soll, dann müssen sie beim strategischen Potential der USA, aus dem sie ausgeschieden sind, nicht beim TNF-Potential, dem sie eingefügt wurden, außer Ansatz bleiben.

Angesichts der auch von George Kennan für möglich gehaltenen, einseitigen Reduzierung vorhandener Überkapazitäten um 50% ist die Verminderung des strategischen Nuklearpotentials der USA um die SACEUR zugeordneten Poseidon-U-Boote praktisch bedeutungslos. Vielleicht würde sie bewirken, daß die USA im Kriegsfall die UdSSR nicht mehr 8mal, sondern nur noch $7\frac{1}{2}$mal nuklear vernichten könnten.

Seriöse eurostrategische Kräftevergleiche, wie z. B. vom amerikanischen „Center for Defense Information" im April 1981 auf einer Konferenz mit dem Thema „Nuclear War in Europe" in Groningen vorgelegt oder von Dr. Theo Sommer am 24. April 1981 in „Die Zeit" veröffentlicht, rechnen denn auch jeweils 400 Gefechtsköpfe amerikanischer Poseidon-Raketen zum westlichen TNF-Potential. Dabei gehen sie ohnehin von einer sehr vorsichtigen Berechnung aus, da jedes Poseidon-U-Boot 16 Raketen trägt, die mit je 10–14 Gefechtsköpfen bestückt sind. Selbst wenn man unterstellt, daß ein Teil dieser Gefechtsköpfe „blind" ausgelegt ist, um die evtl. Raketenabwehr irrezuführen, können je Rakete sicher 10, je Boot also 160 nukleare Gefechtsköpfe angenommen werden. Legt man nur 3 Boote zugrunde, die SACEUR ständig zugeordnet sind, ergibt sich rein rechnerisch bereits eine Summe von 480 Gefechtsköpfen mit nuklearer Ladung. Legt man jedoch die von General a.D. Schulze im „ÖTV-Magazin", 6/1981, angegebene Zahl von 6 Booten zugrunde, verfügt der Westen allein in diesen Booten über fast 1000 nukleare Gefechtsköpfe. Das ist mehr, als alle gegenwärtig vorhandenen sowjetischen Mittelstreckenraketen zusammen transportieren können.

Vorwarnzeit und Präventivangriff

Beide Komplexe müssen im Zusammenhang gesehen und behandelt werden, weil sich aus der Verkürzung von Vorwarnzeiten durch bestimmte Systeme der einen Seite – in Verbindung mit deren sonstigen Eigenschaften – für die andere Seite ein vermeintlicher Zwang zum Präventivangriff ergeben kann.

In beiden Kapiteln tragen die *Argumente* diesem Sachverhalt nicht Rechnung, indem sie sich auf die Aufzählung von Fehlinterpretation bekannter, für die eigentlichen Bedenken jedoch weitgehend irrelevanter Tatsachen beschränken.

Diese Fehlinterpretation zeigt sich vor allem in dem Versuch, die vom sowjetischen Mittelstreckenpotential ausgehende Bedrohung des Westens und die von den „Nachrüstungs"-Waffen zu erwartende Bedrohung des Ostens als prinzipiell gleichartig, aber wegen der größeren Zahl sowjetischer Systeme als keinesfalls gleichrangig darzustellen.

Dabei wird erneut verschwiegen, daß das TNF-Potential der NATO schon jetzt dem sowjetischen Mittelstreckenpotential ebenbürtig, in der Zahl der Gefechtsköpfe sogar leicht überlegen ist, so daß die „Nachrüstung" zu einer recht beachtlichen Überlegenheit des Westens über den Osten im eurostrategischen Bereich führen muß, sofern

nicht die UdSSR die SS-20-Aufstellung drastisch über das ursprünglich vorgesehene Maß hinaus erweitert, was allerdings zu befürchten ist.

Auch eine prinzipielle Gleichartigkeit der Situation, wie sie sich für den Westen aus dem bereits vorhandenen sowjetischen Mittelstreckenpotential herleitet und für den Osten aus einer westlichen „Nachrüstung" herleiten wird, ist nicht gegeben. Sind doch sowohl die Möglichkeiten, die diese Potentiale den „Besitzern" einräumen, als auch die Auswirkungen ihres Vorhandenseins in ganz andersartigen Stationierungsländern sehr unterschiedlich.

Erstens erhalten allein die USA eine Chance, die UdSSR von Europa aus in ihren empfindlichsten Regionen zu treffen und ihr ohne Rückgriff auf das amerikanische strategische Nuklearpotential Schäden kriegsentscheidenden Ausmaßes anzudrohen oder zuzufügen. Die Sowjetunion hingegen kann mit noch so vielen SS-20-Raketen immer nur die Verbündeten der USA und den amerikanischen Militärapparat in Europa vernichtend treffen, die nukleare Gegenmacht selbst jedoch nicht kriegsentscheidend schwächen. *Zweitens* sind die gegenüber der SS-20-Rakete etwa 10mal treffsicheren Pershing-II-Systeme und Marschflugkörper in ganz anderer Weise geeignet, militärische Punktziele auszuschalten und dabei ein mit bisher unvermeidbaren Nebenwirkungen eintretendes Eskalationsrisiko in Grenzen zu halten, als das beim sowjetischen Mittelstreckenpotential der Fall ist. *Drittens* ergibt sich aus den technischen Merkmalen der beiderseitigen Potentiale und aus den Umständen ihrer Stationierung eine unterschiedliche Erstschlags-Charakteristik, die völlig unabhängig davon, ob ein Erstschlag geplant ist oder nicht, bei den stets vom ungünstigsten Fall ausgehenden Lagebeurteilungen beider Seiten auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen muß.

Dabei wird ein Erstschlag der Gegenseite stets dann für möglich gehalten werden, wenn er für den Angreifer so entscheidende Vorteile erwarten läßt, daß der Angegriffene sie auch mit einem Vergeltungsschlag nicht mehr ausgleichen kann. Oder wenn die offensichtliche Verwundbarkeit wichtiger Potentiale des Gegners ihren frühzeitigen Einsatz wahrscheinlich macht.

Beides trifft jedoch für das sowjetische Mittelstreckenpotential nicht zu. Weder kann es die Fähigkeit der eigentlichen Gegenmacht USA, den Krieg fortzusetzen, entscheidend beeinträchtigen; noch ist es in einer Weise verwundbar, die zum frühzeitigen Einsatz zwingen würde. Im Westen dagegen berechtigen 572 neue und extrem treffgenaue Systeme durchaus zu der Annahme, mit ihrem Einsatz auf wichtige militärische Ziele die Fähigkeit der UdSSR, Krieg zu führen, entscheidend schwächen zu können, wobei die längere Flugzeit der Marschflugkörper bedeutungslos ist, nachdem es eine Möglichkeit zu ihrer Abwehr nicht gibt. Andererseits ist dieses Potential trotz seiner technischen Beweglichkeit so verwundbar, daß sich daraus – zumindest in der Beurteilung des Bedrohten – ein regelrechter Zwang ergibt, einer Vernichtung der Systeme durch ihren frühzeitigen Einsatz zuvorzukommen. Führt doch hohe Mobilität nur dann zur angestrebten Unverwundbarkeit, wenn ihre Vorteile wie bei den SS-20-Systemen in großflächigen, menschenarmen Räumen genutzt werden können; nicht jedoch, wenn die Stationierungsräume selbst schon viel zu eng und wegen der Siedlungsdichte nur in zu geringen Teilen nutzbar sind, um vor flächendeckenden Verwüstungen Schutz bieten zu können. Solche flächendeckenden Verwüstungen müssen deshalb im Fall einer „Nachrüstung" von den Stationierungsländern mehr als bisher befürchtet werden.

Selbstverständlich hat die UdSSR – wie im *Argument* des Kapitels Präventivangriff dargelegt wird – seit langem, nicht erst seit SS-20-Raketen zur Verfügung stehen, die

Fähigkeit zu einem Vernichtungsschlag gegen Westeuropa. Aber dieser Vernichtungsschlag hätte die ebenso tödlichen, seegestützten Vergeltungspotentiale innerhalb der westlichen Nuklearkräfte in und für Europa nicht ausschalten können, weshalb die Abschreckung auch in diesem Bereich stets wirksam war und auch heute wirksam ist. Auch eine weitergehende SS-20-Aufstellung würde daran nichts ändern können. Erst mit der „Nachrüstung" wird eine auch für die UdSSR neue Lage geschaffen, in der es von der Sowjetunion in einer Zeit äußerster Spannung als zwingend angesehen werden könnte, das im landgestützten Mittelstreckenpotential der NATO vermutete Risiko durch einen vorwegnehmenden Entwaffnungsschlag auszuschalten und das dabei unvermeidbare Eskalationsrisiko in Kauf zu nehmen.

Wie unkalkulierbar dieses Risiko auch sein mag, eine Ausweitung des Nuklearkrieges auf die Ebene des interkontinentalen Schlagabtausches muß von der UdSSR nicht als zwangsläufig angesehen werden. Ebensowenig freilich von den USA bei einem Ersteinsatz eurostrategischer Nuklearwaffen gegen Ziele im Militärapparat des Warschauer Paktes. Die im Hinblick auf den letztgenannten Fall im *Argument* zum Kapitel Vorwarnzeit zitierte Äußerung von Georgi Arbatow eignet sich nicht zum Beweis des Gegenteils. Wie entsprechende Äußerungen im Westen auch, muß sie vielmehr als Ausdruck des Bemühens gesehen werden, die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu unterstreichen. Was im Kriegsfall tatsächlich geschehen würde, liegt auf einem ganz anderen Blatt, zumal die „Nachrüstungs"-Waffen die UdSSR erreichen können, aber nicht erreichen müssen.

Da ihre hauptsächlichen Ziele, nämlich die „Nervenknoten" im Organismus der WP-Streitkräfte, vor Kriegsbeginn überwiegend nicht mehr auf sowjetischem Boden anzunehmen wären, stellt sich sehr nachdrücklich die Frage, ob die UdSSR bei einer Zerstörung solcher Einrichtungen in ihrem Vorfeld durch Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper tatsächlich die eigene Vernichtung riskieren würde, indem sie ihr nukleares Gegenfeuer über Europa hinaus auch auf die USA richtet und damit den Einsatz des interkontinental-strategischen Nuklearpotentials der anderen Supermacht herausfordert.

Wer dies für wahrscheinlich hält, aber im umgekehrten Fall eines auf Europa beschränkten sowjetischen Nuklearwaffenangriffs die Bereitschaft der USA bezweifelt, zum Schutz der Verbündeten auch ihr strategisches Nuklearpotential einzusetzen, bewertet die Bündnistreue der Supermächte recht unterschiedlich.

Seegestützte Mittelstreckenwaffen

Angesichts der immer konkretere Formen annehmenden Bestrebungen in den USA, das verbesserte strategische Nuklearpotential zur Minderung des Risikos für die Bevölkerung in einzelnen Bundesstaaten nicht auf dem Land zu stationieren, sondern seegestützt zu entwickeln, wirkt ein Eintreten für die Landstationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa widersinnig.

Vollkommen abzulehnen ist die dafür im *Argument* angebotene Begründung, Bündnissolidarität verlange die Bereitschaft aller Bündnispartner, das nukleare Risiko sichtbar gemeinsam zu tragen, was die Stationierung von Nuklearwaffen auch auf europäischem Boden bedeuten würde.

Gerade der Gedanke an eine reelle „Risikogemeinschaft" spricht ja gegen jede weitere Erhöhung des Risikos der Europäer durch eine Landstationierung neuer nuklearer Mittelstreckensysteme. Tragen die Europäer doch schon jetzt für den Fall des Versa-

gens der Abschreckung ein wesentlich höheres Risiko als die Bürger der USA. Einmal, weil auf europäischem Boden bereits eine Unzahl von Nuklearwaffen lagern; zum anderen, weil die Auswirkungen eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt die Europäer ungleich stärker treffen würden als das amerikanische Volk. Schon bei einer einleitenden konventionellen Kriegsphase und beim zunächst zu befürchtenden Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen und eurostrategischer Nuklearwaffen würde Mitteleuropa verwüstet, während das Territorium der USA vom Krieg noch verschont bliebe. Aber selbst wenn in einer späteren Kriegsphase strategische Nuklearwaffen den Krieg auch in die USA tragen würden, bliebe den Europäern die Wirkung solcher Waffen ja keineswegs erspart.

Wie unvorhersehbar das Kriegsgeschehen im einzelnen auch sein mag, von einem Raketendefizit, bis zu dessen Ausgleich durch landgestützte Mittelstreckenraketen die Europäer eine Art Schuldner der USA wären, kann keine Rede sein.

Auch die für seegestützte Systeme angeführten Nachteile fallen nicht ins Gewicht. Mit der inzwischen verbesserten Standortbestimmung von U-Booten und mit der vervollkommneten Endphasenlenkung nuklearer Gefechtsköpfe gelten sie ohnehin als überwunden. Aber auch schon bisher wurden sie von den unstrittigen Vorteilen der Seestützung von Nuklearwaffen mehr als aufgewogen.

Gleichwertigkeit beider Teile des Doppelbeschlusses

Ob beide Teile der nur im deutschen Sprachgebrauch als „Doppelbeschluß" bezeichneten NATO-Decision vom 12. Dezember 1979, das LRTNF-Potential der NATO zu modernisieren und ein begleitendes Angebot für Rüstungskontrollverhandlungen an die UdSSR zu richten, gleichwertig sind oder nicht, wird allein die Zukunft zeigen.

Wie der Abrüstungsexperte der SPD, Egon Bahr, in Äußerungen vom 9. Juni 1981 eben erst deutlich gemacht hat, gibt es jedoch Gründe, zu bezweifeln, daß die von der Bundesregierung unterstellte Gleichwertigkeit auch von den USA so gesehen wird.

Eindeutig falsch ist die im *Argument* vertretene Auffassung, die UdSSR habe überhaupt erst 6 Monate nach dem Verhandlungsangebot der NATO vom 12. Dezember 1979 Verhandlungsbereitschaft erkennen lassen.

Richtig ist, daß die Sowjetunion schon vor dem 12. Dezember 1979 mehrfach ihre Bereitschaft erklärt hat, über alle eurostrategischen Waffen zu verhandeln, daß jedoch der Westen sehr zurückhaltend reagiert hat, weil er die von den Sowjets gewünschte Einbeziehung aller „Forward Based Systems" der USA in solche Verhandlungen ablehnte und Verhandlungen auf der Basis einer angedrohten „Nachrüstung" für aussichtsreicher hielt.

Richtig ist ferner, daß die UdSSR vor dem 12. Dezember 1979 mehrfach erklärt hat, ein „Nachrüstungs"-Beschluß würde die Grundlage für Verhandlungen im Mittelstreckenbereich zerstören, daß diese Position beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau im Juni 1980 jedoch wieder aufgegeben und eine erneute Verhandlungsbereitschaft geäußert wurde. Daraus abzuleiten, die UdSSR habe bei dieser Gelegenheit erstmals eine Bereitschaft erkennen lassen, ist unzulässig.

Belgien, Niederlande

Die Darstellung im *Argument* muß als von der Entwicklung überholt angesehen werden. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Rogers, hat An-

fang Juni 1981 in der Zeitschrift „U.S. News and World Report" die Meinung vertreten, daß Belgien und die Niederlande einer Stationierung von Mittelstreckenwaffen in ihren Ländern möglicherweise nicht zustimmen und damit die Realisierung der „Nachrüstung" gefährden werden. Die im *Argument* wiederholte Fehlinterpretation der Rüstungskontroll-Situation bedarf im Hinblick auf das bereits Gesagte keiner Entgegnung, zumal die Behauptung, im eurostrategischen Kräftevergleich bestünde ein sowjetisches Übergewicht, bereits mehrfach widerlegt worden ist.

SALT II – Doppelbeschluß

Die sich schon im Sommer 1979 abzeichnenden Schwierigkeiten für eine Ratifizierung des SALT-II-Abkommens in den USA und die nach dem Präsidentenwechsel endgültige Ablehnung der Ratifizierung haben größere Bedeutung, als das *Argument* es darstellt.

Deutete sich doch schon im Abrücken von den SALT-II-Vereinbarungen eben jene Tendenzwende in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik an, die inzwischen unübersehbar geworden ist und von unmißverständlichen Erklärungen des amerikanischen Präsidenten und seiner wichtigsten Mitarbeiter belegt wird.

Nämlich die Ablösung des Wunsches nach friedlicher Koexistenz auf der Basis eines insgesamt gesicherten Gleichgewichts durch das erklärte Streben nach eindeutiger, auch militärischer Überlegenheit.

Vor diesem Hintergrund kann eine ernsthafte Bereitschaft der USA zur Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung im eurostrategischen Bereich zu Bedingungen, die auch für die UdSSR annehmbar sind, nicht angenommen werden. Insofern besteht durchaus ein Zusammenhang zwischen dem Schicksal des SALT-II-Abkommens und einer Realisierung des „Doppelbeschlusses" vom 12. Dezember 1979 in seinem Verhandlungsangebot.

Moratorium

Das *Argument* bekräftigt die schon von der Bundesregierung bei der spontanen Ablehnung des Breschnew-Vorschlags gegebene Begründung, ein Moratorium würde lediglich die sowjetische Überlegenheit bei nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa festschreiben und könne deshalb nicht in Frage kommen. Zweifel an der Stichhaltigkeit dieser Begründung sind jedoch schon deshalb angebracht, weil es die behauptete Überlegenheit der UdSSR im eurostrategischen Bereich nicht gibt, wenn sich ein Kräftevergleich nicht allein auf landgestützte Systeme beschränkt, sondern auf alle beidseitig vorhandenen Nuklearpotentiale in und für Europa erstreckt.

Aber selbst wenn man von einer sowjetischen Überlegenheit ausgeht, ist schwer einzusehen, weshalb es für den Westen nachteilig sein sollte, dem weiteren Ausbau dieser Überlegenheit während einer längeren Verhandlungsphase einen Riegel vorzuschieben, zumal ja ein Verzicht auf eigenes „Nachrüsten" im Fall des Scheiterns solcher Verhandlungen keineswegs notwendig gewesen wäre. Wäre der Westen wirklich an frühzeitigen Verhandlungen auf einem möglichst niedrigen Niveau auch der sowjetischen Mittelstreckenrüstung interessiert, hätte es doch als vorteilhaft angesehen werden müssen, diese Verhandlungen bei unveränderter eigener Lage auf der Basis einer möglichst geringen Zahl von SS-20-Systemen der UdSSR beginnen zu können. Also z. B. auf der Grundlage von etwa 100 SS-20 im Sommer 1980, als der deutsche Bundeskanzler ein Moratorium noch für erwähnenswert hielt; oder von etwa 160 SS-20 im

Frühjahr 1981, als Breschnew es vorschlug. Ohne den in Aussicht gestellten Aufstellungsstopp werden Verhandlungen selbst beim frühestmöglichen Beginn im Herbst 1981 jedenfalls eine noch wesentlich höhere Zahl von SS-20-Raketen der UdSSR zugrunde legen müssen, wie es die von der „Nachrüstungs"-Entscheidung verursachte Forcierung des sowjetischen Aufstellungstempos befürchten läßt.

Die Ablehnung des von Breschnew vorgeschlagenen Moratoriums aus nicht überzeugenden Gründen muß die schon von der Verweigerung der SALT-II-Ratifizierung herrührenden Zweifel am westlichen Verhandlungswillen weiter verstärken.

Rüstungskontrolle – FBS

Die im *Argument* bekräftigte grundsätzliche Bereitschaft der USA, über alle Nuklearwaffen zu verhandeln, ändert leider nichts an der Tatsache, daß bei den angekündigten Vorgesprächen für Verhandlungen im eurostrategischen Bereich der Verhandlungsgegenstand von Ost und West unterschiedlich definiert wird.

Während die USA, unterstützt von der Bundesregierung, nur über landgestützte Systeme verhandeln wollen, von denen der Osten viel, der Westen wenig besitzt, möchte die UdSSR die Verhandlungen auf alle Nuklearkräfte in und für Europa ausgedehnt sehen und dabei auch über jene Systeme verhandeln, von denen der Westen viel, der Osten dagegen wenig für eine Verwendung in Europa bereithält.

Diese grundsätzliche Unvereinbarkeit der jeweiligen Verhandlungskonzepte muß zum schwerwiegenden Hindernis für Verhandlungen werden, wenn der Westen seine Haltung nicht ändert und die von der Sowjetunion angestrebte Erweiterung des Verhandlungsgegenstandes akzeptiert.

Verharrt der Westen auf seiner Position, wird er sich unweigerlich erneut dem Verdacht aussetzen, Verhandlungen nicht wirklich zu wünschen, sondern mit einer Eingrenzung des Verhandlungsgegenstandes unmöglich machen zu wollen. Mit einer Eingrenzung nämlich, die sowohl sämtliche Forward Based Systems der USA als auch die nicht landgestützten Systeme Frankreichs und Großbritanniens ausklammern möchte, obwohl doch die UdSSR ihr landgestütztes Mittelstreckenpotential als notwendiges Gegengewicht gerade diesen Potentialen gegenüber bewertet.

Bei dieser Sachlage wirkt die Haltung des Westens in der Tat wenig überzeugend, zumal auch die Begründung des Bundesaußenministers nicht einleuchtet, Verhandlungen über alle eurostrategischen Nuklearwaffen wären zu kompliziert und würden zu viel Zeit erfordern. Läge doch eine „Generalbereinigung" weit mehr im allseitigen Interesse als die vom Westen angestrebte, von der UdSSR abgelehnte „Teilbereinigung".

III. Zusammenfassung

1. Bei Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen kann die Behauptung von einer zur „Nachrüstung" zwingenden Überlegenheit der UdSSR im eurostrategischen Bereich nicht aufrechterhalten werden.

Unbestritten erhöht die SS-20-Stationierung Umfang und Bedrohlichkeit des sowjetischen Mittelstreckenpotentials gegenüber Westeuropa. Aber auch Umfang und Bedrohlichkeit des dagegenstehenden TNF-Potentials der NATO sind in den letzten Jahren in nicht minder eindrucksvoller Weise mehrfach gesteigert worden und garantie-

ren eine unverändert wirksame Abschreckung, zumal die nächsten Verbesserungen bereits bevorstehen.

Entscheidend ist jedoch vor allem, daß die SS-20-Stationierung der UdSSR keineswegs so grundsätzlich neue Möglichkeiten der nuklearen Kriegsführung erschließt, wie sie den USA von den mit ganz anderer Zielsetzung entwickelten Pershing-II-Raketen, Marschflugkörpern und Neutronenwaffen bei einer Verfügbarkeit in Europa erschlossen werden. Diese Systeme können deshalb nicht als Antwort des Westens auf die sowjetische Mittelstreckenrüstung gesehen werden. Vielmehr sind sie Ergebnisse eines sich ändernden nuklearen Kriegsführungsdenkens in den USA, als dessen Instrumente neuartige Nuklearwaffen in Europa ohne jeden Zusammenhang mit der SS-20 unverzichtbar sind.

2. Aber selbst wenn die SS-20-Aufstellung die fälschlicherweise unterstellte, grundsätzlich neue Bedrohung Westeuropas bewirken würde, wäre der Westen schlecht beraten, wenn er der Sowjetunion auf diesem Weg folgen und sich auf das gefährliche Terrain vermeintlicher Duellfähigkeit begeben würde.

Nukleare Mittelstreckenwaffen in und für Europa
(Stand Frühjahr 1981)

NATO			**UdSSR**		
	Systeme	Gef.-Köpfe		Systeme	Gef.-Köpfe
USA					
Schw. Kampfflugzeuge					
F-111	156	468	SS-20-Raketen	160	480
FB-111	66	264	SS-4-/5-Raketen	380	380
Flugzeugträger-Bomber A-6-E/-7-E	30	60	Backfire-Bomber	40	200
U-Boot-Raketen[1])			Ältere Bomber[4])	300	700
(Poseidon C-3)	48	480	U-Boot-Raketen (SS-N-5)	20	20
Großbritannien					
Vulcan-Bomber	56	224			
U-Boot-Raketen[2])					
(Polaris A-3)	64	192			
Frankreich					
Mittelstr.-Raketen	18	18			
Mirage-IV-Bomber	40	120			
U-Boot-Raketen[3])	80	80			
Insgesamt	558	1906		900	1780

1) Es wurden nur 3 Boote mit je 16 Raketen zugrunde gelegt. General a.D. Schulze, bis Herbst 1979 NATO-Befehlshaber Europa-Mitte, gibt die Zahl dieser Boote im ÖTV-Magazin 6/81 jedoch mit 6 an, was eine Verdoppelung der Gefechtskopfzahl auf 960 zur Folge haben würde.
2) Bei der beschlossenen Umrüstung auf das Trident-System tritt eine Vervielfachung in der Zahl der Gefechtsköpfe ein.
3) Bei der bevorstehenden Umrüstung auf Raketen mit Mehrfachsprengköpfen tritt eine Vervielfachung der Wirkung ein.
4) Ohne Flugzeuge der sowjetischen Marine, deren Einrechnung auch zur Einbeziehung weiterer Flugzeuge der USA mit korrespondierender Aufgabenstellung führen müßte.

Die zwischen Ost und West extrem unterschiedlichen Bedingungen hinsichtlich der Verwundbarkeit der Waffensysteme, der Empfindlichkeit vorgesehener Stationierungsräume, der Siedlungsdichte und damit auch der Abhängigkeit der Bevölkerung vom Funktionieren der lebensnotwendigen Infrastruktur schließen jeden Gedanken an Chancengleichheit von vornherein aus. Für den Westen kann und darf es deshalb nur darauf ankommen, dem wie immer beschaffenen und verbesserten sowjetischen Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa mit einer überzeugenden Fähigkeit zur nuklearen Vergeltung zu begegnen. Die Wirksamkeit dieser Abschreckung hängt jedoch wie bisher auch in Zukunft in erster Linie von der unbezweifelbaren Fähigkeit ab, mit großflächigen Zerstörungen nicht akzeptable Schäden anzudrohen und erforderlichenfalls auch herbeizuführen. Entscheidend dafür ist allein die Unverwundbarkeit der Systeme, nicht ihre aufs äußerste gesteigerte Treffgenauigkeit, die erst bei einer Absicht, geschützte militärische Punktziele zu bekämpfen, Bedeutung gewinnt.

3. Als vollkommen abwegig muß die Vorstellung bezeichnet werden, mit der bewußten Inkaufnahme all jener Risiken, die sich aus der Landstationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen für die Bevölkerung in dichtbesiedelten Ländern voraussehbar ergeben, die Bereitschaft zur Risikogemeinschaft mit den USA unter Beweis stellen zu müssen. Das ohnehin ungleich größere Risiko der Europäer bei jeder Art von Krieg zwischen Ost und West steht außer Frage. Es wird auch von vielen fair denkenden Amerikanern gesehen, die sich genauso entschieden gegen eine „Nachrüstung" wenden wie immer mehr Menschen in Europa auch. Es ist deshalb falsch, in den Bedenken gegen die „Nachrüstung" Anzeichen für eine antiamerikanische Haltung zu vermuten. Tatsächlich vereinigen diese Bedenken Europäer und Amerikaner in dem Bestreben, Entwicklungen zu verhindern, die zum nuklearen Krieg hinführen können. Dieses Bestreben verdient es, von all jenen unterstützt zu werden, deren Fähigkeit zur objektiven, vorurteilsfreien Bewertung weder durch naives Wunschdenken, noch durch blindwütigen Antikommunismus beeinträchtigt wird.

V. J. Sipols
Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags
Aus dem Russischen
360 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag,
DM 16,80

Nikolai I. Krylow
Stalingrad
Die entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkriegs
Aus dem Russischen
431 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 19,80
Mit zahlreichen Originalfotos

Lew Besymenski
Die Schlacht um Moskau 1941
Kleine Bibliothek Band 216
293 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Zehn Feststellungen zum nuklearen Kräfteverhältnis im Europa der 80er Jahre

Von Dieter S. Lutz

Die folgenden Thesen stellte uns der Autor, stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH) und einer der kompetentesten Kritiker irreführender NATO-Kräftevergleiche für den Abdruck in den „Blättern" zur Verfügung. D. Red.

Die nachfolgend angeführten Strukturmerkmale sind Ergebnisse einer Untersuchung, die sich auf den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 bezieht und als Kräftevergleichsanalyse aufgebaut ist (Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen?, Reinbek bei Hamburg 1981). Die Studie weist die These zurück, der Nachrüstungsbeschluß der NATO sei im Jahre 1979 ohne Verzögerung und insbesondere ohne vorherige Rüstungssteuerungsverhandlungen erforderlich gewesen. Im Mittelpunkt der Diskussion des Buches und einer auf Kriegsverhütung ausgerichteten Sicherheitspolitik generell müssen aber sicherlich jene in die Zukunft weisenden (destabilisierenden) Tendenzen und Strukturen stehen, die – quasi als Nebenprodukt der Kräftevergleiche – offen gelegt werden und die in die zentrale Frage nach der Gefahr eines Weltkrieges wider Willen einmünden.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß bei konsequenter Fortführung der derzeitigen Politik der Rüstungsbereich der Nuklearkräfte in und für Europa in den 80er und frühen 90er Jahren stärker als je zuvor geprägt sein wird von voraussichtlich

erstens über den sog. Nachrüstungsbeschluß hinausgehenden Zuwachsraten und ggf. auch der Entwicklung neuer Waffensysteme,

zweitens einer Tendenz zur „self-fulfilling-prophecy" mit

drittens den Folgen einer numerischen Disparität von Zielen und Mitteln beider Seiten (Parität der Disparität), ferner

viertens einer qualitativ, in ihren Werten (Letalität*, Vernichtungswahrscheinlichkeit) sich sprunghaft (exponentiell) entwickelnden Dynamik der Nuklear- und Raketentechnologie,

fünftens einer aufgrund gerade der sprunghaften Eigendynamik der Rüstungstechnologie nicht exakt und im voraus berechenbaren Entwicklung, und

*) Als „Letalität" (Lethality) wird die Vernichtungswirkung bezeichnet, die eine Waffe auf ein Ziel ausübt. Es handelt sich um „die Funktion aus zwei Faktoren: der Treff- und Zielgenauigkeit (accuracy) der Waffe einerseits und ihrer Sprengkraft (yield) andererseits" (Dieter S. Lutz). Anm. d.Red.

sechstens dem hieraus ständig möglichen – tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen – Wechsel der Kräfteverhältnisse, verbunden schließlich mit

siebtens der Realisierung einer Tendenz der Supermächte zur Beschaffung der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten eines entwaffnenden Erstschlages (counterforce/first strike).

Diese Aussagen besitzen – schließt man Waffensysteme wie die geplante MX-Rakete der USA oder modernisierte Systeme wie die SS-18 und SS-19 der UdSSR in die Betrachtung mit ein – durchaus auch Gültigkeit für den nuklearstrategischen Bereich der Rüstungsentwicklung. Spezifisch für den europäischen Kriegsschauplatz und damit auch für die LRTNF** ist allerdings ein weiterer, im Krisenfall u. U. entscheidender Destabilisierungsfaktor, nämlich

achtens die drastische Verkürzung der Vorwarnzeit.

Während die Flugzeit einer interkontinental-strategischen Rakete von den USA in die UdSSR oder umgekehrt mit einer Dauer von 25–30 Minuten angegeben wird, soll die Flugdauer eurostrategischer Systeme, etwa der für die Bundesrepublik vorgesehenen und auf Ziele in der UdSSR gerichteten Pershing II, lediglich vier Minuten betragen. Bereits die interkontinentale Vorwarnzeit muß aber als kaum lange genug angesehen werden, um ggf. gesichert festzustellen, ob ein Angriff oder ein Irrtum (Fehlalarm) vorliegt bzw. um in beiden Fällen möglichst rational zu reagieren. Entscheidungen und Handlungen, denen ein noch kürzerer Zeitrahmen gesetzt wird, können deshalb nur dann in einem relativ rationalen Sinne gefällt und durchgeführt werden, wenn sie

neuntens als vorab festgelegte typische Muster, d.h. vorprogrammiert, ablaufen.

Zum Programmschema im Abschreckungssystem gehört jedoch nicht nur die Identifikation des potentiellen Feindes und die Vermutung seiner dauerhaften Aggressionsbereitschaft, sondern vor allem die ständige Orientierung und Vorbereitung der eigenen Abwehrbereitschaft am denkbar schlimmsten Fall (worst case), zukünftig also an der technischen Fähigkeit zum entwaffnenden Erstschlag. Für die Sowjetunion spezifisch wird diese Worst-Case-Orientierung in den kommenden Jahren zusätzlich noch geprägt sein (müssen) von der künftigen Fähigkeit nur der USA zu Optionenbegrenzungs- und (Teil-) Entwaffnungsmaßnahmen über den Einsatz von treffgenauen LRTNF-Potentialen gegen militärische Einrichtungen der UdSSR wie ICBM***-Silos, Führungsbunker und Kommandozentralen. Mit anderen Worten: Das Abschreckungssystem wird sich ausweisen durch

zehntens ein strategisches Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten, das

**) LRTNF = Long Range Tactical Nuclear Forces: land-, see- und luftgestützte Mittelstreckenraketen und Mittelstreckenbomber mit großer Reichweite, 1000–8000 km. Hierzu gehören die sog. eurostrategischen Raketen und Bomber. Anm. d. Red.

***) ICBM = Intercontinental Ballistic Missiles: Interkontinentalraketen wie Minuteman, MX, SS-16. Anm. d. Red.

von den USA in Krieg und Frieden einseitig durch (im Sinne von SALT nichtstrategischen) LRTNF zum Nachteil der Sowjetunion unterlaufen wird.

Wie werden, vor allem im Krisenfall, die USA insbesondere diesen letztgenannten strategischen „Strukturvorteil" nutzen (müssen)? Wie wird die Sowjetunion auf dieses strategische „Strukturdefizit" reagieren (müssen)? Bereits bislang schon bildet(e) die Versuchung, in irgendeiner Phase der im Rahmen eskalierender Aufrüstung und Umrüstung möglicherweise wechselnden Kräfteverhältnisse und Kräftevorteile zum Präemptiv- oder Präventivkrieg zu, sowohl für den stärkeren (und in naher Zukunft vielleicht wieder schwächeren) als auch für den jeweilig schwächeren (und in absehbarer Zeit noch schwächeren) der beiden Kontrahenten ein ernstes Problem. Zukünftig werden beide Gegner die zielstrebigen Bemühungen um Erstschlagskapazitäten des jeweilig anderen feststellen können, nicht aber wissen, ob diese als konkrete Vorbereitungen auf einen Krieg – sei es ein Angriffskrieg oder aus der Sicht des Angreifers u. U. wiederum ein als notwendig erachteter Präventivkrieg – einzuschätzen sind. Wenn aber beide Seiten vom „worst case" ausgehen, werden dann nicht beide zukünftig auch ohne ernsthafte eigene Absichten ständig mit dem Gedanken des Präemptiv- oder Präventivkrieges spielen müssen?

weltweit
aktuell konkret lebendig

horizont

horizont
Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

„horizont" bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen
- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!
Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Brücken-Verlag GmbH
Ackerstraße 3 – 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Über den amerikanischen Begriff der „Abschreckung"

Sozialpsychologische Reflexion

Von Hans-Jochen Gamm

„Abschreckung" ist seit Bestehen der NATO als dynamisches Element bei der Rüstungsplanung gegenüber den Militärpotentialen der Mächte des Warschauer Pakts immer wieder bemüht worden; damit sollte vermeintlich elastisch auf deren Kapazitätsveränderungen im konventionellen wie im atomaren Bereich reagiert werden. Die USA als Führungsmacht des westlichen Bündnisses bestimmen seither, wie die eigene Schlagkraft proportioniert sein müsse, um die angeblich jede Schwäche des anderen Systems erspähende und gnadenlos ausnutzende Kreml-Führung davon zurückzuhalten, sogleich ihre Panzerstoßkeile in das sich abzeichnende Machtvakuum zu entsenden, bis zum Rhein oder gar bis zum Atlantik durchzustoßen. Damit geraten die Chiffre von der Weltrevolution als leninistische Theorie und die Marschbewegungen der Roten Armee in vernebelten Köpfen rasch zu einem findigen Konglomerat. Um nun die Führungsspitze der UdSSR an abenteuerlichen Unternehmungen nachdrücklich zu hindern, sei mit vernünftigen Vereinbarungen wenig auszurichten, so wird behauptet, denn „die Russen" verstünden solche Sprache nicht, sondern sie müßten mit derart entsetzlichen Bildern bezüglich ihrer eigenen Zukunft beim „Ernstfall" konfrontiert werden, daß ihnen die Torheiten vergingen. Dabei unterstellt die Vormacht der westlichen Welt nicht nur, daß auf ihrer Seite vernünftig argumentiert, sondern selbstverständlich auch, daß der christlich-abendländische Grundwertekatalog durch sie verteidigt werde.

Wer „Abschreckung" zu einem Mittel der Politik, insbesondere zum Faktor militärtechnischer Kalküle macht, wer die massive Drohgebärde in den ausschließlich von ihm definierten Verhältnissen für wirksamer hält als die verbale Vereinbarung, läßt unbeachtet, daß der Mensch in unübersehbaren Entwicklungen aus der Dumpfheit seiner tierischen Vorfahrenreihe zum *animal rationale* (vernunftbegabtes Lebewesen; d. Red.) erhöht wurde, wie bereits die frühgriechischen Philosophen erkannten. Die USA sprechen der anderen Weltmacht die Fähigkeit zur rationalen Analyse ab, sehen in deren Vertretern Wesen ohne *Rationalität,* die durch grobe Strafandrohung „abzuschrecken" seien.

Diese Praxis der Vereinigten Staaten zerstört die gedanklichen Leistungen der bürgerlichen Kultur. Sie mißachtet das Mündigkeitspostulat der Völker, auf das seit der Renaissance die politische Theorie zunehmend reflektiert hatte, und ignoriert, daß die europäische Aufklärung Mündigkeit zum Bildungsziel erhob und die Klassik dem auf Mündigkeit gerichteten Bildungsentwurf

die gültige Form gab. Dabei verdanken die USA ihre Existenz eben diesen emanzipatorischen Leistungen Europas. Die Einwanderer, mit denen im 18. Jahrhundert die Besiedlung der nordamerikanischen Landmasse begann, waren nach Freiheit dürstende Menschen, die den europäischen Feudalfesseln entkamen, in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung das Bild des mündigen, sich selbst bestimmenden Menschen malten und im Vertrauen auf den demokratischen Prozeß sich selbst zukunftsweisende Gesetze gaben. Darum konnte die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 als erstes politisches Dokument auch den Anspruch des Menschen auf vernünftige Gesellschaftsverhältnisse, auf Freiheit und Glück formulieren und folglich die Hoffnung auf eine befriedbare Welt mit der Zukunft verbinden.

Nun wäre es freilich schlicht idealistisch gedacht, wollte man diese menschheitlichen Hoffnungen für so mächtig halten, daß ihre Strahlkraft ausreichte, die tatsächlichen Verhältnisse zu revolutionieren. Sie haben es weder damals vermocht, noch gelingt es ihnen heute. Sie blieben und bleiben ohnmächtig gegenüber den Umständen, in denen Menschen leben, arbeiten und sich fortpflanzen, wenn diese Verhältnisse eine gesellschaftliche Weiterentwicklung mit dem Ziele der vollen Teilhabe aller an den ökonomischen und politischen Planungs- und Steuerungsprozessen verhindern, kurzum: wo immer die Herrschaft sich gegen die Entfaltung des Menschen seines Zeitalters stellt. Das aber ist in den USA exemplarisch der Fall, weil dort der Kapitalismus sich gleichsam im Zellularsystem der Gesellschaft so verfestigt hat, daß er sich trotz der ständig schärfer sich abzeichnenden Probleme im Bereich der farbigen Bevölkerung, auf dem Sektor der materiellen und psychischen Verelendung, der Arbeitslosigkeit wie der Kriminalität, einstweilen noch hält, freilich aber auch, seine Bedrohtheit ahnend, sich um so lauter und anmaßender gebärdet. So zeigt sich das Gesicht des amerikanischen Kapitalismus heute als Drohfratze, seine Sprache ist herausfordernd, sein Verhaltenskomment sogar den westeuropäischen Verbündeten gegenüber rüde; in Hinsicht auf die andere Weltmacht gibt er jede internationale Sensibilität preis und zeigt sich als das, was der Kapitalismus seit seiner ursprünglichen Akkumulation immer war: eine Kette gewalttätiger und blutiger Erpressungen. Zu kombinieren vermag er nur im Maßstab des ihm eigenen Konkurrenzmechanismus. Das kommt in seiner gesamten Argumentation zum Ausdruck: Sein Bild von der Kreml-Führung, wie es eingangs gezeichnet wurde, ist das eines Konkurrenten auf dem Markt. Er unterstellt, schließe man selbst nicht sogleich jede Lükke, behielte Rückstand oder Vakuum nicht unter Kontrolle, so würde der sowjetische Konkurrent sogleich nachstoßen und die Verhältnisse ohne jede Rücksicht verändern. Weil dieses sozialpsychologische Erfahrungsmodell den US-amerikanischen Markt insbesondere kennzeichnet, ein Unternehmer prinzipieller Feind des anderen in der Warenproduktion und Käufergunst ist und einer den anderen auch faktisch ruiniert und umbringt, muß es den politischen Exponenten der amerikanischen Konzerne schwerfallen, für die Auseinandersetzung mit einem anderen Gesellschaftssystem besser geeignete Denkmuster zu wählen. Der Krieg der Konzerne untereinander lieferte von

jeher auch die Instruktionen für die Politiker und veranlaßte die nachfolgende Kontrolle durch diejenigen Eliten, denen der einzelne Politiker die finanziellen Mittel für seine persönliche Propaganda wie für die Anlage der Wahlkämpfe verdankte.

Neben diesen ökonomischen Faktor, der dem Wort „Abschreckung" seine heutige Gängigkeit vermittelt, tritt ein zweiter, der mit der amerikanischen Wissenschaftstradition zusammenhängt. Wie die Gesellschaft der neuen Welt mehr oder weniger geschichtslos lebt, da sie sich von der europäischen Tradition löste und eine eigene nicht schuf, so bleibt der Entwicklungsprozeß der dort betriebenen Wissenschaft weitgehend von den abendländischen Denkprämissen unberührt. In Europa ist seit der antiken Philosophie in immer neuen Renaissancen versucht worden, die unausgeschöpften Theoreme, Dialoge und Poesien in die jeweils eigene Epoche zu übersetzen und als geistige Gestaltungshilfe für deren neuaufgegebene geschichtliche Umstände zu bearbeiten. Von den zweifellos auch belastenden Kontinuitäten von Altertum und Mittelalter ist die nordamerikanische Gesellschaft bekanntlich frei, da sie als solche erst seit zwei Jahrhunderten existiert. Und so hat sich die amerikanische Forschung vor allem auf die Erklärung des Faktischen beschränkt, und ihre Theorie bleibt unter Verzicht auf Ontologie und metaphysische Spekulation, sofern man dies pauschal sagen darf, im Zirkel der Veränderbarkeit natürlicher Regulationen. Das Gesetz ihrer nachweislichen Effektivität korrespondiert mit dem Profithorizont der sie begrenzenden kapitalistischen Wirtschaft.

Unter derartigen Voraussetzungen hat der zu Anfang des 20. Jahrhunderts von dem amerikanischen Psychologen J. B. Watson begründete sogenannte *Behaviorismus* in seiner funktionalistischen und experimentellen Richtung wahrlich Schule gemacht, da er sich nach eigener Auffassung jenseits aller Ideologien wähnte und mit der strikten Beschränkung auf das objektiv beobachtbare und meßbare Verhalten (daher der Name Behaviorismus) die Zusammenhänge zwischen ausgesendeten Reizen und den organischen Reaktionen der Individuen ohne Trübungen zu verzeichnen unternahm. (Die Werbepsychologie bestätigte, daß *Reize* nur dauerhaft und geschickt anzusetzen seien, um die erwünschte *Reaktion* des potentiellen Käufers zu provozieren.) Der ausschließliche Rückgriff auf das naturwissenschaftliche Beobachtungsinstrumentarium und die Exklusivität behavioristischer Kategorien begünstigten die Auffassung, daß hier so etwas wie „reine" Wissenschaft aufgrund einer in sich völlig überzeugenden Forschungsmethodologie aufgebaut werden könne, die für Tiere und Menschen gleichermaßen einwandfreie Meßwerte liefere. Weltweit bekannt geworden sind in diesem Zusammenhang die Experimente des amerikanischen Psychologen B. F. Skinner, der besonders mit Tauben und Ratten in Versuchsreihen arbeitete. Mit der von ihm konstruierten Box, die nach ihm benannt ist, gelangte er unter dem Terminus „operante Konditionierung" zu aufsehenerregenden Resultaten im Felde der Lernpsychologie, von denen er annahm, daß sie auch zu Konsequenzen für die menschliche Gesellschaft führen könnten. Wenn nämlich alles Verhalten

durch Erfahrung zustande kommt, so müssen die für geeignet gehaltenen Erfahrungen entsprechend selektiert und vermittelt werden, will man ein bestimmtes Verhalten auch im sozialen oder politischen Bereich aufbauen. Belohnung und Bestrafung, Verstärkung oder Auslöschen eines Verhaltens bieten dazu die Mittel.

Sicher wäre es unzulässig verkürzt, im Zuge dieser Skizze den Nachweis führen zu wollen, wie im einzelnen die amerikanische Politik von jenem in ihrem Lande entwickelten Denkmodell Handlungsimpulse entlehnt hat. Daß auf jeden Fall aber diese faszinierende Methode des Konditionierens, Programmierens und Umfunktionierens ihren Eindruck auf die politischen Repräsentanten nicht verfehlt hat, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Wenn man Ratten und Tauben zahm machen oder aggressiv einstimmen kann, je nachdem, ob man sie belohnt oder ihnen Zuwendung entzieht, warum soll dann der Experimentator als omnipotenter Typ nicht glauben, dies gelte auch für sämtliche Lebewesen? Das eingerichtete Experiment mit seiner Versuchsanordnung sagt immer auch etwas über denjenigen aus, der es durchführt und verantwortet, sowie über denjenigen, der die Mittel für das wissenschaftliche Unternehmen bereitstellt. Das damit veranlaßte primitive Menschenbild zeigt den Menschen als ein auf Lohn und Strafe geeichtes Wesen, mit dem Schrecken läßt sich instrumentell arbeiten, die „Abschreckung" in die politische Globalszene mühelos weiterkonstruieren.

Die von den derzeitigen amerikanischen Politikern mit Bau und Einrichtung neuer Waffensysteme gewünschte „Abschreckung" der anderen Weltmacht bedeutet, wie eingangs dargelegt, den Rückzug auf irrationale, auf archaische Strukturen, die gerade nicht eine größere Stabilität des Friedens verheißen, sondern das Gegenteil bewirken. Friede ist, wie bereits Immanuel Kant in seiner Schrift von 1795 „Zum ewigen Frieden" klar herausarbeitete, nur dann möglich, wenn auf dem Wege internationaler Vereinbarungen und allseitig respektierter Verträge Menschen übereinkommen ihre Verhältnisse zu klären und Frieden als höchstes ethisches Gut allen ihren Bestrebungen zugrunde zu legen, um damit Glück und Wohlfahrt von Menschen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse, weltanschaulicher Auffassungen und nationaler Besonderheiten zu fördern, Lehren aus der bisherigen Geschichte zu ziehen, endlich den „Naturzustand" zwischen den Völkern zu überwinden. Die europäische Aufklärung, zu der insbesondere englische, französische und deutsche Denker wichtige Erkenntnisse beigetragen haben und die im System Kants ihren philosophischen Abschluß fand, läßt sich nur auf Rationalität gründen. Die Aufklärung hat Pate gestanden, als 1776 die freiheitliche amerikanische Verfassung Gestalt gewann und den Respekt vor der Würde des Menschen und dem Reichtum seiner Entfaltungsmöglichkeiten aussprach.

Der amerikanische Spätkapitalismus hat sich längst von dieser konstitutiven Vorgabe abgelöst, die Ehrfurcht vor dem Menschen, wie sie Goethe im „Wilhelm Meister" entwickelt, ist ihm fremd. Allein seine Praxis gegenüber den mittel- und südamerikanischen Staaten, die ihn als alten und neuen Kolonial-

herren ausweist, wie jüngst die Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Heidemarie Wieczorek-Zeul, nach einem Besuch in El Salvador mit tiefer Betroffenheit konstatierte („Spiegel", Nr. 31/1981, S. 85), zeigt, daß sein Weltbild von der Rattenbox geprägt ist. Dagegen bleibt ihm die Vorstellung von einem geschichtlichen Aufbruch der Menschheit zur Gemeinschaft freier Völker fremd.

Schrecken, Ausbeutung, Folter und Tod, denen die lateinamerikanischen Völker ausgesetzt sind, und die „Abschreckung", wie sie als strategisches Programm empfohlen wird, entsprechen einander; jede moralische Legitimation mangelt ihnen, sie sind nackte Willkür im Gestrüpp internationaler Kapitalverflechtungen. Daß der Schrecken und somit die „Abschreckung" irgendwelche konstruktiven weltpolitischen Folgen haben könnten, wie es uns die amerikanische Führungsmannschaft derzeit glauben machen möchte, ist absurd; der Schrecken konserviert lediglich das bisherige globale Labyrinth, widerspricht jeder Vernunft. Freilich, wer die Tötung will, kann mit dem Schrecken gleichsam als psychischem Faktor operieren. Auch dies ist aus der bereits mehrfach berufenen klassischen Literatur zu entnehmen: Der junge Schiller läßt in „Die Räuber" Franz Moor reflektieren, wie dieser am geschicktesten den eigenen Vater umbringen könne und dabei als Mörder unentdeckt bleibe. Im Arsenal der vorgestellten Möglichkeiten wird ihm schließlich klar: „Schreck! – Was kann der Schreck nicht? – Was kann Vernunft, Religion wider dieses Giganten eiskalte Umarmung?" (2. Akt, 1. Szene). Der arrangierte Schrecken verursacht den Herzstillstand, denn Vernunft und Religion als stärkste Säulen der Selbstbesinnung vermögen seiner Unvorhersehbarkeit gegenüber nichts, das vegetative Nervensystem versagt, das Zusammenspiel des Organismus setzt aus; ungeplante Reaktionen treten auf.

Wer folglich mit „Abschreckung" opriert und auf ihre vermeintlich aggressionsdämpfende Wirkung setzt, indem er dem Gegner jene Aggressivität unterstellt, die ihn selbst empirisch kennzeichnet, begeht die größte sozialpsychologische Fehlkalkulation, da er durch Verzicht auf rationale Absprache sich und seinen Kontrahenten zu archaischen Reaktionen stimuliert, denn Menschen sind unter entmenschlichten Bedingungen weniger berechenbar als die Versuchstiere einer Skinner-Box. Außerdem hat die neuere Verhaltensforschung deutlich machen können, daß bei Tieren und mit entsprechenden Abwandlungen auch bei Menschen im Augenblick fundamentaler Störung von Verhaltensabläufen die Triebe sich so verwirren, daß *Übersprunghandlungen* als sinnloses Ersatzhandeln geschehen. Auch dieses Forschungsresultat darf als Beleg dafür dienen, in welche unvorhersehbare Richtung durch programmierten Schrecken das Triebpotential ausweichen kann. Das alles spielt in einer Epoche, in der erstmalig der Menschheit die Alternative geboten ist, alle satt und glücklich oder den Planeten Erde für unsere Spezies unbewohnbar zu machen.

Angesichts der hier umrissenen, schlicht verbrecherisch zu nennenden Praktiken steht die gesamte Menschheit wirklich am Scheidewege. Sie muß „Ab-

schreckung" verwerfen, sämtliche Massenvernichtungsmittel atomarer, biologischer oder chemischer Art ächten, sich auf die gemeinsame Überlieferung besinnen. Wenn die derzeitigen amerikanischen Machthaber Reagan, Weinberger und Haig dabei ebenfalls auf die Humanitätsidee zurückgriffen und einiges aus den Werken von Kant, Goethe und Schiller lesen wollten, so wäre dies hoch erwünscht. Daß sie es tun, ist allerdings bei deren Mentalität höchst unwahrscheinlich. Um so mehr wird es bei den europäischen Völkern darauf ankommen, unter Berufung auf die eigene Tradition jene zynische amerikanische Politik zurückzuweisen und die Erosion der Vernunft nicht zuzulassen.

„Haushaltsoperation '82"

Politisch-ökonomische Hintergründe

Von Rudolf Hickel

I. Die Ummünzung der Wirtschaftskrise in die Krise des Sozialstaats

Das Menetekel der Brüningschen Deflationspolitik

Was die Regierung Schmidt/Genscher als „Haushaltsoperation '82" bezeichnet, erweist sich immer deutlicher als Sozialabbau in einer Schärfe, für die es in der bisherigen Geschichte der Bundesregierung kein Beispiel gibt. Blickt man allerdings weiter zurück, dann drängen sich zwei historische Zusammenhänge geradezu auf. 1881 – vor genau hundert Jahren – verkündete Kaiser Wilhelm I. in einer Botschaft an den Reichstag die später sogenannte Bismarck'sche Sozialgesetzgebung. Die Rückbesinnung auf „100 Jahre Sozialstaat", für die in den nächsten Monaten mehrere „Jubiläumsfeste" gekündigt sind, kann die aktuelle Politik der Sozialstaatsdemontage nicht übersehen.

Aber auch ein anderes politikrelevantes Jahr jährt sich zum fünfzigsten Male: 1931, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland mit ca. 5 Millionen Arbeitslosen, hat der Reichskanzler Brüning unter Anwendung des Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung insgesamt drei Notverordnungen (5. Juni/6. Oktober/8. Dezember) erlassen, denen sich das Parlament in seiner Mehrheit nicht mehr widersetzte. Insgesamt sahen die Notverordnungen – in Ergänzung zu der „ersten Notverordnung" vom 1. Dezember 1930 – vor: Verzicht auf öffentliche Aufträge, Einschränkung der Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, massive Senkung der Beamtengehälter (1. Dezember 1930 um 6%, 5. Juni 1931 gestaffelt nach Einkommenshöhe und Ortsklassen um 4–8%, 8. Dezember 1931 um 10% auch bei Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst).

Die Maßnahmen Brüningscher Deflationspolitik, die die Wirtschafts- und Sozialkrise vertieften und schließlich dazu beigetragen haben, das Klima für die faschistische Machtergreifung zu verbessern, werden häufig zur Beurteilung der heutigen wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Situation hinzugezogen. Bei historischen Vergleichen ist Vorsicht geboten, denn, in der Tat, 1931 ist nicht 1981. Aber skurrilerweise hat der Bundeskanzler, zusammen mit seinem Finanzminister, den Vergleich selbst eingeführt: 20 Mrd. Einsparungen im Bundeshaushalt 1982 seien „Brüningsche Defklationspolitik", aber 16 Mrd. eben nicht. Auf diese schwer nachvollziehbare Differenzierung hat David Schuster im letzten Heft der „Blätter" zu recht hingewiesen[1]).

Aber auch der Sachverständigenrat (SVR) hat in seinem „Sondergutachten" vom Sommer 1981, mit dem er in die haushaltspolitische Kontroverse eingriff und – wie noch zu zeigen sein wird – massive Kürzungen im Sozialetat sowie weiteren Lohnabbau empfiehlt, im vorhinein den Vorwurf zu entkräften versucht, er würde einer „Brüningschen Finanzpolitik" das Wort reden: „Der Vorwurf einer Brüningschen Finanzpolitik bleibt nicht aus. Er ist freilich unzutreffend. Die öffentlichen Defizite werden über das normale und das konjunkturbedingte Maß hinaus hoch bleiben."[2])

Heute wird das Phänomen wirtschaftlicher Rezession mit einer Finanz- und Geldpolitik angegangen, die vor allem nominale und reale Zuwachsraten wichtiger ökonomischer Größen dämpft bzw. an die Null- und Negativmarke heranführt. Diese Politik gekappter Zuwächse ökonomischer Leitvariablen – wie Staatsausgaben, Staatseinnahmen, Löhne und Gehälter, Geldmenge usw. – läuft im Verhältnis zu dem Ziel, wirtschaftliches Wachtum und Beschäftigung zu stabilisieren, auf eine Rezeptur hinaus, die sich durchaus mit der Brüningschen Roßkur vergleichen läßt. Wie diese wird sie ihr Ziel absehbarerweise nicht nur nicht erreichen, sondern die ökonomische und soziale Lage verschlechtern.

Im Mittelpunkt der Krisenerklärung stand bei Brüning – wie heute – die Behauptung, erst die Wiederbelebung der privatwirtschaftlichen Kräfte durch eine radikale Politik der Kostensenkung könne die Situation positiv wenden. Auch bei Brüning hat deshalb der Sozialstaat seinen Tribut zu zollen. Symptomatisch ist die Erklärung des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie", die er zusammen mit den übrigen Spitzenverbänden der Industrie vorlegte und die sich auch mit Brünings Grundauffassung deckte: „Das deutsche Volk stehe vor der Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte . . . Verblendung der Politik habe die deutsche Wirtschaft durch ihre Eingriffe eines Teils ihrer Grundlagen beraubt . . . Man dürfe . . . nicht einen Kapitalismus schmähen, den man eines großen Teils seiner Wesensart entkleidet habe. Doch sei schärfste Kritik am Platze gegenüber einem politisch diktierten Hin- und Her

1) Vgl. Schuster, Sozialdemontage, in: „Blätter", Nr. 8/1981, S. 900.
2) SVR, Sondergutachten: Vor Kurskorrekturen – Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981, Bundesdrucksache, 9/641 (7.7. 1981), S. 4, Ziff. 14.

zwischen Kapitalismus und Sozialismus, das zur Folge habe, daß dem Kapitalismus die Fehler des Sozialismus zur Last gelegt würden."[3])

Diese Sätze könnte gegenwärtig so mancher Wirtschaftswissenschaftler und -politiker in sein Vokabular aufnehmen, denn wieder einmal muß das Sozialsystem für die Verursachung der Wirtschaftskrise herhalten.

Es ergibt sich aber auch eine weitere Parallele, vergleicht man den „alten" mit dem „neu" abverlangten sozialpolitischen „Opfergang". Da heißt es etwa in einer Verlautbarung Brünings: Ein „Ausbau des Welthandelsexports wird verlangt . . . Eine erbitterte Verschärfung des Kampfes um die Mäkrte der Welt ist die Folge. Schwere Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten. Dies ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft."[4]) Zwar stand diese Orientierung auch unter dem Eindruck der zu leistenden Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg, aber ganz ähnlich wie heute – das ist noch zu zeigen – wird der sozialpolitische Aderlaß mit einer *Restrukturierung der Wirtschaft* zugunsten internationaler Vormachtstellung begründet.

Stabilisierung privatwirtschaftlicher Gewinne bei Umstrukturierung der Produktion zugunsten einer verbesserten Weltmarktposition war das wirtschaftspolitische Ziel. In diesem neokonservativen Krisenkonzept versteht sich von selbst, daß eine entsprechende Lohnpolitik eingesetzt wurde. Am 23. November 1931 erarbeitete der „Reichswirtschaftsrat" bei Hindenburg eine Erklärung, die zum Ausdruck brachte: „Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter unvermeidlich. Dabei muß der Grundsatz des Tarifvertrags erhalten bleiben . . ." Und wie soll das geschehen? „Insbesondere soll die Verbindlichkeitserklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden . . ."[5])

An der kostenorientierten Rentabilitätspolitik gab es frühzeitig Kritik, insbesondere durch die sog. „Deutschen Keynesianer"[6]). Aber auch die Gewerkschaften forderten eine Politik, die auf der These basierte, daß die Wirtschaftskrise aus der spezifischen Systemstruktur resultiere. So stellte am 30. August 1931 der Sekretär des Bundesvorstands, W. Eggert, am Vorabend des 14. Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), fest: „Diese Kundgebung ist . . . in erster Linie auch eine machtvolle Demonstration, die sich gegen die Feinde der Gewerkschaftsbewegung und gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem richtet, durch dessen Schuld allein in Deutschland fünf Millionen Menschen arbeitslos geworden sind."[7])

3) Zit. n. W. Treue (Hrsg.), Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, München 1976, S. 188.
4) Ebd., S. 182.
5) Ebd., S. 192.
6) Vgl. Brombach u. a. (Hrsg.), Der Keynesianismus, Bd. I und Bd. II, Berlin, Heidelberg, New York 1976.
7) Zit. n. W. Treue, a.a.O., S. 186.

Unter dem Druck krisenverschärfender und die sozial Schwachen belastender Gewinnpolitik legten am 26. Januar 1932 Woytinsky, Tarnow und Bade ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, den sog. WTB-Plan vor, den sie mit der Feststellung einleiteten: „Der Plan geht von dem Grundgedanken aus, daß zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Wiederanstieg der Wirtschaft ein Anstoß erfolgen muß, weil die selbsttätigen Kräfte der Krisenüberwindung außer Funktion gesetzt oder gelähmt sind."[8]) Vorgesehen war eine Wiedereingliederung von einer Million Arbeitsloser durch Auftragsvergabe an die Reichsbahn, Reichspost und kommunale Verbände. Zur Realisierung dieser und ähnlich keynesianischer Pläne kam es nicht.

Eine Wirtschaftspolitik, die angesichts wirtschaftlicher Krisenentwicklung auf massive Umverteilung ökonomischer Ressourcen und politischer Macht für Wirtschaft setzt, löst sich verschärfende wirtschaftliche, soziale und politische Prozesse aus. Das ist die Lehre, die es fünfzig Jahre nach der einschneidenden Phase einer Notverordnungspolitik zu ziehen gilt. 1962 schrieb Paul Samuelson in den „Economic Task Force"-Report zur Präsidentenwahl von Kennedy: „Die Geschichte erinnert uns, daß selbst in den schlimmsten Tagen der Depression es niemals an Fachleuten mangelte, die vor allen heilenden staatlichen Maßnahmen mit der Begründung warnten, daß sie wahrscheinlich nur Inflationsprobleme schaffen würden. Hätte dieser Rat bei uns wie im Vor-Hitler-Deutschland die Oberhand gewonnen, dann könnte die bloße Existenz unserer Regierung auf dem Spiele stehen. Keine moderne Regierung wird wieder diesen Fehler machen."[9])

Weit gefehlt, mit dem Siegeszug des Monetarismus in England (Thatcherismus) und den USA (Reaganismus) hat sich ein Politikmuster in den Vordergrund geschoben, das genau den Rückzug des Staates aus Konjunktur- und Beschäftigungspolitik bei Ausbau der „Ordnungs"-Funktionen verficht. In der Bundesrepublik hat es länger gedauert, aber inzwischen werden auch hier Grundsätze in den Vordergrund der Politik lanciert, die im Sozialabbau, in der Lohnpause und in steuerlicher Verbesserung privatwirtschaftlicher Gewinne Programmpunkte der Krisenbekämpfung sehen.

In einem geschickten Management der Meinungsbeeinflussung und -bildung ist die These vom ausartenden Sozialstaat verbreitet worden. Unter dem Vorwand, gegen Mißbrauch vorzugehen, vollzieht sich ein Abbau des gesetzlich intendierten und damit festgelegten Gebrauchs des Systems sozialer Sicherung. Zu Recht stellt der DGB-Vorsitzende, H. D. Vetter, in seinem warnenden Brief an den Bundeskanzler fest: „Die in den letzten Monaten von interessierter Seite aus intensivierte Diskussion um den Mißbrauch von Sozialleistungen wird zunehmend zum Vorwand genommen, um tiefgreifende Einschnitte in das System sozialer Sicherheit zu begründen sowie von den dringend erforderlichen Maßnahmen der Beschäftigungspolitik abzulenken. Dies gilt vor al-

8) Brombach u. a. (Hrsg.), Bd. II, S. 172.
9) Samuelson, Prospects and Politics, for the 1961 American Economy, in: „Taxation and Finance", January 6, 1962.

lem für die überzogene Diskussion um Mißbräuche bei der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik."[10]) Diese eher vernebelnde und ablenkende Mißbrauchsdiskussion hat bei vielen zu Einschüchterung und Resignation geführt, die etwa aufgrund ihrer unverschuldeten Situation der Arbeitslosigkeit auf die durch sie selbst mitfinanzierten Versicherungszahlungen angewiesen sind.

II. Der politische-ökonomische Kern der Austeritätspolitik

Austeritätspolitik – ein neuer Begriff

Mit Blick auf den gesamtgesellschaftlichen Inhalt, der sich hinter der neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik verbirgt, ist eine begriffliche Klärung wichtig. Die vielzitierte, in öffentlichen Haushalten vollzogene „Sparpolitik" bleibt oberflächlich auf die Einnahme- und Ausgabenposten der Budgets begrenzt. Zwar ist es richtig, daß diese budgetäre „Sparpolitik" momentan einer der Haupthebel der Finanz- und Wirtschaftspolitik ist; aber die gesamte Dimension der dahintersteckenden Strategie wird nicht sichtbar.

Was sich prinzipiell an wirtschafts- und finanzpolitischem Kurswechsel vollzieht, konzentriert sich quantitativ und qualitativ auf eine ökonomische und politische Restrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in nationalem und internationalem Ausmaß. Es geht um eine massive staatliche Umverteilung von Einkommen und Einkommensansprüchen, aber auch politischer Macht zugunsten der Freisetzung von Kapitalstrategien. Das gesamte Ausmaß dieser ökonomischen und politischen Restrukturierung ist besser mit dem Begriff *Austeritätspolitik* umschrieben. Die Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf privatwirtschaftliche Wachstumspflege dringt durch alle Poren gesellschaftlichen Lebens.

Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten des Sozialbudgets ist innerhalb der Austeritätspolitik, die die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Verhältnisse auf die privatwirtschaftliche Gewinnwirtschaft intendiert, nur *ein*, momentan unmittelbar spürbares, Instrument. Dazu gehören aber auch die Versuche, getreu konservativer Wirtschaftspolitik, über die Empfehlung von sinkenden Lohnzuwächsen bzw. einer „Lohnpause" Gewinnstabilisierung zu betreiben. Aus diesem Konzept resultiert auch die Geldpolitik, die einerseits den Spielraum der Tarifparteien einschränken soll und andererseits mit der Hochzinspolitik den Konzentrationsprozeß der Wirtschaft vorantreibt. Über diese ökonomischen Strategien der Umverteilung volkswirtschaftlichen Einkommens zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinne hinaus impliziert die Austeritätspolitik insgesamt eine Restrukturierung politischer und ideologischer Verhältnisse. Dies erklärt auch, daß qualitative Reformprojekte – wie Ausbau der Mitbestimmung, Veränderung der Bildungs- und Ausbildungsinhalte in Schulen und Hochschulen sowie andere „kostenlose" Maßnahmen nicht mehr realisiert werden. Die Wirtschaftskrise

10) „Frankfurter Rundschau" v. 23. 7. 1981.

wird somit zum Anlaß genommen, unter der Forderung nach „privatwirtschaftlicher Wachstumspflege" die Gesellschaft als Gesamtveranstaltung auf Kapitalstrategien auszurichten. Milton Friedmans „Kapitalismus und Freiheit" gilt immer deutlicher als Grundorientierung dieser Austeritätspolitik: Die politisch und gewerkschaftlich ungestörte Freiheit für Kapitalstrategien bildet die Zielgröße gesellschaftlicher Restrukturierung[11]). Auch diese qualitativ-politische Dimension der Austeritätspolitik ist stark an gewinnwirtschaftliche Interessen gebunden.

Mit der budgetären Sparpolitik – als Beitrag zur Krisenüberwindung bezeichnet – geht es also zugleich um eine *Reprivatisierung sozialer Risiken,* die wieder unmittelbarere Abhängigkeiten der abhängig Beschäftigten in- und ausserhalb von Beschäftigungsverhältnissen gegenüber den Kapitalstrategien schaffen soll. Zurückdrängung reformpolitischen, aber auch gewerkschaftlichen Einflusses auf die Gestaltung ökonomischer Verhältnisse steckt hinter der Austeritätspolitik, die in der Sozialdemontage ihren deutlich sichtbaren Ausdruck findet. Auf die Interdependenz zwischen ökonomischen und politischen Anforderungen hat Michael Kalecki 1943 mit Blick auf den Faschismus in Deutschland hingewiesen. Unternehmensinteressen richten sich gegen Vollbeschäftigung, weil sie die „Disziplin in den Betrieben", die sich offensichtlich nur über individuell spürbare Beschäftigungsrisiken herstellen läßt, unterminiert[12]). Daraus erklärt sich auch, warum sich die Industrieverbände in der letzten Zeit überaus scharf gegen Vollbeschäftigungspolitik über Konjunktur- und Strukturprogramme wenden. Hierin wird die Gefahr gesehen, daß ein marktwirtschaftlicher Regelmechanismus in seinen Auswirkungen abgefedert wird: Das Risiko der Arbeitslosigkeit, das die Anbindung an unternehmerische Interessen bzw. Beschäftigungsbedingungen erhöhen soll. Über diese Zusammenhänge läßt sich dann auch begründen, inwieweit die heutige Austeritätspolitik auf gesellschaftliche Umwälzung im Sinne der Rücknahme reformorientierter Positionen ausgerichtet ist. Weil die gesellschaftlichen Kräfte auf eine Restrukturierung der Wirtschaft in Richtung neuer Weltmarktpositionen eingestellt werden sollen, zeigt diese Austeritätspolitik auch außen- und militärpolitische Konsequenzen.

Auf die enge Verknüpfung zwischen Sozialabbau und militärischem Ausbau hat im April dieses Jahres der amerikanische Verteidigungsminister hingewiesen, als er in unverfrorener Anmaßung die Verbündeten dazu aufforderte, über Streichungen von Sozialleistungen das Aufrüstungsprogramm zu finanzieren. Die ökonomischen Interessen, die sich mit der Austeritätspolitik durchsetzen, erhöhen nicht nur nationale, sondern auch internationale Spannungen.

Aus den Analysen der Aussagen der „Deutschen Bundesbank", des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung"

11) Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago 1962, dtsch.: Kapitalismus und Freiheit, München 1976.
12) Kalecki, Political Aspects of Full Employment, in: Political Quarterly, Vol. 14, 1943; dtsch. in: Frey/Meißner, Zwei Ansätze der politischen Ökonomie – Marxismus und ökonomische Theorie der Politik, Ffm 1974.

gen die Ausweitung privaten und öffentlichen Konsums. Sie schränkt den monetären Spielraum der Lohn- und Haushaltspolitik ein.

– Über das Instrument der *Lohnpolitik* soll vor allem die zur Steigerung der Investitionsquote erforderliche Abnahme des privaten Konsums im Verhältnis zum Sozialprodukt gesichert werden. Von hierher versteht sich auch, warum es typisches Kennzeichen der Austeritätspolitik dieser Tage ist, die Lohnpolitik auf „Nulldiät" zu setzen. In diesem Zusammenhang kommt – wie erwähnt – der Geldpolitik die Funktion zu, einen „sanften" Druck auf die Lohnpolitik auszuüben.

– Schließlich wird die *Haushaltspolitik* voll auf dieses Strukturkonzept ausgerichtet. Mit der Forderung nach Senkung des Zuwachsvolumens öffentlicher Haushalte verbindet sich die nach radikaler Umstrukturierung. Für Vollbeschäftigungspolitik gibt es in diesem Konzept keinen Raum. Daraus folgt das Plädoyer für Abbau der Staatsverschuldung, die ohnehin nur – so die Argumentation – die außenwirtschaftliche Probleme verschärfen würde. Die damit verbundenen Thesen, die Staatsverschuldung etwa würde Zinsen erhöhen, private Investitionen verdrängen und den Außenwert der DM verschlechtern, gehören ins Reich der Spekulation. Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte selbst hat aber auch dem Prinzip privatwirtschaftlicher Wachstumsvorsorge zu folgen. Das heißt im Klartext: Steuerentlastungen zugunsten der ökonomischen Anpassungsgewinne und Ausgabenumschichtung zu Lasten sozialstaatlicher Anforderungen. Die in dieser Strategie steckende Aufforderung zur sozialen Demontage ist umfassend. Sie konzentriert sich auf die Reduktion monetärer Leistungen ebenso wie auf materielle Dienstleistungen. Durch die Umstrukturierungspolitik werden sozial-orientierte Infrastrukturleistungen – wie Kindergärten, Stadtentwicklung, Parks etc. – sowie öffentliche Dienstleistungen durch Rationalisierung und Angebotseinschränkung in Mitleidenschaft gezogen. Damit ist die Analyse wieder an ihrem Ausgangspunkt – „Haushaltsoperation' 82" – angekommen, aber jetzt mit der Einsicht, daß sich diese in eine Austeritätspolitik einbettet, die ökonomisch, sozial und politisch auf eine Stärkung unternehmerischer Interessen zuungunsten der abhängig Beschäftigten in und außerhalb von Beschäftigungsverhältnissen sowie Unterstützungsabhängigen ausgerichtet ist.

III. Instrumente und Folgen der Sozialdemontage

Wenn auch die sich abzeichnende Haushaltspolitik der sozial-liberalen Koalition nicht ganz den radikalen Vorschlägen des Mehrheitsvotums durch den SVR in seinem „Sondergutachten" folgt, so stellt sie doch einen deutlichen Schritt in Richtung der prinzipiell gekennzeichneten Haushaltspolitik dar. Bei den Maßnahmen müssen diejenigen, die mit Beschluß der Bundesregierung vom 30. Juli 1981 festgeklopft wurden, von denen, die noch in der Diskussion sind, unterschieden werden. Im einzelnen lassen sich folgende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Geld- und Lohnpolitik gesehen werden müssen, festhalten:

1. Das gesamte Haushaltsvolumen soll um 4,2% ansteigen, d. h. bei Berücksichtigung der Inflationsrate ist ein leichter realer Rückgang des Haushaltsvolumens vorgesehen. Durch Einnahmen- und Ausgabenmaßnahmen ist ein Volumen von ca. 15 Mrd. DM eingespart worden.

2. Die Neuverschuldung wird auf ein Volumen von 26,5 Mrd. DM für den Bund beschränkt. Dies führt dazu, daß zu wenig an Nettoneuverschuldung für eine aktive Beschäftigungspolitik eingesetzt wird. Somit hat die Kampagne gegen Staatsverschuldung in den Haushaltsberatungen ihre Spuren hinterlassen.

3. Auf der Staatseinnahmenseite ist bisher u. a. die Erhöhung der Tabaksteuer (+ 1,4 Mrd. DM) geplant.

4. Zugleich ist eine Senkung der Steuereinnahmen durch die Erhöhung der degressiven Abschreibungen für Anlagen geplant; dies führt zur privatwirtschaftlichen Gewinnverbesserung.

5. Massive Kürzungen sind bei den Staatsausgaben – insbesondere im Sozialetat – vorgesehen. Das Bundeskabinett hat annähernd 150 Positionen mit Beschluß vom 30. Juli 1981 in die Sparliste aufgenommen. Im Anhang zu diesem Beitrag sind die wichtigsten Maßnahmen zur Einsparung im Bereich „Arbeit und Soziales" und „Öffentlicher Dienst" dokumentiert. Zu tiefen Eingriffen in das soziale Leistungssystem führen die Kürzungen im Bereich der „Bundesanstalt für Arbeit": Arbeitslosenversicherung, berufliche Bildung, berufliche Rehabilitation, Förderung der Arbeitsaufnahme, Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeitergeld sind davon betroffen. Lediglich drei Tatbestände des „unternehmerischen Mißbrauchs" sind mit den Vorschlägen abgeschafft worden: die sog. 59er Regelung, die Finanzierung des ersten Ausfalltages bei Schlechtwettergeld sowie die Kurzarbeiterregelung (vgl. Anhang). Mit der Umschichtung der Beiträge – Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 3 auf 3,5% sowie Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung von 18,5 auf 18% – sind zwei Risiken geschaffen worden: a) Die Möglichkeit einer Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf 4%, die wohl auch bald ausgenutzt wird, ist vorgesehen. b) Die für 1984 geplante Rentenreform – insbesondere die Gleichstellung von Frau und Mann – ist damit bedroht. Im Bereich des Öffentlichen Dienstes ist eine Verschiebung der Besoldungserhöhung um drei Monate, die Verlängerung der Dienstaltersstufen von zwei auf drei Jahre sowie eine Einschränkung bei den Beihilfen vorgesehen.

Diese Sparmaßnahmen werden jedoch durch weitere Aktivitäten ergänzt, die in diesem Zusammenhang gesehen werden müssen:

a) Laufende Erhöhung öffentlicher Gebühren sowie der Preise bei Bundesbahn und demnächst bei der Bundespost;

b) Pläne zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, die höhere Rezeptgebühren, weniger Krankenscheine und weitere Leistungseinschränkungen bzw. Kostenbeteiligungen vorsehen.

sowie des „Bundeswirtschaftsministeriums" und der einschlägigen Unternehmensverbände läßt sich das spezifische Muster einer wirtschaftlichen Wachstumsstrategie, auf die der soziale Aderlaß ausgerichtet werden soll, erkennen.

Neue Wirtschaftskonzeption

Eine Restrukturierung der Wirtschaft im Weltmarkt bildet die Grundorientierung. Gefordert wird eine Wirtschaftspolitik, die nicht an binnenwirtschaftlichen, beschäftigungsorientierten Zielen, sondern an der Zahlungsbilanz ausgerichtet ist. Zum einen sehen die ziemlich gleichlautenden Konzepte einen Abbau der Importabhängigkeit vor. Dies betrifft vor allem die Öl- und Teile der Rohstoffimporte. Eine Strategie „Weg vom Öl" soll durch Abbau der Energieabhängigkeit aber auch durch Substitution von Energeiquellen – hier insbesondere in Richtung Ausbau der Atomkraftwerke – den Anteil importierter Vorleistungen reduzieren. Wie sich etwa der SVR die Durchsetzung dieser Strategie vorstellt, hat dieser in seinem Jahresgutachten 1979 im dritten Kapitel „Anpassung an teueres Öl"[13]) beschrieben. Ganz in der Tradition seiner konservativen Vorstellungen zieht er zur Finanzierung dieses Anpassungsprozesses, der enorme Investitionen verlangt, über Verteuerung der Heizölpreise und andere Maßnahmen untere Einkommensschichten überproportional heran. Aber auch von der Exportseite – so die Expertisen – ergibt sich ein hoher Druck zur Strukturanpassung, soll mittelfristig das Zahlungsbilanzgleichgewicht wieder hergestellt werden. Durch massive staatliche Unterstützung soll die Wirtschaft auf zukunftsträchtige, neue Exportmöglichkeiten schaffende Produktionsfelder umgelenkt werden. Eine Konzentration auf den Export hochwertiger technologischer Produkte, bzw. sog. „blue-print"-Produktion ist damit geplant.

Diese Strategie erfordert hohe Investitionen. Im Rahmen der Präsentation seiner „Weg-vom-Öl-Politik" hält der SVR fest: „Eine Erhöhung der Investitionsquote der Volkswirtschaft ist wahrscheinlich das wichtigste Kennzeichen eines aussichtsreichen Anpassungsprozesses."[14]) Zu wessen Lasten soll aber diese Erhöhung der Investitionsquote durchgesetzt werden? Hier verfügt der SVR über klare Vorstellungen: „Die Anpassung der Volkswirtschaft an die neuen außenwirtschaftlichen Daten erfordert ... eine Umsetzung von Produktion und Beschäftigung zu Lasten des Konsumgüterbereichs sowie der konsumorientierten Investitionen und zugunsten von mehr Exporten und exportorientierten Investitionen oder von Investitionen, die unmittelbar oder mittelbar der Einsparung von Mineralöl dienen. Der Anpassungsprozeß würde gehemmt, wenn eine staatliche Stützung des privaten Verbrauchs Produktion und Beschäftigung in bisherigen Bereichen festhielte. Dem Markt würden falsche Signale gesetzt."[15])

13) SVR, Jahresgutachten 1979, Bundestagsdrucksache 8/3420 (22. 11. 1979), Bonn, S. 153ff.
14) Ebd., S. 155.
15) Ebd., S. 156.

Genau auf diesen Anpassungsprozeß werden dann in spezifischer Weise die Einzelpolitiken eingestellt. In der Summation dieser Einzelpolitiken ergibt sich ein Konzept, das als Austeritätsstrategie gekennzeichnet werden kann, denn auf dieses außenwirtschaftsorientierte Umstrukturierungskonzept werden die ökonomischen, sozialen und politischen Anforderungen prinzipiell ausgerichtet. Für die einzelnen Politikbereiche im Kontext dieser Austeritätsstrategie läßt sich festhalten:

– Im Zentrum steht eine privatwirtschaftliche *Gewinnpolitik*. Diese Anforderung hat der SVR für sein Umstrukturierungskonzept ebenfalls festgehalten: „Gewinn- und Gewinnchancen müssen dem Strukturwandel Führung geben. In dem Suchprozeß, der ihn kennzeichnet, machen auch viele Unternehmen Fehler und müssen dafür bezahlen. Viele Neuerungsversuche sind nötig. Und unternehmerisches Glück spielt dabei eine beträchtliche Rolle. Wer sich an dem Spiel beteiligt, sollte den Anspruch auch auf einen hohen Ausnahmegewinn haben für den Fall, daß der Markt ihn als tüchtig oder glücklich ausweist, weil er rechtzeitig das Richtige getan hat."[16]) Sicherung von Rentabilitätsbedingungen gilt damit als zentrale Orientierung dieser Politik. Wie eine solche Wachstumsstrategie zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung beitragen soll, ist überhaupt nicht zu sehen. Zum einen verbindet sich mit dieser Strategie ein hohes Ausmaß an Rationalisierung und damit Arbeitsplatzvernichtung. Der Export neuer Technologien ist an deren Anwendung in der binnenländischen Produktion gebunden. Aufgrund der zurückgedrängten öffentlichen und privaten Konsumtion kommt es zu Destabilisierungstendenzen. Zum anderen folgt diese Strategie dem altbekannten Muster einer „beggar-my-neighbour"-Politik. Sie impliziert, daß die Vorteilsposition am Weltmarkt mittelfristig gehalten werden muß, wenn der überproportionale Exportsektor ausgelastet bzw. ausgeweitet werden soll. Dafür gibt es aber überhaupt keine Garantie. Allenthalben führt der ökonomisch erzeugte Druck, am Weltmarkt Vormachtspositionen zu sichern, zu erhöhten wirtschaftlichen (Handelskriege) und politischen Spannungen, die die Gefahr eines strategieblockierenden Protektionismus in sich tragen.

– Die *Geldpolitik* ist ebenfalls in diese Strategie wirtschaftlicher Umstrukturierung einzubeziehen. Kurzfristig, also solange die Strategie nicht voll umgesetzt ist, soll sich über Hochzinsen den Kapitalexport und damit eine Zunahme des Zahlungsbilanzdefizits bei Abwertung der DM verhindern.

Zugleich fördert aber die Politik des knappen Geldes den Konzentrationsprozeß, denn sie trifft vor allem die vom Kreditmarkt abhängigen, kleineren und mittleren Unternehmen, während internationalisierte Konzerne über Preispolitik (A. Eichner) und interne Kreditbeziehungen Investitionsfonds speisen können. Dieser Konzentrationsprozeß bildet eine entscheidende Voraussetzung für die Restrukturierung der Wirtschaft im vorgezeichneten Sinne. Weiterhin richtet sich diese restriktive, zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik ge-

16) Ebd., S. 158.

Mit den Sparbeschlüssen des Bundeskabinetts vom 30. Juli ist die Diskussion jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Maßnahmen werden für die haushaltspolitische „Herbstschlacht" im Bundestag diskutiert:

a) Senkung der Arbeitslosenunterstützung von 68 auf 60% der Nettoeinkünfte,

b) Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle,

c) Verringerung der Lohnfortzahlung von 100 auf etwa 95%,

d) Erhöhung der Heizölsteuer bzw. Einführung einer Gassteuer,

e) Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Druckerzeugnisse von 6,5% auf 13%.

Dieser ausgesprochen kursorische Überblick belegt die These, daß durch Eingriffe in Leistungsansprüche des Sozialsystems die aktuellen Krisenlasten sozial völlig unausgewogen, zu allen anderen Belastungen – etwa durch den Arbeitsplatzverlust hinzu – den von Beschäftigung Abhängigen aufgebürdet werden. Das faktische Sparverhalten folgt der konservativen These, daß die Wirtschaftskrise auf die Krise des Sozialstaats zurückzuführen sei. Aber auch an der Ausklammerung des ganzen Katalogs unternehmerischer Mißbräuche gegenüger öffentlichen Haushalten offenbart sich der Charakter dieser Austeritätspolitik. Das weitausgebreitete System von Subventionen für Unternehmungen sowie die Möglichkeit, per Mitnehmereffekte Begünstigungen gegen ihre eigentliche Zielsetzung zu beanspruchen, stellen keine Felder nachhaltiger und aktiver Haushaltspolitik dar. Die Mobilisierung von Finanzmitteln, die durch Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität verlorengehen, ist nicht zu erkennen. Wieder einmal bestätigt sich das Strukturierungsprinzip: Während in der Wirtschaftskrise – auch über Einnahme- und Ausgabenpolitik – die abhängig Beschäftigten diszipliniert werden, wuchern völlig unangetastet Bevorteilungen der Unternehmenswirtschaft weiter.

Das ganze Dilemma dieser soziale Gegensätze vertiefenden Haushaltspolitik wird mit der Diskussion um die Finanzierung und Ausrichtung eines arbeitsmarktpolitischen Programms sichtbar.

Immerhin, die real rasant ansteigenden Arbeitslosenzahlen haben das Konzept beschäftigungspolitischen Stillstands innerhalb der sozial-liberalen Koalition durchkreuzt. Die vor allem von den Gewerkschaften geforderte sozial gestaffelte Einkommensergänzungsabgabe auf höhere Einkommen, ergänzt durch eine ähnliche Abgabe auf die Körperschaftssteuer, zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Programme ist sinnvoll. Die beschäftigungspolitische Wirksamkeit hängt jedoch von der Verausgabung dieser Mittel ab. Wenn diese in zukunftsorientierte Produktionsbereiche mit entsprechender Arbeitsplatzausstattung gelenkt werden, dann helfen sie, die Beschäftigungsprobleme zu reduzieren. Die vorgeschlagene Finanzierung von unternehmerischen Steuererleichterungen läßt aber positive Arbeitsmarkteffekte nach den Erfahrungen der letzten Jahre zweifelhaft werden. Auch der Vorschlag, die Finanzmittel durch Erhöhung der Heizölsteuer etwa zu mobilisie-

ren, ist beschäftigungspolitisch unbrauchbar, denn damit kommt es bei den unteren Einkommensbeziehern durch zusätzliche Heizölverteuerung zu konsumtivem Nachfrageausfall. Die Diskussion über Finanzierung und Verwendung eines arbeitsmarktpolitischen Programm ist noch voll im Gang. Die Art der Auseinandersetzung läßt jetzt schon erkennen, daß es hier mehr um einen symbolischen „Nebenkriegsschauplatz" als um eine ernsthafte Entscheidung für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung geht.

Die „Haushaltsoperation '82", die sich instrumentell in das umfassendere Konzept der Austeritätspolitik einfügt, läßt sich zusammenfassend wie folgt charakterisieren: Durch Verzicht auf Vollbeschäftigungs- und aktive qualitative Wachstumspolitik stellt sich der Haushalt auf die Wirtschaftskrise als unveränderlich gesehene Größe ein. Gleichzeitig wird ausgerechnet das System sozialer Sicherung zur Manövriermasse der Sparpolitik. Die derart ausgerichtete Haushaltspolitik führt zu ökonomischen, sozialen und politischen Folgen, die die Entwicklungsschwierigkeiten nicht lindern, sondern kumulieren.

Die Folgen der Austeritätspolitik

– *Gesamtwirtschaftlich* stellt sich diese Haushaltspolitik nicht nur auf die Wirtschaftswachstumsschwäche ein; durch die Reduktion staatlicher Nachfrage wird diese vertieft und damit das Ausmaß der Arbeitslosigkeit erhöht. Diese Gesamtwirkung resultiert aus dem strategischen Stellenwert öffentlicher Haushalte. Die durch die private konsumtive und investive Entwicklung ohnehin gedämpfte volkswirtschaftliche Nachfrage wird durch diese Rezessionspolitik gedrückt. Anstatt die Rolle des Rezessionsbrecher zu übernehmen, folgt die Haushaltspolitik dem allgemeinen Trend abgeschwächter Wirtschaftsentwicklung. Wo sollen in dieser Rezessionskonstellation eigentlich die Aufschwungkräfte herkommen? Über den Export kann die wirtschaftliche Wachstumsschwäche nicht ausschließlich kompensiert werden. Zudem trägt die Konzeption der Exportorientierung, die ausführlich dargestellt wurde, dazu bei, die binnenwirtschaftlichen Produktions- und Einkommensbedingungen noch mehr zu unterhöhlen. Im Verhältnis zwischen heutigem Krisenmuster und darauf eingerichteter Rezessionspolitik drängt sich in der Tat, 50 Jahre nach dem Notverordnungsjahr 1931, die Parallele zur Brüningschen Deflationspolitik auf, die zur höchsten Arbeitslosigkeit und dem Ende der Weimarer Republik beigetragen hat.

Aber auch die Erfahrungen mit der in England praktizierten monetaristischen Roßkur, die ebenfalls auf den Abbau sozialer und konjunktureller Intervention durch den Staat abzielt, müssen bei der Beurteilung geltend gemacht werden. Sicherlich, die ökonomischen Strukturprobleme in England sind unterschiedlich, aber die Stoßrichtung der Politik zeigt vergleichbare Züge. Die Politik à la Thatcher hat die industrielle Produktion von Mitte 1979 bis Januar 1980 um 15% sinken lassen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist zwischenzeitlich auf ca. 3 Millionen angestiegen. Zwar hat sich die Preisanstiegsrate auf 12% (Februar 1981) – nach 22% (Frühjahr 1980) – zurückgebildet.

„Doch" – so das Ifo-Institut – „sie liegt im Vergleich mit besseren Zeiten noch immer so hoch, daß man bei gleichstarker Bewertung der Inflations- und Rezessionsproblematik von der schwersten Krise überhaupt sprechen kann – und von einem Fehlschlag der ‚monetaristischen Wirtschaftspolitik'."[17])

Diesem Urteil schließen sich auch 364 britische Wirtschaftswissenschaftler, unter ihnen renommierte Berater unterschiedlicher Regierungen, an[18]). Sie erklären, für die monetaristische Theorie und Politik gebe es weder eine analytische Basis noch empirische Beweise. Darüber hinaus unterhöhle diese Politik wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen und bedrohe die soziale und politische Stabilität Großbritanniens. Es muß verhindert werden, daß jetzt auch die Bundesrepublik auf diesen Abweg gerät, gleichgültig unter welchen Vorzeichen oder Etiketten.

– Die mit der „Haushaltsoperation '82" eingeleitete Sparpolitik zeitigt aber auch *fiskalische* Wirkungen, die im Widerspruch zu deren deklarierten Zielen stehen. Zum einen löst diese Sparpolitik einen Lawineneffekt aus. Durch wachsende Arbeitslosigkeit und Reduktion des Produktions- sowie Einkommensniveaus kommt es erneut zu Steuerausfällen und anschnellenden Kosten der Arbeitslosigkeit. Die erste Sparrunde löst stärkere Nachfolgerunden aus. Es setzt sich ein Sparakzelerator in Gang. In letzter Konsequenz kann die Politik dann nur umgekehrt werden. Bis zu dieser Umkehr hat sie jedoch verheerende Schäden hinterlassen. Zum anderen führt die Sparpolitik zwangsläufig zur Umschichtungen von einem Finanzierungstopf in andere. Wird in der Arbeitslosenversicherung gespart – etwa durch Senkung des Arbeitslosengeldes – und will man das per Sozialgesetz festgelegte Existenzminimum nicht unterschreiten, so nimmt die Beanspruchung der Sozialhilfe zu. Zugleich kommt es innerhalb des Finanzgefüges zu einer Umschichtung der Belastung auf die Länder-, aber stärker noch die Kommunalhaushalte.

– Insbesondere die *sozialen* Folgewirkungen dieser Politik sind negativ einzuschätzen, denn definitionsgemäß trifft der Sozialabbau die einkommensschwächeren Schichten. Dieser Trivialität vermag sich der SVR in seinem „Sondergutachten", mit dem er „echte" Eingriffe ins Sozialsystem programmiert, nicht zu verschließen: „Wo es um echte Eingriffe in Leistungsgesetze geht, kann das Prinzip der sozialen Ausgewogenheit nur schwer eingehalten werden. Die Umverteilungstätigkeit des Staates, auf die ein gewaltiger Teil der Staatsausgaben entfällt, begünstigt vorwiegend die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen. Einsparungen in diesem Bereich treffen notgedrungen diese Bevölkerungsgruppen am meisten." Im übrigen folgt dann das „ceterum censeo": „Auch das Netz der allgemeinen sozialen Sicherung kann nicht unter Tabu stehen."[19]) Über die verschiedenen bizarren Formen des Mißbrauchs sozialer Leistungen, der freilich im Vergleich zum Ausmaß unternehmerischen Mißbrauchs öffentlicher Haushalte minimal ausfällt, läßt

17) ifo – Schnelldienst, 1981, S. 1f.
18) Öffentliche Erklärung gegen die Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung, in: Hefte für Politische Ökonomie 1, 3/1981, S. 41ff.
19) SVR, Sondergutachten 1981, a.a.O., S. 8.

sich reden. Nicht reden läßt sich jedoch über den Abbau von Leistungsgesetzen, die gerade in Zeiten gestiegener, von den Betroffenen nicht verursachter, sozialer Risiken beanspruchbar sein müssen. Insgesamt erweist sich gerade das Sozialsystem als eine wesentliche, infrastrukturelle Voraussetzung sozialökonomischer Entwicklung. Angesichts zunehmender Krisenprobleme kommt es genau auf das Gegenteil dessen an, was gegenwärtig in Bonn geschieht: die Stabilisierung der sozialpolitischen Flanke zu sichern.

– Wird die Austeritätsstrategie, die ihre tiefen Spuren in der Haushalts-, Geld-, Lohn- und Außenwirtschaftspolitik eingräbt, durchgesetzt und eine sozial völlig asymmetrische Belastung „schwächerer Bevölkerungsgruppen" realisiert, dann führt dies zwangsläufig auch zu *politischen Veränderungen*. Denn nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wird die Politik betroffen, die sich auf wirtschaftliche Wachstumspflege einstellt: Bildungsinhalte werden auf unternehmerische Interessen ausgerichtet; der Ausbau der Mitbestimmung wird eingestellt; insgesamt nehmen die Formen politischer Disziplinierung zu.

Die Restrukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch Umverteilung der Einkommen und politischer Macht zugunsten der konzentrierten Ökonomie verschärft *binnenpolitisch* das Konfliktpotential. Der radikale Rückzug aus dem „Wohlfahrtsstaat" („welfare-state") fordert zwangsläufig den Ausbau des (Unter-)Ordnungsstaates („warfare-state") heraus. Ökonomie wird – ganz im Widerspruch zum neo-liberalen Anspruch – immer deutlicher zur politischen Veranstaltung, denn sie kann nur durch Ausbau des Gewaltapparats gegen wachsende Widerstände negativ Betroffener durchgesetzt werden. Gerade aber die hinter der Austeritätspolitik stehende Strukturveränderung der Wirtschaft zugunsten der Sicherung und Schaffung von Vormachtstellungen am Weltmarkt erhöht auch *außenpolitisch* das Konfliktpotential. Waffenexporte geraten immer mehr in die Palette neuer, technologisch-hochwertiger Produkte, die im Ausland Absatz finden. Militarisierung der Wirtschaftspolitik ist eine der Gefahren, die dieser Austeritätskurs in sich trägt.

IV. Alternativen sind verlangt

Die ökonomischen, sozialen, fiskalischen und politischen Folgen einer Haushaltspolitik, wie sie in diesem Jahr endgültig realisiert werden soll, sind verheerend. Dabei gerät der Sozialstaat zu einer entscheidenden Ursache für die anhaltende Wirtschaftskrise. Sozialstaatliche Demontage steht dann aber militärischer Aufrüstung gegenüber. Die Restrukturierung politischer Entscheidungen zugunsten der Unternehmenswirtschaft bei gleichzeitigem Sozialabbau haben ein Ausmaß erlangt, das die Mobilisierung aller Kräfte dagegen verlangt.

Einzelne Proteste sind wichtig, aber reichen allein nicht aus. Es bedarf der Organisierung einer *sozialpolitischen Initiative*, die sich wie die Abrüstungsbewegung ausbreitet und gegen die sozial ungerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Entwicklungsperspektiven immer dunkler erscheinen

läßt, wendet. Der DGB sowie die Einzelgewerkschaften haben mehrfach darauf hingewiesen, daß sie die sozialpolitischen Opfergänge, die landauf landab abverlangt werden, als „Kriegserklärung" betrachten.

Grundzüge einer gegen die aktuelle Sparpolitik gerichteten alternativen Haushaltspolitik

1. Die öffentlichen Haushalte sind in Niveau und Struktur von Einnahmen und Ausgaben nach den Kriterien der Beschäftigungs- und Zukunftssicherung auszurichten.

2. Das heißt insbesondere, daß unverzüglich ein bedarfsorientiertes und beschäftigungssicherndes Investitionsprogramm, das sich in eine mittelfristige Planung einfügt, realisiert werden muß. Um dessen Effizienz zu erhöhen, sind die Beschäftigungs- und Preiswirkungen zu kontrollieren. Das Programm ist vorzugsweise über öffentliche Kredite zu finanzieren, um somit einen Impuls auszulösen. Die Kritik, derzufolge zusätzliche Verschuldung, private Investitionen verdränge, sticht nicht, denn momentan brachliegende Ressourcen können durch Staatsprogramme nicht verdrängt, sondern nur mobilisiert werden. Durch Expansionsmaßnahmen ausgelöste wachsende Importe, die die Abwertung des Außenwertes der DM hervorrufen, können kein Argument gegen diese Beschäftigungspolitik sein.

3. Die Geldpolitik muß die Weichen auf Zinssenkung umstellen. In einem konzertierten Parallelprogramm – expansive Haushaltspolitik gekoppelt mit Rücknahme restriktiver Geldpolitik – werden das Produktionsniveau und die damit verbundenen Gewinnerwartungen so angehoben, daß der Kapitalexport trotz vergleichsweise hoher Zinsen im Ausland uninteressant werden kann.

4. Die Umstrukturierung der Staatseinnahmen und -ausgaben hat den allgemeinen Prinzipien einer bedarfs- und beschäftigungsorientierter Finanzpolitik zu folgen. Auf der Einnahmeseite stehen dafür verschiedene Ansatzpunkte zur Verfügung. Die aus verschiedenen Vorteilen hoher Einkommensbezieher und Unternehmen entstehenden Steuermindereinnahmen sollten korrigiert werden. Hier können ohne sozialpolitische Schäden Reserven mobilisiert werden. Auch an eine sozialgestaffelte Mehrwertsteuererhöhung, die andere Länder kennen, ist zu denken. So könnten Güter des höheren Bedarfs höher besteuert werden. Aber auch der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität (auch Subventionsschwindel) könnte zusätzliche Einnahmen erbringen.

5. Auf der Ausgabenseite müssen alle die Posten abgebaut werden, die etwa per „Mitnehmereffekte" durch Unternehmen in Anspruch genommen, aber nicht entsprechend der Zielsetzung eingesetzt werden.

Diese wenigen Hinweise auf eine alternative Orientierung konzentrieren sich nur auf die Haushaltspolitik. Auf der Grundlage einer beschäftigungssichernden und sozialen Zielsetzung muß ein Kurswechsel der Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer Gesamtheit eingeleitet werden. Insoweit als sich im öf-

fentlichen Haushalt die politisch-ökonomischen Grundstrukturen ziffernhaft reproduzieren, ist die Auseinandersetzung darum ein wichtiger Teil einer alternativen Strategie.

Anhang
Kürzungsbeschlüsse des Bundeskabinetts vom 30. Juli 1981

Arbeitslosenversicherung

Verschärfung der Vorschriften über die zumutbare Arbeit (150).

Verlängerung der Sperrzeiten bei selbstverschuldeter Arbeitsaufgabe oder Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung von 4 auf 6 Wochen (125).

Verschärfung der Rechtsfolgen bei Verletzung der Meldepflicht ohne wichtigen Grund, anstelle der Kürzung des Anspruchs um 6 Tage Versagung des Anspruchs für 2 Wochen (30).

Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf Angehörige der Solidargemeinschaft (470).

Berücksichtigung des Arbeitslosengeldes, Kurzarbeitergeldes, Schlechtwettergeldes und der Arbeitslosenhilfe im Lohnsteuer-Jahresausgleich (128).

Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 3 auf 3,5 Prozent (2600).

Berufliche Bildung

Herabsetzung des „großen" Unterhaltsgeldes von 80 auf 68 Prozent des ausfallenden Nettolohns für Teilnehmer ohne Kinder, für alle übrigen auf 75 Prozent (70).

Umstellung des Unterhaltsgelds vom Zuschuß auf Darlehen bei der sogenannten Zweckmäßigkeitsofrtbildung und ihre Beschränkung auf Fälle, in denen berufsbegleitende Maßnahmen nicht möglich sind (445).

Beseitigung des Unterhaltsgelds für Nichtbeitragszahler in sogenannten Notwendigkeitsfällen (150).

Begrenzung des Umfangs der beruflichen Bildungsmaßnahmen, Anspruch auf berufliche Bildung besteht nur in Einrichtungen, deren Kosten angemessen sind (300).

Beschränkung des Einarbeitszuschusses auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte (60).

Berufliche Rehabilitation

Verringerung des Übergangsgeldes von 100 auf 90 Prozent der Nettoeinkünfte (40).

Abschlag von 15 Prozentpunkten beim 90prozentigen Übergangsgeld für Berechtigte, die nicht pflegebedürftig sind bzw. keine unterhaltspflichtigen Kinder haben (20).

Übergangsgeld nur für Behinderte, die in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Maßnahme mindestens zwei Jahre beitragspflichtig waren (70).

Begrenzung der Leistungen an Werkstätten für Behinderte (120).

Begrenzung des Umfangs der Rehabilitationsmaßnahmen (250).

Förderung der Arbeitsaufnahme

Herabsetzung des Höchstbetrags der Eingliederungsbeihilfe von 80 auf 70 Prozent und der Regelförderung von 60 auf 50 Prozent des tariflichen Arbeitsentgelts, weitere Verringerung spätestens nach sechs Monaten um mindestens 10 Prozentpunkte (30).

Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer

Verschärfung der Leistungsvoraussetzungen: Heraufsetzung der Altersgrenze von 45 auf 55 Jahre, Zahlung des Lohnkostenzuschusses nur noch für Arbeitnehmer, die mindestens ein Jahr arbeitslos waren (50).

Ausschluß der öffentlichen Hand von der Subventionierung über Lohnkostenzuschüsse (30).

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Einschränkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Aufgaben der öffentlichen Hand und bei den sozialen Diensten, Ausschluß von Regionen mit guter Beschäftigungslage (300).

Kurzarbeitergeld

Saldierung von Kurzarbeit und Überstunden beim einzelnen Arbeitnehmer (30).

Wegfall des Kurzarbeitergeldes, wenn die Zahl der von der Gesamtbelegschaft eines Betriebes geleisteten Arbeitsstunden die Gesamtzahl der Arbeitsstunden um weniger als 3 Prozent unterschreitet (40).

Verlagerung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf Arbeitgeber

– 59er Regelung: Verpflichtung des Arbeitgebers, das Arbeitslosengeld einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge zu erstatten, wenn er langjährig Beschäftigte, 58jährige und ältere Arbeitnehmer entläßt mit Ausnahmeregelung für Betriebe, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist (180).

Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld nach einjähriger Arbeitslosigkeit hat künftig nur noch, wer in den letzten zehn Jahren mindestens acht Jahre versicherungspflichtig beschäftigt war.

Finanzierung des ersten Ausfalltages beim Schlechtwettergeld durch den Arbeitgeber (100).

Rentenversicherung und Krankenversicherung

Einschränkung bei den Kuren, insbesondere Beseitigung von Kuren zur Erhaltung der Arbeitskraft (400 Rentenversicherung, 200 Krankenversicherung).

Wegfall der Versicherungsfreigrenze für geringfügige Beschäftigungen (600 Rentenversicherung, 250 Krankenversicherung).

Bekämpfung der illegalen Beschäftigung durch gesetzliche Maßnahmen bei Leih- und Schwarzarbeit (300 Rentenversicherung, 180 Krankenversicherung).

Kriegsopfer, Behinderte, Knappschaft

Bundesarbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf bis 2. September vor für Einsparungen bei Kriegsopfern (325) und bei der Knappschaft (30).

Strengere Handhabung des Anerkennungsverfahrens für Behinderte bei Ausweisverlängerung.

Studenten

Verminderung der Zuschüsse zur studentischen Krankenversicherung (40).

Mutterschaftsgeld

Beseitigung von Mißbrauch (20).

Landwirtschaft

Herabsetzung der Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte (210) und zur Unfallversicherung (60).

Wohngeld

Kürzung der Wohngeldausgaben um 7,5 Prozent, eventuell lineare Kürzungen (83).

Wehrpflichtige

Wegfall der Sparförderung für Wehrpflichtige.

Öffentlicher Dienst

Verschiebung der Besoldungserhöhungen um drei Monate (200).

Verlängerung der Dienstaltersstufen von zwei auf drei Jahre (17).

Wegfall des Verheiratetenanteils im Ortszuschlag bei Doppelverdienern (130).

Einschränkung bei den Beihilfen (30).

Quelle: Im Blickpunkt – Sparliste der Bundesregierung, hrsg. v. Gerda Strack, in: FR v. 1. 9. 1981, S. 4.

Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk" (II)*

Durch „Nach"rüstung zur Atommacht?

Von Helmut Wolfgang Kahn

V

Im 1. Teil dieses Beitrags wurde gezeigt, daß die USA ihre strategischen Waffensysteme von Westeuropa „abgekoppelt" haben, weil sie in einem Atomkrieg (im Überlebensinteresse ihrer „Eigentümer") unbedingt „Sanktuarium" bleiben wollen[90]). Diesen Sachverhalt verschweigt die von der Bundesregierung laut Bundeskanzler Schmidt mit „Unbeugsamkeit" und „Geradlinigkeit"[91]) – sozusagen mit „schlafwandlerischer Sicherheit" – verfolgte „Nach"rüstungspolitik, weil sie nicht offiziell bestätigen will, daß die Bundesbürger (und andere Westeuropäer) die Gefahren der „Nach"rüstung *allein* zu tragen haben werden. Nicht ohne Grund hat der aus der SPD ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen von einer Bonner „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk" gesprochen[92]).

Zu den „abgekoppelten" strategischen Systemen der USA gehören neben den Interkontinentalraketen und schweren Fernbombern als „drittes Bein" der amerikanischen nuklearen „Triade" auch die seegestützten Waffen. Das sind die (im Gegensatz zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen) in den letzten zwanzig Jahren *laufend* modernisierten Polaris-, Poseidon- und Trident-Raketen in weitgehend unverwundbaren Atom-U-Booten, von denen ein Teil der NATO direkt zugeteilt ist. Und zum westlichen Gegengewicht sind schließlich zu rechnen – auch wenn sie nicht der NATO unterstehen – Frankreichs fünf Atom-U-Boote mit 80 Raketen. Hinzu kommen ferner vier britische U-Boote, die mit 64 Polaris-A-3-Raketen ausgerüstet sind.

Die USA besitzen also in europäischen Gewässern alle nötigen strategischen Waffen als Gegengewicht und sogar zur Bekämpfung der SS-20 – aber der springende Punkt ist eben, daß sie von Westeuropa „abgekoppelt" sind, weil ihr Einsatz sowjetisches Atomfeuer auf die USA ziehen würde, die ja „Sanktuarium" bleiben wollen. Dem Bundeswehr-General a.D. Franz J. Schulze zufolge hat der frühere amerikanische Verteidigungsminister James Schlesin-

90) Der in letzter Zeit mehrfach zitierte Karl-Peter Stratmann hat schon in seiner Dissertation über „Die Sicherheit des NATO-Abschnitts Mitteleuropa. Untersuchungen zur Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen NATO-‚Posture'" (Ebenhausen 1978) festgestellt, daß „große Teile der amerikanischen politischen Elite wie selbstverständlich eine klare Wertunterscheidung von ‚vital' und ‚less than vital interests' treffen. Die Abgrenzung gilt im Hinblick auf die unmittelbare militärische Bedrohung der USA einerseits und der Territorien der Alliierten andererseits. Diese im Grund natürliche Differenzierung fällt häufig beunruhigend kraß aus . . ." (S. 281)

91) Anm. 9.

92) Anm. 30.

*) Vgl. Heft 8/1981, S. 911–927.

ger „darauf hingewiesen, daß es aus Moskauer Sicht nahezu unmöglich ist zu unterscheiden, welche Untersee-Boote dem NATO-Oberkommando in Europa für begrenzte Einsätze unterstellt sind und welche weiterhin zum strategischen Interkontinental-Potential für umfassendere Nukleareinsätze gehören"; es besteht also eine für die USA potentiell folgenschwere Verwechslungsgefahr. Und weil das „Eskalationsrisiko" (das man früher als einen hohen Abschreckungsfaktor und Sicherheitsgaranten ausgab) bei den U-Boot-Raketen „weitaus höher als beim Einsatz landgestützter Raketen" sei, sind die der NATO zugeteilten U-Boot-Raketen heute „daher alles andere als eine ‚Schwimmende Kupplung' zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen"[93]) – so General a.D. Schulze (bis Herbst 1979 NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte), der damit die amerikanische „Abkoppelung" zur See bestätigt hat.

Aus dem „Kneifen" der Amerikaner ergibt sich nebenbei, daß die vielgerühmte „Abschreckung" – wie in der Vergangenheit schon häufig – wieder einmal lückenhaft ist, da für die abgekoppelten U-Boot-Raketen zur Zeit kein Ersatz in Form landgestützter Raketen existiert; und wenn diese einmal existierten, wären sie wegen des (laut Schulze) geringeren „Eskalationsrisikos" erst recht keine „Kupplung", die die USA wieder an Westeuropa „ankoppeln" würde. Aus alledem folgt, daß die USA an eine Angriffsabsicht der Sowjets in Europa selbst nicht glauben.

Indirekt hat auch die Bundesregierung die amerikanische „Abkoppelung" dadurch bestätigt, daß sie aus ihren Stärkevergleichen im Mittelstreckenbereich die der NATO zugeteilten U-Boot-Raketen der USA stillschweigend verschwinden ließ[94]) – wodurch die Mittelstreckenraketen-„Lücke" statistisch überhaupt erst entstand. Natürlich kann die Bundesregierung nicht offiziell bekanntgeben, daß die USA im Interesse ihrer eigenen Sicherheit „gekniffen" haben; deshalb begründet sie die Weglassung damit, daß diese Raketen schon in den SALT-Verträgen mitgezählt seien. Aber das ist eine faule Ausrede spätestens seitdem die Reagan-Regierung erklärt hat, daß sie „keine rechtliche oder moralische Verpflichtung" anerkennt, sich an SALT I und SALT II zu halten[95]), die es überdies den USA nicht verboten haben, mit U-Boot-Raketen ihre westeuropäischen Alliierten zu beschützen. „Hat Washington schon zu Carters Zeiten", so fragte Wilhelm Bittorf im „Spiegel", „Nato-intern wissen lassen, daß der amerikanische Präsident nicht mehr bereit ist, U-Boot-Raketen zur Abschreckung eines auf Europa beschränkten sowjetischen Angriffs zu verwenden? Daß er das mit Rücksicht auf sein eigenes Land nicht mehr riskieren kann . . .?"[96]) So wird es wohl sein – aber erst Bun-

93) General a.D. Franz J. Schulze, Nachrüstung und Rüstungskontrollverhandlungen, Vortrag vor dem Militärpolitischen Ausschuß der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Anfang Mai 1981, veröffentlicht als Beilage zum NATO-Brief Nr. 3/1981 (blaue Seiten), S. 4.

94) So geschehen in: Aspekte (s. Anm. 15), S. 66, und schon vorher in: Weißbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979, S. 107.

95) Anm. 3.

96) „Der Spiegel", Nr. 29/1981, v. 13. 7. 1981, S. 112, 114.

deskanzler Schmidt hat der anfänglich zögernden Carter-Administration[97]) mit seinem Alarmschrei von 1977 den Weg zur Abkoppelung ihrer U-Boot-Raketen gewiesen – und zur Landstationierung ihrer neuen Mittelstreckensysteme geebnet.

Denn: Weil *jeder* Raketenschuß von See her von den Sowjets für einen amerikanischen gehalten und mit Vergeltung gegen Amerika beantwortet werden könne (das „Sanktuarium" bleiben will), ist klar, daß und warum für die USA eine (hier keineswegs befürwortete) Seestationierung der zusätzlichen (überflüssigen) Mittelstreckenwaffen nicht in Frage kommt: Die Verwechslungsgefahr wäre abermals zu groß – alle anderen Gründe gegen eine Seestationierung (Kosten etc.) sind nur vorgeschoben.

Vor zwanzig Jahren hatte Schmidt angesichts der damals in England, Italien und der Türkei zu Lande stationierten 105 amerikanischen Thor- und Jupiter-Raketen Sätze geschrieben, die in letzter Zeit häufig zitiert worden sind[98]): „Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens (Gebiete, die den damaligen SPD-„Wehrexperten" freilich nichts angingen; d. Verf.), keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht (damit hatte und hat er recht; d. Verf.). Auch aus diesem Grunde kämen zur Zeit nur seegestützte Polaris-Raketen in Betracht."[99])

Als ihm nach seinem vorschnellen Alarmschrei vom Oktober 1977 klar wurde, daß die USA ihre in Entwicklung befindlichen neuen Mittelstreckenwaffen im dichtbesiedelten Westeuropa und allein 108 Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren gedachten, versuchte er 1978/79 die USA zugunsten einer Stationierung auf See umzustimmen[100]) – da plagte ihn offenbar sein Gewissen, oder es regte sich sein Sachverstand. Schmidt konnte sich aber „gegenüber der amerikanischen Regierung nicht durchsetzen"[101]), er konnte den Gedanken, wie er selbst gestanden hat, „nicht durchkämpfen"[102]). Nachdem die NATO über das Stationierungsverfahren beschlossen hatte, hat Schmidt, seinem Sprecher Kurt Becker zufolge, „zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt", es zu ändern[103]) – er resignierte. Aber gegenüber dem SPD-

97) Lothar Ruehl, Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in: „Europa-Archiv" (EA), Nr. 4/1980, v. 25. 2. 1980, S. 104: „Von 1977 bis Ende 1978 argumentierte Verteidigungsminister Harold Brown eindringlich, daß das amerikanische Angriffspotential bei weitem ausreiche, um alle über große Entfernung hinweg erfaßbaren Ziele in der Sowjetunion anzugreifen, also auch das gesamte sowjetische Mittelstreckenpotential im Zahlenvergleich abzudecken." Ruehl war damals ZDF-Korrespondent in Brüssel und ist heute Sprecher der Bundesregierung. Vgl. Anm. 77.

98) U. a. in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler, in dem mehr als 300 enttäuschte Wähler ihm mitteilten: „Diese SPD ist nicht mehr unsere Partei!", veröffentlicht als Anzeige mit Trauerrand in: „Süddeutsche Zeitung" (SZ), v. 29. 7. 1981, S. 6.

99) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung (s. Anm. 62), S. 108f.

100) „Der Spiegel", Nr. 16/1981 v. 13. 4. 1981, S. 21; ebd., Nr. 22/1981 v. 25. 5. 1981, S. 20.

101) Hermann Scheer (SPD-MdB) in: „Die Zeit" v. 29. 5. 1981, S. 15.

102) Schmidt-Interview in: „Die Zeit" v. 12. 6. 1981, S. 3.

103) „Die Welt" v. 22. 5. 1981, S. 2.

„Nach"rüstungsgegner Oskar Lafontaine, der ihm im Mai 1981 im Parteivorstand seine Worte von 1961 vorgehalten hatte, gab Schmidt zu: „Ja, seegestützte Raketen wären das, was ich militärisch für richtig halte."[104])

Unterstützt wurde die Idee einer Seestationierung in der „Zeit" u. a. von Carl Friedrich v. Weizsäcker[105]) und von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, der auch einen naiven Vorschlag unterbreitete, „eurostrategische und strategische U-Boote unterscheidbar zu machen"[106]), sowie auf dem Kölner FDP-Parteitag Ende Mai 1981 von den Liberalen aus Schleswig-Holstein, die fast 40% der Delegierten für ihren Antrag gewannen[107]). Aber Genscher, auch in dieser Spezialfrage treuer Gefolgsmann der USA, lehnte eine Seestationierung strikt ab und „disziplinierte" seine Partei mit einer Rücktrittsdrohung[108]).

Entgegen der auf der Hand liegenden (und in den Bonner Stärkevergleichen indirekt auch eingestandenen) Tatsache der amerikanischen „Abkoppelung" hatte Genscher kurz zuvor amtlich verbreiten lassen: „Die europäischen NATO-Staaten sind sich einig, daß ihre Sicherheit von der Garantie der USA abhängt, Europa auch mit Nuklearwaffen zu verteidigen. Diese Bereitschaft Amerikas bedeutet ein großes Risiko für die Existenz der amerikanischen Nation. Bündnissolidarität verlangt deshalb die Bereitschaft aller Bündnispartner, dieses nukleare Risiko sichtbar gemeinsam zu tragen. Das bedeutet Stationierung von Nuklearwaffen auch auf europäischem Gebiet."[109]) Der „Nach"rüstungsgegner Erhard Eppler kommentierte diesen Fall von blinder Nibelungentreue zutreffend: „Hier wird die aus amerikanischem Interesse entstandene Forderung, uns noch fester in das atomare Risiko einzubinden, ja, ihr atomares Risiko ein Stück weiter auf Europa abzulenken, als Teil deutscher Politik verkauft. Das halte ich für fatal, zumal wir das Risiko der Auslöschung durch taktische Nuklearwaffen, im Gegensatz zu den USA, seit langem tragen."[110])

Aber ist Genscher wirklich nur ein todessüchtiger Nibelunge? Oder verfolgt er ein anderes Ziel?

VI

Auf die Frage: „Ist die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik sowie der Cruise Missiles in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern überhaupt verhandelbar?" hat der amerikanische „Abrüstungs"beauftragte Eugene Rostow mit einem schlichten „Nein" geantwortet[111]); die USA wollen ihre neuen Mittelstreckensysteme (sowie Neutronen-

104) „Der Spiegel", Nr. 22/1981 v. 25. 5. 1981, S. 21.
105) „Die Zeit" v. 16. 11. 1979, S. 9, 11.
106) Ebd. v. 29. 5. 1981, S. 15.
107) „stern", Nr. 24/1981 v. 4. 6. 1981, S. 27.
108) „Die Welt" v. 30./31. 5. 1981, S. 1.
109) Aspekte, S. 54.
110) Eppler-Interview in: „Der Spiegel", Nr. 25/1981 v. 15. 6. 1981, S. 36.
111) Rostow-Interview in: „Der Spiegel", Nr. 30. 1981 v. 20. 7. 1981, S. 87.

und neue chemische Waffen) unter allen Umständen nach Westeuropa bringen. Das belastet und entwertet von vornherein die „Verhandlungen", die Washington mit Moskau, wie Reagan im Juli an Schmidt schrieb, nun endlich „zwischen Mitte November und Mitte Dezember . . . in aller Form" beginnen will[112]) (wenn es nicht noch einen Vorwand findet, es nicht zu tun). Während des westlichen „Gipfels" von Ottawa wurde auch bereits eine Klippe sichtbar, auf die „Verhandlungen" auflaufen sollen: Man fordert „verifizierbare Abkommen"[113]) – von Amerikas Gefolgsmann Genscher prompt zur „uneingeschränkten Nachprüfbarkeit" überspitzt[114]) –, in der offensichtlichen Erwartung, daß die Sowjets es ablehnen werden, westliche Sprengköpfe-Zähler durch ihr Land und über ihre Raketenstellungen schwärmen zu lassen, was die Amerikaner umgekehrt auch nicht gern hätten. (Mit dem Vorrang der „Kontrolle" hat der Westen in den 50er/60er Jahren schon einmal die Abrüstung vereitelt – im 1. Kalten Krieg ist alles schon einmal dagewesen.)

Da die USA also „Verhandlungen" über eine Abrüstung im Mittelstreckenbereich nur zu Alibi- und Täuschungszwecken führen werden, ist – wenn ein mächtiger Volkswiderstand dies nicht noch verhindert – von Ende 1983 an mit der Stationierung von mindestens 572 amerikanischen Mittelstreckensystemen in Westeuropa zu rechnen („mindestens", weil einflußreiche Amerikaner 572 Systeme für „unzureichend" halten).

Im Radius der Pershing II läge dann die westliche Sowjetunion mit der Odessa, Charkow, Kiew und Minsk bis an Leningrad und Moskau heran, während die Cruise Missiles Murmansk, Kasan, Wolgograd (vormals Stalingrad), Astrachan und Tiflis erreichen könnten – dabei handelt es sich weitgehend um dieselben Gebiete, die schon der Nazikrieg verwüstet hatte.

Da die relativ langsamen Cruise Missiles noch im Fluge bekämpft werden könnten, stellen die nur wenige Minuten fliegenden Pershings die eigentliche Gefahr für die Sowjetunion *und* – per sowjetischem Vorbeugungs- oder Gegenschlag – für die Bundesrepublik dar, die schon durch ihre Aufnahme in genau jene „singuläre" Lage käme, die Schmidt ursprünglich vermieden wissen wollte.

Als der amerikanische Außenminister John Foster Dulles den NATO-Europäern auf der Pariser NATO-Tagung im Dezember 1957 zum ersten Male Mittelstreckenraketen aufdrängte, hat sogar Konrad Adenauer (wie auch Eppler und Willy Brandt in Erinnerung gerufen haben)[115]) es abgelehnt, in der Bundesrepublik Waffen zu stationieren, die die Sowjetunion treffen konnten. (Im Gegensatz zu seinen heutigen Epigonen besaß Adenauer offenbar ein Minimum politischen Fingerspitzengefühls.) Wie der britische Premierminister Macmillan berichtete, wollten Adenauer und seine Delegation „die IRBMs

112) „Die Welt" v. 24. 7. 1981, S. 1.
113) „Die Welt" v. 22. 7. 1981, S. 1; „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), v. 23. 7. 1981, S. 4: „Wortlaut der politischen Erklärung von Ottawa". Die Verifizierungs-Forderung wurde erstmals betont in NATO-Kommuniqués im Mai 1981; siehe: „NATO-Brief", Nr. 3/1981, S. 30, 32, 33, 34.
114) „Die Welt" v. 27. 7. 1981, S. 6.
115) Eppler in: „Der Spiegel", Nr. 25/1981 v. 15. 6. 1981, S. 43; Brandt in: Ebd., Nr. 28/1981 v. 6. 7. 1981, S. 25.

nicht in Westdeutschland haben. Sie wollen dies aber nicht offen sagen, sondern würden eine Entscheidung auf der Basis ‚militärischer Gründe' vorziehen, die in der Tat gegen Westdeutschland als Stationierungsland sprechen."[116]) Auch der SPD-„Wehrexperte" Schmidt wußte damals noch: „Schon die Installierung von IRBM in Deutschland würde eine Provokation für die Sowjetführung bedeuten."[117])

Schließlich wurden 1959 insgesamt 105 amerikanische Thor- und Jupiter-Raketen in England, Italien und der Türkei installiert, was Schmidt zu der (bereits zitierten) Kritik veranlaßte: „Landgestützte Raketen . . . sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht."[118]) Künftig sollen allein 108 Pershing-II-Raketen, die für die Sowjetunion besonders lästig sind, in der dichtbesiedelten Bundesrepublik konzentriert werden. Nach amerikanischen Angaben sollen sie bei Neckarsulm, Schwäbisch Gmünd und Neu-Ulm stationiert werden[119]), d. h. unweit der Großstädte Heilbronn, Stuttgart und Ulm in Räumen mit einer Einwohnerdichte von über 500 je Quadratkilometer bzw. von 200–500 je qkm[120]). Aber diesmal ist von Schmidt (von Genscher ganz zu schweigen) kein Wort des Protestes zu vernehmen.

Über die früheren amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa schrieb Schmidt in seinem schon mehrmals zitierten Buch „Verteidigung oder Vergeltung" (das von 1961 bis 1968 fünf unveränderte Auflagen erlebte) ferner: Sie „sind ausschließlich für einen Überraschungsschlag oder für einen vorwegnehmenden Schlag geeignet, keineswegs jedoch für einen second strike." Schmidt zitierte eine amerikanische Denkschrift: „. . . sie vermehren die Risiken nuklearer Instabilität", und warnte vor einer „fortschreitenden Ausstattung Europas mit nuklearen Mittelstreckenraketen", denn: „In einer derartigen Entwicklung (die künftig mit mindestens 572 Systemen wahrlich gegeben wäre, d. Verf.) läge . . . eine ausgesprochen aggressive Provokation gegenüber der sowjetischen Führung, da jedermann weiß, daß einstweilen alle in Europa installierten Mittelstreckenraketen nur zum first strike, niemals aber zum second strike geeignet sind."[121])

Das waren und sind heute noch wahre Worte. Denn auch die neuen Mittelstreckensysteme sind nur als Erstschlagswaffen sinnvoll; laut Eppler „hat der Bundeskanzler erklärt, die 572 neuen Waffen hätten keine Zweitschlagskapazität"[122]). Als Erstschlagswaffen würden sie jedoch einen vorbeugenden Schlag eher anziehen, als einen Angriff abschrecken. Wenn man (wie Schmidt) in Abschreckungskategorien denkt, dann können logischerweise

116) Harold Macmillan, Riding the Storm 1956–1959, London 1971, S. 335. IRBM = Intermediate Range Ballistic Missile, Langstreckenrakete von mehr als Mittelstrecken-, aber weniger als interkontinentaler Reichweite.
117) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 103.
118) Anm. 99 oben.
119) „Newsweek" v. 27. 7. 1981, S. 12, nennt „US-Beamte" als Quelle.
120) Diercke Weltatlas, 192. Aufl. 1975, S. 29 III.
121) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 96f.
122) Eppler-Interview in: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 27. 3. 1981, S. 10.

nur solche Waffen einen Angreifer abschrecken (sofern es einen Angreifer gibt), die durch dessen Angriff nicht zerstört werden würden; nur unverwundbare Waffen (wie U-Boot-Raketen) besitzen eine Abschreckungs- und Zweitschlagskapazität. Die landstationierten Pershings und Cruise Missiles sind jedoch trotz ihrer Beweglichkeit und sonstigen Modernität kaum weniger verwundbar als die einstigen ortsfesten Thors und Jupiters: Ihre Bewegungen könnten von Satelliten in „Echtzeit" gemeldet werden, und die Vielzahl ihrer geographisch vermessenen Feuerstellungen würden den Sowjets ebenfalls nicht verborgen bleiben, sondern unter Umständen nur einen *viel*fachen sowjetischen Atomblitz herausfordern.

Vollends absurd ist es deshalb, wenn eine von Genscher bestellte Expertise seines – inkompetenten – Auswärtigen Amtes „gegen eine seegestützte Version der NATO-Nachrüstung" behauptet: „Von landgestützter Dislozierung geht ein weit höherer Abschreckungseffekt aus, da der Gegner bei dem Versuch, den europäischen Kontinent zu überrollen, mit höchster Wahrscheinlichkeit damit rechnen müßte, daß zu überrollende LRTNF zuvor eingesetzt würden."[123]) Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Als amerikanische Erstschlagswaffen würden sie in einem solchen – hypothetischen – Fall sowjetische Atomblitze regelrecht anziehen![124]) Das jedoch käme einer „Endlösung der Deutschenfrage" ziemlich nahe, wie vor zwanzig Jahren auch Schmidt noch gewußt hat, als er Pläne, Polaris-Raketen beweglich zu Lande in Westeuropa zu stationieren, „nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der dadurch aufs schwerste gefährdeten Zivilbevölkerung, ausgesprochen bedenklich" nannte[125]).

Wider sein besseres Wissen hat Schmidt jedoch seit 1977 den USA den Weg geebnet, durch landgestützte Mittelstreckenwaffen das nukleare Risiko für Europa und besonders die Bundesrepublik ungemein zu erhöhen, während die USA ihr eigenes durch „Abkoppelung" vermindern. Wie Heiner Bremer im „stern" meinte, tat Schmidt dies, „ohne es zu wollen"[126]). Aber seit wann ist „Das hat er nicht gewollt" als Entschuldigung für alarmistisches falsches Denken, vorschnelles Reden und mangelnde Voraussicht bei einem Politiker akzeptabel, der mit der Begründung, „berechenbar" bleiben zu müssen, starrsinnig (mit „Unbeugsamkeit" und „Geradlinigkeit") auf einem von seinem Sachverstand als falsch und verderblich erwiesenen Kurs bleibt, statt seinen Fehler rückgängig zu machen? Auch Alfred Mechtersheimer, Oberstleutnant der Luftwaffe a.D. und Friedensforscher, hat ausgesprochen, „daß der Kanzler eine Politik macht, die er mit seinem Sachverstand eigentlich nicht machen dürfte . . . Die Tatsache, daß das Risiko eines künftigen Atomkrieges in einem unverhältnismäßig starken Maß auf die Bundesrepublik und andere westeuropäische Länder verlagert wird, ist so offenkundig, daß sich jede Regierung,

123) „Der Spiegel", Nr. 20/1981 v. 11. 5. 1981, S. 19. LRTNF = Long Range Theater Nuclear Forces, Kernwaffen großer Reichweite für den Kriegsschauplatz.
124) Leserbrief d. Verf. in: „Der Spiegel", Nr. 24/1981 v. 8. 6. 1981, S. 8f.
125) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 97.
126) „stern", Nr. 22/1981 v. 21. 5. 1981, S. 76.

die auch nur einen Funken von Patriotismus verspürt, dagegen aufbäumen müßte."[127]) Von Genscher, der schon *vor* dem „Doppelbeschluß" gefordert hatte, die „Modernisierung" der NATO-Atomwaffen „in jedem Fall durchzuführen"[128]), und der sie in der hochgefährlichen Form der Landstationierung ausdrücklich begrüßt[129]), ist nicht einmal Sachverstand zu vermelden.

Geradezu landesverräterisch-kriminell wäre eine Bonner Komplizität mit einem amerikanischen „chicken game" unter Verwendung der künftigen Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik, wie es Wilhelm Bittorf im „Spiegel" geschildert hat. „Chicken games" nennt man die „Mutproben" amerikanischer Halbwüchsiger, die in ihren Autos aufeinanderzu rasen, wobei als „chicken" (Hühnchen) = feige und als Verlierer gilt, wer dem anderen ausweicht. Hinsichtlich der Pershing II hat George W. Rathjens, Professor für politische Wissenschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und davor Waffensystem-Analytiker in der Pentagon-„Denkfabrik" Institute for Defense Analysis, dankenswerterweise klargestellt: „Diese Pershing-Babys (sic!) sind doch nicht dazu da, einen ‚Entwaffnungsschlag' der Sowjets auf Westeuropa mit SS-20 abzuschrecken oder zu vergelten. So etwas macht man nicht mit solchen Präzisionswaffen." Rathjens meint vielmehr, die USA könnten *glauben,* daß sie die Sowjetunion mehr abschrecken als diese sie, d. h. die USA könnten *glauben,* daß sie die Sowjetunion in einer Konfrontation, die ihren Ursprung gar nicht in Europa zu haben braucht, unter Druck setzen und zum Nachgeben zwingen könnten, indem sie ihr einzelne Schläge mit der Präzisionswaffe Pershing II auf Militärziele in Westrußland androhen, die die Sowjetunion nicht mit entsprechend präzisen und „begrenzten" Schlägen gegen die USA vergelten könnte[130]).

Die Schwächen dieses weitgehend auf „Glauben" beruhenden Arguments liegen auf der Hand: Die UdSSR ist kein „Hühnchen", sondern eine Weltmacht, und die USA dürften niemals ihr „Eskalationsrisiko" außer acht lassen (so relativ gering der Bundeswehr-General a.D. Schulze es auch einstufen mag)[131]); Eskalation bedeutet ja schließlich *gesteigerte* Gegengewalt. In der Vergangenheit jedenfalls haben amerikanische Präsidenten das „Sanktuarium" USA nicht in einem „chicken game" aufs Spiel gesetzt, und selbst Außenminister Dulles, der sich des „Wandelns am Abgrund" des Krieges (brinkmanships) rühmte, „wußte immer, wie weit er gehen konnte, und er ging nie zu weit" – so sein Gegenspieler Nikita Chruschtschow[132]).

127) Mechtersheimer-Interview in: „stern", Nr. 14/1981 v. 26. 3. 1981, S. 227.
128) Ende Mai 1979 vor der NATO laut: „Die Welt", v. 7. 7. 1981 v. S. 5.
129) Anm. 108, 109, 123.
130) „Der Spiegel", Nr. 29/1981 v. 13. 7. 1981, S. 119.
131) Anm. 93.
132) Nikita S. Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 401. Als Dulles 1959 im Sterben lag, würdigte ihn Chruschtschow gegenüber dem UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld mit den Worten: „Es tut mir leid um Dulles. Ich bewundere seinen Verstand, seine breiten Kenntnisse, seine Integrität und seinen Mut. Dulles hat das Wandeln am Abgrund erfunden, aber er würde niemals den Rand des Abgrundes überschritten haben." (Louis L. Gerson, John Foster Dulles. The American Secretaries of State and Their Diplomacy, New York 1967, S. 322.)

Sollten die USA indes künftig ein „chicken game" mit der Pershing-II-Drohung versuchen, könnten die Sowjets, wenn sie sich nicht erpressen lassen wollen, gar nicht anders, als zumindest mit einem vorbeugenden Schlag gegen die amerikanischen Mittelstreckensysteme reagieren – so leid es ihnen wahrscheinlich täte, dadurch ihren Wirtschaftspartner Westeuropa zu vernichten (während den USA die Eliminierung ihres Wirtschaftsgegners Westeuropa gelegen kommen könnte). Um die „Endlösung der Deutschenfrage", ausgelöst durch eine amerikanische Pershing-II-Drohung, zu verhindern, hätte die Bundesregierung, vorausgesetzt, sie wüßte über die amerikanische Absicht rechtzeitig Bescheid, theoretisch nur ein einziges Mittel: Die Bundeswehr müßte die amerikanischen Pershing-Basen *vorher* besetzen und unschädlich machen, sie müßte gegen die US-Basen Krieg führen[133]). Es ist jedoch stärkstens zu bezweifeln, daß die entnationalisierte, natoisierte Bundeswehr dazu fähig und bereit wäre; sie ist nicht in der Tradition von „Tauroggen" erzogen worden.

VII

Aber würden die Amerikaner ihre landgestützten Mittelstreckenwaffen in Europa – vorausgesetzt, es bliebe ihnen Zeit dazu – überhaupt gegen die Sowjetunion einsetzen? Oder werden sie, angesichts ihres weiter bestehenden „Eskalationsrisikos", sich auch auf dieser Ebene, wie auf der interkontinentalen und der seestrategischen, von Westeuropa „abkoppeln"? „Zumal", wie Generalmajor a.D. Gert Bastian vom „Krefelder Appell" bemerkt hat, „die ‚Nachrüstungs'-Waffen die UdSSR zwar erreichen können, aber nicht erreichen müssen."[134])

In dieser Hinsicht hegte schon der alte Adenauer starke Zweifel, als er nach den sowjetischen Sputnik-Ersttaten und angesichts des amerikanischen Bestrebens, den Westeuropäern Thor- und Jupiter-Raketen aufzudrängen, in einem persönlichen Arbeitspapier vom 9. Dezember 1957 schrieb: „Ob sich ein Präsident der Vereinigten Staaten zur Verwendung Amerika gehörender nuklearer Waffen von Europa aus entschließen wird, nachdem nunmehr Sowjetrußland mit Raketen, die nukleare Köpfe haben, Amerika direkt angreifen kann, ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist."[135]) Adenauer beantwortete seine Frage offensichtlich negativ, da er den damaligen US-Präsidenten Eisenhower für schwächlich hielt; und er hatte auch bereits dadurch seine Konsequenz gezogen, daß er mit der französischen Regierung Félix Gaillard eine atomare Zusammenarbeit eingegangen war[136]), die durch de Gaulles

133) Der italienische Senator Nino Pasti, der von 1966 bis 1968 stellvertretender SACEUR für Kernwaffenangelegenheiten war, hat in einem Interview mit Gerhard Kade mitgeteilt, daß die italienischen Landstreitkräfte derartige Maßnahmen planen, „um den Einsatz dieser Waffen dort zu verhindern, wo das nationale entscheidungsfindende Gremium dafür keine Genehmigung erteilt". In: Generale für den Frieden, Köln 1981, S. 258f.
134) Gert Bastian, Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung, Würzburg im Juni 1981, S. 24.
135) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 335f.
136) Ebd., S. 329.

Rückkehr an die Macht jedoch bald „wieder erstickt" wurde[137]). De Gaulle hegte freilich ähnliche Zweifel an den USA wie Adenauer[138]).

Einen konkreten, ebenfalls negativen Präzedenzfall lieferte die kubanische Raketenkrise vom Oktober 1962 (die entgegen westlicher Medien-Folklore nicht mit einem amerikanischen Triumph, sondern einem *gegenseitigen* Raketenabzug endete): Während die Briten den „zweiten Schlüssel" zu den amerikanischen Thor-Raketen auf ihrem Territorium eifersüchtig hüteten, hatte Präsident Kennedy bereits während der ersten, „geheimen" Woche der Krise Anordnungen getroffen, um sicherzustellen, daß die Jupiter-Raketen in der Türkei (gegen die die Sowjets besonders allergisch waren) nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung abgefeuert würden[139]), und während der öffentlichen Konfrontation der zweiten Krisenwoche hatte er diese Raketen sogar *ent*schärfen lassen[140]).

Heute sind die USA mit eindeutigen sowjetischen Warnungen konfrontiert, daß ein Kernwaffenkrieg, der etwa nach amerikanischen Vorstellungen auf Europa „begrenzt" bleiben soll, unweigerlich nach Amerika eskalieren würde: „Auch die Vereinigten Staaten selbst würden natürlich von den Flammen des Krieges nicht verschont bleiben", erklärte Breschnew auf dem Parteitag der KPdSU im Februar 1981[141]). Sein amerikakundiger Berater Georgi Arbatow hat in seinem Buch „Der sowjetische Standpunkt"[142]) und bei seinem Besuch in Bonn im März 1981 in konkretem Bezug auf amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa erklärt: „Falls diese Raketen – ich wiederhole, amerikanische Raketen – sowjetisches Territorium treffen, wird der Gegenschlag nicht nur gegen jene Länder gerichtet sein, in denen sie abgefeuert wurden, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten, und zwar so, als wenn die Raketen in Montana gestartet worden wären."[143]) Entsprechend hat ein Freund des Bundeskanzlers, Theo Sommer von der „Zeit", gefragt, ob denn die Annahme logisch sei, „daß . . . der amerikanische Präsident amerikanische Kernwaffen eher einsetze, wenn sie in Europa stationiert seien – als ob die Sowjets die Zerstörung von Minsk verläßlich bloß mit der Zerstörung von München beantworten würden, nicht zugleich mit der Vernichtung von Minneapolis?"[144])

Nun hat Egon Bahr in schematischer Gleichsetzung von USA und UdSSR unterstellt, die Sowjets hätten „in ihrem Denken, auch wenn sie klug genug sind, nicht darüber zu schwätzen, die gleiche Stufe wie die Amerikaner, deren Strategie ja eben geradezu zum Ziel hat, (die Eskalation; d. Verf.) anhalten zu können, bevor sie selbst Ziel werden"[145]). Bahr unterstellt also ein Einver-

137) Ebd., S. 332.
138) Anm. 82.
139) Theodore C. Sorensen, Kennedy, London 1965, S. 701.
140) Robert F. Kennedy, Dreizehn Tage, Bern/München/Wien 1969, S. 90.
141) „Blätter", 3/1981, S. 374.
142) Georgij A. Arbatow und Willem Oltmans, Der sowjetische Standpunkt. Über die Westpolitik der UdSSR, München 1981.
143) „Die Welt" v. 16. 3. 1981, S. 1.
144) „Die Zeit" v. 24. 4. 1981, S. 3.
145) FR v. 29. 5. 1981, S. 11.

ständnis zwischen den USA und der Sowjetunion, ihre *beiden* Territorien als „Santkuarien" zu respektieren und den Krieg „nur" in dem zwischen ihnen liegenden Europa zu führen. Dieses Denkspiel ist jedoch mehr zynisch als logisch: Welches Interesse könnte denn die Sowjetunion haben, nicht nur ihre osteuropäischen Verbündeten verwüsten zu lassen, sondern auch ihren Wirtschaftspartner Westeuropa zu vernichten und damit – den USA zu Gefallen – den hauptsächlichen Wirtschaftsgegner Amerikas? Hätte Bahr aber recht, dürften die amerikanischen Mittelstreckenwaffen erst recht nicht gegen die Sowjetunion abgefeuert werden!

Auch auf der Ebene der landgestützten Mittelstreckenwaffen ist die „Abkoppelung" der USA von Westeuropa hoch wahrscheinlich – dafür bürgen Adenauers und de Gaulles Zweifel, Kennedys Handlungsweise (im Gegensatz zu seinem großen Wort in der Paulskirche)[146], die eindeutigen sowjetischen Warnungen an die amerikanische Adresse und selbst Bahrs Gedankenspiel. Ja, es wäre denkbar, daß die USA die Sowjetunion von ihrer „Abkoppelung" auch auf dieser Ebene insgeheim in Kenntnis setzen und damit ihr gegenüber zugeben würden, daß sie mit einer sowjetischen Aggression gegen Westeuropa gar nicht rechnen.

Gegenüber den Westeuropäern, insbesondere den Westdeutschen, würden die USA ihre Abkoppelung freilich vehement bestreiten und vielmehr den Fortbestand ihrer „Sicherheitsgarantie" gegen die „Bedrohung aus dem Osten" betonen. In diesem Sinne hat der frühere US-Verteidigungsminister Schlesinger trotz seiner in bezug auf U-Boot-Raketen bezeugten „Eskalationsscheu"[147] die landgestützten Mittelstreckensysteme dreist als Mittel zur „Ankoppelung" der USA an Westeuropa ausgegeben[148]. Daß Schlesinger den Westeuropäern dieses „Ankoppelungs"-Märchen auftischt, ist nicht verwunderlich, solange es westdeutsche Politiker gibt, die an eine „Schicksalsgemeinschaft" mit den USA glauben[149].

Die neuen Mittelstrecken-, Neutronen- und chemischen Waffen, die Amerika nach Europa bringen will, sowie die Pläne, die US-Truppen in der Bundesrepublik weiter „nach vorn" zu verlegen, dienen nicht nur dem Zweck, die amerikanische „Sicherheitsgarantie" in den Augen der Bevölkerung plausibel erscheinen zu lassen. Das „Teufelszeug" (Willy Brandt) dient gleichzeitig und vorrangig dem Zweck, die Westeuropäer und besonders die Westdeutschen durch die Gefahren und Spannungen, die es verstärkt, so zu ängstigen, daß sie um so enger an die USA gefesselt und um so stärker amerikanischem Druck ausgesetzt werden können.

---

146) Anm. 84.
147) Anm. 93.
148) „International Herald Tribune" (IHT) v. 26. 5. 1981, S. 1 f. Schlesinger argumentiert: Die amerikanischen Mittelstreckenwaffen würden in der Sowjetunion einschlagen, letztere würde Vergeltung gegen die USA üben, und diese würden damit das Atomkriegsschicksal mit den Westeuropäern teilen. – Aber wenn die Mittelstrekkenwaffen wegen des „Eskalationsriskos" für die USA nicht gegen die Sowjetunion eingesetzt würden, fiele diese Kausalkette flach.
149) Anm. 37.

Dies hat am klarsten Rudolf Augstein vom „Spiegel" verstanden und ausgesprochen, der zu Recht geschrieben hat, „daß die Nachrüstung militärtechnisch überflüssig ist" und „militärtechnisch keinen Sinn" ergibt. Augstein fragte und antwortete: „Welchen Sinn könnte sie dann haben? Den, gegen die Bundesrepublik politisch-psychologische Pressionen auszuüben. Die Nachrüstung richtet sich also nicht so sehr gegen die Sowjets wie gegen uns selbst"; sie macht Westeuropa zur „Geisel" Amerikas und „soll das Kernstück der europäischen Allianz, die Bundesrepublik, bei der Stange halten"[150]).

Die „politisch-psychologischen Pressionen" würden die USA ausüben, um den außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik völlig zu beseitigen, um ihre Entspannungspolitik und ihren Osthandel zu zerstören und um sie zu immer höheren Rüstungsausgaben zu veranlassen, die ihre Wirtschaftskraft verkrüppeln würden. Im Schatten des „Nach"rüstungsbeschlusses und dank den bundesdeutschen „Nach"rüstungspolitikern haben die USA bereits begonnen, diese Option auszuüben; ihr Druck gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft und zugunsten höherer Militärausgaben hält an. Offensichtlich werden die USA diese Option ausreizen, bis sie nichts mehr hergibt.

Dann verschafft ihnen die „Nach"rüstung eine zweite Option.

VIII

Mit der zweiten Option tritt das Geheimnis der von Bonn mit „Unbeugsamkeit" und „Geradlinigkeit" verfolgten Politik offen zutage: Wenn die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stationiert sind und die USA die Westeuropäer, besonders die Westdeutschen, mit ihnen genügend erpreßt haben, wenn sich aus diesen nichts mehr herausholen läßt, während die USA selbst zunehmend ihre (von Reagan enorm erhöhte) Rüstungslast spüren, „europamüde"[151]) werden und der US-Soldaten in Westeuropa zur Bekämpfung innerer Unruhen (die Reagans Sozialabbau früher oder später auslösen wird) und für ihre „Eingreiftruppen" in der Dritten Welt bedürfen – dann könnten die USA ihre „Abkoppelung" von Westeuropa dadurch vollenden (und ihr „Eskalationsrisiko" völlig beseitigen), daß sie anbieten, aus *amerikanischen* Mittelstreckenwaffen *westeuropäische* zu machen. Alarmismus à la Schmidt und zunehmende Erkenntnis, daß die USA auch ihre Mittelstreckenwaffen nicht einsetzen würden, könnten insbesondere die Bundesrepublik verführen, dieses Angebot aufzugreifen.

Daß die USA in der Vergangenheit eine Politik der Nichtweitergabe von Atomwaffen verfolgt haben (die Strauß seinerzeit nicht zum Zuge kommen

150) „Der Spiegel", Nr. 22/1981 v. 25. 5. 1981, S. 30–32. Auch laut Lothar Ruehl ist „jede militärische Begründung des Programms für 572 Gefechtsköpfe fragwürdig . . . Entsprechend war von hohen alliierten Militärs 1979 zu hören, daß das Programm nicht auf einem ‚militärischen Erfordernis" beruhe." (Wie Anm. 97, S. 106.) Ein weiterer bürgerlicher Militärexperte, der unlängst verstorbene Christian Potyka, bekundete ebenfalls „Zweifel an der militärischen Zweckmäßigkeit der vorgesehenen 572 Mittelstreckensysteme" (SZ v. 26. 6. 1981, S. 10).

151) John J. McCloy, greiser Vertreter des US-Establishments, erklärte unlängst in Westberlin, die Präsenzbereitschaft der USA in Europa sei nicht unter allen Umständen unabänderlich („Die Welt" v. 4. 7. 1981, S. 3).

ließ)[152]), besagt nichts über die Gegenwart und Zukunft, zumal es besonders unter Rechtsrepublikanern (Dulles, Goldwater etc.)[153]) stets Tendenzen zur Weitergabe (und zum Isolationismus) gegeben hat. Solche Rechtsrepublikaner regieren heute in Washington; die Verbreitung von Kernwaffen „geht uns nichts an", sagte Reagan in seinem Wahlkampf[154]). Wenn die USA den atomaren Erisapfel nach Westeuropa schleuderten und wenn auch nur die Bundesrepublik ihn aufgriffe, könnten sie zumindest hoffen, ihren Wirtschaftsgegner Westeuropa durch Spaltung zu schwächen, und maximal könnten sie auf einen militärischen Konflikt hoffen, der ihren Wirtschaftsgegner eliminieren würde und ihren politisch-militärischen Gegenspieler Sowjetunion schwer schädigen könnte, derweil sie selbst ungeschoren und der „lachende Dritte" blieben.

Charakteristischerweise war es ein Franzose, Admiral a.D. Antoine Sanguinetti, Bruder eines ehemals führenden gaullistischen Politikers, der in Interviews mit gallisch-lateinischer Klarheit erklärt hat, daß die „Nach"rüstung nur dann einen Sinn ergibt, „wenn man das Argument bis zu Ende durchdenkt. Dann ergibt sich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten eines Tages den Befehl über diese Waffen und die Verantwortung für ihren Einsatz, den sogenannten Knopf, an die Staatsoberhäupter derjenigen Länder abtreten wird, in denen die Raketen stationiert sind, damit sie und ihre Völker die volle Verantwortung für den Einsatz dieser Waffen und seine Folgen übernehmen."[155]) Und der isolationistische US-Autor Laurence W. Beilenson hat in seinem Buch „Überleben und Frieden im Atomzeitalter"[156]) bereits einen „Vorschlag zur Güte" gemacht, den die Münchner rechtskonservative Zeitschrift „Criticón" so paraphrasierte: „Die USA liefern den Deutschen die zur Verteidigung notwendigen Atomwaffen – und ziehen aus Europa ab. Sollten die Deutschen diese Offerte ablehnen, so wäre das allein ihr Problem. Die Amerikaner zögen sich in jedem Fall in ihre Feste Amerika zurück."[157])

Für den französischen Militär ist hauptsächlich, für den amerikanischen Autor ist allein die Bundesrepublik Adressat der künftigen amerikanischen Offerte. Würde Bonn sie annehmen und eine autonome „Atommacht Bundesrepublik" entstehen lassen?

Was Schmidt betrifft, so hat er in seinem mehrfach zitierten Buch „Verteidigung oder Vergeltung" geschrieben, daß die Bundesrepublik auch mit den „von einigen Heißspornen und Weltmacht-Träumern jetzt erstrebten strategi-

152) Anm. 1.
153) Dulles war im Oktober 1954 Adenauer mit der Erklärung beigesprungen, daß dessen Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen auf Bundesgebiet nur „rebus sic stantibus" gelte, nur solange, wie die Umstände die gleichen blieben. Ende 1957 hatte er Adenauer versprochen, dessen atomare Zusammenarbeit mit der französischen Regierung Gaillard (s. Anm. 136) zu unterstützen. Goldwater hatte 1964 gefordert, den NATO-Verbündeten taktische Atomwaffen in eigene Regie zu übergeben.
154) Laut James Reston in: IHT v. 15. 6. 1981, S. 4. Seither hat sich Reagan wieder zur Nichtverbreitungspolitik bekannt – s. FR, v. 18. 7. 1981, S. 2 –, aber dies kann sich auch wieder ändern.
155) „Blätter", 4/1981, S. 406.
156) Laurence W. Beilenson, Survival and Peace in the Nuclear Age, Chicago 1980.
157) „Criticón", März/April 1981, S. 66.

schen Nuklear-Waffen" (offensichtlich meinte Schmidt vor allem Strauß) „der Sowjetunion immer um ein Vielfaches unterlegen" bleiben würde; die Auslösung eines nuklearen Schlages „durch deutsche Mittelstreckenraketen (wäre) gleichbedeutend mit sinnlosem, einseitigem Selbstmord; sie wäre deshalb auch als Drohung nicht überzeugend"[158]); und eine „auf atomare Waffen gestützte autonome Außenpolitik" der Bundesrepublik würde „die Gefahr der Provozierung einer sowjetischen Präventiv-Aggression" heraufbeschwören[159]).

Auch wenn von Schmidt in jüngerer Zeit zu hören war: „Wir Deutschen müssen die Eierschalen (sic!) aus dem Zweiten Weltkrieg hinter uns lassen"[160]) (die u. a. besagten, daß Atomwaffen unter keinen Umständen in deutsche Hände geraten dürften!) – in puncto „Atommacht Bundesrepublik" scheint Schmidt seiner Auffassung aus den 60er Jahren treu geblieben zu sein, denn noch unlängst sagte er: „Übrigens halte ich es für ganz lebensgefährlich, wenn die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Regierung an der Verfügungsgewalt über den Einsatz nuklearer Waffen direkt beteiligt werden würde . . . Das wäre eine Gefährdung des Weltfriedens; denn es würde soviel Angst auslösen bei unseren Nachbarn, daß diese Angst allein eine Gefährdung des Friedens darstellte."[161])

Aber kommt es auf Schmidt überhaupt noch an? Steht er nicht vielleicht schon in diesem Herbst „auf der Kippe"[162]), wenn die SPD durch Sozialabbau gegenüber dem nach rechts gerückten westdeutschen „Establishment" ihre Schuldigkeit getan – und sich entbehrlich gemacht hat? Spätestens aber beim SPD-Parteitag in München im April 1982? Daß ihm seine Schilddrüse wieder zu schaffen macht[163]), wie immer, wenn er Grund hat, mit sich unzufrieden zu sein, ist der psychosomatische Ausdruck seines (Unter-)Bewußtseins, daß er versagt hat, weil er, der von einer byzantinischen Claque als „Macher" Gerühmte und Überschätzte, der *Kaputt*macher seiner Partei und deren Ost-, Entspannungs- und Reformpolitik und durch seine alarmistische „Nach"rüstungspolitik objektiv zum „Vorarbeiter" für andere auf der Straße zur „Atommacht Bundesrepublik" geworden ist.

Was diese „anderen" betrifft, so ist von Genscher in puncto „Atommacht Bundesrepublik" keine entschiedene Ablehnung à la Schmidt bekannt; diesem Hans Dampf einer bundesdeutschen „Weltpolitik", die ihre Nase ganz unbismarckisch in fremde Angelegenheiten von Angola bis Afghanistan und Kambodscha steckt, würde man jedoch zutrauen, daß er es nicht verschmähen würde, sein Tun auf atomare Waffen zu stützen. Seinen entscheidenden Beitrag zu dieser Sache dürfte Genscher freilich als Koalitionswechsler leisten, der Strauß in Bonn wieder zu Einfluß brächte. Und dieser würde zweifellos mit

158) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 103.
159) Ebd., S. 203.
160) Peter Koch in: „stern", Nr. 20 1981 v. 7. 5. 1981, S. 285.
161) Schmidt-Interview in: FR v. 30. 6. 1981, S. 9.
162) „Der Spiegel", Nr. 22 1981 v. 25. 5. 1981, S. 23.
163) Ebd., S. 26.

beiden Händen zugreifen, wenn die USA der Bundesrepublik Mittelstreckenund andere Atomwaffen offerieren sollten – dafür spricht sein versuchter „Griff nach der Atommacht" von 1956 bis 1969[164]), dafür spricht in jüngerer Zeit insbesondere seine Forderung vom Februar 1979, daß nicht nur die Amerikaner in Europa über neue Mittelstreckenwaffen verfügen sollten, „sondern daß *zumindest* die Trägerwaffen nach dem Zweischlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind"[165]). (Hervorh. d. Verf.) Hinsichtlich der Neutronenwaffe hat er im August 1981 bereits eine ähnliche Forderung erhoben[166]).

Strauß aber „steht für Programm und Machtanspruch der rücksichtslosesten und unbesonnensten Wirtschafts-, Finanz- und Militärkreise, die aus den verheerenden Folgen bisheriger Großmachtabenteuer noch immer nicht die erforderlichen Lehren gezogen haben" (Karl D. Bredthauer). Wenn diese erst einmal über eigene Atomwaffen verfügten, würden in ihren Köpfen zweifellos erst recht die „großen Rosinen" von einer bundesdeutschen Hegemonie in Europa und einer „Politik der Stärke" nach Osten hin wuchern.

IX

Was würde eine „Atommacht Bundesrepublik" im einzelnen bedeuten? Zunächst einmal den Bruch internationaler Verträge: 1. des Atomwaffensperrvertrages von 1968 seitens der Bundesrepublik (die ihn 1969 unterzeichnete und 1975 ratifizierte) durch Annahme, seitens der USA durch Weitergabe von Atomwaffen; 2. „des Geistes, wenn nicht sogar des Buchstabens der Pariser Verträge von 1954, nach denen Deutschland keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten sollte", worauf der Franzose Sanguinetti bereits hingewiesen hat[167]).

Eine „Atommacht Bundesrepublik" würde auf die (West-)Europäische Gemeinschaft wie Dynamit wirken: Die Niederlande und Belgien mit ihrer pazifistischen Volksmeinung würden ein amerikanisches Atomwaffenangebot ziemlich sicher ablehnen. Italien, das mit der Annahme amerikanischer Cruise Missiles (die ohnehin nur unter Verletzung der Souveränität blockfreier Nachbarn eingesetzt werden könnten) gegen das Atomwaffenverbot seines Friedensvertrages von 1947 verstieße[168]), würde nach seinen schlechten Erfahrungen mit der „Achse Berlin-Rom" wohl keine neue „Achse" mit Bonn bilden wollen; sein „sacro egoismo" würde es vielmehr eher früher als später wieder auf die Gewinnerseite führen. England und Frankreich blieben eigenständige Atommächte, die einer Bundesrepublik akutes Mißtrauen entgegenbringen würden, die mit ihren Mittelstreckenwaffen ganz Westeuropa bestreichen könnte. Während England sein Heil wahrscheinlich wieder in

164) Anm. 1.
165) Strauß-Interview in: „Die Welt" v. 12. 2. 1979, S. 3.
166) Strauß, Interview in: „Die Welt" v. 13. 8. 1981, S. 1, 6.
167) „Blätter", 4 1981, S. 406.
168) Dessen Artikel 51 lautet: „Italien wird Atomwaffen weder besitzen, konstruieren, noch mit ihnen Versuche anstellen . . ."

„besonderen Beziehungen" zu den USA suchen würde, käme eine gemeinsame „westeuropäische Atommacht" allein deshalb nicht zustande, weil Frankreich in ihr einer „Atommacht Bundesrepublik" unterlegen wäre. „Eine solche Verteidigungsgemeinschaft kommt nicht in Frage", sagte der Gaullist Jacques Chirac erst unlängst[169]).

Vertragsbruch (besonders des Sperrvertrages, der ein Hauptanliegen der Sowjetunion war) und atomar gestütztes Hegemonialstreben würden die Bundesrepublik zwischen Ost und West schroff isolieren und einer akuten Interventionsgefahr von *zwei* Seiten aussetzen. In Ost und West würde man sich erinnern, daß der Zweite Weltkrieg gewiß nicht geführt worden ist, um Atomwaffen in deutsche Hände zu legen: 1947 hatten Ost und West gemeinsam selbst den ehemaligen Verbündeten Hitler-Deutschlands in deren Friedensverträgen die totale Atomwaffenlosigkeit auferlegt[170]), und der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland vom 10. Januar 1959 enthielt ein entsprechendes Totalverbot[171]).

Da die Bonner „Nach"rüstungspolitik den Moskauer Gewaltverzichtsvertrag vom August 1970 längst zu einer „leeren Hülse" (Egon Bahr) gemacht hätte[172]), könnte die Sowjetunion sich wieder auf ihre in Ermangelung eines deutschen Friedensvertrages weiter gültigen Siegerrechte berufen (wie sie es u. a. am 19. Juli 1960 tat, als Strauß sich auffällig für strategische Raketen interessierte)[173]). Und gemäß den „Feindstaaten-Artikeln" 53 und 107 der UNO-Charta könnte sie wieder das Siegerrecht beanspruchen, gegen eine Bedrohung in der Bundesrepublik zu intervenieren (wie sie es am 5. Juli 1968 in einer westdeutschen Situation tat, die durch NPD-Wahlerfolge, Ablehnung des Atomwaffensperrvertrages – Strauß war wieder Minister – und auffälliges Bonner Interesse für den „Prager Frühling" gekennzeichnet war).

Damals schon war Frankreich de facto Verbündeter der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik. Am 14. Februar 1969 hatte de Gaulle dem amerikanischen Journalisten Cyrus L. Sulzberger erklärt: „Sie müssen sich erinnern, wie schwer sowohl Rußland wie Frankreich unter Deutschland gelitten haben. Falls Deutschland militärisch, wirtschaftlich – und in nuklearer Hinsicht – eine Großmacht werden sollte, dann würden wir ein Bündnis brauchen. Keiner von uns beiden kann ein gefährliches Deutschland hinnehmen."[174]) Während Nixons Paris-Besuch Ende Februar/Anfang März 1969 hatte de Gaulle Besorgnis vor einem Eintritt Bonns in den Atomklub geäußert[175]) und gegenüber Henry Kissinger offen erklärt, wie er eine Beherrschung Europas durch die Bundesrepublik verhindern würde, nämlich: „Par la guerre" – durch

169) „Die Welt" v. 13. 6. 1981. S. 3.
170) Anm. 168. Ähnliche Klauseln enthalten auch die Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland.
171) EA 1959. S. D 28.
172) Anm. 8.
173) „Archiv der Gegenwart" 1960. S. 8531 A.
174) C. L. Sulzburger. An Age of Mediocrity. New York 1973. S. 508.
175) Henry A. Kissinger. White House Years. Bosto Toronto 1979. S. 384.

Krieg![176]) (Die betreffenden Amerikaner haben *nicht* überliefert, daß sie die Bundesrepublik in Schutz genommen hätten!) Kurz bevor de Gaulle Ende April 1969 sein Amt niederlegte, hatte er noch Frankreichs Veto gegen einen Antrag Bonns einlegen lassen, der Atlantikpakt möge feststellen, daß die kollektiven Interventionsansprüche der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gegen Deutschland inzwischen hinfällig geworden seien[177]) – Frankreich hielt somit die Tür für eine Intervention in der Bundesrepublik offen, wie sie auch die Sowjetunion androhte!

Der Gaullist Chirac, der die Kontinuität der französischen Politik nach de Gaulles Abgang mit den Worten erklärt hatte: „Mit Pompidou wird es kein ‚Großdeutschland' geben"[178]), hat erst unlängst wiederholt: „Es ist ausgeschlossen, daß die Bundesrepublik Deutschland Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhält."[179]) Auch unter Schmidts „Freund" Valéry Giscard d'Estaing und Brandts „Freund" François Mitterrand, der erst neulich gesagt hat, daß die Bundesrepublik „keine eigenen Atomwaffen haben kann"[180]) (und der seine vorschnelle Unterstützung der „Nach"rüstung entweder revidieren oder bereuen wird), hat Frankreich die Mittel behalten, eine bundesdeutsche Atommacht auszuschalten: Von französischem Boden aus könnte es allein mit seinen „Pluton"-Atomraketen Ziele in der Bundesrepublik vernichten, und in der Bundesrepublik läßt es Panzer rollen, auf denen Schlachtennamen aus dem Ersten Weltkrieg zu lesen sind, wie „La Somme 1916" oder „Ypres 1914"[181]).

Herrlich weit hätte es die Bonner Politik damit wieder einmal gebracht: zurück zur Zwei-Fronten-Situation, in die Wilhelm II. vor neunzig Jahren die Deutschen – statt in die versprochenen „herrlichen Zeiten" – führte (von Hitler vor vierzig Jahren ganz zu schweigen). Nur daß es eben heute in Ost und West Atomwaffen gibt.

Manchem Leser mag die in den letzten beiden Abschnitten entwickelte Perspektive spekulativ vorkommen. Aber wenn die Bonner Politiker eine „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk" treiben und, statt aus der Geschichte zu lernen, dabei sind, sie zu wiederholen, dann geziemt es den Bürgern, „über den Tellerrand" hinaus zu blicken und den Anfängen zu wehren, um eine solche Entwicklung zu verhüten: durch verstärkten Volkswiderstand gegen die „Nach"rüstung[182]), die leichtfertig die Endlösung der Deutschenfrage heraufbeschwört.

176) Ebd., S. 110. 177) Joachim Schwelien, Druck von draußen?, in: „Die Zeit" v. 18. 4. 1969.
178) Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München 1969, S. 181.
179) „Die Welt" v. 13. 6. 1981, S. 3. Karl-Peter Stratmann (s. Anm. 90) vermerkte in einer Fußnote (S. 24) ein von General Gallois an der Sorbonne abgehaltenes Krisenspiel, „das auf der Annahme einer heimlichen Kernwaffenproduktion der Bundesrepublik aufbaute".
180) Mitterrand-Interview im ARD-Fernsehen, v. 12. 7. 1981; FR v. 27. 7. 1981, S. 3.
181) FAZ v. 20. 5. 1981, S. 12.
182) Inzwischen ist eine Umfrage der U.S. International Communications Agency (ICA) vom Frühsommer 1981 bekannt geworden (durch: „Der Spiegel", 33/1981 v. 10. 8. 1981, S. 23), laut welcher 66 % der Bundesbürger die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westdeutschland ablehnen; 26 % dieser Zwei-Drittel-Mehrheit wollen keine weiteren Atomwaffen, solange Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion möglich sind, 40 % wollen sie selbst dann nicht, wenn die Verhandlungen scheitern sollten. Vgl. Anm. 4.

Menschenrechte in der Türkei

Ein Jahr nach dem Putsch der NATO-Generale

von Rolf Geffken

Seit dem 12. September 1980 herrscht in der Türkei eine Militärdiktatur. Wohl kaum ein Militärregime hat sich jemals einer so offenen und „breiten" Unterstützung durch die in der Bundesrepublik herrshenden politischen Kräfte erfreut, wie dieses. Bereits Anfang März 1981 besuchte eine Delegation des Deutschen Bundestages die Türkei und kam dabei zu dem Ergebnis, die Türkei werde trotz der Machtübernahme des Militärs nicht diktatorisch regiert, es existiere dort auch „keine systematische Folter", vielmehr herrsche Zufriedenheit im Volk. Der Parlamentsdelegation gehörten unter anderem die Angeordneten Karsten Voigt (SPD) und Helga Schuchardt (FDP) an!

Die juntatreue Tageszeitung „Hürriyet" (vom 11. März 1981) faßte das Ergebnis der Delegation in der Artikelüberschrift zusammen: „Die deutschen Parlamentarier haben die Feinde der Türkei widerlegt." Ganz ohne Frage stand das Ergebnis des Besuches schon vor Antritt der Reise fest. Der Leiter der Delegation, der CDU-Abgeordnete Alois Mertes, hatte schon vor der Fahrt erklärt, die Türkei-Hilfe könne nicht von einer Rückkehr zur Demokratie abhängig gemacht werden[1]). Während des Besuches war dann auch überhaupt kein Versuch einer eigenständigen Kontaktaufnahme mit Inhaftierten unternommen worden. Besucht wurde lediglich ein von den Militärs präpariertes Gefängnis für den „offenen Strafvollzug"! Derweil erreichten folgende Zeilen aus einem türkischen Gefängnis in der BRD lebende türkische Landsleute: „Ich habe heute in der Zeitung eine Nachricht gelesen. Eine deutsche parlamentarische Delegation soll kommen. Ob auch sie in Luxushotels übernachten, Ecevit und Demirel besuchen und nach dem Gespräch mit Evren wieder nach Hause fahren werden? Ach, wenn sie doch zu mir kommen würden und ich sie mit den Gefolterten sprechen lassen könnte. Könnte ich sie doch zu jemanden bringen, der von der Hüfte abwärts gelähmt ist oder sein psychisches Gleichgewicht verloren hat. Wenn sie sehen könnten, wie gefoltert wird . . ."[2]).

Man fragt sich: Wie konnte und kann es zu so viel historisch wohl einmaliger offen zur Schau getragener Ignoranz gegenüber dem Terror eines Regimes kommen? Eine der Ursachen ist sicherlich der Tatbestand der Ablösung des Demirel-Regimes durch die Militärs. Im In- und Ausland glaubte man im September 1980, daß es schlimmer bestimmt nicht mehr werden könne, denn der Terror stand damals fast vor jeder türkischen Haustür. Worin aber bestehen

1) Vgl. die Ausgabe der Tageszeitung „Milliyet" vom 3. 3. 1981.
2) Zit. n. Türkei-Infodienst, Nr. 1/81, S. 3.

nun tatsächlich die Unterschiede der Situation vor dem 12. September 1980 und der Situation danach? Ist der Terror zurückgegangen? Sind in der Türkei wieder rechtsstaatliche Verhältnisse eingekehrt?

Die Situation vor dem Militärputsch

Als auf den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei Bülent Ecevit während der vorletzten Amtsperiode der Regierung Demirel das dritte Attentat verübt wurde, erklärte er: „Mörder wird man nicht finden können, denn sie sitzen in der Regierung." [3])

Dieser Regierung gehörte auch die sog. Partei der Nationalen Bewegung (MHP) an, deren Vorsitzender Alparslan Türkes schon 1945 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avancierte, obwohl die Partei im Parlament nur mit drei Sitzen (!) vertreten war. Die Jugendorganisation der MHP – bekannt als Terrororganisation „Graue Wölfe" – ist für tausende politische Morde verantwortlich[4]). Nicht zufällig wird auch der Papst-Attentäter dieser Organisation zugerechnet. Bei einem anderen Attentat hatte er die benutzte Waffe in einem MHP-Büro abgeliefert.

Dem Terror dieser Gruppe fielen schließlich ganze Stadtteile und Städte zum Opfer. Teilweise wurden die Bewohner als „rot" verschriener Gemeinden vertrieben und die Ortschaften zerstört. Dabei leistete das Militär auf Grund des in manchen Provinzen verhängten Ausnahmezustands teils passive, teils aktive Unterstützung. Besonders brutal schritt es gegen die kurdische Minderheit ein: Nach einem Erdbeben in Ost-Anatolien wurden die Rettungsmaßnahmen bewußt verzögert, weil die Bevölkerung gegen Repressionsmaßnahmen der Regierung protestiert hatte. Ein Major erklärte dazu: „3000 Kurden sind so viel wert wie ein Ziegelstein." Gegenüber der politischen Linken wurde das türkische Strafgesetzbuch in exzessiver Weise angewendet. Das galt nicht nur für Bestimmungen wie den Artikel 158, wonach weder das Türkentum noch irgendein Staatsorgan „geschmäht" werden darf, sondern auch für die ohnehin Gesinnungsjustiz herausfordernden Bestimmungen der Artikel 141 und 142. Nach Art. 142 TStGB wurde der Besitz des Buches „Programm der sozialistischen Partei Frankreichs" mit sieben Jahren und sechs Monaten bestraft. Der Abs. 1 des Artikel hat folgenden Wortlaut: „Mit Zuchthaus von 5 bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über eine andere Gesellschaftsklasse zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken oder die wirtschaftliche oder soziale Grundordnung des Landes zu zerstören oder die politische und rechtliche Ordnung des Staates völlig zu beseitigen, Propaganda in irgendeiner Form oder unter irgendeinem Namen treibt." Dennoch ging die Justiz der Regierung Demirel nicht weit genug. Da die Gerichte in einer Reihe offensichtlich rechtswidriger Manipulationen auch gegen die Regierung judizierten, begründete Demirel seine Mißachtung der entsprechenden Entscheidungen

3) Amnesty International, Türkei, November 1976, S. 23.
4) Vgl. Amnesty International, Türkei, Mai 1977, S. 12.

damit, die Exekutive stehe „über" der richterlichen Gewalt. Zugleich begann man damit, den gesamten Staatsapparat zu säubern und mit Türkes-Anhängern zu besetzen. Polizeibeamte, die Mörder unter den „Grauen Wölfen" suchten, wurden versetzt oder entlassen.

Die Situation nach dem 12. September 1980

In einer solchen Situation mußte die Machtübernahme des Militärs geradezu zwangsläufig von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit der Erleichterung zur Kenntnis genommen werden. Immerhin hatten Anfang der 60er Jahre auch Militärs das korrupte und terroristische Regime Menderes abgelöst und binnen kurzem wieder demokratische Verhältnisse eingeführt. Nicht zufällig beriefen und berufen sich die Anführer des Putsches auch auf den unumstrittenen Nationalhelden, den Gründer der modernen Türkei, Atatürk. Dieser habe dem Militär das Vermächtnis aufgegeben, die Demokratie, falls erforderlich, auch nach innen hin zu verteidigen. Tatsächlich sind auch zahlreiche Türkes-Anhänger verhaftet worden. Auch ist gegen Alparslan Türkes Anklage erhoben worden. Doch der Putsch gegen die Menderes-Regierung und der Putsch vom 16. 9. 1980 sind nicht zu vergleichen. Das ausländische und türkische Großkapital hat längst aus der progressiven Aktion Anfang der 60er Jahre die Konsequenzen gezogen. Bereits 1961 wurde auf Anraten von US-Beratern eine sog. Unterstützungskasse der Armee (OYAK) gegründet, an die jeder Berufs- und Reserveoffizier 10 % seines Monatssolds abzuführen hatte. In 10 Jahren konnte OYAK ihre Nettoreserven so weit erhöhen, daß sie durch rentable Investitionen zur gegenwärtig zweitgrößten Unternehmensgruppe in der Türkei aufsteigen konnte[5]). Beteiligungen unterhält die OYAK nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch bei den Tochtergesellschaften internationaler Großkonzerne, wie Goodyear, International Harvester, Mobil Oil, Shell und Hilton. Die Gewinne aus diesen Beteiligungen beliefen sich 1977 auf 335 Mio. türkische Pfund. Der Effekt ließ nicht lange auf sich warten: „Wegen der Beteiligung am kapitalistischen System sind die Offiziere motiviert, den westlich orientierten Kapitalismus zu verteidigen, mehr als die bürgerlichen Parteien. Ihre erste Aufgabe war demnach die Stabilisierung der Wirtschaft, und sie waren bereit, gegen jeden vorzugehen, der die freie Marktwirtschaft unterminieren wollte. . . ."[6]). So hat sich seit dem Militärputsch für den oberflächlichen Betrachter der Szenerie die Lage gewandelt. Der Terror der Straße, dem die Regierung Demirel „nur" als Handlanger diente, ist dem direkten Terror der Staatsmacht gewichen. Die Zahlen sprechen eine beredte Sprache:

- über 123000 politische Gefangene;
- 1313 Anträge auf Todesstrafe für Oppositionelle (Stand: 8. 8. 1981);
- 460 Exekutionen bei militärischen Operationen (Stand: 8. 8. 1981);
- zahllose Foltertode (50 namentlich bekannt);
- über 230 Ausbürgerungen.

5) Vgl. AIB Nr. 10/1980, S. 17.
6) Roth/Taylan, Die Türkei – Republik unter Wölfen, Bornheim 1981, S. 84

Eine von Amnesty International im Mai 1980 entsandte Mission hatte ein „durchgängiges System von Folterungen vorgefunden" [7]). Fast ein Jahr später mußte dieselbe Organisation die offensichtliche „Kontinuität der Anwendung der Folter" [7a]) feststellen. Das war zum Zeitpunkt des Besuches der Bundestagsdelegation in der Türkei!

Vier Monate nach (!) dem Besuch sagten in dem gegen 58 Mitglieder der Lehrergewerkschaft TÖB-DER angestrengten Prozeß alle (in anderen Verfahren auch angeklagten) Zeugen aus, daß ihre Aussagen durch Folter erpreßt worden seien. In anderen Verfahren mußten Rechtsanwälte mit eigenen Augen ansehen, wie Gefangene bis zu 15 Stunden gefoltert wurden.

Gegen 52 Vorsitzende des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK wurde die Todesstrafe beantragt, obwohl die Tatvorwürfe (gewaltsame Umsturzversuche vor der Machtergreifung des Militärs, Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern usw.) völlig aus der Luft gegriffen waren. Praktisch ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Türkei heute lebensgefährlich. Das Streikrecht ist beseitigt. Sog. Schiedsstellen schlichten nach dem Muster faschistischer „Interessenharmonie" von Kapital und Arbeit Lohnkonflikte und treiben so den rapiden Reallohnabbau voran. Unverständlich ist deshalb die Äußerung des IBFG-Generalsekretärs Otto Kersten, ein Verbot des DISK verstoße zwar gegen die ILO-Vereinbarung Nr. 87, sollten aber Mitglieder dieser Organisation an „Terroraktionen" teilgenommen haben, müßten sie natürlich vor Gericht gestellt werden. Kersten sollte wissen, daß Gewerkschaftsführer keine Terroristen sind.

Obwohl die Todesurteile in der 2. Instanz nach dem türkischen Strafrecht vom Parlament (!) zu unterschreiben sind, wurden bis Juni 1981 bereits 8 Urteile vollstreckt. Da das Parlament aufgelöst ist, waren diese Vollstreckungen bereits nach türkischem Recht reine Willkürmaßnahmen. Auch in der Organisation der Justiz ging die Junta sogar noch einen Schritt weiter als die Regierung Demirel. Während diese ihre Verweigerung gegenüber regierungsfeindlichen Judikaten damit gerechtfertigt hatte, die Exekutive stehe über der richterlichen Gewalt, setzte die Militärregierung mit Wirkung vom 14. Mai 1981 kurzerhand den für die Ernennung von Richtern zuständigen „Hohen Rat der Richter" ab.

Während die ignorante Haltung der Regierung Demirel noch von den Präsidenten des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes kritisiert werden konnte (und durfte), ist jetzt jede Kritik der Judikative unterbunden. Den Verfolgungen und Verhaftungswellen sind darüber hinaus zahlreiche Rechtsanwälte zum Opfer gefallen. Das berühmteste Opfer ist der 38 Jahre alte kurdische Rechtsanwalt Mümtaz Kotan aus Diyabakir. Er ist Gründer der kurdischen Kulturorganisation DDKD und ist seit März 1981 spurlos verschwunden. In einem in Ost-Anatolien gegen über 1000 (!) Angeklagte geführten Verfah-

7) AI, Folter und Todesstrafe in der Türkei, 1981, S. 4.
7a) Ebd., S. 3.

ren mußte die Verteidigung ein (!) Verteidiger übernehmen, weil alle anderen Rechtsanwälte verhaftet oder verschleppt worden waren. Während der ersten 90 Tage haben die Inhaftierten keinerlei Kontakte zu Anwälten und Angehörigen. Diese drei Monate aber können über Leben und Tod der Gefangenen entscheiden. In genau dieser Zeit passieren die unvorstellbarsten Torturen und Folterungen, um Geständnisse zu erpressen.

Die Europäische Menschenrechtskonvention

Die der Türkei gewährte bzw. in Aussicht gestellte Hilfe wird hierzulande gern motiviert mit den Bündnisverpflichtungen gegenüber dem Natopartner Türkei. Nun hat die Türkei aber nicht nur den Nordatlantik-Pakt, sondern als Mitglied des Europarates auch die Europäische Menschenrechtskonvention (MRK) zu unterzeichnen. Historisch gesehen stand die MRK sogar in unmittelbar zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der Entstehung der Nato. Die Stoßrichtung des Europarates war eindeutig antikommunistisch. Noch in den im März 1963 von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „Informationen zur politischen Bildung" wird der Europarat als Sprecher für das „ganze freie Europa" bezeichnet. Er habe sich insbesondere dadurch bewährt, daß er gegenüber dem „Osten" zu einer gemeinsamen „europäischen Außenpolitik" gefunden habe.

Offenbar in der festen Annahme, daß die feierlich proklamierten Grundsätze der MRK sich niemals gegen manche ihrer Urheber richten würden, hatte man 1950 noch bekräftigt, alle Regierungen der Unterzeichnerstaaten seien gleichermaßen vom Glauben an die Grundfreiheit „beseelt" und besäßen „ein gemeinsames Erbe an geistigen Gütern, politischen Überlieferungen, Achtung der Freiheit und Vorherrschaft des Gesetzes."

Tatsächlich hatte Griechenland unter der Herrschaft des Obristenregimes 1979 die Konvention gekündigt (um einem Ausschluß aus dem Europarat zuvorzukommen). Nach CDU-Mertes aber kann das heutige Regime in Ankara „niemals mit der Regierung der Offiziere in Griechenland verglichen werden"[8]).

Die gegenwärtige Praxis in der Türkei verstößt gegen nahezu alle wichtigen in der MRK verankerten Menschenrechte:

- das Recht auf Leben (Art. 2);
- das Verbot der Folter (Art. 3);
- das Recht auf Freiheit (Art. 5 Abs. 2);
- das Recht auf rechtliches Gehör (Art. 6 Abs. 1 S. 1);
- die Achtung der Privatsphäre (Art. 8 Abs. 1);
- die Gedanken- und Gewissensfreiheit (Art. 9 Abs. 1 S. 1);
- das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 Abs. 1);
- die Versammluungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 11 Abs. 1);
- der Schutz nationaler Minderheiten (Art. 14).

8) Zitat aus der Presseerklärung von Mertes nach „Türkei-Info-Dienst" Nr. 1/1981, S. 2.

Mit der Anerkennung von Art. 1 MRK hat auch die Türkei „allen ihrer Herrschaftsgewalt unterworfenen Personen die in . . . dieser Konvention niedergelegten Rechte und Freiheiten" zugesichert.

Die Militärs in Ankara bestreiten nicht die grundsätzliche Geltung der MRK für die Türkei. Sie behaupten aber, ihre Maßnahmen seien durch den von ihnen im Interesse des Landes ausgerufenen nationalen Notstand gerechtfertigt. Nach Art. 15 MRK können zwar im Falle des „öffentlichen Notstandes, der das Leben der Nation bedroht" die in der Konvention verankerten Rechte zeitweise und unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes suspendiert werden. Ausdrücklich sind davon aber ausgenommen:

- das Verbot der Folter (Art. 3);
- das Verbot von Zwangsarbeit (Art. 4 Abs. 1);
- das Verbot willkürlicher Bestrafung (Art. 7).

Die Militärs reden sich weiter damit heraus, Foltermethoden würden in den Gefängnissen nicht angewendet. Einzelfälle von Übergriffen würden geahndet. Daraus könne jedoch nicht auf eine durchgängige Praxis geschlossen werden. Unterstützt werden sie dabei von den bundesdeutschen Parlamentariern, die den feinsinnigen Unterschied von „systematischer Folter" und „Folter" entdeckt zu haben glauben.

Abgesehen davon, daß durch die eindeutigen Berichte von Amnesty International und zahlreiche Einzelaussagen die systematische Anwendung und zahlreiche Einzelaussagen die systematische Anwendung der Folter erwiesen ist, müssen sich die staatlichen Organe das entsprechende Handeln dieser Armeeangehörigen zurechnen lassen. Nicht zufällig rechtfertigen sich in Einzelfällen angeklagte Folterer damit, es sei ihnen um die „Aufrechterhaltung der Disziplin" gegangen. Bei dieser Formel handelt es sich um eine unter Militär schlechthin als Generalermächtigung für Schikanen übliche Formel. Im übrigen ist der Streit über die „systematische" oder „unsystematische" Folter auch juristisch verwerflich. Art. 3 MRK verbietet neben der Folter auch ausdrücklich jede Art unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sogar die Verhörpraktiken der britischen Besatzungsmacht in Nordirland in einem Urteil vom 18. Januar 1978[9]) als unmenschlich und erniedrigend im Sinne des Art. 3 MRK bezeichnet hat.

Sanktionierung von Rechtsverletzungen

Wie lassen sich die menschenrechtswidrigen Praktiken der Militärs sanktionieren? Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang von interessierter Seite die Tatsache, daß die türkische Republik bis heute nicht die Zuständigkeit der Europäischen Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt hat. Die Türkei ist also Mitglied des Europarates und Unterzeichner der Menschenrechtskonvention. Sie er-

9) NJW 1979, S. 1089

kennt aber bis heute nicht die Zuständigkeit der Organe an, die über die Einhaltung der Rechte wachen sollen.

Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil nach der MRK nicht nur die Individualklage, sondern – wie im Falle Irland gegen Großbritannien – auch die Staatenklage möglich ist. Jedes Mitgliedsland kann ein anderes Mitgliedsland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach vorheriger Einschaltung der Kommission verklagen.

Die jetzige Regierung in Ankara könnte nach Art. 46 MRK „ohne weiteres und ohne besonderes Abkommen" die Zuständigkeit des Gerichtshofes anerkennen. Sie könnte es, wenn sie kein schlechtes Gewissen hätte. So aber zieht sie es vor, einerseits Mitglied des Europarates zu bleiben, andererseits aber jede Kontrolle über die Einhaltung ihrer Pflichten abzulehnen. Somit bleibt nur der Ausschluß aus dem Europarat. Wer – wie die bundesdeutschen Parlamentarier – die Türkei nicht ausschließen will, müßte von der Regierung in Ankara mindestens eine Erklärung nach Art. 46 der Konvention verlangen. Beides aber ist nicht möglich: Mitgliedschaft und Unverbindlichkeit. Diejenigen, die die türkische Regierung bei ihrem doppelbödigem Spiel unterstützen, müssen wissen, daß sie sich damit zum Erfüllungsgehilfen eines terroristischen Regimes erniedrigen.

Die Asylrechtsproblematik

Die außenpolitische Ignoranz der Bundesrepublik gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der Türkei findet ihre innenpolitische Entsprechung in der Praxis der Ausländerbehörde und des Bundesasylamtes.

Die von einer Reihe von Ausländerbehörden vorgenommene Zurückweisung von Asylanträgen, d.h. ihre Nichtbehandlung wegen „offensichtlichen Rechtsmißbrauchs" (vgl. z.B. die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 25. 1. 1979, Ausländerrechtsbrief 3/79, S. 52, mit der eine Entscheidung des VG Braunschweig aufgehoben wurde), wurde vor allem bei türkischen Antragstellern, die etwa 60 % aller Fälle Asylanträge stellen, praktiziert. Wurden die Anträge tatsächlich angenommen, so erfolgte deren Abelhnung wiederum in 90 % aller Fälle durch das Bundesasylamt. Nur ein Beispiel aus der eigenen Praxis: Einem Antragsteller, der auf einer Hochzeitsfeier die Regierung Demirel als „gemein und niederträchtig" bezeichnet hatte, wurde bescheinigt, er werde durch das gegen ihn in Abwesenheit verhängte Gerichtsurteil nicht politisch verfolgt, sondern entziehe sich nur der Strafverfolgung. Die nach Art. 158 TSTGB strafbare Beleidigung eines Staatsorgans sei auch (!) nach deutschem Recht strafbar.
Die Gerichte schließlich machen von ihrem Recht, Asylanträge als offensichtlich unbegründet abzulehnen, ausreichend Gebrauch. Ganz allgemein gesehen gab und gibt es nur sehr wenige echte Verfolgungstatbestände, die von der Rechtsprechung anerkannt wurden. Nicht anerkannt wurden z.B.:

1. Verurteilungen nach dem Strafrecht, sofern ähnliche Tatbestände in deutschem Recht vorliegen,

2. Verfolgung durch Organisationen statt durch staatliche Organe,
3. „einfache" nationale Diskriminierungen.

Zu Punkt 3.: der Hessische Verwaltungsgerichtshof entschied am 28. 6. 1979, auch eine Verfolgung als Angehöriger der kurdischen Minderheit setze eine politische Verfolgung voraus. Daß der Antragsteller von Angehörigen einer „radikalen Partei" einmal zusammengeschlagen worden sei, reiche für diesen Tatbestand nicht aus[10]).

Zu Punkt 2.: Zur Verfolgung durch die „Grauen Wölfe" judizierte der Hessische Verwaltungsgerichtshof am 16. Juli 1979[11]): „Gelegentliche Schlägereien und Gewaltätigkeiten zwischen politischen Gegnern, die auch in westlichen Demokratien vorkommen – man denke etwa an die Auseinandersetzungen zwischen NPD- und KBW-Anhängern –, fallen nicht darunter. Die Verfolgungsmaßnahmen durch die MHP-Anhänger, denen der Antragsteller nach seinen Angaben in seiner eidesstattlichen Versicherung ausgesetzt gewesen sein will, gehen über solche Auseinandersetzungen nicht hinaus. Soweit der Antragsteller weiter eidesstattlich versichert, er sei im Anschluß an eine Auseinandersetzung mit den ‚Grauen Wölfen' von der Polizei verhaftet und zwei Wochen in Untersuchungshaft gehalten worden, liegt hierin ebenfalls nicht die schlüssige Darlegung eines Asylgrundes. Die geschilderte Maßnahme zeigt vielmehr, daß Organe des türkischen Staates sich bemühen, die Teilnehmer an einer Schlägerei zwischen verfeindeten politischen Gruppen strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Auch in westlichen Demokratien stellt sich mit unter eine Untersuchungshaft letztlich als unberechtigt heraus. Ein Asylgrund liegt darin noch nicht."

Immerhin entschied das OVG Hamburg am 22. 10. 1979, eine politische Verfolgung könne auch dann gegeben sein, wenn die Verfolgung zwar von „Dritten" ausgehe, die Staatsorgane dem Verfolgten aber den Schutz gegen diese Übergriffe nicht gewährleisten könnten oder wollten[12]). Doch diese Entscheidung blieb eine Ausnahme.

Neuerdings hat nun das OVG Lüneburg in einer noch nicht veröffentlichten Entscheidung ausgeführt, die Situation in der Türkei nach dem Militärputsch erlaube politisch Verfolgten die Rückkehr. Die Verhältnisse in diesem Land seien nicht derart, daß von einer politischen Verfolgung gesprochen werden könne.

Während also die vor dem 12. September 1980 verfolgten Türken entweder nur von Organisationen („Graue Wölfe"), nicht aber vom Staat, oder legal aufgrund des türkischen Strafrechts verfolgten wurden, werden sie nach dem 12. September 1980 überhaupt nicht mehr verfolgt!

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die vor dem 12. September 1980 verfolgten Türken „nur" dem Terror von Organisationen oder des legalen Straf-

10) Ausländerrechtsbrief Nr. 2/1979.
11) Ausländerrechtsbrief Nr. 3/1979, S. 67.
12) Ausländerrechtsbrief Nr. 3/1979, S. 58.

rechts ausgesetzt waren, während die jetzt eindeutig „staatliche" Behandlung eben nicht mehr dem Tatbestand der politischen Verfolgung entspricht. Damit ist in der Tendenz praktisch jedes Asylersuchen ablehnungswürdig. Noch so wichtige abweichende Einzelerscheinungen können an dieser Gesamttendenz nichts ändern.

Abgesichert wird diese Praxis durch das Auswärtige Amt, daß über seine Stellungnahmen in Asylverfahren offen für das Regime in Ankara Partei ergreift, Menschenrechtsverletzungen trotz vorliegender Beweise leugnet und z.B. in seinem Sachstandsbericht vom 30. April 1981 ganz offen „unser eigenes aussen- und sicherheitspolitisches Interesse" über alle anderen Gesichtspunkte stellt.

Die Solidarität mit den verfolgten Demokraten der Türkei beginnt daher hierzulande. Der Kampf für die Verteidigung des Asylrechts gehört dazu ebenso wie der Stopp der Türkeihilfe und der Ausschluß der Türkei aus dem Europarat. Die politische Verantwortung der Bundesregierung für die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik für die Befreiung des türkischen Volkes von einem brutalen Militärregime ist sehr groß.

In Zukunft nur ein Arbeitstag pro Woche?

Die Mikroelektronik und ihre sozialen Folgen

Von Frank Niess

I. Die Computerrevolution: am Ende ein Leben ohne Arbeit?

Wenn die Voraussagen der Experten stimmen und wenn sich bewahrheiten sollte, was die Werbung der Mikroelektronikindustrie verspricht, dann könnte es sein, daß schon um das Jahr 2000 ein Zeitalter der Muße anbricht [1]). Ein wahrhaft paradiesischer Zustand, fast so wie im Schlaraffenland, wird dann erreicht sein. Das Lob der Faulheit, das Paul Lafargue vor etlichen Jahrzehnten angestimmt hat, wird uns dann womöglich nicht mehr wie die schrul-

1) „Schreibplatzrationalisierung. Endstation Muße". So ist eine Anzeige überschrieben, in: „Der Spiegel", 14/1981, S. 268.

lige Idee eines weltfernen Utopisten anmuten[2]). Mag sein, daß auch der Nestor der katholischen Soziallehre in der Bundesrepublik, der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning, mit seiner gewagten Prognose dank des rapiden technischen Fortschritts recht behält: langfristig wird nach seiner Schätzung ein Arbeitstag pro Woche reichen, um den gesamten Bedarf an Gütern in der Bundesrepublik zu decken[3]). Der Beruf wird nicht mehr die Hauptbeschäftigung der Menschen sein, Arbeit nicht mehr das halbe Leben, sondern eine angenehme Nebensache. Die Leute brauchen in diesem nicht mehr allzu fernen Utopia ihr Brot nicht mehr im Schweiße ihres Angesichts zu verzehren, wie ihnen der Fluch bei der Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies verhieß. Sie können stattdessen Abenteuerreisen unternehmen. Sie können, wenn, wie gesagt, die Prognosen stimmen, spazieren gehen, basteln, gärtnern, lesen, soviel sie wollen. Oder einfach faul im Lehnstuhl sitzen, während die Arbeit von maschinellen Helfern im Handumdrehen verrichtet wird, nämlich von den Denk-, Schreib- und Rechenautomaten, kurz: den Computern.

Nun gibt es diese Apparate, die über eine Art künstlicher Intelligenz verfügen, schon einige Jahrzehnte. Bis vor kurzem wäre aber niemand auf die Idee gekommen, diesen Geräten zuzutrauen, daß sie dem Menschen ein Leben ohne Arbeit bescheren könnten. Noch vor wenigen Jahren waren die Computer viel zu groß, zu teuer, zu langsam und zu unzuverlässig, um solche Phantasien wachzurufen. Man denke nur an den ersten Allzweckcomputer ENIAC (Electronic Numerical Integrator an Calculator), den amerikanische Ingenieure 1947 installierten: „Die Maschine besaß 19000 Röhren, für damalige Verhältnisse ein Rekord. Um alle zu versorgen, hätte man gut ein kleines Kraftwerk beschäftigen können; die von den Röhren erzeugte Hitze warf kaum lösbare Kühlprobleme auf. Insbesondere verfügte sie trotz ihrer beträchtlichen Dimension nur über einen lächerlich kleinen Speicher"[4]). Dieses 30 Tonnen schwere Ungetüm hatte etwas von einem Dinosaurier an sich: es war riesengroß, sein Kopf dagegen winzig. Gegen dieses Monstrum nehmen sich die Kleinstcomputer des Jahres 1981 wie flinke Flöhe aus, mit einem Superhirn versehen. Diese Intelligenzbestien können schier alles, was man ihnen aufträgt, in einem Tempo bewältigen, das der Lichtgeschwindigkeit, so scheint es, immer näherkommt[5]). Und was die Mikroelektronik in den Augen der Anwender dieser Technik seit Jahren immer attraktiver macht, ist der Preis der Denkwerkzeuge, der ständig sinkt: „Heute ist ein 20-Dollar-Mikroprozessor so leistungsfähig wie der erste handelsübliche IBM-Computer, der Anfang der fünziger Jahre 1 Million Dollar kostete"[6]). Immer kleiner, immer schneller, immer leistungsfähiger, immer zuverlässiger, immer billiger: diese

2) Vgl. Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit und persönliche Erinnerungen an Karl Marx, hrsg. u. eingel. v.I. Fetscher, Frankfurt/M. 1966.
3) Laut: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 26. 5. 1981.
4) Christopher Evans, Die winzigen Riesen. Mikroprozessoren revolutionieren die Gesellschaft, Hamburg 1981, S. 44.
5) Vgl. Dieter Balkhausen, Die dritte industrielle Revolution. Wie die Mikroelektronik unser Leben verändert, München 1980, S. 44.
6) Ebd., S. 24.

Komparative, die heute schon zu Superlativen werden, verleihen der Entwicklung der Mikroelektronik eine eigene Dynamik.

Als die Elektroindustrie vor über zwanzig Jahren von den bis dahin gebräuchlichen Elektronenröhren zu Transistoren überging, fiel mit der Einführung dieser hochleistungsfähigen Halbleiterbauelemente gewissermaßen der Startschuß zur „Miniaturisierung" und damit zu einer neuen wissenschaftlich-technischen wie auch industriellen Revolution. Die wichtigsten Etappenziele waren in kurzer Zeit erreicht, 1960 und 1970. Nachdem zwei US-Firmen 1959 erstmals die berühmten „chips", auf winzigen Kristallscheiben angeordnete integrierte Schaltkreise, hergestellt hatten[7]), wurden die Bauelemente der elektronischen Schaltungen „nicht mehr einzeln hergestellt und verdrahtet, sondern nebst der notwendigen Verbindungstechnik in einem erzeugt"[8]). Die Ingenieure brachten erst 10, dann 100 dann 1000 Transistoren auf einem solchen Siliziumplättchen unter. 1970 brachte eine amerikanische Firma einen Chip mit 2250 Transistorfunktionen auf wenigen Quadratmillimetern auf den Markt[9]). Womit der erste Mikroprozessor geboren war: ein Chip, mit mehreren Schaltkreisen im Verbund, mit einer Recheneinheit, mit Programm- und Arbeitsdaten-Speicher, sowie Steuerfunktionen. Immer stärkere Verdichtung, immer höhere Integration der Komponenten heißt seitdem die Devise der Elektronikindustrie. Dank der hochintegrierten Schaltungen konnte die Massenproduktion von Quarzuhren und Taschenrechnern anlaufen. Der Superlativ „höchstintegriert" wird womöglich schon bald verwirklicht sein. Eines nicht allzu fernen Tages wird es den Mega-Chip von einem Quadratzentimeter mit einer Million Schaltungen geben, der den Inhalt eines ganzen Lexikons speichern kann. Und wieder ein paar Jahre später ist vielleicht schon die Speicherkapazität des menschlichen Gehirns erreicht. Daß die Mikroelektronik im Gegensatz zu anderen Technologien, die unaufhaltsam teurer werden, Jahr für Jahr mehr Leistung zu kleineren Preisen bietet, ist ein wirtschaflicher Anreiz, überall da, wo es technisch möglich scheint, auch exzessiv davon Gebrauch zu machen.

Der Gelegenheiten, die Mikroprozessoren anstelle menschlicher Arbeitskräfte einzusetzen, gibt es viele: mittlerweile so viele, daß die Phantasie der technisch weniger versierten Zeitgenossen kaum ausreicht, um sich alle diese Anwendungsfälle auszumalen. Neben der geradezu traumhaften Kosten-Nutzen-Relation ist die Multifunktionalität das Revolutionäre an der Mikroelektronik. Sie wird mit Recht als Schlüssel- und Querschnitts- oder sogar als Universaltechnologie bezeichnet[10]), weil es im täglichen Leben von der Küche, dem Wohnzimmer über die Werkhalle, das Büro, den Bahnhof, das Restaurant, den Hobbykeller und sonstwo rund 25000 Möglichkeiten gibt, die Mikroelektronik als Hilfsmittel zu verwenden. Es ist deshalb wohl auch keine Übertreibung, wenn Experten den Vormarsch der chips in alle Sphären der

7) Vgl. „Der Spiegel", 33/1980, S. 138.
8) Balkhausen, a.a.O., S. 41.
9) Vgl. ebd., S. 52.
10) Vgl. ua.a. Ulrich Briefs, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? Köln 1980, S. 22.

Gesellschaft nach der Erfindung der Dampfmaschine und des mechanischen Webstuhls, die den Aufbruch ins Industriezeitalter symbolisierten, und nach den umwälzenden Folgen der Automatisierung nun als „dritte industrielle Revolution" apostrophieren [11]). Denn schließlich verändert das mikroelektronische „Denkzeug", indem es das Gedächtnis und den Verstand entlastet beziehungsweise unterstützt, nach der Revolutionierung der *Hand*arbeit durch die „Werkzeuge" nicht nur die *Kopf*arbeit. Sondern die Computer verändern das ganze Leben. So wird die Mikroelektronik zum Beispiel schon in 10 bis 15 Jahren die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik beeinflussen [12]). Sei es, daß sie die Arbeit verändert, verlagert oder sei es auch, daß sie menschliche Energien völlig überflüssig macht und dazu verhilft, ein Leben ohne Arbeit zu führen.

Die Gelehrten streiten sich zur Zeit darüber, ob sich die Wochenarbeitszeit bis zum Jahr 2000 dank der chips um fünf, zehn oder noch mehr Stunden verringern wird. Auch wenn diese Schätzungen für die gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der neuen Technik von Bedeutung sind, lautet aber doch die Gretchenfrage: „führt die dritte industrielle Revolution in die Gesellschaft der Arbeitslosigkeit oder in die Gesellschaft der Freizeit? Wird sie den Menschen von verkrüppelnder Arbeit befreien oder wird sie ihn noch mehr verkrüppeln, indem sie ihn zu erzwungener Untätigkeit verdammt? Wird sie ein neues Goldenes Zeitalter bringen, in dem wir immer weniger arbeiten und dennoch über immer größeren Reichtum verfügen, oder wird sie die einen zu Arbeitslosigkeit, die anderen zu Überproduktiivität verurteilen?" [13])

II. Arbeitsteilung, Dezentralisierung und moderne Heimarbeit

Näher liegt es allerdings, zunächst zu fragen, ob und wie die Mikroelektronik helfen könnte, die Arbeit, die zu tun bleibt, so umzustrukturieren, daß sie humaner wird als heute. Theoretisch ist die Antwort auf diese Frage: ja, sie kann es, indem sie die üblen Folgen der Arbeitsteilung, allen voran die Entfremdung, lindert, ohne ihre positive Wirkung auf die Produktivitätsentwicklung aufzuheben. Spätestens von der Zeit an, als aus den Manufakturen Fabriken wurden, wo man auf einem Fleck im Takt der Technik Hand in Hand arbeitet, sind die Menschen immer enger an die Maschinen angekettet und untereinander zu immer nahtloserer Zusammenarbeit gezwungen worden. Das gilt räumlich wie auch zeitlich. Das Symbol schlechthin für diese Arbeitsteilung ist das Fließband.

---

11) Wie Balkhausen, a.a.O., im Titel seines Buches. Mit der Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten wirbt eine japanische Firma unter der Überschrift „Mikroelektronik arbeitet für Sie überall", in: „Der Spiegel", 15/1981, S. 123. U.a. sind aufgeführt: Mobile Nachrichtensysteme, Transportmaschinen für Banknoten, Betriebsfernsehen, Bargeldausgabegeräte, Kleincomputer, automatische Einzahlungsgeräte, Ausrüstung für Nuklearmedizin, Automatische Schaltermaschinen, Flugzeug-Elektronik, Fahrtkartenautomaten, Fernseh-Telefon-Ausrüstung, Textverarbeitungssysteme, Navigationshilfen undsoweiter.

12) Vgl. Philipp Sonntag, Berich von der Jahrestagung 1980 der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: Mikroelektronik und Dezentralisierung, Bad Honnef 24.—25. 10. 1980.

13) André Gorz, Das Ende der Politik der Vollbeschäftigung, in: Freimut Duve (Hrsg.), Technologie und Politik 15, Reinbek 1980, S. 8—28, hier: S. 14.

Abgesehen davon, daß es in den vergangenen Jahren aus sozialen Gründen Versuche unternommen wurden, diese strikt konsekutive Arbeit in kooperative, sprich: Gruppenarbeit, aufzulösen, ist die Entwicklung inzwischen schon so weit gediehen, daß sich das Abhängigkeitsverhältnis Mensch-Maschine auch technisch wieder lockern ließe. Zum Beispiel ist es dank der Mikroelektronik möglich, die Steuerung und Ausführung der Arbeit in der Produktion soweit zu entkoppeln, daß die Monotonie am Arbeitsplatz genauso wie die Überforderung mitsamt den Streßsymptomen, die sie zeitigen[14]), geringer werden. Zwar waren die sogenannten NC-(numerical control-)Maschinen zum automatischen Drehen, Bohren und Fräsen, die Anfang der 60er Jahre auf den Markt kamen, noch viel zu teuer, um diesen Effekt en masse zu bieten, der freilich ohnehin nur als Nebeneffekt auftreten wird, wenn den Anwendern die Hauptsache, die höhere Rentabilität, gesichert scheint[15]). Doch schon die CNC-(computerized numerical control-)Maschinen eröffnen, weil sie preislich mit herkömmlichen Werkzeugmaschinen konkurrieren können und ihnen, was die Produktivität und Präzision anlangt, bei weitem überlegen sind, durchaus Chancen, den Facharbeiter von mechanisch vorgegebenen Arbeitsrhythmus zu erlösen –, wenn sie ihn nicht gleich zum Hilfsarbeiter degradieren. „Mußte ein Arbeiter bislang das Werkstück immer wieder herausnehmen und nachmessen, so arbeitet die neue Anlage nach den per Knopfdruck eingegebenen Befehlen" [16]). Diese Werkzeugmaschinen können durch elektronische Steuerungen mit Hilfe von Mikrocomputern an Ort und Stelle programmiert werden, und das seit etwa fünf Jahren. Inzwischen ist die Entwicklung zu einer neuen Generation von Maschinen fortgeschritten, „zu DNC-Systemen, in denen mehrere Werkzeugmaschinen direkt mit einem zentralen Computer verbunden sind und die Erstellung der Koordinaten integriert wird mit der ebenfalls vom Computer unterstützten Erstellung der Werkstückentwürfe, der Berechnung der Spezifikationen, der Auftragsbearbeitung usw." [17]). Der Programmierer kann also theoretisch zu jeder beliebigen Tages- oder Nachtzeit im Büro festlegen, wie die Maschine produzieren soll, ohne daß von früh bis spät jemand danebenstehen muß, wenn sie in Aktion ist.

Wenn es über diesen begrenzten Produktionsbereich hinaus gelänge, die Maschinen weitgehend durch technische Aggregate statt von Hand zu regeln und alleine laufen zu lassen, dann wäre die menschenleere Fabrik, in der die Produktionsprozesse wie von Geisterhand in Gang gehalten werden, nicht mehr nur der Ausbund einer Science-fiction-Phantasie. Zumindest wäre nicht mehr einzusehen, warum die Arbeitszeit so starr geregelt sein muß wie bisher. Wo immer elektronische Speicher zwischen Mensch und Maschine eingeschaltet werden, kann die gleichzeitige Präsenz aller Belegschaftsmitglieder

14) Vgl. u.a. Wilfried Karmaus, Lärm und Monotonie – Überlastung und Unterforderung, in: ders. u.a., Stress in der Arbeitswelt, Köln 1979, S. 48–79, hier: S. 64 ff.
15) Vgl. „Der Spiegel", 16/1978, S. 87. Demnach kostete damals die NC-Maschine 300 000 bis 400 000 DM, während die herkömmliche Drehbank für 40 000 bis 50 000 DM zu haben war.
16) Ebd.
17) Briefs, a.a.O., S. 50.

oder einer gesamten Schicht eines Tages womöglich überflüssig sein. Es sei denn, die Unternehmer sperren sich partout gegen mehr Zeitflexibilität, weil sie befürchten, daß auf diese Weise die einstmals den Arbeitern mit drakonischen Methoden eingebleute Fabrikdisziplin verlorengeht, wozu eben Pünktlichkeit, ununterbrochene Anwesenheit und Hand-in-Hand-Arbeit gehören. Die Mikroelektronik bietet theoretisch allerdings nicht nur die Chance, den Menschen von der Maschine zeitlich unabhängiger zu machen. Es ist auch durchaus denkbar, daß die von langen Arbeitswegen und schlechtem Arbeitsklima geplagten Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz ins eigene Heim verlegen. „Die immer dezentraler verfügbaren Datenverarbeitungskapazitäten (z.B. Heimcomputer), die enorme Steigerung der Datenübertragungsleistungen und die sich ständig erweiternden Speichermöglichkeiten" [18]) machen etwas möglich, was noch vor wenigen Jahren, bevor die Miniaturisierung anfing, reine Illusion war: daß nämlich die Trennung zwischen Beruf und Freizeit, zwischen Arbeit und Familienleben, zwischen Anspannung und Erholung undsoweiter aufhört, das Leben in ein zwiespältiges Dasein zu zerteilen.

Wenn erst die Bildschirmterminals und die Heimcomputer weit genug verbreitet sind, könnte das Privileg der Wissenschaftler beispielsweise, nämlich die Einheit von privater und beruflicher Existenz, durchaus Allgemeingut werden. Für einige Berufe ist diese Perspektive schon heute keine reine Wunschvorstellung mehr, die erst in ferner Zukunft, irgendwann einmal nach der Jahrtausendwende Realität sein wird: zum Beispiel für den Software-Ingenieur nicht mehr, den Spezialisten, der für die Computer die Programme macht. Er kann zu Hause, in den eigenen vier Wänden am Bildschirm sitzen und dort seine Arbeiten verrichten. Die Verbindung mit einem zentralen Rechner erspart es ihm, täglich ins Büro zu fahren.

Überhaupt könnten die Mikroprozessoren aus den Büroglaskästen schon in absehbarer Zeit Denkmäler eines anachronistischen Arbeitsalltags machen. „Die Bedeutung der Stadtbüros mit ihrem Getümmel von aufgeregten Menschen, die sich über das altertümliche Medium Papier und geschriebenes Wort gegenseitig unnötige Mitteilungen machen, wird schnell schwinden. Immer häufiger wird man Büros und Wohnungen kombinieren, und das öffentliche Verkehrssystem wird gigantischen Datenkommunikationsnetzen, der Geschäftswagen dem neusten Video-Konferenzsystem weichen. Zum erstenmal, seitdem der Mensch sich als Gemeinschaftswesen verstand und seinesgleichen zu immer größeren Arbeits- und Kommunikationseinheiten zusammenzuschließen begann, wird ein gegenläufiger Trend entstehen. Die Städte werden sich leeren, und teure Bürogebäude werden ungenutzt herumstehen. Jahrhundertelang war der Mensch an den Gedanken gewöhnt, der Arbeit nachgehen zu müssen; an der Schwelle des nächsten Jahrzehnts wird die Arbeit – was man dann darunter versteht –, auf den Menschen zukommen" [19]). Der Mensch wird also, wenn diese Prognose wirklich stimmt, in Zu-

18) Sonntag, a.a.O., S. 3.
19) Evans, a.a.O., S. 158 f.

kunft wieder Heimarbeit verrichten, wie sie im 19. Jh. gang und gäbe war. Mit dem Unterschied jedoch, daß er nicht wie seine Vorfahren einzeln und von der Umwelt abgeschieden vor sich hinarbeitet, sondern daß er dabei mit den Arbeitskollegen und dem Chef verbunden ist. Die Nabelschnur, die seine Arbeit an die Geschäftswelt bindet, wird dann die Mikroelektronik mit ihren verschiedenen Kommunikationssystemen sein. Diese neue Technologie könnte, wenn denn die Gesellschaft die politischen Weichen entsprechend stellte, durchaus als „sanfte Technologie" dem Abbau der Zentralisierung und Bürokratisierung dienen. Und nicht nur das: im gleichen Maße, wie die Mikroelektronik hülfe, die Arbeitszeit zu reduzieren, nähme die ungeliebte Erwerbsarbeit zugunsten der nicht-entfremdeten, der „Eigenarbeit" ab[20]).

Man mag über alternative Gesellschaftsmodelle wie das der „kleinen Netze"[21]) geteilter Meinung sein, weil sie mit ihren Ideen, die Großfamilie in anderen Formen wiedererstehen zu lassen, die Einheit von Arbeit und Leben wiederherzustellen, die Geldwirtschaft zurückzudrängen, die sozialen Dienste zu reprivatisieren, Produktion und Konsum wieder zu vereinen undsoweiter ein wenig sozialromantisch klingen: diese Produktivassoziationen hätten dank der Mikroelektronik, anders als die frühsozialistischen Phalanstères von Charles Fourier oder die Werkgruppen von Pierre Joseph Proudhon[22]), Chancen, wenigstens als Inseln in der kapitalistischen Wirtschaft Wirklichkeit zu werden. Alles in allem stellt die Mikroelektronik ein Potential dar, das unter den entsprechenden gesellschaftspolitischen Prämissen durchaus für die Humanisierung der Arbeitswelt und das Erstreben eines stärker selbstbestimmten Lebens nutzbar zu machen wäre.

III. Chips: die Jobkiller Nr. 1

Die Wirklichkeit von heute und die nächste Zukunft sehen aber nicht so rosig aus. Die Mikroelektronik zeigt sich, so wie sie derzeit angewendet wird, eher von ihrer schlechten als von ihrer guten Seite. Statt ein Leben ohne Arbeit zu ermöglichen, zwingt die neue Technik viele Bundesbürger, mit der Arbeitslosigkeit zu leben. Freilich vernichtet die Mikroelektronik nicht nur Arbeitsplätze, sondern sie schafft auch neue. Zwar muß der Setzer, der „Akademiker unter den Handwerkern", dem Bildschirmarbeiter weichen. Und die „Sekretärinnen sterben aus"[23]). Dafür aber verdanken viele neue Berufe der Mikro-

20) Vgl. Ernst Ulrich und Christine von Weizäcker, Recht auf Eigenarbeit statt Pflicht zum Wachstum, in: „Scheidewege", Vierteljahresschrift für skeptisches Denken, 2/1979, S. 221—234. Mit „Eigenarbeit" ist, grob charakterisiert, die ursprüngliche, für die Familie, Gruppe, Nachbarschaft usw. erbrachte oder zum Vergnügen verrichtete, nicht in die volkswirtschaftliche Rechnung eingehende Arbeit wie die Hausarbeit, der Eigenbau, das Hobby, das Basteln usw. gemeint.

21) Vgl. Hans Christoph Binswanger/Werner Geissberger/Theo Ginsburg (Hrsg.), Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrisse, Frankfurt/M. 1978, die, als Gegenbewegung zu Big Business, Big Science und Big Government, zum Überleben eine Dezentralisierung der Gesellschaft in „kleine Netze" von sogenannten Wahlverwandtschaftsfamilien propagieren, die ihre Gemeinschaftsdienste selbst organisieren.

22) Vgl. Charles Fourier, Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen, Frankfurt/M. 1966; und Pierre Joseph Proudhon, Ausgewählte Texte, hrsg. v. Thilo Ramm, Stuttgart 1963.

23) So d die Überschrift zu einer Meldung über einen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, FR. v. 14. 11. 1980.

elektronik ihre Existenz: die Datentypistin beispielsweise, der Operator, Textprogrammierer, Systemorganisator, Systemanalytiker und wie sie alle heißen. Die Frage ist nur, ob infolge der neuen technischen Entwicklung mehr Arbeitskräfte geheuert oder ob mehr gefeuert werden.

An dieser Frage scheiden sich die Geister. Der amerikanische Zukunftsforscher Herman Kahn, der mit notorisch blauen Augen in die Zukunft blickt und bis zum Jahr 2000 ein globales Wirtschaftswachstum von jährlich um die 4% verheißt, ist zum Beispiel sicher, daß die Informationstechnologie im Handel, im Bankgewerbe wie auch in der Industrie per saldo mehr Arbeitsplätze schafft als sie vernichtet[24]). Andere Experten sind da skeptischer. Sie halten sich an die historische Erfahrung. Und die lehrt nun einmal, daß die Geschichte der industriellen Revolutionen eine Geschichte der Vernichtung von Arbeitsplätzen war[25]). Die erste große Massenarbeitslosigkeit in Deutschland haben die Chronisten 1816 verzeichnet, wenige Jahre, nachdem das Industriezeitalter angebrochen war[26]). Die zweite Massenarbeitslosigkeit suchte Deutschland 1844 heim, als nicht nur katastrophale Mißernten die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes brotlos machten, sondern indirekt auch die neuen, von den Betroffenen als Teufelswerk verschrieenen und von den Maschinenstürmern zerschlagenen Geräte, vor allem die mechanischen Webstühle, die Handwerker um Lohn und Brot brachten. Zweifellos hat auch die Automation ihren Tribut gefordert[27]). Aber am Ende hielt sich der soziale Schaden, den die ersten beiden industriellen Revolutionen verursachten, doch in Grenzen, weil die Wirtschaft sich dynamisch genug entwickelte, um den Verlust an Arbeitsplätzen in dieser oder jener Branche an anderer Stelle wieder wettzumachen.

Nur kühne Optimisten trauen der Wirtschaftsentwicklung der westlichen Industriegesellschaften für die kommenden Jahrzehnte noch eine Dynamik zu, die verhindern könnte, daß die Entwicklung der Produktivität dem Produktionswachstum mit immer größeren Schritten vorauseilt und dabei immer mehr Arbeitskräfte auf der Strecke läßt. Im Gegenteil: die Schere zwischen Produktivitäts- und Produktionsentwicklung wird sich unter dem Einfluß der Mikroelektronik noch weiter öffnen. Anders als für die Zukunft zu erwarten, ist die Produktion in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1980 immerhin noch um 28% gewachsen. Trotzdem sind im gleichen Zeitraum schätzungs-

24) Eine Prognose, die er u.a. bei der Internationalen Fachkonferenz „Technik 2000 – Chance oder Trauma" des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik am 16. 6. 1981 in Bonn-Bad Godesberg vorgetragen hat.
25) Vgl. Balkhausen, a.a.O., S. 233.
26) Vgl. u.a. Albin Gladen, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen, Wiesbaden 1974, S. 12. Zum folgenden u.a.: v.Reden, Erwerbsmangel, Massen,Verarmung, Massen,Verderbniß; deren Ursachen und Heilmittel, in: „Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik", 1. Jg. 1847, Abteilung III, S. 118—135, hier vor allem S. 119. Neben der Maschinerie trug auch die freie Konkurrenz, die nach der Aufhebung des Zunftzwangs und der Einführung der Gewerbefreiheit auf dem Arbeitsmarkt herrschte, zu dieser Massenarbeitslosigkeit mit bei.
27) Eine Entwicklung, die in Deutschland spätestens mit der „Rationalisierungswelle" von 1924 bis 1928 begonnen hat; vgl. dazu Frank Niess, Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe: ein Kapitel deutscher Sozialgeschichte, Köln 1979, S. 35 ff.

weise 1,3 Mio. Arbeitsplätze weggefallen[28]). Auch wenn daran die Wirtschaftsflaute und andere Faktoren mit schuld sein mögen, ist doch kaum daran zu zweifeln, daß der größte Teil der Arbeitsplatzverluste auf das Konto der Mikroprozessoren geht. Denn just in diesem Zeitraum haben die technologischen Fortschritte der Miniaturisierung in Gestalt der Mikroprozessoren ihre ersten wirtschaftlichen Früchte getragen. Mit anderen Worten: seit Beginn der 70er Jahre sind die Computersysteme immer mehr zu den einzelnen Arbeitsplätzen vorgedrungen (arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung), nicht zuletzt, um andere Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Die wachsende Zahl der in der EDV Beschäftigten ist dagegen nur ein schwacher Trost. 1978 waren es mehr als 400000, 1980 rund eine halbe Million. Die Zahl der Facharbeiter und Spezialisten, die die Denkwerkzeuge bauen, schätzt man auf 43000[29]). Die Verwalter des Arbeitsmarktes sind also nicht zuletzt wegen der Mikroelektronik mit ihrer Statistik in den roten Zahlen. Und das wird vermutlich auch in nächster Zeit so bleiben, zumal das exponentielle Wachstum der Mikroelektronik[30]), das heute noch für eine gewisse Kompensation der Arbeitsplatzverluste sorgt, durchaus verflachen könnte. Noch stärkere Einbrüche am Arbeitsmarkt sind zum Beispiel zu erwarten für den Fall, daß die Prozeßinnovation mit Hilfe der Mikroelektronik den Vorrang vor der Produktinnovation behalten sollte[31]). Jedenfalls wird sich die Gesamtzahl der von der Mikroelektronik „Betroffenen" in fünf Jahren auf 0,7 bis 2,5 Millionen, also 3—10 % der Gesamtbeschäftigten belaufen. Und in 10 Jahren werden es vermutlich schon 9 bis 12 Millionen, also etwa 50% aller Erwerbstätigen sein. „Betroffen" heißt hier, „daß sich der Bedarf an Arbeitskräften durch den Mikroelektronik-Einsatz voraussichtlich nach oben oder unten verändert"[32]). Per saldo verändert er sich wohl eher nach unten als nach oben. Prognos schätzt die Zahlt der Arbeitsplätze, die verlorengehen werden, für 1985 auf 312000 und für 1990 auf 2363000[33]). Es liegt allerdings in der Natur der neuen Technik, daß sie die verschiedenen Branchen und damit auch die verschiedenen Berufe, was das Risiko, die Arbeitsplätze einzubüßen, anlangt, unterschiedlich trifft.

Um die Freisetzungseffekte der Mikroelektronik richtig abzuschätzen, muß man zunächst technisch zwischen dem *Steuerungs-* beziehungsweise *Informations*teil eines Gerätes auf der einen Seite und dem *Leistungs*teil auf der anderen unterscheiden. „Nur der Informationsteil eines Gerätes bietet Anlaß

28) Nach Angaben von Günter Friedrichs, Leiter der Abteilung Automation der Industriegewerkschaft Metall, vorgetragen bei einer Veranstaltung der Nachrichtentechnischen Gesellschaft (NTG) im VDE in Baden-Baden am 17. 3. 1981.
29) Vgl. Briefs, a.a.O., S. 29, 35 und 65.
30) Vgl. Evans, a.a.O., S. 116.
31) Bei der Tagung der NTG zum Thema „Innovation durch Mikroelektronik" am 17. 3. 1981 in Baden-Baden (vgl. Anm. 28), an der Vorstandsmitglieder bzw. -vorsitzende der führenden Elektronikunternehmen in der Bundesrepublik teilgenommen haben, wurde vor allem von Gewerkschaftsseite an deren Adresse über dieses Mißverhältnis Klage geführt, speziell über den Umstand, daß die Mikroelektronikbranche mit Ausnahme der Videorecorder in jüngster Zeit so gut wie kein attraktives Massenprodukt hervorgebracht habe.
32) Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT, Hrsg.), Informationstechnologie und Beschäftigung. Eine Übersicht über internationale Studien, Düsseldorf/Wien 1980, S. 104.
33) Vgl. ebd., S. 105.

für Substitutionen traditioneller Techniken (Mechanik, Elektromechanik usw.) durch mikroelektronische Elemente. Der Informationsteil stellt dabei jedoch nur in Ausnahmefällen (z.B. beim Telefon, bei Uhren, Fernschreibern, Waagen) den Hauptteil eines Gerätes dar. Normalerweise überwiegt dagegen der Wert des Leistungsteiles, in dem z.B. Werkstücke bearbeitet oder Stoffe umgewandelt werden"[34]). So übertrifft der Wert des Leistungsteils denjenigen des Informationsteils zum Beispiel im Maschinenbau und in der Elektrotechnik noch immer so beträchtlich, daß die *Hersteller* mikroelektronisch ausrüstbarer *Geräte* wie die Elektro-, Maschinenbau-, Büromaschinen- und Datenverarbeitungsindustrie kurzfristig kaum einen Verlust von Arbeitsplätzen zu verzeichnen haben werden. *Die Hersteller* mikroelektronischer *Bauelemente* können ohnehin sorglos in die Zukunft blicken, da ihre Branche eher expandieren als schrumpfen wird. Andererseits tragen sie mit ihrer kapitalintensiven und hochautomatisierten Fertigung, die auf einen „jobless growth" (Wachstum ohne Arbeitsplatzvermehrung) hinausläuft, auch nichts zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Schlechter sieht es schon bei den *Anwendern der Mikroelektronik* aus, wobei der *Bürobereich* im Vergleich zum *Fertigungsbereich* sehr viel stärkere Einbußen gewärtigen muß[35]). Denn bei den Büromaschinen sind Informations- und Leistungsteil nicht nur in vielen Fällen fast identisch, sondern als „Jobkiller" betätigen sich die Mikroprozessoren in den Büros vor allem, weil sie die mechanische, elektromechanische oder physische Arbeit nicht nur *ergänzen*, sie vielmehr gleich ganz *ersetzen*. Mit anderen Worten: die Handarbeiter bekommen die Konkurrenz von seiten der Mikroelektronik, von den Robotern abgesehen, weniger zu spüren als die Kopfarbeiter. „Es ist interessant und nicht ohne Ironie, daß die Bedeutung der Computerrevolution in jenen Berufen am größten sein wird, wo normalerweise eine qualifizierte Ausbildung und große Erfahrung verlangt wurde und von denen man einst am wenigsten erwartete, daß ihnen die Automation Konkurrenz machen könnte. Umgekehrt werden jene Tätigkeiten, denen heute nur niedriger ökonomischer und sozialer Rang beigemessen wird – Arbeiten wie Ein- und Auspacken, Säubern und einfache Instandhaltungsarbeiten, Kraftfahrzeugfahren und Postbeförderung – wahrscheinlich relativ unangefochten bleiben"[36]).

IV. Das Büro der Zukunft: papierlos und ohne Sekretärin?

Wie radikal die Klein- und Kleinstcomputer den Büroalltag verändern werden, hat die Firma Siemens schon vor Jahren erforschen lassen. „Das Ergeb-

34) Siegfried Lange, Auswirkungen der Mikroelektronik auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Thesen zur Diskussion in der Bundesrepublik, 5. Kolloquium des Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) der Fraunhofer-Gesellschaftb zur Förderung der angewandten Forschung am 28. 2. 1980 in Karlsruhe, Pressedienst, S. 1—8, hier: S. 1.

35) Vgl. ebd., S. 5 f. Laut Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft (Hrsg.), Beschäftigunbswirkungen struktureller und technologischer Veränderungen. Zur regionsspezifischen Situation ausgewählter Industriezweige, im Verdichtungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen, München 1979, werden bis 1985 I 1 250 000 Büro- und Verwaltungsangestellte ihre Arbeitsplätze räumen müssen und wird die Zahl der technischer Zeichner um 20 bis 40 % abnehmen; vgl. BMFT-Studie, a.a.O., S. 106.

36) Evans, a.a.O., S. 167. Was für die Postbeförderung sicher nur mit Einschränkungen gilt, s.u.

nis, die Untersuchung ‚Büro 1990', überraschte selbst die Fachleute so gründlich, daß sie ihr vorsichtshalber den Stempel ‚geheim' verpaßten. Die Autoren, eine Gruppe von Organisationsfachleuten und Systemtechnikern, kamen nämlich zu dem Schluß, daß im Durchschnitt etwa 43 Prozent aller Büroarbeiten formalisierbar und 25 bis 30 Prozent automatisierbar sind"[37]). Formalisierung oder Systematisierung heißt: starke Vereinfachung und Zerlegung der Arbeitsabläufe. Automatisierung bedeutet, daß der Einsatz der neuen Technik Arbeitsplätze verschwinden läßt. Noch ist es eine Weile hin, bis jedermann „mit seinen eigenen Worten dem Computer Arbeitsanweisungen geben kann oder Simultanübersetzungen und auf viele Worte reagierende Schreibmaschinen möglich sind, ohne daß ein Ziffercode dazwischengeschaltet zu werden braucht"[38]). Ob der „hörende" und „sprechende" Computer die Angestellten schon um die Jahrtausenwende massenweise aus den Büros verdrängen wird, sei noch dahingestellt. Und es ist vorerst reine Spekulation zu meinen, daß über kurz oder lang schon die Mehrheit der Maschinen auf Stimmen reagieren wird[39]). Realistischer scheint da angesichts der technischen Hürden, die noch zu überwinden sind, die Diagnose: „Die Schreibmaschine, die selbst das Diktat aufnimmt, wird es so bald nicht geben"[40]).

All diese Voraussagen sind, was die Beschäftigungssituation betrifft, überdies insofern müßig, als schon die heute vorhandenen Arbeitsmittel technisch so perfekt sind, daß sie die Angestellten das Fürchten um die Arbeitsplätze lehren können. Die elektronische Schreibmaschine ist, wie die Textverarbeitung ganz generell, dafür ein Beispiel. Diese Maschine kann beileibe nicht nur tippen, sondern auch rechnen, fakturieren, Statistiken erstellen und Texte speichern beziehungsweise wiederholen. Der computergesteuerte Schreibautomat produziert im Handumdrehen sauber getippte Standardbriefe, an denen die Sekretärin ein paarmal so lange sitzen würde. Diese Fähigkeit der Automaten, Routineschreiben so zu fertigen, als seien sie individuell getippt für einen Adressaten, ist übrigens ein Beispiel für die Ambivalenz der Mikroelektronik: sie könnte den Menschen durchaus von stupider Tätigkeit erlösen, statt ihm gleich die ganze Arbeit wegzunehmen, was allerdings in diesem Falle meist geschieht.

Die Speicherschreibmaschinen sind als elektronische Allround-Geräte nicht die einzigen Jobkiller im Büro. Vor allem die Bildschirmterminals am Arbeitsplatz mit Anschluß an einen zentralen Rechner könnten die Angestellten scharenweise überflüssig machen. Denn die Büroarbeiter können sich damit alle Informationen, die sie brauchen, auf den eigenen Bildschirm zaubern. Umgekehrt sind sie imstande, im Dialog andere Stellen mit den nötigen Daten, Zahlen und Kenntnissen zu versorgen. Zeitraubende Nachfragen und Telefonate werden, wenn diese Terminals erst einmal weit genug verbreitet sind, genauso überflüssig wie Wanderungen von einem Büro zum anderen.

37) „Der Spiegel", 16/1978, S. 90.
38) Balkhausen, a.a.O., S. 43.
39) Vgl. Evans, a.a.O., S. 88.
40) „Der Spiegel", 10/1981, S. 227.

Akten braucht es schon bald nicht mehr zu geben: es ist ein leichtes, sie per Mikroelektronik in „körperlose" Informationspakete zu verwandeln. Und vielleicht verschwindet auch der Geschäftsbrief binnen weniger Jahrzehnte im Museum.

Wenn der elektronische Informationsaustausch diese papierne Konkurrenz einmal ganz und gar ersetzt, werden die Angestellten voraussichtlich zu Hunderttausenden brotlos werden. Denn schon ist der Briefverkehr, der sich *im* Betrieb abspielt, vielerorts umfänglicher als die Korrespondenz mit Partnern *außerhalb*. Bei der Firma Siemens in München zum Beispiel schreiben 20000 Angestellte 40000 von insgesamt 60000 Briefen täglich an sich selbst[41]). Oder eine andere Zahl: „Ein eingehender Brief läßt – im Industriebetrieb nicht selten 25 weitere Schriftstücke entstehen, im medizinischen Bereich sogar oft über hundert"[42]). Und diese Papierflut schwillt immer weiter an. Weil sie die innerbetriebliche Korrespondenz für Geld- und Zeitverschwendung halten, sind die Unternehmen, allen voran die großen Firmen, dabei, den Informationstransport zu „entmaterialisieren"[43]) und damit natürlich auch sehr viel weniger arbeitsintensiv zu machen. Wirtschaftlicher ist die Korrespondenz von Schreibmaschine direkt zu Schreibmaschine und später vielleicht auch von Fernsehschirmzu Fernsehschirm auf jeden Fall. Und da kümmert es die Unternehmer wenig, ob sie mit den stumpfsinnigen Tätigkeiten in einem Aufwasch gleich die Arbeit ganz beseitigen. Der Teletextdienst der Deutschen Bundespost, den es seit März 1981 gibt, kann einen Brief in 10 Sekunden von Hamburg nach München übermitteln zu einem Preis von 26 und nachts sogar nur 10 Pfennigen. Dieses System ist 20-bis 30mal schneller als die herkömmlichen Telexmaschinen, die es mit Speicher-Schreibmaschinen zur neuen Kommunikationstechnik kombiniert[44]).

Betrachtet man das Teletex-System oder die Bildplatten, extrem billige Massenspeicher, die 1985 in den Büros erscheinen werden, und viele andere Möglichkeiten, mit Hilfe der Mikroelektronik Zeit, Geld und Arbeitskraft zu sparen, dann ist es gar nicht mehr so unwahrscheinlich, daß die integrierte Büro- und Kommunikationstechnik das Büro tatsächlich in ein papierloses Büro verwandeln wird. Bis es so weit ist, bleibt allerdings den sogenannten Schreibtischberufen, die fast jeden dritten Erwerbstätigen in der Bundesrepublik ernähren[45]), noch eine Schonfrist. Noch ist der Schwund an Arbeitsplätzen für diese Angestellten nicht bedrohlich. Denn die Arbeitslosigkeit unter den „Schreibtischberufen" ist noch immer nicht so groß wie die allgemeine

41) Laut Angaben von Friedrich Ohmann, Vorsitzender der NTG, Generalbev.Dir. der Siemens AG, Tagung der Nachrichtentechnischen Gesellschaft am 17. 3. 1981 in Baden-Baden (vgl. Anm. 28).

42) Norbert Szyperski, Bürosysteme der Zukunft, in: „IBM-Nachrichten", 31. Jg., 253, Februar 1981, S. 7—13, hier: S. 10.

43) Nach Informationen von Friedrich Ohmann (vgl. Anm. 41).

44) Vgl. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.), Teletex. Der elektronische Brief, Bonn 1981, S. 4 f.

45) Vgl. „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (MatAB), 8/1978, Schreibtischberufe im Wandel, S. 5. Von den rund 8 Millionen „Büroarbeitern" heute haben etwa 2,6 Millionen mit reinen Schreibarbeiten zu tun; vgl. FR, 6. 4. 1981.

Arbeitslosigkeit. Während die Arbeitslosenquote bei ersteren 1977 2,6 % betrug, hatte zu diesem Zeitpunkt die Arbeitslosenquote für alle Erwerbspersonen schon 4,0 % erreicht. Bei diesem Vergleich schneiden die Büroarbeiten noch so gut ab, daß sie sich eigentlich keine grauen Haare wachsen zu lassen brauchten. Nur: ihre Arbeitslosenquote ist nach vielen Jahren, in denen die Arbeitsplätze in den Büros noch ziemlich sicher waren, sprunghaft angestiegen. Und zwar von weniger als 1 % im Jahre 1967 über 1,5 % 1974 auf die genannten 2,6 % 1977[46]), als die neue Weltwirtschaftskrise ausgebrochen war. Oder nimmt man statt der „Schreibtischberufe" die Kategorie „Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe": unter diesem Stichwort haben die Statistiker Ende April 1981 207650 Arbeitsuchende (darunter 151516 Arbeitslose) registriert. Ende April 1980 waren es erst 170461 (darunter 119352 Arbeitslose) gewesen[47]).

Auch in der Beschäftigungsstatistik der Angestellten ganz generell dürfte die Mikroelektronik ihre Spuren hinterlassen haben. Die Arbeitslosenquote für Angestellte ist zwar von 1974 auf 1975, beim Ausbruch der Wirtschaftskrise, nicht ganz so drastisch angetiegen (von 1,8 auf 3,2 %) wie diejenige für Arbeiter (von 3,0 auf 5,4 %). Dafür aber blieb sie, statt wie bei den Arbeitern wieder leicht abzusinken, bis 1978 auf etwa der gleichen Höhe[48]). Es ist anzunehmen, daß bei dieser abweichenden Entwicklung neben konjunkturellen auch technologische Einflüsse wirksam waren, die die Handarbeiter weniger tangieren. Inzwischen hat sich die Beschäftigungssituation der Angestellten leicht gebessert. Aber die mageren Jahre, die jetzt kommen, werden zusammen mit den Folgen der „dritten industriellen Revolution" den Angestellten sicher noch schwerer zu schaffen machen als bisher, unter ihnen vor allem den Stenotypistinnen, den Sekretärinnen und den Bürogehilfen. Während bei den „Schreibtischberufen" die Untergruppen der kaufmännischen und technischen Angestellten in den letzten zwanzig Jahren kräftig angewachsen sind, ist diese Gruppe von Büroarbeitern, genauer: von Büroarbeiterinnen, nur um spärliche 3 % größer geworden. Und sie ist andererseits von der schlechten Konjunktur und vom Vormarsch der Chips am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden. Während die Arbeitslosenquote aller „Schreibtischberufe" zusammen unter dem allgemeinen Durchschnitt lag, so kletterte sie bei den Sekretariatstätigkeiten weit darüber[49]).

Zu welchen Anteilen die Wirtschaftsflaute und die neue Technik jeweils am

46) Vgl. MatAB, 8/1978, S. 8.

47) Vgl. „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit" (ANBA), Nr. 6/1980, S. 772, und Nr. 6/1981, S. 714. Die Zahlen für frühere Jahre lauten: 1974: 108424 Arbeitssuchende, 58832 Arbeitslose; 1975: 169334 (127064); 1976: 208696 (158393); 1977: 211326 (157794); 1978: 200219 (149321); 1979: 180385 (130461); vgl. ANBA, Nr. 7/1974, S. 740 f.; Nr. 6/1975, S. 557; Nr. 7/1976, S. 711; Nr. 7/1977, S. 842; Nr. 6/1978, S. 771; Nr. 6/1979, S. 669. Die Zahl der Arbeitsuchenden bzw. Arbeitslosen hat sich also gegenüber 1974 fast verdoppelt bzw. fast verdreifacht.

48) Vgl. ANBA, Nr. 4/1980, S. 506.

49) Zum Wachstum: IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Technischer Fortschritt – Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Gutachten der Projektgemeinschaft: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, ISI-Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Infratest Wirtschaftsforschung), Berlin 1980, S. 48. Zur Arbeitslosigkeit: MatAB, 8/1978, S. 8.

Schwund der Arbeitsplätze im Büro schuld sind, ist nicht auf Punkt und Komma genau festzustellen. *Daß* aber die integrierte Büro- und Kommunikationstechnik viele Schreibkräfte und Korrespondenten brotlos macht, steht außer Zweifel. Und das, was man euphemistisch als „Freisetzung" bezeichnet, wird sich noch verstärken, wenn in den Betrieben und in ver Verwaltung erst einmal mehr Bildschirmterminals stehen werden als 5, 10 oder allenfalls 20 auf 1000 Angestellte, wie es heute noch der Fall ist[50]). Und Ausweichmöglichkeiten für die Angestellten, die ihren Schreibtisch räumen müssen, wird es kaum noch geben. Denn die Zeiten, als das Dienstleistungsgewerbe in dieser oder jener Branche Auffangbecken für überzählige Arbeitskräfte hatte, sind vorbei. Wohin die Angestellten kommen, die der „Kollege Computer" aus dem Büro vertrieben hat: die Automaten sind schon da, zum Beispiel die Geldautomaten in den Banken[51]). Alles in allem haben die elektronischen Schreib- und Rechenknechte beziehungsweise die Herren, auf deren Stimme sie vielleicht in Zukunft einmal hören werden, die Unternehmer, nicht erkennen lassen, daß die neue Technik den Menschen einmal ein Leben mit weniger oder ganz ohne Arbeit bescheren könnte. Im Gegenteil: während sie die einen zu mehr Arbeit, sprich: höherer Produktivität antreibt[52]), verurteilt sie die anderen zur Arbeitslosigkeit.

V. Der monotone Dialog oder: „gläserne Menschen" im Büro

Die Mikroelektronik wirkt sich nicht nur auf das Volumen, sondern auch auf die Qualität der Arbeit aus. Die Frage ist nur, ob im guten oder schlechten. Die Industrie, die vom Verkauf der Mirkoelektronik profitieren will, malt die Bürowelt von morgen, um den Anwendern, auch den Angestellten, die Bildschirmarbeit schmackhaft zu machen, in den schönsten Farben aus. Daß sich dank der Mikroelektronik das Arbeitsleben zum Besseren wendet, daß die Arbeitsfreude steigt, weil sie dem Büroarbeiter statt zeitraubender und nervtötender Routinetätigkeiten eine sinnvolle Arbeit abverlangt, und daß die Bürotechnik der Zukunft sich den menschlichen Bedürfnissen anpaßt und folglich alles andere als unmenschlich ist: all das gaukelt die Werbung für die Mikroelektronik dem erstaunten Laien vor[53]). Auch von „job enlargement" und „job enrichment" ist die Rede: davon also, daß die Angestellten ein weiteres Tätigkeitsfeld und abwechslungsreichere Arbeiten zu tun bekommen[54]). Und schließlich heißt es bei Diskussionen auch gelegentlich, den Büroarbeitern eröffne sich die Chance, in einen lebendigen Dialog mit seinem intelligenten Gegenüber, der Maschine, einzutreten. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Bis jetzt ist der Büroalltag noch immer grau geblieben, so grau wie die

50) Vgl. IFO-Studie, a.a.O., S. 50.
51) Vgl. u.a. „Der Angestellte" Nr. 347/34, 28. Januar 1981, S. 24.
52) „Bei Einsatz der Datentechnik im Büro kann mit unterdurchschnittlichem Investitionsaufwand ein durchschnittlicher Produktivitätseffekt im Vergleich zum industriellen Fertigungsbereich erzielt werden"; s. IFO-Studie, a.a.O., Materialband II, München 1980, S.D. 37.
53) Vgl. „Der Spiegel", 14/1981; 16/1981, passim.
54) Vgl. u.a. Norbert Szyperski, Neue Arbeitsinhalte – zu Lasten der Mitarbeiter? in: „Magazin Mensch und Arbeitsplatz", CeBIT Sonderschau Büro Hannover-Messe 81, S. 12–14, hier: S. 13.

Theorien, die verheißen, die Mikroelektronik könnte die Last der Arbeit in Lust verwandeln. Die Arbeit ist, seitdem die Miniaturisierung angefangen hat, nicht reicher geworden, sondern an Inhalten noch mehr verarmt. Ganz zu schweigen vom Dequalifikationsprozeß, der aus Buchhaltern und Setzern beispielsweise menschliche Anhängsel von Computern macht, die dazu noch hinnehmen müssen, daß man sie beim Lohn um Stufen abgruppiert[55]).

Statt lebhaft mit der Maschine zu kommunizieren, müssen fürs erste einmal immer mehr Büroarbeiter auf einen Bildschirm starren und stumm zur Kenntnis nehmen, was ihnen vor den Augen flimmert. „Man schätzt, daß zur Zeit etwa 300000 Bildschirme an den verschiedenen Arbeitsplätzen zum Einsatz kommen. Es dürfte jedoch kein Jahrzehnt mehr vergehen, bis durch Ausbau der vorhandenen und Erschließung neuer Einsatzmöglichkeiten die 1 Million Bildschirmgeräte in der Bundesrepublik an den verschiedensten Arbeitsplätzen zu finden ist. Diese Million Bildschirme an Arbeitsplätzen ist zunächst unabhängig davon gesehen, ob der Bildschirm nun ein dominierendes Element des Arbeitsplatzes ist oder nur ein ergänzendes Hilfsmittel"[56]). Freilich hängen davon der Grad der körperlichen Beanspruchung beziehungsweise die Fülle der Stressoren und davon wiederum die gesundheitlichen Folgen ab. Es macht überdies bei den Büroarbeiten, die sich auf den Bildschirm konzentrieren, einen Unterschied, ob jemand nur Daten in den Speicher eingibt (Datenerfassung), ob er nur Informationen daraus abruft oder im Dialogsystem (Datenein- und Ausgabe) arbeitet. Bankangestellte zum Beispiel, die tagaus tagein mit der Datenerfassung beschäftigt sind, fühlen sich körperlich sehr stark beansprucht, obwohl man von Büroarbeiten meinen sollte, daß sie den Angestellten nur geringe physische Leistungen abverlangen. „Am häufigsten wird das ‚ständige Sitzen' in Verbindung mit ‚den ganzen Tag eingeben', ‚monotones Schauen und Tippen, zu wenig Bewegung' genannt"[57]). Streß wird eben, wie die Arbeitswissenschaftler seit langem wissen, nicht nur durch Überforderung, sondern auch duch Monotonie erzeugt[58]). Der Dialog mit der Maschine ist viel zu monoton, als daß er die Arbeit beleben könnte. Er nervt vielmehr im wahrsten Sinn des Wortes. Ein wenig günstiger als die Verhältnisse bei der Datenerfassung schneiden im Urteil der Betroffenen andere Bildschirmtätigkeiten ab: zum Beispiel der Dialogbetrieb in einem Versicherungsunternehmen, die Arbeit an Kassenterminals in Bankfilialen oder die zentrale Textverarbeitung in einem Industrieunternehmen[59]).

Wenn sich auch die Zahl der Bildschirmarbeiter, die ihre Tätigkeit summarisch als starke körperliche Plage oder als monoton empfinden, noch in Grenzen hält, klagen doch erschreckend viele Angestellte über einzelne Be-

55) Vgl. Briefs, a.a.O., S. 75.
56) Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung Dortmund (Hrsg.) Bildschirmarbeitsplätze, Vorträge der Informationstagung 1./2. April 1980 in Dortmund, Nr. 22 Schriftenreihe Arbeitsschutz, Dortmund 1980, S. 5 (BAU-Dokumentation).
57) Eduard Gaugler u.a., Rationalisierung und Humanisierung von Büroarbeiten. Studie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Ludwigshafen/Rhein ²1980, S. 84.
58) S.o. (Anm. 14).
59) Vgl. Gaugler, a.a.O., S. 124, 166 f. und 248.

schwerden: über stark strapazierte Augen, Nackenschmerzen, Kopf- und Rückenschmerzen, taube Hände, psychische Ermündungserscheinungen und anderes mehr. Die Ursachen dafür sind: „1. die akkordähnliche Eingabe von Daten am Bildschirm: stündlich zwischen 8000 und 18000 Zeichen. 2. Die ständige Anpassung der Augen an veränderte Helligkeits- und Entfernungsverhältnisse. 3. Dauernde Blick- und Kopfbewegungen: zwischen 12000 und 33000 täglich. 4. Weitgehend ungenügende Arbeitsplatz- und Umgebungsverhältnisse am Bildschirm, wie Mängel der Beleuchtung, der Arbeitsräume, der Farbgebung, der Bildschirme, der Tastatur, der Arbeitstische und so weiter"[60]). Ebenso bedenklich, wenn nicht gar noch schlimmer sind die psychischen Beschwerden, die sich nach längerer Tätigkeit am Bildschirm bei den Betroffenen zeigen: zunächst Gereiztheitsreaktionen, Zeitdruckerlebnisse und Gefühle sozialer Isolierung, später dann psychosomatische Störungen und depressive beziehungsweise resignative Reaktionen. Auch dafür gibt es Gründe: „Der Arbeitnehmer begegnet mit dem Bildschirm meist einer neuen Arbeitsweise, einem neuen Arbeitsrhythmus und mehr und mehr einer Zerlegung der Arbeit in kleine und kleinste Schritte. Manchmal fehlt der Blickkontakt zu den Kollegen und der menschliche Gesprächspartner. An die Stelle der Kommunikation tritt die mechanische Bedienung von Tastaturen, ein Gefühl der Abhängigkeit von der ‚Maschine' bis hin zum Gedanken an eine mögliche totale Kontrolle der Leistungen"[61]). Statt die Arbeitsteilung abzumildern, dient die Mikroelektronik heute zu einer beispiellosen Taylorisierung[62]).

So wie es in den Betrieben und in der Verwaltung derzeit aussieht, verlieren die Beschäftigten auf der einen Seite durch die neue Technik ein Stück Kontrolle über ihre Arbeit, nämlich: einen Teil der Möglichkeiten, sie zu planen und selbständig auszuführen. Je mehr sie aber die Kontrolle über ihre Tätigkeit verlieren und die sinngebende Arbeit dem Computer überlassen müssen, desto aufreibender wird ihr Büroalltag. Auf der anderen Seite nimmt „dank" der immensen Fähigkeiten des Computers, zu registrieren, was man mit ihm anstellt oder eben nicht, die Kontrolle einengender und gängelnder Art zu. Die Gewerkschaften warnen schon davor, daß immer mehr Firmen mit Hilfe der Mikroelektronik ihre Mitarbeiter zu „gläsernen Menschen" und zu „handlichen Gebrauchsgegenständen in Klarsichtfolie" machen[63]). Aber nicht nur im eigenen Betrieb muß der Beschäftigte befürchten, daß ihn der Computer bei der Unternehmensleitung „denunziert", wenn er das vom Rechner vorgelegte Soll nicht schafft. Auch wenn er die Stelle wechseln will, kann er den elektronischen Spitzeln nicht entgehen. Der Kleinstcomputer entpuppt sich hier als „großer Bruder": „Wo auch immer ein Arbeitnehmer sich bewirbt, ist er für die Personalabteilung schon kein Unbekannter mehr.

60) Caspar von Stosch, Der Einsatz von Bildschirmarbeit aus der Sicht der Gewerkschaften, in: BAU-Dokumentation, a.a.O., S. 25—35, hier: S. 27.
61) Bernd Schlieter, Arbeitsplätze mit Bildschirm, in: BAD aktuell" (Der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische Dienst), 2/1981, S. 5.
62) So z.B. der Psychologe Michael Frese am 2. 6. 1981 auf der Informationstagung '81 „Streß am Arbeitsplatz" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund.
63) FR v. 15. 6. 1981.

Schwarze Listen alter Zeiten erleben ihre elektronische Wiederauferstehung"[64]).

VI. Software-Lücke und internationale Konkurrenz

Noch geht die Entwicklung der Mikroelektronik mit Riesenschritten vorwärts. Es könnte aber durchaus sein, daß sie zu lahmen anfängt. Daß sie die Grenzen des Wachstums erreicht: dafür gibt es theoretisch viele Gründe. Zum Beispiel das Unbehagen vieler Menschen angesichts der neuen Technik, das mulmige Gefühl, daß ihnen die Computer eines Tages über den Kopf wachsen könnten. Die Technokraten sprechen hier vom Akzeptanz-Problem, das es mit Hilfe einschmeichelnder Public Relations-Arbeit zugunsten der Industrie zu lösen gilt. Es wäre durchaus auch denkbar, daß sich die Gewerkschaften querstellen, weil sie fürchten müssen, daß sie in den „menschenleeren Fabriken und Büros" von morgen vergeblich auf Mitgliedersuche gehen werden. Diese und andere potentielle Hindernisse machen den Unternehmern aber offenbar noch die geringsten Sorgen. Schlaflose Nächte haben sie vor allem wegen der sogenannten Software-Lücke[65]). „Ein Computer ist ein wenig mehr als nur ein Bündel von elektronischen Komponenten, die mit wahnwitziger Geschwindigkeit ein- oder ausschalten. Ein unverzichtbarer Bestandteil ist das Programm, das den Computer steuert. Programme – ihr Sammelname lautet ‚Software' – sind die Anweisungen, die dem Computer sagen, was er im einzelnen tun und auch, wie er es tun soll". Nicht nur wegen des technischen, sondern auch wegen des wirtschaftlichen Rückstands halten manche Computerfachleute das Software-Problem für das größte Hindernis, das die Entwicklung der Mikroelektronik hemmt. In Zahlen ausgedrückt: während bei den Halbleiterfunktionen im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte die Kosten, grob geschätzt, auf ein Dreitausendstel des ursprünglichen Preises zurückgegangen sind, ist es heute nur etwa zehnmal so billig, Programme für die Computer zu entwickeln[66]). Aber auch diese Hürde wird, nachdem man sie erkannt hat, voraussichtlich in wenigen Jahren genommen werden, zumal bei den Akteuren unumstritten ist, daß es mit der Entwicklung der Mikroelektronik in der Bundesrepublik schleunigst weitergehen muß. Die Stellung der Bundesrepublik im internationalen Konkurrenzkampf ist für die Unternehmen nämlich alles andere als erfreulich. Gegen die Vereinigten Staaten, wo die Wiege der Mikroelektronik stand, und gegen Japan nimmt sich die Bundesrepublik auf dem Weltmarkt wie David gegenüber Goliath aus. Während die USA mit einem Anteil von 44 % und Japan mit 24 % die Weltproduktion der integrierten Schaltkreise gewissermaßen unter sich ausmachen, kommt die Bundesrepublik gerade auf 7 %. Oder: 1980 betrug der Produktionswert der mirkoelektronischen Erzeugnisse je Bundesbürger 16 Mark und ein paar Pfennige. Die USA und Japan kamen mit ihrem Produktionswert pro Kopf der

64) Ebd.
65) Vgl. u.s. zum folgenden: Evans, a.a.O., S. 73 f.
66) Nach Informationen von Hans Gissel, Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken AG, auf der NTG-Tagung am 17. 3. 1981 in Baden-Baden (vgl. Anm. 28)

Bevölkerung fast auf den doppelten Betrag. Und schließlich ist die Bundesrepublik, was die Elektronik insgesamt anlangt, ein Einfuhrland. Sie importiert zur Zeit aus Japan und den USA jährlich für etwa 6,3 Mrd. DM entsprechende Produkte, während sie nur für ein knappes Drittel dieser Summe exportiert, nämlich für 1,8 Mrd. DM[67]). Das soll jetzt anders werden. Und dabei will der Staat in der Person des Bundesministers für Forschung und Technologie, tatkräftig helfen, auch wenn der eine oder andere sonst offiziell so wertgeschätzte Grundsatz der Marktwirtschaftler auf der Strecke bleiben sollte[68]).

Auch die Gefahr, daß beim staatlich forcierten und mit aller ökonomischen Macht beschleunigten Vormarsch der immer kleineren, kompakteren und billigeren Computer die sozialen Lebensstandards unter die Räder der technischen Entwicklung kommen könnten, scheint angesichts der „amerikanischen und japanischen Herausforderung" außer den Gewerkschaften kaum noch jemand zu bekümmern. Die sozialen Folgen der Mikroelektronik, die vielfach zu lebhaften Diskussionen Anlàß gaben, sind zur Zeit offenbar kein Thema mehr: die ökonomischen Perspektiven dafür umso mehr und die Sachzwänge, die sich hier scheinbar zusammenballen und zur Begründung einer staatlich-unternehmerischen Offensive dienen. Die Expansion ist programmiert, ohne Rücksicht auf soziale Verluste, nach dem Motto: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne".

„Ich habe Angst. Alle haben sie Angst . . ."

Schwarze Arbeiten bei deutschen Unternehmen in Südafrika

Von Jens Wolf

„Die Arbeiter erzählen z. B., daß die Polizeiwagen kommen und die Arbeitssuchenden an den Toren von Klöckner in die Wagen laden und mitnehmen. An Klöckners Toren wohlgemerkt. Und Klöckner tut nichts, gar nichts dagegen! Und wenn sie wollten, könnten sie natürlich etwas tun . . . Das Gefühl der Arbeiter ist, daß Klöckner, obwohl es relativ vernünftige Löhne zahlt, eine Art besseres Monstrum ist. Denn die Arbeiter haben keinerlei Sicherheit. Sie können jeden Moment weggejagt werden. Sie fühlen sich ständig bedroht. . . . Und Klöckner könnte seinen Ein-

67) Dto.

68) Entsprechende Zusagen hat der Bundesminister für Forschun g und Technologie, Andreas von Bülow, anläßlich der Baden-Badener NTG-Tagung gemacht (vgl. Anm. 28).

fluß als Arbeitgeber geltend machen . . . Klöckner könnte seine Arbeiter verteidigen, könnte sie schützen vor der Polizei. Aber sie tun nichts, nichts." (Schwarzer Sozialarbeiter zur Situation bei Klöckner in Klerksdorp, Südafrika)[1])

„Wir haben Angst. Wir haben z. B. einen Vorarbeiter, der uns gewöhnlich als Affen bezeichnet. Wir nehmen das hin, weil wir das Geld brauchen, das wir mit unserem Job verdienen. Wir sind ganz machtlos. Wir nehmen das alles hin. Sogar, daß er uns Affen nennt. Wir können jeden Augenblick weggejagt werden. Wir haben Angst, irgendwelche Klagen zu äußern." (Schwarzer Klöckner-Arbeiter)

„Wie werden Sie von Ihren weißen Kollegen angeredet?"
„Mit dem Vornamen."
„Und Sie? Reden Sie Ihre weißen Kollegen auch mit dem Vornamen an?"
„Nein, das mögen sie nicht. Da hätten wir Angst. Wir sagen ‚Herr' zu ihnen." (Schwarzer Arbeiter der Bosch-Tochter AEE in Südafrika)

Das sind einige Bemerkungen schwarzer Arbeiter über ihre Situation in deutschen Firmen in Südafrika vom Frühjahr 1980, fast drei Jahre nach Verabschiedung eines Verhaltenskodex', durch den europäische Firmen in Südafrika verpflichtet wurden, durch sozialpartnerschaftliches Verhalten gegenüber ihren schwarzen Arbeitnehmern Apartheid in Südafrika beseitigen zu helfen.

Was hat dieser Kodex erreicht? Die Berichte der Arbeiter sind erschreckend. Sie widerlegen die Hoffnung, daß die deutschen Unternehmer bereit sein könnten, zur politischen Veränderung in Südafrika beizutragen. Schaut man sich die Entstehungsgeschichte des Kodex an, ist das auch kaum verwunderlich, war er doch von Beginn an eher ein Instrument zum Schutz eigener Interessen, als eines zur Veränderung der Apartheid in Südafrika.

1977, ein Jahr nach den blutigen Soweto-Aufständen der schwarzen Jugend Südafrikas, war das beherrschende Thema der internationalen Südafrikapolitik: „Sanktionen – ja oder nein?"

Dem Vorwurf, durch ihr wirtschaftliches Engagement das Apartheidsystem zu stützen, konnten sich die in Südafrika investierenden Länder nicht mehr entziehen, ohne ihre Interessen in Schwarzafrika aufs Spiel zu setzen, hatte doch der Ölstaat Nigeria unüberhörbar deutlich gemacht, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten überprüfen zu wollen, die weiterhin ein ungestörtes Verhältnis zur Regierung in Pretoria aufrechterhalten würden. Am 20.

September 1977 – 4 Jahre ist es nun her – verabschiedete der Ministerrat der EG einen Kodex mit Verhaltensregeln für „Unternehmen mit Tochtergesellschaften . . . in Südafrika", mit dem die betreffenden Regierungen versprachen, „über wirtschaftliche Kontakte . . . auf friedlichem Weg . . . Apartheid überwinden zu helfen" – so die ausdrückliche Zielbestimmung des Kodex durch die Bundesregierung im ersten Regierungsbericht zur Anwendung des Kodex vom 16. 1. 1980. Diesem Ziel erklärte auch die deutsche Industrie nach

1) Alle Interviews – mit Ausnahme derjenigen von MAN- und Mercedes-(C.D.A.)-Arbeitern – sind veröffentlicht in: „Das Dilemma mit dem Kodex (III)" – Neue Studie über das Verhalten der deutschen Firmen in Südafrika, Informatiosdienst der Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes, Nr. 23-24/1981.

anfänglichem Protest sich verpflichtet, nachdem die Bundesregierung sie darauf hingewiesen hatte, „daß der Kodex in Bonn ganz klar gesehen würde als Instrument zur Vermeidung von Sanktionen, die nicht erwünscht seien" (Protokoll der Sitzung der South African Foundation, 26.10. 1977).

Ganz deutlich also, daß der Kodex keine freiwillige politische Initiative der Westmächte zur Beendigung von Apartheid war, sondern ein Instrument, um den weltweiten Protest gegen Investitionen in Südafrika abzulenken und den status quo der wirtschaftlichen Beziehungen ungefährdet aufrechtzuerhalten.

Man könnte meinen, die deutschen Firmen hätten nun nichts wichtigeres zu tun gehabt, als diesen Kodex so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen, stehen doch schließlich elementare Interessen auch der deutschen Wirtschaft auf dem Spiel, denn ein Boykott gegenüber Südafrika würde diese zumindest kurzfristig empfindlich treffen. Man hatte umso mehr Grund, naiv an die schnelle Realisierung des Kodex zu glauben, als seine Regeln den Firmen lediglich ein sozialpartnerschaftliches Verhalten abverlangt, das hierzulande längst selbstverständlich ist: frei gewählte Interessenvertretung auch für schwarze Arbeiter, gleicher Lohn für gleiche Arbeit ungeachtet der Hautfarbe, ein Mindestlohn, der die absolute Armutsgrenze um 50% übersteigt, besondere Unterstützung der in Südafrika benachteiligten Schwarzen in Ausbildungs- und Aufstiegschancen und Abbau der Rassentrennung in den betrieblichen Einrichtungen. Selbst wenn dem einen oder anderen Unternehmer auch diese gemäßigten Forderungen noch zu radikal erschienen sein sollten – die Alternative, wirtschaftlicher Rückzug aus Südafrika, ist schließlich weitaus radikaler. Grund genug für jeden Firmenchef, sollte man meinen, den Kodex vorzuziehen.

Drei Jahre nach Verabschiedung des EG-Verhaltenskodex für ausländische Unternehmen . . .

Also – was ist geschehen, über drei Jahre nach Verabschiedung des Kodex? Sind deutsche Firmen in der Apartheidgesellschaft zu Inseln geworden, auf denen Apartheid abgeschafft ist? Haben sie die Hoffnung all derer, die den Kodex als Instrument der Veränderung ernst genommen haben, wahrgemacht und haben zur Überwindung von Apartheid auch über den betrieblichen Raum hinaus beigetragen? Haben sie die Situation ihrer Arbeiter nicht nur ein bißchen verschönert, sondern grundsätzlich verändert, wie die Zielbestimmung des Kodex verlangt?

Sucht man nach Antwort auf diese Fragen, stößt man auf undurchdringliches Dunkel. Kontrolle des Kodex nämlich ist in seinem Entwurf nicht vorgesehen, Sanktionsmaßnahmen im Fall seiner Mißachtung auch nicht, was die Kodex-Initiative von Anfang an unglaubwürdig gemacht hat. Zur Kontrolle des Kodex ist bis heute von seiten der verantwortlichen Politiker kaum etwas getan worden. Die Berichte der Firmen an die Bundesregieirung, vom Kodex verlangt, sind nicht öffentlich. Der Gesamtbericht der Bundesregierung, in dem die Namen der Firmen nicht genannt sind, sorgte durch seine Pauschali-

tät bisher eher für die Verdunkelung als für Aufhellung der Kodexszene. Auch das Bundestagshearing zum Kodex im Juni 1980 brachte kein Licht in das Dunkel. Nachprüfbar war nichts von dem, was dort berichtet wurde. Nur die Unternehmer kamen zu Wort. Diejenigen aber, die direkt betroffen sind, die schwarzen Arbeiter, die wurden nicht gehört. Unwidersprochen standen die Behauptungen der Firmenvertreter im Raum. In schöner Eintracht erklärten sie, „wir halten diesen Kodex selbstverständlich ein", lehnten jedoch im gleichen Atemzug kategorisch das Ansinnen ab, durch Veröffentlichung ihrer Berichterstattung diese Behauptung kontrollierbar zu machen.

Eine Überraschung allerdings brachte das Hearing: einhellig versicherten die anwesenden Unternehmer, die bei Verabschiedung des Kodex empört auf die „Illegalität" der Kodexforderungen nach südafrikanischem Recht hingewiesen hatten, daß es Interventionen von seiten der südafrikanischen Regierung nicht gegeben habe, im Gegenteil: er sei „mit offenen Armen begrüßt" worden; ein irritierender Tatbestand, wenn man sich daran erinnert, daß der Kodex zur Beseitigung von Apartheid beitragen will, die gegenwärtige südafrikanische Regierung jedoch geradewegs auf das Gegenteil aus ist.

Unter dem Deckmantel der vielberufenen „Reformen" setzt nämlich die Botha-Regierung durch massenhafte Deportation von Schwarzen in die Zwangsumsiedlunglager der „Homelands" die Apartheid noch rigoroser in die Tat um als in der Vergangenheit. Die positive Reaktion der Regierung auf den Kodex der Europäer dokumentiert, daß sie kontrollierte Beseitigung von Rassendiskriminierung keineswegs als Gefährdung ihrer Apartheidpolitik, sondern eher als deren Stabilisierung betrachtet; denn es geht ihr heute weniger um Diskriminierung der Schwarzen, als um ihre staatsrechtliche Ausbürgerung, durch die eines Tages Diskriminierung im dann „weißen" Südafrika sowieso gegenstandslos würde. Kein Wunder also, daß die südafrikanische Opposition diesen Kodex von Anfang an mit tiefem Mißtrauen bedachte, fügt er sich doch mit seinen Einzelrichtlinien nahtlos ein in den Kurs der sogenannten „Reform"-Politik der „total strategy", der totalen Strategie. Die aber versucht mit den Mitteln des Kodex – Abbau von Diskriminierung, mehr Gerechtigkeit im industriellen Bereich – eine schwarze Mittelschicht durch Privilegierung in ein Bündnis mit den weißen Herrschenden zu manövrieren, um ungestört die Ausweisung der schwarzen Mehrheit aus Südafrika zuende führen zu können. Bothas Politik verfolgt also mit den gleichen Mitteln, mit denen der Kodex Apartheid beseitigen will, ihre endgültige Durchsetzung. Der Kodex ist daher ideal dazu geeignet, mißbraucht und seinem eigenen Ziel entfremdet zu werden, wenn er von den Unternehmern nicht bewußt als Herausforderung des südafrikanischen Apartheidssystems eingesetzt wird.

Hört man schwarzen Arbeitern aus deutschen Firmen in Südafrika zu, wenn sie über den Alltag im Betrieb berichten, ist man bestürzt, wie sehr Angst und Einschüchterung der Schwarzen in der Apartheidgesellschaft auch ihr Leben in den Firmen bestimmen.

Drei Jahre nach seiner Verabschiedung scheint der Kodex für die Arbeiter

kaum etwas verändert zu haben. Keinesfalls jedoch übt er die Wirkung eines „Gegenentwurfs" zur Apartheid aus, wie seine Zielsetzung anstrebt.

Im Frühjahr 1980 wurden etwa 300 schwarze Arbeiter von 12 deutschen Tochterunternehmen in Südafrika nach ihrer Erfahrung mit dem Kodex gefragt; eine Befragung, die ständig beschattet war von der Angst der Arbeiter, da die Weitergabe von Informationen aus dem Industriebereich in Südafrika seit 1978 unter Strafe steht, wenn sie nicht ausdrücklich vom zuständigen Minister genehmigt wurden.

Die formalen Ergebnisse dieser Befragung sind schnell benannt:

1. Ein einziges der zwölf untersuchten Unternehmen (VW) hatte zum Zeitpunkt der Befragung eine unabhängige schwarze Gewerkschaft anerkannt. 2 Unternehmen (Siemens und Hella) hatten eine sogenannte „Parallelgewerkschaft" anerkannt, die nach gesetzlicher Vorschrift weißer Führung unterliegt.

Die Interessenvertretung der schwarzen Arbeiter in den übrigen Firmen fand ausschließlich durch sogenannte „Liaison-Committees" (oder „works-councils") statt, in denen Managementangehörige mit Arbeitern zusammensitzen. In acht der zwölf untersuchten Firmen führte ein weißer Managementangehöriger den Vorsitz dieser Komitees. Eine Firma (M.A.N.) hatte keinerlei Interessenvertretung für scharze Arbeiter.

2. Keines der zwölf untersuchten Unternehmen hatte die Mindestlohnforderung des Kodex nach 50%iger Überschreitung des amtlichen Existenzminimums erfüllt. Sieben der Unternehmen lagen mit ihrem Mindestlohn noch unter dem amtlichen Existenzminimum.

3. Nach Aussage ausnahmslos aller befragten Arbeiter wurde in keinem der untersuchten zwölf Unternehmen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ungeachtet der Hautfarbe gezahlt. Die Arbeiter berichten von zahlreichen diskriminierenden Lohnpraktiken.

4. Zugang zu Fort- und Ausbildungskursen stand in allen untersuchten Unternehmen nur einem verschwindend geringen Prozentsatz der schwarzen Arbeiter offen. In einigen Firmen gab es keinerlei Möglichkeit für Weiterbildung.

5. In zehn der zwölf untersuchten Firmen funktionierte nach Aussage der befragten Arbeiter die Rassetrennung in Kantinen und Toiletten weiterhin reibungslos, auch wenn in einigen Firmen die diskriminierenden Hinweisschilder fehlen. Rassentrennung in diesen Einrichtungen wurde jedoch trotz des Fehlens der Schilder geübt und auch kontrolliert. Lediglich von Volkswagen wurde bekannt, daß es die Aufhebung der Trennung in den Toiletten auch gegen den Willen der weißen Belegschaft durchsetzte.

Im April dieses Jahres ist der zweite Bericht der Bundesregierung zur Anwendung des Kodex erschienen, genauso vage und nicht nachprüfbar wie schon der erste. Der Kommentar eines Betroffenen in Südafrika zu dieser anonymen

Form der Berichterstattung: „Wenn wir jemals Berichte hier zu sehen bekommen, dann sind darin alle Firmen zusammengeworfen. Da heißt es dann: soundsoviele Firmen praktizieren A, B und C, bei soundsovielen gibt es E und D – wir erfahren nie, welche Firmen das sind . . . so ist das Ganze ein ziemlich geheimes Verfahren zwischen den Managements hier, den Muttergesellschaften in Übersee und den Regierungen dort."

Was sich in den „Berichten der deutschen Bundesregierung über die Anwendung des EG-Verhaltenskodex" niederschlägt, hat eine lange Tradition. Was Kurt Tucholsky aus anderem Anlaß zwar und schon 1928 geschrieben hat, gilt auch für diese „Berichterstattung": „Mit Deklamationen ist gar nichts getan ... Da muß nicht nur eine sorgfältige Untersuchung ... angestellt werden: es müssen vor allem die Namen ... der Unternehmer, der Firmen ... genannt werden ... und wenn sich die Syndici der Herren auf den Kopf stellen ... So viel soziales Gewissen wird doch in breiten Kreisen noch zu finden sein ... Wenn man in dieser Welt kämpft, dann muß konkret gekämpft werden! Namen nennen! Namen nennen!"

„Namen nennen!"

„Namen nennen" – hören wir also einmal den schwarzen Arbeitern der einzelnen Firmen zu, was sie zu berichten haben von BMW, Siemens, M.A.N., Höchst, Bosch, Klöckner, AEG, Daimler-Benz, und den anderen. Alle diese Firmen hatten unzählige Gelegenheiten, sich in der Öffentlichkeit zu äußern, in Geschäftspublikationen, Presseberichten und in der Anhörung des Bundestags im Sommer 1980. Die Arbeiter hatten diese Gelegenheit bisher nicht. Es ist an der Zeit, daß die schwarzen Arbeiter endlich selbst zu Wort kommen, ihre Erfahrungen berichten, die Atmosphäre schildern, die in den Firmen herrscht, die sich statistischer Berichterstattung entzieht. Das verrät viel mehr davon, ob eine Firma sich dem Ziel des Kodex verpflichtet fühlt als Lohnstatistiken und Rechenschaftsberichte über die Anzahl schwarzer Lehrlinge in der Firma, ob es drei sind oder vier. Nur die Arbeiter können beurteilen, ob der Kodex ihre Situation verändert hat, innerhalb der Fabrik und ausserhalb, ob er ihnen die Angst und Unsicherheit genommen hat, der sie als schwarze Südafrikaner in der Apartheidgesellschaft Tag für Tag ausgesetzt sind, ob er ihnen das Gefühl von Menschenwürde, Respekt und Vertrauen vermittelt hat, das in der Apartheidgesellschaft verweigert wird, ob er ihnen Beistand geleistet hat bei ihren Problemen mit den „Bantu"-Behörden, wenn es um ihre Wohngenehmigung im sogenannt „weißen" Gebiet geht, bei Problemen mit Polizei und Sicherheitsdienst, denen kein schwarzer Südafrikaner sich entziehen kann.

Immer wieder stößt man auf die resignierte Einschätzung:

„Ausländische Firmen praktizieren Apartheid bis zum Äußersten! Die Firmen verteidigen diese rassistischen Apartheidgesetze . . . Ich habe den Eindruck, daß die ausländischen Firmen die Apartheid zu ihren eigenen Gunsten nutzen, auch wenn sie zuhause bei sich, in Übersee, nicht aufhören, liberale Reden zu halten. Aber hier, in Südafrika sehen wir ein anderes Bild von ihnen, ein ganz und gar anderes." (Schwarzer Gewerkschafter aus Pretoria)

Und ein schwarzer BMW-Arbeiter ergänzt:

„Meine eigenen Erfahrungen – lassen Sie es mich so sagen: zu Beginn, wenn die Deutschen neu herüberkommen, sind sie noch ziemlich frei. Aber wenn sie drei Monate hier sind, sehen sie nur noch schwarze ‚boys' und ‚girls' überall in der Fabrik, nicht mehr Arbeiter. Sie fangen damit an, sich wie der typische Bure zu benehmen. Das Schreckliche an Apartheid ist ja nicht nur, daß die Buren einen ausbeuten. Nein, die Deutschen tun es, die Engländer tun es, die Amerikaner tun es. Sie sitzen weit weg von Südafrika und alle schreien und rufen nach Gleichheit. Das ist schrecklich. Und sie ignorieren das, weil es ihnen im Moment ihren Profit erhöht. Der Bure hier ist doch weniger Schuld als diese Ausländer. Er hat oft keine Schulbildung, man gibt ihm einen Posten und sagt ihm: ‚du kannst die Aufsicht führen über diese Kaffirs und dafür werden wir dir Geld zahlen. Paß auf, daß sie auch arbeiten!'"

Ein Arbeiter von C.D.A. (Daimler-Benz):

„Sobald Ausländer hier höhere Positionen innehaben sind sie schlimmer als die Südafrikaner. Am Anfang sind die meisten recht nett, aber je länger sie hier sind, desto schlimmer werden sie. Die generelle Haltung der Deutschen scheint mir schlimmer als die der Südafrikaner. Mehr oder weniger können wir mit den Südafrikanern doch wenigstens reden, mit den Deutschen gar nicht. Sie geben sich unheimlich überlegen."

Der Anpassungsprozeß der deutschen Unternehmer an die Apartheidgesellschaft scheint perfekt zu gelingen; so perfekt, daß es sogar Fälle zu geben scheint, wo es zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und der berüchtigten Sicherheitspolizei kommt.

„Arbeiter von BMW haben mir erzählt, daß Angehörige des Managements von BMW die Polizei rufen, wenn sie von einem Arbeiter wissen, daß er sich politisch betätigt und daß sie diesen Arbeiter dann von der Polizei abholen lassen. Also haben die Arbeiter große Angst." (Schwarzer Sozialarbeiter)

Auch zu den Apartheidgesetzen – dem Paßgesetz z. B. – scheinen einige deutsche Unternehmer ein ungetrübtes Verhältnis zu haben. Sie scheuen sich nicht, einige Gesetze zu schützen, wo ein Schwarzer mit ihnen in Konflikt gerät. Ungefragt kritzelte ein BMW-Arbeiter auf die Rückseite eines Fragebogens:

„Ein Schwarzer wurde von der Polizei verfolgt (weil er kein Paßbuch bei sich hatte) und lief vor ihr weg und floh auf das Gelände unserer Firma. Anstatt daß das Management ihm half, riefen sie die Polizei und lieferten ihn der Verhaftung aus. Er wurde festgenommen, weil er kein Paßbuch vorzeigen konnte. Das geschah im März 1979."

Kein Wunder also, daß in vielen Firmen die Arbeiter auch dort mit Angst reagieren, wo ihnen der Kodex ausdrücklich Rechte zusichert. Der Verhaltenskodex, weit weg in Europa verabschiedet, spielt keinerlei Rolle im Firmenalltag, wenn das Management es nicht wünscht.

Kodex 1: Frei gewählte Interessenvertretung für schwarze Arbeiter, auch die freie Wahl einer Gewerkschaft, sollte gesichert sein.

„Die Arbeiter haben Angst, offen der Gewerkschaft beizutreten", berichtet ein schwarzer Sozialarbeiter, „nicht nur aus Angst vor der Polizei, sondern weil sie fürchten müssen, dann entlassen zu werden."

Und ein BMW-Arbeiter:

„Es ist ja ganz einfach: wenn der Arbeiter weiß, daß das Management gegen die Gewerkschaft ist,

wie soll dann der einfache Arbeiter Mut haben, ihr beizutreten und auch noch seinen Gewerkschaftsbeitrag vom Management einbehalten zu lassen? Das Management von BMW mag die Gewerkschaften nicht. Neulich gab es den Fall, daß Gewerkschaftsmitglieder einzeln verhört wurden, weil sie ‚stop orders' (Einzugsermächtigung der Gewerkschaftsbeiträge) unterzeichnet hatten. Offiziell sagte das Management, daß es lediglich die Unterschriften bestätigen lassen wollte, aber das stimmt nicht. Sie versuchten, die Leute einzuschüchtern und sie von der Gewerkschaft wegzuziehen. Das Ergebnis war, daß viele ihre Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft aufgaben. Sehen Sie, jeder Schwarze versucht, unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen, irgendwie klar zu kommen. Ihnen sitzt immer die Angst im Nacken, aus irgendeinem Grund verhaftet zu werden. Also müssen sie arbeiten, zu welchen Bedingungen auch immer, um ihre Familie durchzubringen. Und diese Lebensumstände spielen eine wichtige Rolle dabei, wie leicht die Leute beeinflußbar sind. Wenn das Management zu verstehen gibt, daß es etwas nicht will, dann genügt das."

„Wissen Sie, Siemens arbeitet eng mit der südafrikanischen Regierung zusammen. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß sie eine positive Haltung den Gewerkschaften gegenüber haben", auch bei Siemens-Arbeitern also der Eindruck einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung des Managements, „es mag ja sein, daß Siemens die sogenannten Gewerkschaften, die jetzt von der Regierung lanciert werden, anerkennt, ganz sicher aber nicht die unabhängigen Gewerkschaften. Ich erinnere mich z. B., daß 1977 ganz allgemein Unruhe aufkam und immer wieder von den Arbeitern der Wunsch nach einer Gewerkschaft geäußert wurde . . . Von den Mitgliedern des Liaison-Komittees wurde uns daraufhin vorgehalten, daß das ganz unmöglich sei, weil es erst vom Management genehmigt werden müsse und das werde das Management niemals tun."

Siemens erkennt tatsächlich inzwischen eine sogenannte „Parallelgewerkschaft" an, die einer weißen Gewerkschaft angeschlossen ist und nur 25% der schwarzen Siemens-Arbeiter vertritt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Siemens durch die Anerkennung dieser kollaborationsbereiten Gewerkschaft zum einen hofft, die formale Erfüllung der ersten Kodexforderung proklamieren zu können, zum anderen sich in den Kurs der südafrikanischen Regierung zu fügen sucht, die neuerdings durch Anerkennung registrierter Gewerkschaften die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung auszuschalten und sie in die staatliche Kontrolle einzubinden versucht.

Bedenkt man, daß die Kodexforderung nach Anerkennung unabhängiger schwarzer Gewerkschaften das Zentrum des Kodex ist, durch deren Erfüllung alle weiteren Regeln überflüssig werden, da eine mit Verhandlungsmacht ausgestattete Arbeiterschaft sich die Durchsetzung dieser Regeln selbst erkämpfen kann, dann kann man den Kodex nur als gescheitert betrachten, wenn drei Jahre nach seiner Verabschiedung Volkswagen als einziges deutsches Unternehmen eine unabhängige Schwarze Gewerkschaft anerkannt hatte (von etwa 300 Unternehmen, die in Südafrika arbeiten). Die von Arbeitern immer wieder berichtete gewerkschaftsfeindliche Haltung ausländischer Firmen schlägt sich darin nieder, daß es in vielen Firmen keinerlei gewerkschaftliche Organisation schwarzer Arbeiter gibt, wie z.B. ein schwarzer Journalist von AEG berichtet:

„Die Grundstimmung bei AEG war, daß die Arbeiter Angst hatten, zu reden. Gewerkschaftlich organisiert waren die schwarzen Arbeiter von AEG offensichtlich nicht. Die wußten nichts über Gewerkschaften, auch die gebildetsten unter ihnen wußten nichts. Sie haben einfach keine Ahnung, was eine Gewerkschaft ist."

Bei Bayer, Bosch und Klöckner war die Situation die gleiche: keinerlei Infor-

mation der Arbeiter über Gewerkschaften. „Wir haben keine Gewerkschaften", so ein schwarzer Arbeiter von Klöckner, „für Schwarze gibt es keine Gewerkschaften, nur für Farbige, und für Weiße natürlich."

Bei einer derarten Haltung deutscher Unternehmer gegenüber schwarzen Gewerkschaften, kann man kaum erwarten, daß sie den innerbetrieblichen Arbeitervertretungen, den Liaison- oder Works-Komitees, echte Verhandlungsmacht zubilligen. Die resignierten Schilderungen der Arbeiter über die Wirkungslosigkeit der Komitees überraschen also nicht.

„... das Liaison-Komittee? Die sind völlig machtlos. Das Komitee ist ganz überflüssig ... und das geben sie auch selber zu. Faktisch sind sie nichts anderes als die Übermittler der Wünsche des Managements an die Arbeiter. Natürlich hat es kleine Verbesserungen gegeben durch die Arbeit des Komittees, wie z. B. das Verlegen der Kanitne von einer Seite des Gebäudes zu einer anderen. Sie tun nur solche Dinge. Aber wenn es zu konkreten Forderungen kommt, dann sind sie völlig ineffektiv. In Lohnfragen z.B. darf das Komitee überhaupt nicht mitreden."

Fr.: „was tut das Komittee denn überhaupt?"
„Nichts!" (lacht) (schwarzer Siemens-Arbeiter)

Bei Klöckner sieht es nicht anders aus:

„Gibt es in der Firma ein Komitee?"
„Ja."
‚Hat es irgendwelche Macht gegenüber dem Management?"
„Oh nein, die haben keinerlei Macht. Nein, nein. Treffen tun sie sich alle zwei Monate. Aber wir erfahren niemals, was in diesen Sitzungen passiert, sie veröffentlichen keine Protokolle und berichten auch sonst nicht. Wir bekommen nicht einmal eine Antwort, wenn wir Beschwerden an unsere Vertreter im Komitee richten. Denn sogar die haben Angst davor, rausgeworfen zu werden." (schwarzer Klöckner-Arbeiter)

Ganz eindeutig, daß in den innerbetrieblichen Komitees die Arbeiter zur Machtlosigkeit verurteilt sind, da ihre Abhängigkeit vom Arbeitsplatz es ihnen gar nicht erlaubt, sich gegen die Beherrschung des Komitees durch das Management erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Ironisch kommentiert ein Mitglied der BMW-Arbeitervertretung das Komitee:

„Theoretisch liegt alle Entscheidungsgewalt beim Komitee. Aber Sie wissen ja, wie so ein Management funktioniert. Theoretisch zwar muß das Management ausführen, was das Komitee will, aber wenn es ‚nein' sagt, dann ist es ‚nein'. Was ich damit sagen will: man ist angestellt dort, wenn einem was nicht paßt, dann wird man eben weggejagt."

„Die schwarzen Vertreter im Komitee haben keinerlei Macht", gibt auch eine schwarze Bosch-Arbeiterin zu Protokoll, „es gibt keine Möglichkeit, durch das Komitee mit dem Management zu verhandeln. Da ist überhaupt niemand, der über unsere Beschwerden diskutiert. Wenn die zusammenkommen im Komitee, dann reden sie über die Klagen, die das Management hat.

Wir haben keine Chance, mit den Mitgliedern des Komitees wirklich zu reden. Es kommt sogar vor, daß sie anschließend dem Management hinterbringen, was man gesagt hat ... also, die Leute haben jetzt Angst, mit den Mitgliedern des Komitees auch nur ein Wort zu wechseln."

Die Vertrauensfrage zum Komitee fiel bei den etwa 300 befragten schwarzen Arbeitern nahezu 100%ig negativ aus. Lediglich VW war wiederum eine Ausnahme, da das Komitee mit Gewerkschaftsfunktionären besetzt ist.

Kodex 3: Der Mindestlohn schwarzer Arbeiter sollte das amtliche Existenzminimum um mindestens 50% übersteigen.

„Unser Hauptproblem ist die niedrige Bezahlung. Unsere Löhne sind furchtbar niedrig. Ich bin seit 8 Jahren bei der Firma und bekomme 48 Rand die Woche." (Monatlich also: 211,20 Rand. Die Mindestlohnforderung des Kodex für Frühjahr 1980 in Durban: 270,49 Rand. Nach acht Jahren Firmenzugehörigkeit bekommt dieser Arbeiter also noch nicht einmal den vom Kodex geforderten Mindestlohn!)

„Und ich arbeite seit 9 Monaten bei M.A.N. und bekomme 31 Rand die Woche" (Monatlich 136,40, d.h. dieser Arbeiter bekommt lediglich 50% des vom Kodex geforderten Mindestlohns).

„Was können Sie gegen derartig niedrige Löhne tun? Haben Sie kein Komitee?"

„Nein, wir haben nichts dergleichen. Gar nichts, kein Komitee. Wenn man eine Beschwerde hat, muß man direkt zum Abteilungsleiter gehen. Wenn der einem nicht helfen will, wirft er einen zum Fabriktor raus, das ist alles." (zwei schwarze M.A.N.-Arbeiter, Frühjahr 1980)

Im Verhaltenskodex 3 heißt es: „Die Gesellschaften sollten eine besondere Verantwortung hinsichtlich der Entlohnung ihrer schwarzen Arbeitnehmer übernehmen". Diese Verhaltensregel zielt auf die Besitigung jener rassischen Diskriminierung, die in dem immensen Lohngefälle zwischen schwarzen und weißen Beschäftigten in der Apartheidgesellschaft deutlich wird. Der durchschnittliche Jahresverdienst (alle Bereiche, ausgenommen Landwirtschaft und private Dienstleistungen):

- eines Weißen 1979: 7627,00 Rand
- eines Schwarzen 1979: 1831,00 Rand

Aus dem Text des Kodex läßt sich eindeutig die Forderung ablesen: Die sofortige Anhebung der Mindestlöhne auf ein Minimalniveau, das dem vollbeschäftigten schwarzen Arbeiter und seiner Familie das Überleben von Tag zu Tag garantiert. Nach der Interpretation des amtlichen Existenzminimums durch den „Erfinder" dieser Definition, Prof. Batson, bedarf es mindestens der 50%igen Überschreitung dieser Armutsgrenze, um „den notwendigen Minimalbedarf an Essen, Kleidung, Licht, Heizung" eines Haushaltes zu decken.

„Ich arbeit seit mehr als einem Jahr bei Klöckner. Ich bin ein einfacher Arbeiter. Ich erinnere mich sehr gut an einen Fall, als Arbeiter gebraucht wurden. Der Manager ging vors Werkstor, wo die Leute standen und nach Arbeit suchten. Er fragte die Leute nach ihrer Ausbildung. Die, die eine bessere Ausbildung hatten, mußten auf die eine Seite gehen, und die Analphabeten auf die andere. Dann forderte er die Analphabeten auf, ihre Arbeitsbücher zu bringen und den Leuten mit der besseren Ausbildung sagte er, daß man solche Leute nicht brauchen könne ... Das war im Januar 1980 ... Was ich meine, warum das so war? Ich glaube, weil sie denken, daß sich diese Leute dann nicht so leicht beschweren, wegen der Bezahlung ... Ich bekomme in der Stunde 1 Rand. (monatlich: 195 Rand, die Kodexforderung betrug 262,50 Rand) ... In der Township, wo wir wohnen sind die Preise noch höher als in den Läden der weißen Stadt. Die Leute in der Township sind ja oft gezwungen, dort zu kaufen ... Z.B. Kerzen – in der weißen Stadt kosten sie etwa 50 cent, bei uns 70 cent. Und Kerzen brauchen wir viel, jeden Tag. Wir könnten einen elektrischen Anschluß beantragen, aber das ist zu teuer. Das kostet mehr als 500 Rand." (Schwarzer Klöckner-Arbeiter)

Alle 12 untersuchten großen deutschen Unternehmen lagen im Frühjahr 1980 mit ihren Mindestlöhnen unter der Kodexforderung.

Ein schwarzer Arbeiter der Bosch-Tochter AEE auf die Frage nach dem Mindestlohn:

„Der Mindestlohn, den ein Schwarzer hier bekommt, wenn er neu eingestellt wird, ist 45 cent die Stunde."
„45 cent? Habe ich Sie richtig verstanden?"
„Ja."

Legt man die Aussage dieses Arbeiters zugrunde, betrug der Mindestlohn im Frühjahr 1980 bei AEE 87,30 Rand, d.h. also nur ein Drittel des vom Kodex geforderten Mindestlohns von 270 Rand. Mit Lohnstreifen belegt sind Stundenlöhne von 60 cent (Lagerarbeiter), von 70 und 71 cent in mehreren Fällen für Geschäftigte in der Qualitätskontrolle. Legt man den Stundenlohn von 60 cent zugrunde, lag die Bosch-Tochter AEE um 60,37 Rand unter der absoluten Armutsgrenze und um 149 Rand, um mehr als die Hälfte, unter der Kodexforderung. Angesichts der Löhne der befragten Arbeiter könnte man vermuten, daß es sich ausschließlich um schwarze Beschäftigte ohne jede Qualifikation und Ausbildung handelt. Diese Vermutung ist falsch. Einige der Befragten arbeiteten in der Qualitätskontrolle als Elektriker, Schweißer waren darunter, Aufseher und sogenannte „charge hands", von ihrer praktischen Funktion her gewissermaßen Vorarbeiter ohne den entsprechenden Status in der Lohnhierarchie allerdings.

Wenn heute BMW, VW und Siemens die „Erfüllung" der Mindestlohnforderung behaupten können, so hat das keinesfalls etwas mit der Existenz des Kodex zu tun. Die Erhöhung der Mindestlöhne Ende 1980 und 1981 ist das Resultat ausgedehnter Arbeitskämpfe schwarzer Gewerkschaften und massiver Streiks. Nicht die Firmen haben diese Lohnerhöhungen in Erfüllung des Kodex gewährt – Siemens hat noch auf dem Hearing im Sommer 1980 Löhne vertiedigt öffentlich, die weit unter der Kodexforderung lagen – sondern die schwarzen Arbeiter haben sich diese Erhöhung gegen den Widerstand der Unternehmer unter persönlichem Risiko erkämpft.

Es ergibt sich noch eine zweite Forderung aus dem Text des Kodex: die schrittweise weitere Anhebung der Löhne schwarzer Beschäftigter generell – und zwar überproportional zur Anhebung der „weißen" Löhne, um sich der Schließung der durch Apartheid bedingten Einkommenskluft zu nähern. Aber auch diesem vom Kodex benannten Ziel scheinen die deutschen Firmen um keinen Schritt näher gekommen zu sein, schaut man sich die Lohnsituation drei Jahre nach Verabschiedung des Kodex an. Auch schwarze Beschäftigte mit jahrelanger Firmenzugehörigkeit steigen gewöhnlich in der Lohnhierarchie in diesen dem Kodex verpflichteten Firmen nicht auf, wie ein schwarzer Journalist von AEG berichtet:

„Der Minimumlohn bei AEG leigt bei 36 Rand. Zwei Lohnbuchhalter haben mir erzählt, daß die am niedrigsten bezahlten Leute 36 Rand bekommen. (Monatslohn: 158,40 Rand; Kodexfroderung: 269,91 Rand) Alle Arbeiter, mit denen wir bei AEG gesprochen haben, verdienten etwa 45 und 50 Rand; einige arbeiteten dort seit 14, einige sogar seit 16 Jahren; aber alle hatten Verdienste etwa in dieser Höhe, was erschreckend ist, wenn man die Zahl der Jahre berücksichtigt, die sie dort schon arbeiten."

Kodex 4:
a) „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"
b) gleiche Chancen in Aufstieg und Ausbildung

„Ich hatte Matrik (Abitur), als ich mich bei Siemens bewarb. Sie erzählten uns bei der Einstellung, daß unser Lohn alle drei Monate erhöht würde. Dies Versprechen haben sie nie eingehalten. Jetzt bekomme ich 94 cent die Stunde. (Monatslohn: 183,30 Rand; Kodexforderung: 266 Rand) ... Wir sind neun schwarze Beschäftigte in unserer Abteilung und wir arbeiten dort mit weißen Frauen zusammen. Wir machen alle ganz genau die gleiche Arbeit, aber das Management hat verschiedene Bezeichnungen für Schwarze und Weiße. Wir z.B. werden ‚drawing administration clerks' genannt, die weißen Frauen dagegen heißen ‚assistant technicians'... Einmal hat mir eine dieser Frauen erzählt, daß sie 320 Rand im Monat bekommt. Ich verdiente zur gleichen Zeit 31 Rand die Woche, also 125 Rand im Monat. Und wir tun genau die gleiche Arbeit." (Schwarzer Siemens-Arbeiter)

Nahezu in allen untersuchten Firmen wurde die Forderung des Kodex 4 durch einen Trick umgangen: inhaltlich gleiche Arbeit wird unterschiedlich bewertet und unterschiedlich bezeichnet und dann folgerichtig unterschiedlich entlohnt. Diese Praktik ist auch von anderen ausländischen Unternehmen bekannt, wie z.B. Untersuchungen über amerikanische und britische Firmen nachweisen. Trotzdem versicherten alle anwesenden Firmenvertreter in der Anhörung vor dem Bundestag die Erfüllung der 4. Kodexforderung und der Geschäftsbericht von Seimens stellt fest:

„Das Prinzip der Gleichheit ... wird angewendet ... unsere uralte und seit langem praktizierte Politik ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit ...'".

Nur: „Das Problem ist, es gibt keine ‚gleiche Arbeit'", kommentiert ein schwarzer Gewerkschafter bei BMW, „Schwarze und Weiße un nie die gleichen Jobs. Man führt einfach verschiedene Jobbezeichnungen ein. Und sie sagen dann: ‚wir diskriminieren die Leute nicht auf der Basis von Hautfarbe, sie tun eben nicht die gleiche Arbeit, deshalb können wir ihnen auch nicht den gleichen Lohn zahlen'. Sie tun zwar die gleiche Arbeit, aber sie werden anders eingestuft, der Schwarze heißt dann eben ‚assistant soundso' ... da gibt es z.B. bei SIGMA Qualitätsinspektoren, der Weiße bekommt 2,10 Rand pro Stunde und der Schwarze 85 cent. Und sie tun ganz genau die gleiche Arbeit. Bei BMW haben sie verschiedene Bezeichnungen eingeführt zwischen Schwarzen und Weißen. Der Weiße heißt dann ‚Inspector', der Schwarze ‚by-off-Inspector', nur um sicherzustellen, daß sie nicht die gleichen Löhne zahlen müssen."

Rassische Diskriminierung ist jedoch nicht nur bei gleicher Qualifikation am gleichen Arbeitsplatz an der Tagesordnung in deutschen Firmen. Schwarze erhalten ihren weißen Kollegen gegenüber auch dann die niedriger eingestuften und schlechter bezahlten Jobs, wenn sie praktisch besser qualifiziert und sogar weisungsbefugt Weißen gegenüber sind. Allerdings können sie die höhere Qualifikation selten durch eine formal anerkannte Ausbildung nachweisen, da Schwarze bis 1979 von der Facharbeiterausbildung durch Gesetz ausgeschlossen waren. In zahllosen Schilderungen von Arbeitern jedoch wird deutlich, daß in vielen Fällen die schwarzen Arbeiter durch jahrelange Erfahrung die eigentlichen Fachleute sind, in der Firmenhierarchie jedoch trotzdem unter den minder qualifizierteren weißen Kollegen eingestuft sind.

„Die Arbeiter z.B. erzählen folgendes: da wird ein weißer Arbeiter bei BMW eingestellt, er hat wirklich keine Ahnung von irgend etwas. Der Schwarze also muß dem Weißen den Job beibringen, aber am nächsten Tag wird der Weiße der Vorgesetzte dieses Schwarzen."
(Schwarzer Gewerkschafter bei BMW)

Ein Arbeiter von M.A.N. teilt diese Erfahrung:

„Wir unterrichten die Weißen, ich z. B. unterrichte ‚mechanical training'. Ich bin also gewissermaßen der ‚Vorgesetzte' der Weißen, aber natürlich nennen sie mich nicht so. Sie nennen mich einen ‚Assistenten'. Der Weiße, den ich unterrichte, der bekommt 105 Rand die Woche und ich, wie gesagt, 48 Rand ... Wir werden alle ohne Ausnahme als unqualifizierte einfache Arbeiter betrachtet und auch so behandelt, dabei habe ich eine Schulbildung bis Standard 9 und eine Ausbildung mit Abschlußzertifikat. Aber es gibt keine Gradunterschiede unter uns Schwarzen, keinen einzigen schwarzen Arbeiter in der ganzen Firma, der als ‚qualifiziert' eingestuft ist. Obwohl viele von uns ganz genau die gleiche Arbeit tun wie die Weißen ... Aber natürlich ist die Bezahlung nicht gleich. Auch die ‚Farbigen' bekommen mehr. Wenn z. B. heute ein ‚Farbiger' in die Firma kommt, muß ich ihn unterweisen, aber nach kurzer Zeit bekommt er viel mehr Geld als ich. Wenn ich mich darüber beschweren würde, dann wäre ich draußen. Gefeuert."

Die gleiche Situation bei der Bosch-Tochter AEE:

Eine Arbeiterin: „*Ich mußte immer alle Weißen ausbilden* ... und trotzdem bekamen die mehr Lohn als ich, die sie anlernte. Und natürlich bekamen sie anschließend einen höheren Job. Und auch dann noch, als sie mir vorgesetzt waren, kamen sie immer und fragten mich um Rat, wie sie dies oder jenes zu machen hätten – ihre Arbeit . . .".

Der schwarze Arbeiter, auch wenn er in höhere Bereiche der Firmenhierarchie vordringt, für die er erfahrungsgemäß höhere Qualifikationen braucht als sein weißer Kollege, ist in der Regel immer der „assistant", der „by off". Immer wird ihm die ihn seinem weißen Kollegen gegenüber herabwertende Bezeichnung des Assistenten beigegeben.

„Sie haben für uns Schwarze jetzt ein paar Aufsichtsfunktionen eingeführt ... z. B. den Posten des ‚assistant foreman'. Früher gab es den ‚foreman', den ‚supervisor' und den ‚superintendent'. Alle waren weiß. Dem ‚formean' war ein schwarzer team-leader unterstellt. Den haben sie jetzt auf die Stufe des ‚foreman' erhoben, allerdings nennen sie ihn nicht so, sondern ‚assistant foreman'." (Arbeiter bei BMW)

In bestimmten Lohngruppenbereichen gibt es eine schmale Zone, in denen Schwarze und Weiße um die gleichen Arbeitsplätze miteinander konkurrieren. Wie die „Ford-Studie" nachgewiesen hat, haben die Schwarzen in diesem Bereich eine weitaus höhere Qualifikation als die Weißen. Sieht man jedoch von diesem schmalen Bereich gleicher Jobs für Schwarze und Weiße ab, bedeutet die Beteuerung der Unternehmer „wir zahlen gleichen Lohn für gleiche Arbeit" nichts anderes, als ein unkritisches Übernehmen bestehenden Apartheidgesetze in Südafrika von vorneherein von der Konkurrenz um „gleiche Arbeitsplätze" wegen der benachteiligten Bildungschancen ausgeschlossen ist. Solange die Untrnehmer schwarze Arbeiter im Betrieb nicht überproportional durch Ausbildungskurse fördern, kann die 4. Kodexforderung nach „gleichem Lohn" inhaltlich nicht erfüllt werden, da es „gleiche Arbeit" dann nicht gibt. Von einer derartigen Förderung schwarzer Arbeiter in deutschen Firmen in Südafrika kann bis heute jedoch nicht die Rede sein. Bedenkt man, daß z. B. bei Siemens der Anteil der Weißen an der Lehrlingsausbildung 78% beträgt, der der Schwarzen jedoch nur 13%, dann wird deutlich, daß der Kodex weit entfernt davon ist, eine Korrektivfunktion in der Apartheidgesellschaft auszuüben.

„Egal, wie qualifiziert du bist, du bist schwarz", resümiert bitter ein BMW-Arbeiter, „und du bekommst regelmäßig alle diese harmlosen Jobs, in denen du nie schöpferisch sein kannst. Auch wenn wir die qualifizierteren sind, die Weißen bekommen doch die besseren Jobs."

Kodex 6: Aufhebung der Rassentrennung in den betrieblichen Einrichtungen

„Ganz allgemein ist die Haltung des Managements von Siemens sehr, sehr unfair. Ich erinnere mich, daß ich einmal in der scheußlichen Situation war, daß ich ganz dringend auf die Toilette mußte. Die Toiletten auf unserer Etage werden nur von Weißen benutzt. Ich ging also dieses Mal auf die ‚weiße' Toilette. Ein Weißer kam und fand mich dort, meldete mich beim Personalchef. Ich wurde hinzitiert. Der fragte mich, warum ich die weiße Toilette benutzt hätte, obwohl es doch eine Toilette für Schwarze gäbe. Ich erklärte es ihm. Seine Antwort war: ‚wie dringend es auch sein mag, Sie dürfen niemals die weiße Toilette benutzen.' Es steht zwar nichts auf den Türen von Rassentrennung, das wird einem von den Angestellten des Personalbüros erklärt, welche man benutzen darf und welche nicht. Gekennzeichnet sind sie nicht." (Siemens-Arbeiter)

Bei Klöckner gibt es den taktvollen Verzicht auf ausdrückliche Hinweisschilder und die Ersetzung durch farbige Figuren wie bei Siemens noch nicht.

„... nein, alles ist getrennt ... da steht auf den Türen geschrieben ‚für Weiße', ‚für Farbige', ‚für Schwarze' steht drauf ... (und die Kantinen) die sind auch getrennt, die sind auch nicht gleich, das Essen ist verschieden. Sport gibt es übrigens auch in der Firma, Tennis und Rugby usw., aber wir dürfen nicht daran teilnehmen, für Schwarze gibt es nur Fußball." (Schwarzer Klöckner-Arbeiter)

Die Arbeiter der Bosch-Tochter AEE erleben die gleiche Diskriminierung in ihrer Firma:

„Es gibt Betriebssport, aber nach Rassen getrennt; auch in den Kantinen sind wir getrennt ... das ist total verschieden – was das Essen betrifft und auch alles andere ... (die Toiletten) sind getrennt ... die sind gekennzeichnet ... da steht dran: ‚nur für Schwarze', ‚nur für Weiße' ... wenn Besucher (aus Deutschland) kommen ... diese Schilder sind dann nicht mehr da ... selbst anderes ist getrennt – da gibt es z. B. eine Tür zu den Büros ... ‚diese Tür ist nur für Weiße', sagten sie mir. Man durfte also nicht durch diese Tür gehen, man mußte immer außen herumgehen." (Schwarzer Bosch-Arbeiter)

Nicht in allen Firmen findet die Rassentrennung so unverhüllt statt. Bei BMW und Höchst sind die Hinweisschilder verschwunden, die Rassentrennung offiziell aufgehoben. In Gesprächen mit Arbeitern jedoch zeigt sich, wie glatt die Trennung auch dann reibungslos weiter funktioniert. Was sich die Firmen einfallen lassen, um die Diskriminierung der Trennung zu verdecken, könnte komisch anmuten, wäre es nicht ein alarmierendes Symptom für die herabsetzende Haltung mit der man dem schwarzen Mitarbeiter begegnet.

„Ich werde Ihnen ein Beispiel geben, für das, was bei BMW passiert: sie haben also angekündigt, alles werde in Zukunft gleich sein. In den weißen Kantinen gab es immer Tischdecken, in den schwarzen nicht. Was taten sie also? Sie nehmen den weißen Kantinen die Tischdecken weg! Das nennen sie nun ‚gleichmachen'. Es ist einfach lächerlich, sie setzen den Standard der Weißen herab, statt den der Schwarzen zu erhöhen!" (BMW-Arbeiter)

Was die offizielle Aufhebung der Rassentrennung im Firmenalltag bedeutet, davon können die Arbeiter endlose Geschichten erzählen:

„Ich ging einmal in eine ‚weiße' Toilette. Ein Bure kam herein und fragte mich, was ich in einer weißen Toilette zu suchen hätte. Ich antwortete ihm, die offizielle Politik von BMW sei, daß es keine nach Rassen getrennten Toiletten mehr gebe. Der konnte das nicht glauben. Wahrscheinlich ist er deswegen zum Management gegangen. Am nächsten Morgen sah ich, daß auf die Tür einer Toilette ‚black' gemalt wurde; uns sagte man, wir hätten in Zukunft diese Toilette zu benutzen."

Für schwarze Arbeiter ist der Punkt der Integration der Betriebseinrichtungen von untergeordneter Bedeutung. Für schwarze Gewerkschafter ist die Besei-

tigung jener berüchtigten Hinweisschilder „nur für Weiße", „nur für Schwarze" nichts anderes als eine kosmetische Operation, die nichts kostet, sich bei Betriebsbesichtigungen ausländischer Besucher gut ausnimmt und davon abgesehen höchstens dazu dient, von dem eigentlichen Problem der massiven ökonomischen und sozialen Benachteiligung der schwarzen Arbeiter in den Betrieben und in der Gesellschaft abzulenken. Solange generell im Betrieb die weiße Hautfarbe identisch ist mit dem oberen Ende der Firmenhierarchie, die schwarze dagegen mit dem unteren Ende, solange bei den Aufstiegs- und Ausbildungschancen die Spielregeln der Apartheid gültig bleiben, solange ändert sich auch in den Kantinen praktisch nichts, auch wenn die diskriminierenden Schilder entfernt sind.

„Die Arbeiter sagen: was bedeutet das schon, wenn diese Dinge gemischtrassisch sind? Wenn z. B. die Kantinen gemischtrassisch sind, die schwarzen Arbeiter aber nicht das Geld für eine vernüftige Mahlzeit haben, die sich z. B. ein weißer Arbeiter leisten kann?" (Schwarzer Sozialarbeiter)

Solange die schwarzen Arbeiter im Arbeitsprozeß immer nur die „assistants" sind, immer nur die „boys", die Untergebenen und Unqualifizierten, die weißen dagegen die Vorgesetzten, die „natural supervisors", die Herren, solange wird bei schwarzen Arbeitern kaum das dringende Bedürnis bestehen, in der Mittagspause mit ihren Aufsehern zusammenzusitzen, weil grundsätzlich ein Verhältnis ebenbürtiger Partnerschaft, das die Voraussetzung von Gemeinschaft ist, fehlt.

Ein Arbeiter bei Höchst: „Was bedeutet das schon, integrierte Kantinen? Wir sitzen unter einem Dach – sie sitzen für sich, wir sitzen allein für uns ... Es gibt keine Trennwände. Nur, wenn da zwei oder drei Weiße an einem Tisch sitzen und du versuchst, dich dazuzusetzen, dann kannst du es fühlen: sie wollen dich nicht. Und dann fangen sie plötzlich an, sich in Afrikaans zu unterhalten oder so etwas. Und dann fühlst du dich ungemütlich und gehst und suchst dir einen anderen Platz ...".

Mit der Aufhebung der Rassentrennung in den betrieblichen Einrichtungen ist es wie mit dem Kodex als ganzem. Die Erfüllung der 6. Kodexforderung nach Integration in Kantinen, Umkleideräumen und Sportveranstaltungen ist nur sinnvoll und relevant, wenn Apartheid und Diskriminierung auch im Arbeitsprozeß, bei Einstufung in der Lohn- und Jobhierarchie und in den zwischenmenschlichen Beziehungen gänzlich verschwunden sind. Ist der Kodex in seinen zentralen Punkten der Abschaffung ökonomischer Diskriminierung nicht erfüllt, dann hat die Erfüllung der sechsten Forderung tatsächlich lediglich einen ablenkenden, also „systemstabilisierenden" Effekt, wie die südafrikanische Opposition das dem Kodex als Ganzem vorwirft.

Tatsächlich bedeuten ein paar Rand mehr Lohn, drei oder vier schwarze Lehrlinge in einem Unternehmen und die Entfernung einiger Hinweisschilder „nur für Weiße" für sich genommen in keiner Weise „Erfüllung" des Kodex, durch Abbau der Apartheid eine strukturelle politische Veränderung in Südafrika anzustreben. Solange ausländische Unternehmen lediglich formal und zurückhaltend die Kodexregeln im einzelnen einhalten – noch nicht einmal das tun sie! – solange bedeutet das nichts anderes als nahtlose Anpassung an

die modernisierte Apartheidstrategie der Botha-Regierung. Denn ausnahmslos alle Kodexregeln sind heute auch Bestandteil der südafrikanischen Politik: Beseitigung „unnötiger" Diskriminierung, Legalisierung schwarzer Gewerkschaften und schwarzer Facharbeiterausbildung. Innerhalb der „totalen Strategie" haben diese Maßnahmen die eindeutige Funktion der Verteidigung des Systems. Schwarze Südafrikaner sind sich dieser Funktion durchaus bewußt:

„Solange die politischen Rahmenbedingungen in Südafrika die gleichen bleiben, solange wir der Kodex grundsätzlich irrelevant sein ... Die ausländischen Unternehmen wissen genau, daß sie auf viele Weise Apartheid mit aufrechtzuhalten helfen. Alles ist aus Europa importiert. Nehmen sie z.B. das Abhörsystem, mit dem die Geheimpolizei die Telefone abhört: es ist von Siemens geliefert ... Also – in welcher Hinsicht kann der Kodex von praktischem Nutzen sein, wenn diese Dinge so bleiben wie sie sind? ... Ich bin ein Gefangener in dem Gebiet, in dem ich lebe. Denn der Stempel in meinem sogenannten Paßbuch besagt, daß ich mich nur solange in diesem Gebiet aufhalten darf, wie ich für Mr. Soundso arbeite. Das heißt: wenn ich meinen Job verliere, gehöre ich nirgendwo mehr hin, es sei denn, in irgendwelche Bantustans ... Diese Gebiete sind weit von den Städten entfernt. Die Leute dort verhungern ganz einfach. Sie reden nicht von Unterernährung, denn das ist Luxus für sie, Unterernährung! Was also soll das bißchen, das sie mit dem Kodex tun? ... Wenn überhaupt, dann nützen sie nur den ganz wenigen, die zufällig das Glück haben, in den Städten zu wohnen. Aber die Mehrheit der Leute in den ländlichen Gegenden, die hauptsächlich Wasser trinken, um zu überleben, die kümmert sie nicht! Während die ausländischen Firmen jeden Tag Millionen Gewinne hier machen und der Goldpreis ständig steigt. Also – solange ich hier kein Recht auf Staatsbürgerschaft habe, solange ich überhaupt keine Rechte habe, nicht wählen darf, solange ist nichts an Veränderung geschehen, verstehen Sie?"

Schaut man sich den Alltag in deutschen Firmen in Südafrika an, kann man der resignierten Einschätzung der Opposition nur recht geben: die Erfahrung der Arbeiter lehrt, daß er bisher nichts verändert hat, nichts wesentliches auf jeden Fall. Angst und Unischerheit sind lebendig, wie eh und je.

„Ich habe Angst ... alle haben sie Angst ..." (Höchst-Arbeiter)

„Die Mehrheit sieht uns nicht einmal als Menschen an ... das wird noch lange dauern, bis es sich ändern wird ... wir sind einfach müde ... wir haben einfach Angst, selbst wenn wir etwas tun könnten, wir haben zu viel Angst. Angst davor, verhaftet zu werden, Angst davor, entlassen zu werden ... Wir Schwarzen haben immer Angst, rausgeworfen zu werden." (Klöckner-Arbeiter)

„Es gab einen Fall bei uns, da ist ein Mann gestorben vor Angst. Er hatte derartige Angst, entlassen zu werden, daß er sogar dann zur Arbeit kam, als er schwer krank war ... Er brach auf dem Weg zur Arbeit zusammen und starb ... Jeder hat Angst ... ich auch ... Das Schlimmste an der südafrikanischen Gesellschaft ist, daß die meisten gewöhnlichen Menschen bis zu einem irrationalen hohen Grad von Angst bestimmt sind ...". (BMW-Arbeiter)

„Sie können meinen, daß ich immer nur negativ bin, aber es hat sich wirklich nichts geändert ... vielleicht, wenn eines Tages sich die Politik der südafrikanischen Regierung ändert, daß sich dann vielleicht auch Siemens ändern wird ...". (Siemens-Arbeiter)

Deutlicher kann kaum ausgesprochen werden, daß der Kodex in seinem politischen Ziel gescheitert ist. Die Erfahrung der Arbeiter: er hat nicht die Wirkung des „Gegenentwurfs" zur Apartheid, die Firmen passen sich weiterhin der südafrikanischen Regierungspolitik an, die in manchen Fällen schneller ist beim Abbau von Diskriminierung als die Firmen selbst. Der Kodex ist bisher nicht einmal in seinen Einzelregeln erfüllt, doch wenn er darin erfüllt wäre, was wäre die Wirkung? Nachprüfbar ist gegenwärtig die poliitsche

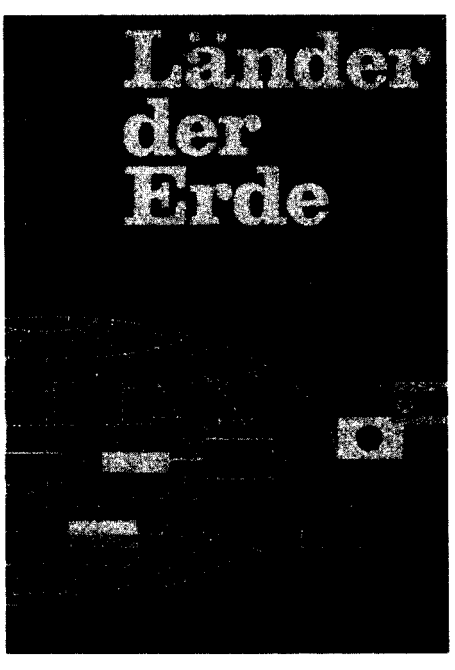
Funktion eines erfüllten Kodex nicht, da es bisher keine Firmen gibt, die ihn bis an seine Grenzen erfüllt und zur Herausforderung des Apartheidsystems benutzt haben.

Vieles jedoch spricht dafür, daß die Analyse der afrikanischen Oppostion zurecht besteht. Ein weißer Priester:

„Meine Frage ist: was eigentlich ist das Ziel des EG-Kodex? Lassen Sie mich das an einem Beispiel erklären: man könnte Südafrika mit einem Gefängnis vergleichen, wo der schwarze Mensch im Gefängnis ist und keine Macht hat, keinen Besitz und auch keine Möglichkeit, seine Situation zu verändern. Alles, was er hat, ist ihm gegeben worden von den Leuten, die sein Gefängnis bewachen und alles wird von diesen Leuten für ihn entscheiden. Nun, der Kodex ist gewissermaßen ein Appell an die Gefängniswärter, das Leben für die Gefangenen im Gefängnis erträglicher zu machen, ihm mehr Decken zu geben, ihm mehr Sport zu ermöglichen, ihm besseres Essen zu geben. Also, wenn das alles ist, was der Kodex erreicht, dann ist der Mann weiterhin im Gefängnis. Wenn also das Ziel des Kodex ist, die menschlichen Bedingungen für den Gefangenen zu erleichtern, dann sage ich ‚ja', der schwarze Mensch braucht das. Aber das Ziel des Kodex ist ganz sicher nicht, den Mann aus dem Gefängnis herauszuholen.

Ich sehe den Kodex als Teil einer Struktur mit dem typisch liberalen Ansatz, was Veränderung anbetrifft: die Struktur elementarer Unfreiheit wird nicht angetastet, man macht es aber dem Schwarzen leichter, innerhalb dieser Struktur von Unterdrückung zu existieren. Man muß den Kummer und das subjektive Leiden der Schwarzen möglichst zum Verschwinden bringen, aber die Struktur beibehalten.

Das elementare Bedürfnis des Schwarzen aber ist die Macht, sein eigenes Leben selbst bestimmen zu können in der Wirtschaft und in der Politik. Aber das berührt der Kodex nicht. Daher kann er keine wirkliche Veränderung auslösen."



Was wissen Sie über Grenada?

Über diese Insel in der Karibik und alle anderen Staaten in der Welt informiert die neue Auflage des Buches.
Es unterstützt seine Benutzer bei der täglichen Information über das Weltgeschehen.
Knapp und allgemeinverständlich gibt es Auskunft über Politik und Wirtschaft sämtlicher Länder und Gebiete. Ein Griff - und man erkennt viele Zusammenhänge schneller, besser und tiefer.
Ein Buch für jedermann.

Von einem Autorenkollektiv
Politisch-ökonomisches Handbuch
Mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen,
168 Landkarten und 8 Farbseiten mit Flaggen
730 Seiten, Großformat, Leinen mit
Schutzumschlag, DM 32,-

Pahl-Rugenstein

Alternativen

Thema: Atomwaffenfreie Zonen (I)

In jüngster Zeit ist das Thema „atomwaffenfreie Zonen" wieder stärker in die Diskussion über Alternativen zur herrschenden „Sicherheits"-Politik, zu Blockkonfrontation und „Gleichgewicht des Schreckens" gekommen. Beigetragen haben dazu u.a. die Aufnahme der Forderung nach atomwaffenfreien Zonen, insbesondere in Nordeuropa, in das Wahlprogramm der norwegischen Sozialdemokraten („Arbeitsprogramm 1982–1985"), die Hinwendung der britischen Labour-Party zum Konzept der Atomwaffenfreiheit und die breite Bewegung für die Abschaffung der Kernwaffen in den Niederlanden. Aufsehen erregten Ende Juni 1981 neue Überlegungen des sowjetischen Parteichefs Breschnew zur Frage der atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa (in einem Interview mit der Parteizeitung der finnischen Sozialdemokraten) sowie kurze Zeit später Äußerungen des Vorsitzenden der SPD und der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, zu diesem Thema nach seiner Rückkehr von Gesprächen in Moskau. Wesentlichen Anteil an dem auch in der Bundesrepublik gestiegenen Interesse hat zweifellos die rasch zunehmende Auseinandersetzung mit den Widersprüchen und Gefahren der offiziellen „Sicherheits"-Politik durch „Abschreckung", die sich hier zu Recht auf die Verhinderung der „Nach"rüstung, der Stationierung neuer US-Atomraketen u.a. in der Bundesrepublik, als derzeitige Schlüsselfrage für Mitteleuropa konzentriert. Dabei beginnt natürlich zugleich die Diskussion, wie nach einer Durchsetzung der „ersten Alternative" zur Stationierung, nämlich der Nicht-Stationierung der neuen Raketen, Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, daß nicht immer neue „Nach"rüstungen einander ablösen und das Wettrüsten verewigen.

Die „Blätter" haben das Thema „atomwaffenfreie Zonen" in den letzten Monaten mehrfach aufgegriffen. (Vgl. die Beiträge von Gert Greune, Sicherheit durch atomwaffenfreie Zonen?, 4/1981, und Ulrich Albrecht, Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralismus, 6 und 7/1981. sowie die Dokumentation des Aufrufs der Bertrand Russell Peace Foundation in „Blätter", 7/1981.) Bereits in den Jahren 1957 ff., als der polnische Außenminister Adam Rapacki erstmals die Konzeption einer atomwaffenfreien Zone entwickelte, haben die „Blätter" zahlreiche Beiträge und Dokumente der damaligen Debatte in Ost und West veröffentlicht.

Die ersten Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone (Rapacki-Plan) bezogen sich auf Mitteleuropa, stießen auf große Ausgeschlossenheit in der Bevölkerung und bei damaligen Oppositionsparteien wie Labour und SPD, scheiterten aber an der schroffen Ablehnung durch die Regierung Adenauer und die NATO. Im folgenden möchten wir unseren Lesern im ersten Teil einer Auswahldokumentation zu Entwicklung und aktuellen Perspektiven der Auseinandersetzung um atomwaffenfreie Zonen wesentliche Dokumente vom ersten Rapacki-Plan (1957) bis zum vierten Rapacki-Plan (1962) zugänglich machen. Anschließen sollen sich weitere Dokumente zur Diskussion in Nordeuropa sowie in anderen Regionen wie Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco, 1967), Afrika und dem Mittelmeerraum. D. Red.

Erster Rapacki-Plan (Auszug aus der Rede des polnischen Außenministers Adam Rapacki vor der UN-Generalversammlung am 2. Oktober 1957)

. . .

Bis zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa werden wir auch Teillösungen unterstützen, die zu diesem endgültigen Ziel führen, unabhängig davon, ob sie das Element eines umfassenderen Programms sein werden oder auch Gegenstand von Sonderabkommen. Deshalb erachteten und erachten wir die Konzeption der Schaffung von Zonen begrenzter und kontrollierter Rüstungen in Europa als zweckmäßig. Indessen ist diese Konzeption einer Realisierung noch nicht nähergekommen. Ganz im Gegenteil, es werden Pläne laut, die westdeutsche

Armee mit Kernwaffen auszurüsten. Eine Verwirklichung dieser Vorhaben müßte zu einer Zuspitzung der internationalen Lage führen und es erforderlich machen, daß die bedrohten Staaten die entsprechenden Schlußfolgerungen daraus ziehen mit dem Ziel, ihre Sicherheit zu stärken. Einen solchen Weg kann man nicht gehen. Wir möchten dazu beitragen, daß eine solche Wendung der Dinge verhindert wird. Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, im Namen meiner Regierung folgende Erklärung abzugeben:

„Im Interesse der Sicherheit Polens und der Entspannung in Europa erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen nach Abstimmung ihrer Initiative mit den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages, daß die Volksrepublik Polen im Falle einer Zustimmung beider deutscher Staaten zur Einführung eines Verbots der Produktion und der Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf ihren Territorien bereit ist, gleichzeitig dasselbe Verbot auf ihrem Territorium zu erlassen."

. . .

Quelle: „Dokumentation der Zeit", 1958/160, S. 14 f.

Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 11. Dezember 1957: Vorschlag eines Weges zur atom- und raketenwaffenfreien Zone in Europa (Auszug)

. . .

Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung erhebt sich vor allen friedliebenden Deutschen gebieterisch die Aufgabe, alle Kräfte im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr zu vereinen und die atomare Bewaffnung Westdeutschlands entschlossen zu verhindern.

Es gibt einen realen Weg, dieses Ziel zu erreichen. Ein solcher Weg ist entsprechend den Vorschlägen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Festigung des Friedens.

Im Hinblick auf die bevorstehende Tagung des NATO-Rates, die das Ziel verfolgt, den Nordatlantikpakt zu einem umfassenden Atombündnis auszubauen und insbesondere Westdeutschland in ein atomares Aufmarschgebiet zu verwandeln, fordert die Volkskammer den Bundestag der deutschen Bundesrepublik auf, ebenfalls dafür einzutreten, daß die Bundesregierung sich gemeinsam mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über folgnde Punkte einigt:

1. Keine Stationierung und Lagerung von Atombomben und den dazugehörigen Raketenwaffen dritter Mächte auf ihren Territorien zuzulassen.
2. Keine Atombomben oder Raketen selbst herzustellen oder sie von anderen Staaten durch Kauf oder auf andere Weise zu erwerben.
3. Ihre Streitkräfte nicht mit Atomwaffen und Raketen, unabhängig von ihrer Herkunft, auszurüsten.
4. In Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Stationierungsmächten den Abtransport der bereits in Westdeutschland befindlichen Massenvernichtungswaffen zu erreichen.

Die auch von der Regierung der Ungarischen Volksrepublik unterstützten Vorschläge der Regierungen der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Republik, auf die Stationierung und Produktion von Atomwaffen zu verzichten, wenn beide deutsche Staaten ein entsprechendes Abkommen vereinbaren, beweisen, daß die Möglichkeit einer großen atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas gegeben ist, die den Lebensinteressen aller europäischen Völker entspricht.

Um die Bedeutung einer solchen Entwicklung noch zu erhöhen, sollten sich beide deutsche Staaten darum bemühen, die Großmächte zur Anerkennung der atomwaffenfreien Zone zu veranlassen, an der die entsprechenden Staaten unabhängig von vertraglichen Bindungen an militärische Pakte teilnehmen können.

Die Volkskammer appelliert an jeden einzelnen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, sich bei der Entscheidung über diese Fragen ausschließlich von den Lebensinteressen des deutschen Volkes und der großen Verantwortung für den europäischen Frieden leiten zu lassen, die jedem Deutschen auferlegt ist.

Die Volkskammer erwartet, daß der Bundestag nicht länger schweigt und die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zwingt.

Noch ist es nicht zu spät! Die Größe der Gefahr drängt zum Handeln!

. . .

Quelle: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V (Juli 1956—Dezember 1957), Berlin 1958, S. 177 f.

Erklärung der Regierung der UdSSR vom 19. Februar 1958 zum Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Auszüge)

. . .

Indes kann niemand bestreiten, daß die Völker die Politik des Atomwettrüstens, die Politik der Drohungen mit Gewaltanwendung unter Einsatz von Atom- und Wasserstoffwaffen nicht nur nicht unterstützen, daß sie im Gegenteil immer entschiedener verlagen, daß dem Wettrüsten – auch auf dem Gebiete der Kernwaffenerzeugung – ein Ende gesetzt, mit der Gefahr eines Atomkrieges Schluß gemacht wird. Ein beredter Ausdruck der Ausbreitung dieser Stimmung ist die weitgehende Unterstützung, die der auf der XII. Tagung der Vollversammlung der UN von der Regierung der Polnischen Volksrepublik vorgetragene Vorschlag, eine atom- und wasserstoffwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen, in allen Ländern der Welt gefunden hat.

Dieser Vorschlag sieht vor, daß, falls beide deutschen Staaten ihre Einwilligung zum Inkrafttreten eines Verbots der Erzeugung und Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen auf ihren Territorien geben werden, die Polnische Volksrepublik bereit sein wird, gleichzeitig dieselben Maßnahmen auf ihrem Territorium zu ergreifen.

Dann hat die Regierung der Tschechoslowakischen Republik erklärt, daß die Tschechoslowakei bereit ist, im Interesse einer Minderung der internationalen Spannung sich dem Vorschlag des der Polnischen Volksrepublik anzuschließen und die Verpflichtung zu übernehmen, auf die Erzeugung und Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen auf dem gesamten Territorium der Tschechoslowakischen Republik zu verzichten, falls die beiden deutschen Staaten die Verpflichtung zum Verbot der Erzeugung und Lagerung von Atomwaffen auf dem Territorium der beiden deutschen Staaten eingehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat diese Vorschläge Polens und der Tschechoslowakei mit großer Genugtuung begrüßt. Sie teilte dem Vorsitzenden der XII. Tagung der Vollversammlung der UN mit, daß die von den Regierungen der Polnischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Republik unternommenen Schritte zweifellos darauf gerichtet sind, die Gefahr eines Atomkrieges in Europa zu bannen und möglich zu machen, eine breite atom- und wasserstoffwaffenfreie Zone in Europa zu errichten.

. . .

Die Sowjetregierung erklärt hiermit, daß die Sowjetunion bereit ist, bis zum Abschluß eines Abkommens über ein absolutes Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und Ausschaltung dieser Waffen aus den Rüstungen aller Staaten die genannten Verpflichtungen zu übernehmen, wenn die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ebenso handeln werden. . . .

Quelle: „Sowjetunion heute", (Sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Heft 6 v. 20. 2. 1958.

Gemeinsamer Disengagement-Plan für Europa der Labour Party und des britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) vom 23. April 1958 (Auszüge)

. . .

Die britische Regierung sollte somit die Unterstützung der anderen westlichen Regierungen bei einem Versuch erstreben, zu einem Abkommen mit der Sowjetunion mit folgenden Grundzügen zu gelangen:

1. schrittweiser Rückzug aller ausländischen Streitkräfte aus Ost- und Westdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn unter wirksamer internationaler Kontrolle;
2. Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über Stand und Art der nationalen Rüstungen und Streitkräfte, die für diese Länder vereinbart werden;
3. deutsche Wiedervereinigung innerhalb eines Rahmens, der durch die vier Mächte zu vereinbaren und zu garantieren wäre, einschließlich freier Wahlen, über deren Art und Weise sich die Deutschen selbst einigen sollten;
4. Verhandlung eines europäischen Sicherheitsvertrages, der durch die Garantie der vier Mächte für die territoriale Integrität der Länder dieses Gebietes gestützt wird;
5. Austritt der Länder dieses Gebietes aus der NATO und dem Warschauer Pakt.

Wir sind der festen Ansicht, daß kein Disengagement-Plan akzeptierbar sein wird, wenn er das Gleichgewicht der militärischen Sicherheit zum Nachteil einer der beiden Seiten ändert.

. . .

Wir begrüßen die Initiative des polnischen Außenministers Rapacki, die er durch Vorlage seines Vorschlags über eine kernwaffenfreie Zone in Zentraleuropa bewies. Dieser Vorschlag enthält einige Schwächen, insbesondere, weil er Ungarn ausschließt, das Problem der deutschen Wie-

dervereinigung übergeht und nur eine schrittweise Reduktion statt einen vollständigen Abzug der ausländischen Streitkräfte aus diesem Gebiet vorsieht. Nichtsdestoweniger erachten wir den Rapacki-Plan als einen Fortschritt und sind der Meinung, daß er in die Gespräche auf höchster Ebene einbezogen werden sollte.

Quelle: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit, Bd. I: 1943—1959, Bonn-Wien-Zürich (1960), S. 309 f.

Deutschlandplan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. März 1959 (Auszüge)

. . .

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands berücksichtigen auch wesentliche Bestandteile der Vorstellungen zur Entspannung in Europa, wie sie u.a. auch vom Abrüstungsausschuß des amerikanischen Senats, von dem amerikanischen Diplomaten Kennan, dem britischen Oppositionsführer Gaitskell, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und dem polnischen Außenminister Rapacki entwickelt worden sind.

. . .

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt. Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.
2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft. Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich stationierten Fremdtruppen werden „eingefroren", d.h. weder vermehrt noch verstärkt.
Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden „militärischen Verdünnung" ist die Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.
3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.
4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.
5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus. Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europäischen Sicherheit mit angemessenen Leistungsn beitragen.
6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der West-Berlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als gültig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als gültig anerkannt worden sind.

. . .

Quelle: SPD, Pressemitteilungen und Informationen v. 19. 3. 1959 und „Blätter" 3/1959, S. 240—244, hier S. 241 f.

Deutschlandplan der Freien Demokratischen Partei vom 20. März 1959 (Auszüge)

. . .

2. Gleichzeitige Verträge für die europäische Sicherheit

Das Sicherheitsbedürfnis der Völker im mitteleuropäischen Raum und die Lösung der Deutschlandsfrage stehen in wechselseitiger Beziehung. Es ist deshalb erforderlich über den herkömmlichen Inhalt eines Friedensvertrages hinaus vertragliche Abmachungen einzugehen, die – ganz

abgesehen von dem vergangenen Krieg und seinen Folgen – eine dauerhafte Sicherheitsordnung in Europa, insbesondere im mitteleuropäischen Raum, begründen. Zumindest scheint es notwendig, einen Vertrag über ein europäisches Sicherheitssystem, wie es seit der Berliner Konferenz von 1954 in West und Ost erörtert wird, abzuschließen.

Angeregt durch die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki sollte man auch dem Gedanken einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nähertreten, was im Falle einer Verständigung über diesen Punkt einen weiteren Vertrag bedingen würde, zumal sich die Teilnehmerkreise der verschiedenen Vertragsprojekte nicht ganz decken. Da es sich als unumgänglich erweisen wird, die genannten Verträge zu gleicher Zeit wie den mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrag rechtskräftig werden zu lassen, muß bei der Abfassung des Vertrags an den Einbau von Ansatzpunkten für die synchronischen Parallelverträge gedacht werden. Das hat zudem den Vorteil, daß den bündnispolitischen und militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Selbstverpflichtung des deutschen Volkes im Sinne der Entspannung und der Rüstungsbegrenzung darstellen, der Charakter eines Verzichtes ohne Gegenseitigkeit genommen wird.

. . .

Quelle: „Das freie Wort", Bonn (FDP), Sonderdruck.

Modifizierter (vierter) Rapacki-Plan der Volksrepublik Polen vom 28. März 1962 (Auszüge)

III. Rechte und Pflichten der zu der Zone gehörenden oder ihr beigetretenen Staaten

Die mit der Schaffung der Zone verknüpften Rechte und Pflichten werden in folgenden zwei Etappen verwirklicht:

Erste Etappe: Einfrieren der Kern- und Raketenwaffen und Verbot der Schaffung neuer Basen.

a) Rechte und Pflichten der zu der Zone gehörenden Staaten:

1) Verbot der Vorbereitungen zur Produktion sowie der Produktion jeglicher Arten von Kernwaffen und Mitteln zur Beförderung dieser Waffen auf dem Gebiet der zu der Zone gehörenden Staaten.

2) Verbot der Einfuhr jeglicher Arten von Kernwaffen und Mittel zu ihrer Beförderung auf das Gebiet der zu der Zone gehörenden Staaten.

3) Verbot für die zu der Zone gehörenden Staaten, ihre Zustimmung zur Schaffung neuer Stützpunkte und Einrichtungen für die Lagerung oder Bedienung von Kernwaffen sowie von Mitteln zu ihrer Beförderung zu erteilen.

b) Rechte und Pflichten anderer Staaten:

1) Verbot für alle Staaten, die über Kernwaffen oder Mittel zu deren Beförderung verfügen, solche Waffen und Mittel zu ihrer Beförderung Staaten zu überlassen, die zu der Zone gehören.

2) Verbot der Einfuhr von Kernwaffen jeder Art und von Mitteln zu ihrer Beförderung für alle Staaten, die sich im Besitz dieser Waffen befinden.

3) Verbot für die zu der Zone gehörenden Staaten, ihre Zustimmung zur Schaffung neuer Stützpunkte und Einrichtungen für die Lagerung oder Bedienung von Kernwaffen sowie von Mitteln zu ihrer Beförderung zu erteilen.

Zweite Etappe: Beseitigigung der Kern- und Raketenwaffen und Verringerung der Streitkräfte sowie der konventionellen Bewaffnung.

a) Rechte und Pflichten der zu der Zone gehörenden Staaten:

1) Beseitigung aller Kernwaffen und der Mittel zu ihrer Beförderung in den zur Zone gehören Staaten.

2) Verringerung der Streitkräfte der zu der Zone gehörenden Staaten auf einen vereinbarten Stand, verbunden mit einer entsprechenden Verringerung der konventionellen Bewaffnung.

b) Rechte und Pflichten anderer Staaten:

1) Abzug jeder Art von Kernwaffen und Einrichtungen zu ihrer Lagerung und Bedienung sowie aller Mittel zur Beförderung dieser Waffen und der Einrichtungen zur Bedienung dieser Mittel, die auf dem zu der Zone gehörenden Gebiet von anderen Staaten ständig oder vorübergehend stationiert wurden.

2) Verringerung der auf dem Gebiet der Zone befindlichen Streitkräfte fremder Staaten auf einen vereinbarten Stand, verbunden mit einer entsprechenden Verringerung der konventionellen Bewaffnung.

IV. Kontrolle

1) Zur Sicherung der Wirkung der Abrüstungsmaßnahmen, von denen im Kapitel III dieses Me-

morandums die Rede ist, wird die Einführung einer strengen internationalen Kontrolle und Inspektion auf dem Boden und in der Luft einschließlich der Schaffung von entsprechenden Kontrollphnkten vorgesehen.

. . .

V. Garantien

Zur Gewährleistung der Unverletzlichkeit des Status der atomwaffenfreien Zone werden sich die im Besitz von Kernwaffen befindlichen Mächte verpflichten,
a) sich jeglicher Schritte zu enthalten, die auf direkte oder indirekte Weise den Status der Zone verletzen könnten,
b) gegen das Gebiet der Zone keine Kernwaffen zu verwenden.

. . .

Quelle: A. Albrecht, Der Rapacki-Plan – Neue Aspekte, Warszawa-Poznań 1964, S. 71 ff. und „Blätter", 5/1962, S. 394—396, hier: S. 395 f.

(Zweiter Teil folgt)

Aktuelles Länderstichwort

Westsahara

Seit dem 24. August 1981 tagt in Nairobi ein Siebener-Komitee der Mitgliedsstaaten der „Organisation für afrikanische Einheit" (OAU). Die Bildung dieses Komitees war auf der letzten Gipfelkonferenz der OAU (24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi) beschlossen worden. Das Komitee hat den Auftrag, Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Westsahara und über die Modalitäten eines Referendums unter Kontrolle einer UN-Friedenstruppe zu führen. Die „Blätter" dokumentieren aus diesem Anlaß das aktuelle Länderstichwort „Westsahara". D.Red.

Gebiet in NW Afrikas; Fläche: 266000 km², Ew.: rd. 120000 – 0,5 Ew./km²; Sprachen, Arabisch, Spanisch, Französisch.

Die W. besteht aus 2 Regionen; im N Saguioa el-Hamra (82000 km²) mit dem Hauptteil der seßhaften Bevölkerung und im S Rio de Oro (184000 km²), das mehr als zwei Drittel des Gesamtgebietes umfaßt. Städte in der W sind El Aiun und Dakhla (früher Villa Cisneros).

Das dünnbesiedelte Gebiet wird hauptsächlich von Araber- und Berberstämmen bewohnt, die meist als Nomaden oder Halbnomaden leben.

Die Ew. der W. bezeichnen sich als Sahraouis. Die W. ist eine wüstenähnliche Ebene, die im O durch 350 bis 600 m hohe Hügel und Hügelketten unterbrochen wird.

Für die landwirtschaftliche Nutzung eignen sich nur die Küstengebiete. Das *Klima* ist vorwiegend tropisch.

Wirtschaft. Eine verarbeitende Industrie existiert nicht. Die Landwirtschaft beschränkt sich hauptsächlich auf Viehwirtschaft und den geringen Anbau von Gerste, Mais, Erdnüssen, Zitrusfrüchten und Gemüse am Küstenstreifen bzw. von Datteln, Gerste und Hirse in den Oasen. Eine weitere Erwerbsquelle ist die Ausbeutung der reichen Fischgründe vor der Atlantikküste.

Ansätze zu einer industriellen Erschließung wurden erst gemacht, nachdem 1963 ein un-

morandums die Rede ist, wird die Einführung einer strengen internationalen Kontrolle und Inspektion auf dem Boden und in der Luft einschließlich der Schaffung von entsprechenden Kontrollphnkten vorgesehen.

. . .

V. Garantien

Zur Gewährleistung der Unverletzlichkeit des Status der atomwaffenfreien Zone werden sich die im Besitz von Kernwaffen befindlichen Mächte verpflichten,
a) sich jeglicher Schritte zu enthalten, die auf direkte oder indirekte Weise den Status der Zone verletzen könnten,
b) gegen das Gebiet der Zone keine Kernwaffen zu verwenden.

. . .

Quelle: A. Albrecht, Der Rapacki-Plan – Neue Aspekte, Warszawa-Poznań 1964, S. 71 ff. und „Blätter", 5/1962, S. 394—396, hier: S. 395 f.

(Zweiter Teil folgt)

Aktuelles Länderstichwort

Westsahara

Seit dem 24. August 1981 tagt in Nairobi ein Siebener-Komitee der Mitgliedsstaaten der „Organisation für afrikanische Einheit" (OAU). Die Bildung dieses Komitees war auf der letzten Gipfelkonferenz der OAU (24. bis 28. Juni 1981 in Nairobi) beschlossen worden. Das Komitee hat den Auftrag, Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Westsahara und über die Modalitäten eines Referendums unter Kontrolle einer UN-Friedenstruppe zu führen. Die „Blätter" dokumentieren aus diesem Anlaß das aktuelle Länderstichwort „Westsahara". D.Red.

Gebiet in NW Afrikas; Fläche: 266000 km², Ew.: rd. 120000 – 0,5 Ew./km²; Sprachen, Arabisch, Spanisch, Französisch.

Die W. besteht aus 2 Regionen; im N Saguioa el-Hamra (82000 km²) mit dem Hauptteil der seßhaften Bevölkerung und im S Rio de Oro (184000 km²), das mehr als zwei Drittel des Gesamtgebietes umfaßt. Städte in der W sind El Aiun und Dakhla (früher Villa Cisneros).

Das dünnbesiedelte Gebiet wird hauptsächlich von Araber- und Berberstämmen bewohnt, die meist als Nomaden oder Halbnomaden leben.

Die Ew. der W. bezeichnen sich als Sahraouis. Die W. ist eine wüstenähnliche Ebene, die im O durch 350 bis 600 m hohe Hügel und Hügelketten unterbrochen wird.

Für die landwirtschaftliche Nutzung eignen sich nur die Küstengebiete. Das *Klima* ist vorwiegend tropisch.

Wirtschaft. Eine verarbeitende Industrie existiert nicht. Die Landwirtschaft beschränkt sich hauptsächlich auf Viehwirtschaft und den geringen Anbau von Gerste, Mais, Erdnüssen, Zitrusfrüchten und Gemüse am Küstenstreifen bzw. von Datteln, Gerste und Hirse in den Oasen. Eine weitere Erwerbsquelle ist die Ausbeutung der reichen Fischgründe vor der Atlantikküste.

Ansätze zu einer industriellen Erschließung wurden erst gemacht, nachdem 1963 ein un-

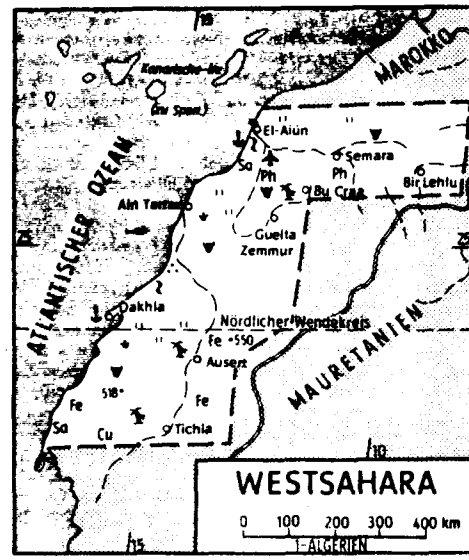
gewöhnlich reiches Phosphatvorkommen bei Bou Craa entdeckt worden war. 1972 begann der Abbau. Er erreichte 1975 bereits 3,7 Mio. Die installierte Förderkapazität ließe eine Steigerung auf jährlich 8 Mio. t zu. Im S des Landes stieß man auf reichhaltige und hochwertige Eisenerzlager, die jedoch noch nicht erschlossen wurden. Geologische Erkundungen berechtigen außerdem zu der Annahme, daß die W. auch reich an Erdöl, Erdgas, Kupfer, Kali und Uran ist.

Geschichte. Die heutige W. geriet im 11. Jahrhundert unter der Herrschaft der aus einer islamischen Sekte hervorgegangenen Almorawiden-Dynastie. Mitte des 13. Jahrhunderts entstand unter den Meriniden der erste marokkanische Staat, der Mitte des 16. Jahrhunderts in das Cherifen-Reich mündete. Seitdem befand sich das Gebiet der W bis zum Beginn der Kolonisierung im Einflußbereich marokkanischer Sultane. Daraus leitet das marokkanische Königshaus seine heutigen Besitzansprüche ab.

1884 begann Spanien mit der Kolonisierung des Gebietes.

1968 forderte die UNO mit der Resolution 2428 Spanien auf, ein Referendum zur Gewährleistung der Selbstbestimmung der Sahraouis unter UNO-Aufsicht und nach Konsultation Morakkos, Mauretaniens und jeder anderen interessierten Partei durchzuführen. Da Spanien dieser Aufforderung nicht nachkam, nahm die 1973 gegründete Front POLISARIO (Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra und Río de Oro) den Kampf gegen die Kolonialherrschaft auf. 1974 lehnte Marokko jegliches Referendum ab. Am 14. November 1975 schlossen Spanien, Mauretanien und Marokko den „Madrider Vertrag", der den Abzug der spanischen Truppen festlegte, wirtschaftliche Vergünstigungen für Spanien in der W. enthält und den Weg zur Aufteilung des Gebietes zwischen Marokko und Mauretanien öffnete. Diese beiden Staaten besetzten die W. Daraufhin richtete die POLISARIO ihre Aktionen gegen Marokko und Mauretanien. In der Oase Bir Lehlu proklamierte die POLISARIO am 27. Februar 1976 die Arabische Demokratische Sahara-Republik (ADSR).

Nach Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Mauretanien und der POLISARIO im August 1979 zog sich Mauretanien aus der W. zurück. Daraufhin besetzte Marokko das gesamte Gebiet.



Zeichenerklärung:
Sa Salz; Cu Kupfer; Fe Eisen; Ph Phosphat;
Nahrungsmittelindustrie; Wein, Obst, Gemüse; Maisanbaugebiete; Weizen-, Roggen-, Hafer-, Gerste-Anbaugebiete; Oasen, Palmkulturen; Viehwirtschaftsgebiete; Fischfanggebiete.

Aktuelle Lage. Große Teile der einheimischen Bevölkerung sind geflüchtet und leben unter schwierigen Bedingungen in Flüchtlingslagern, die in einem von Algerien der POLISARIO zur Verfügung gestellten großen Gebiete in der Gegend von Tindouf errichtet wurden. In den Lagern bestehen gut funktionierende Selbstverwaltungsorgane.

Die ADSR ist inzwischen von mehr als 30 Staaten diplomatisch anerkannt.

Die militärischen Auseinandersetzungen halten gegenwärtig an und verwandeln dieses Gebiet im NW Afrikas in einen gefährlichen Konfliktherd. Verhandlungen der beteiligten Seiten, die vor allem auf eine friedliche Regelung des Problems abzielen, blieben bisher auf Grund der konträren Standpunkte ergebnislos.

Nach: Länder der Erde, Politisch-ökonomisches Handbuch. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981, S. 707.

Autoren dieses Heftes

Dr. Jürgen KUCZYNSKI, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Horst-Eckart GROSS*, geb. 1943 in Wessigerode/Harz, Diplommathematiker, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Gert BASTIAN*, geb. 1923, Generalmajor a.D., bis Januar 1980 Kommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr in Veitzhöchheim bei Würzburg. Seine Kritik am „Nachrüstungsbeschluß" der NATO führte zur Ablösung von seinem Truppenkommando und vorzeitiger Pensionierung. • • • *Dieter S. LUTZ*, geb. 1949 in Gaildorf, stv. Direktor am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Hans-Jochen GAMM*, geb. 1925 in Jörnstorf/Mecklenburg, Professor für Erziehungswissenschaft an der Technischen Hochschule in Darmstadt; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Rolf GEFFKEN*, geb. 1949, Rechtsanwalt in Hamburg. • • • *Frank NIESS M.A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972-76 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979).

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: Im ersten Teil des Artikels von Helmut Wolfgang Kahn, Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk", „Blätter", 8/1981, muß es auf S. 916 in der 4. Zeile v. O. „Nach-Nachrüstung" statt „Nachrüstung" heißen und auf S. 923 in der 11. Zeile v. O. fehlen die nachfolgend kursiv wiedergegebenen Worte: „. . . ein begrenzter *Angriff auf Ziele nahe der Demarkationslinie, ein politischer* Würgegriff . . .". Wir bitten um Entschuldigung. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 10/1981 der „Blätter" wird am 19. 10. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 9/1981

Herausgegeben von

GERHARD KADE
WILFRIED FRHR. V. BREDOW — REINHARD KÜHNL — HERMANN RAUSCHNING
RUDOLF HICKEL — JUTTA MENSCHIK — HELMUT RIDDER
JÖRG HUFFSCHMID — REINHARD OPITZ — GERHARD STUBY
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN

Mitbegründet von

GERHARD GOLLWITZER
HILDE BENTELE — HANS RHEINFELDER — KARL GRAF V. WESTPHALEN
HERMANN ETZEL — ROBERT SCHOLL — ERNST WOLF
FRITZ STRASSMANN

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats August 1981

1.–2. 8. – Mexico. Unter dem gemeinsamen Vorsitz des mexikanischen Außenministers Jorge Castaneda und des österreichischen Außenministers Willibald Pahr einigen sich die Vertreter von 22 Staaten in Cancun (Mexiko) auf die Einberufung einer Konferenz zum 22. und 23. Oktober 1981, ebenfalls nach Cancun. Die offizielle Bezeichnung soll lauten: „Internationales Treffen über Kooperation und Entwicklung" (IMCD). An den Vorbereitungsarbeiten ist auch die BRD mit Bundesaußenminister Genscher beteiligt.

3. 8. – Naher Osten. Die USA, Ägypten und Israel vereinbaren den Text eines Abkommens, das die Stationierung von Truppeneinheiten auf der Sinai-Halbinsel nach dem Rückzug Israels im April 1982 vorsieht. Die Hälfte des Kontingents sollen die US-Streitkräfte stellen. – Am 7. 8. legt Saudiarabiens Kronprinz Fahd einen Plan vor, der u.a. folgende Punkte enthält: Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten einschließlich des „arabischen Jerusalems"; Garantie des Rechtes der nicht heimkehrwilligen Palästinenser auf Entschädigung; Errichtung eines palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem; Garantie des Rechtes für alle Staaten der Region, in Frieden zu leben. – Am 17. 8. begrüßt der PLO-Vorsitzende Arafat in einem Interview mit der „New York Times" die saudiarabischen Vorschläge. Er habe jedoch wenig Hoffnung, erklärt Arafat, daß der Plan von Israel und den USA in Erwägung gezogen werde.

– UdSSR/DDR. Nach Arbeitsgesprächen von KPdSU-Generalsekretär Breschnew und SED-Generalsekretär Honecker auf der Krim heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung, beide Politiker seien der Ansicht, „daß in der gegenwärtigen komplizierten Situation breiter internationaler Austausch, sowie rege politische Kontakte zwischen Staatsmännern von Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen besonders wertvoll und notwendig sind". Regierungssprecher Rühl erklärt dazu am 5. 8. vor der Presse, in Bonn betrachte man die Krim-Erklärung als einen „interessanten Hinweis" für die Bereitschaft Honeckers zu einem Treffen mit Bundeskanzler Schmidt.

4. 8. – Bolivien. Die Oberbefehlhaber der drei Waffengattungen, an ihrer Spitze Luftwaffengeneral Waldo Bernal Perreira, übernehmen die Macht im Lande. Der Führer des Militärputsches vom Juli 1980, General Luis Garcia Meza (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 889f.), muß zurücktreten. Außenminister bleibt Mario Rolon.

– Frankreich. Auf dem Muroroa-Atol im Pazifik nimmt Frankreich einen weiteren unterirdischen Atomtest vor. In Paris teilt das Verteidigungsministerium mit, es habe sich um den letzten Versuch einer schon lange geplanten Serie gehandelt.

5. 8. – Israel. Ministerpräsident Begin stellt sein neues Kabinett vor (zu den Wahlen vgl. „Blätter", 7/1981, S. 771). Zu den Koalitionsparteien des von Begin geführten Likud-Blocks gehören die Nationalreligiöse Partei (NRP) und die Tami-Liste. Das Außenministerium übernimmt Yitzhak Shamir, das Verteidigungsministerium Ariel Sharon. Die Regierung erhält im Parlament das Vertrauen mit 61 gegen 58 Stimmen.

7. 8. – Italien. Die Regierung stellt Stützpunkte für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen („Cruise"-Missile) auf italienischem Territorium zur Verfügung. Die Anlagen sollen in Comisio (Provinz Ragusa) im Süden Siziliens errichtet werden.

8. 8. – USA. In seinem Urlaubsort Santa Barbara, Kalifornien, läßt Präsident Reagan mitteilen, er habe die Montage der Gefechtsköpfe für die Neutronenwaffe angeordnet. Die USA hätten „gegenwärtig keine Pläne", so fügt ein Sprecher des Präsidenten der Mitteilung ergänzend hinzu, „die Waffe mit verstärkter Strahlenwirkung (Neutronenwaffe) außerhalb amerikanischen Territoriums zu dislozieren". (Zu den Entscheidungen Präsident Carters über die Neutronenwaffe vgl. „Blätter", 5/1978, S. 514 und 11/1978, S. 1289.) – Am 10. 8. vertritt Verteidigungsminister Weinberger in Washington die Ansicht, die Neutronensprengköpfe könnten im Notfall in wenigen Stunden nach Europa transportiert werden. Die europäischen Verbündeten der USA seien über den Beschluß Reagans informiert, aber nicht konsultiert worden.

14.–15. 8. – UdSSR/Polen. Eine polnische Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Parteisekretär Kania und Ministerpräsident Jaruzelski kommt zu einem „kurzen Arbeitsbesuch" auf die Krim, wo sie mit Generalsekretär Breschnew und Außenminister Gromyko zusammentrifft. Die Agentur TASS meldet, das Treffen habe in einer „Athmosphäre der brüderlichen Freundschaft und des kameradschaftlichen gegenseitigen Einverständnisses" stattgefunden. Die Sowjetunion erklärt sich bereit, die fälligen Rückzahlungen polnischer Kredite bis zur nächsten Fünfjahrplanperiode (1986–1990) aufzuschieben. Zugleich werden zusätzliche sowjetische Lieferungen von Rohmaterialien und Konsumgütern sowie weitere Aufträge für die polnische Industrie zugesagt.

15. 8. – BRD/DDR. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet, der Bundeskanzler habe am 24 Juli d. J. einen Brief an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker gerichtet und darin erneut die Bereitschaft zu einem persönlichen Treffen betont, ohne jedoch einen Termin zu nennen. Die Absendung des Briefes wird in Bonn bestätigt. – Am 31. 8. empfängt Honecker in Berlin den Ständigen Vertreter der BRD in der DDR, Staatssekretär Bölling, und übergibt diesem das Antwortschreiben an den Bundeskanzler.

17.–18. 8. – Jemen (DVR). Auf Einladung des Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Ali Nasir Muhammad, kommen die Präsidenten Muamar Al Ghadhafi (Libyen) und Mengistu Haile Mariam (Äthiopien) zu einer gemeinsamen Konferenz in die Hauptstadt Aden. Zum Abschluß wird ein Vertrag über Freundschaft und gemeinsame Verteidigung zwischen den drei Ländern unterzeichnet. Präsident Mengistu erklärt in einer Ansprache, die USA seien gegenwärtig dabei, „überall zahlreiche moderne Militärbasen und schnelle Eingreiftruppen" zu errichten. Diese Tatsache habe die drei Länder zusammengeführt.

18. 8. – Abrüstung. Eine Gruppe von sozialistischen Staaten, darunter die UdSSR und die DDR, erinnern im Abrüstungsausschuß in Genf an den von ihnen vorgelegten Entwurf einer „Konvention über das Verbot der Herstellung, Lagerung, Stationierung und Anwendung nuklearer Neutronenwaffen" vom März 1978 (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 386; Text in „Blätter" 4/1978, S. 505f.). Dieser Entwurf solle in einer speziellen Arbeitsgruppe erörtert und fertiggestellt werden. In der Debatte erklärt Botschafter Issraelyan (UdSSR), falls es zu keinem Verbot der Neutronenwaffe komme, könne die Sowjetunion dieser Entwicklung „nicht tatenlos zusehen". – Am 21. 8. beendet der Ausschuß in Genf seine Sommersession und leitet der bevorstehenden UN-Generalversammlung einen Tätigkeitsbericht zu.

– BRD/Polen. Der polnische Außenminister Czyrek trifft, aus Paris kommend, in Bad Reichenhall ein, wo ihn Bundesaußenminister Genscher zu einer Unterredung erwartet. Anschließend reist Czyrek nach Bonn zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski. Themen des Meinungsaustausches sind vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens und die Haltung der Bundesrepublik in der Frage der „Umschuldung" polnischer Kredite. Vor der Presse deutet Czyrek an, Polen wolle über einen möglichen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF) beraten.

19. 8. – USA/Libyen. Während eines amerikanischen Flottenmanövers in der von Libyen beanspruchten 200-Seemeilen-Zone kommt es im Golf von Sidra (Große Syrte) zu einem Luftkampf, bei dem zwei libysche Maschinen abgeschossen werden. Nach libyschen Angaben wird auch eine amerikanische Maschine beschädigt. Das Pentagon in Washington erklärt zu dem Vorfall, Aufgabe der Mannövertruppen sei es gewesen, dafür zu sorgen, daß „keine fremden Flugzeuge in den Übungsraum eindringen". – Am 20. 8. weist Libyen eine amerikanische Protestnote, die über die belgische Botschaft in Tripolis übermittelt wird, als unbegründet zurück. – Am 21. 8. gibt Präsident Reagan bei einem Besuch auf dem Flugzeugträger „Constellation" noch einmal eine Darstellung des Vorfalles. Die US-Regierung habe sich entschlossen, mit dem Flottenmanöver klarzustellen, „was internationale Gewässer sind und wie man sich darin zu benehmen hat". Bei der Planung der Übung seien die libyschen Ansprüche im Golf von Sidra von vornherein einkalkuliert worden.

– UNO. Die Seerechtskonferenz in Genf bestimmt die Hansestadt Hamburg zum künftigen Sitz eines Internationalen Seerechtsgerichtshofes. Der Gerichtshof soll seine Arbeiten nach Fertigstellung eines neuen internationalen Seerechts im Rahmen der Vereinten Nationen aufnehmen.

24. 8. – Afghanistan. Die Regierung veröffentlicht neue Vorschläge für Verhandlungen über die politische Beilegung von Streitigkeiten zwischen Afghanistan und seinen Nachbarstaaten Pakistan und Iran. Erstmalig wird darin auch UN-Generalsekretär Waldheim oder einem anderen Vertreter der Vereinten Nationen eine mögliche Beteiligung an gemeinsamen oder getrennten Gesprächen eingeräumt. – Am 30. 8. schreibt das sowjetische Parteiorgan „Prawda", die Truppen der UdSSR könnten abgezogen werden, falls „Afghanistan Garantien gegen jede Form der Einmischung von außen" erhalte.

25. 8. – Angola/Südafrika. Die angolanische Regierung ordnet die „Generalmobilmachung" an und reagiert damit auf den anhaltenden Einmarsch südafrikanischer Truppen in das südliche Angola; Südafrika begründet seine Militäraktion mit Angriffen auf SWAPO-Stützpunkte. Angolas Präsident Dos Santos richtet gleichzeitig Botschaften an Fidel Castro, der den Vorsitz der Blockfreien führt, und an Arap Moi, den Präsidenten der Organisation für Afrikanische Einheit. In einer Sondersitzung befaßt sich der UN-Sicherheitsrat mit der Lage und erörtert mögliche Sanktionen gegenüber Südafrika.

25.–26. 8. – Ägypten/Israel. Zu ihrer elften Begegnung treffen sich in Alexandria der israelische Ministerpräsident Begin und der ägyptische Präsident Sadat. Es wird vereinbart, die unterbrochenen Autonomiegespräche für die in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser wieder aufzunehmen. Die erste Runde soll am 23. und 24. September d.J. stattfinden.

30. 8. – Iran. Der erst im Juli d.J. gewählte Präsident Rajai und der am 3. 8. ernannte Ministerpräsident Mohammad Javad Bahonar (zum Amtswechsel vgl. „Blätter", 8/1981, S. 898) fallen in Teheran einem Bombenanschlag zum Opfer. Ein provisorischer Präsidialrat, dem u. a. Parlamentspräsident Rafsanjani angehört, übernimmt entsprechend der Verfassung die Staatsführung.

Dokumente zum Zeitgeschehen

„Appell der Schriftsteller Europas" vom 20. August 1981

(Wortlaut)

Am 20. August 1981 wurde auf einer Pressekonferenz des „Verbandes der Schriftsteller" (VS) in München ein „Appell der Schriftsteller" für die Erhaltung des Friedens der Öffentlichkeit übergeben. Auf dieser Pressekonferenz gab die Vorsitzende des VS, Bernt Engelmann, eine Erklärung ab, die wir im folgenden zusammen mit dem „Appell" dokumentieren. D.Red.

Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei – mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc.

Wir setzen dagegen: Mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten.

Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich wieder miteinander in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkrieges wird.

Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!

Erstunterzeichner des Appells:

Bertus Aafjes, Swolgen, NL; James Aldrige, London, GB; Carl Amery, München; Benny Andersen, Lyngby, DK; Vita Andersen, Kopenhagen, DK; Hanus Andreassen, Torshavn, Faröer; Jurek Becker, z.Zt. Westberlin; Franz Berliner, Skanderborg, DK; Hans Peter Bleuel, München; Heinrich Böll, Köln; Jytte Borberg, Kopenhagen, DK; Gerrit Borgers, Leidschendam, NL; Guy de Bosschère, Paris, F; Mies Bovhuys, Amsterdam, NL; Willem Brakman, Emschede, NL; Radoslav Bratik, Belgrad, YU; Irmela Brender, Sindelfingen; Jurij Brezan, Bautzen, DDR; Christine Brückner, Kassel; Günter de Bruyn, Berlin, DDR; Peter O. Chotjewitz, Kruspis; Günther Cwojdrak, Berlin, DDR; Franz Josef Degenhardt, Quickborn; Miep Diekman, Den Haag, NL; Walter Dirks, Wittnau/Breisgau; Ingeborg Drewitz, Westberlin; Axel Eggebrecht, Hamburg; Margarete Ekström, Stockholm, S; Bernt Engelmann, Rottach.Egern; Anne Marie Fabian, Köln; Walter Fabian, Köln; Jean-Pierre Faye, Paris, F; Margaretha Ferguson, Den Haag, NL; Erich Fried, London, GB; Fritz Rudolf Fries, Petershagen, DDR; Max Frisch, Berzona, CH; Günter Görlich, Berlin, DDR; Günter Grass, Westerberlin; Martin Gregor-Dellin, Gröbenzell; Max von der Grün, Dortmund; Eugène Guillevic, Paris, F; Rita Haaviko, Espoo, SF; Peter Hacks, Berlin, DDR; Bent Haller, Kopenhagen, DK; Margarete Hannsmann, Stuttgart; Ludwig Harig, Sulzbach/Saar; Peter Härtling, Mörfelden-Walldorf; Christine Haidegger, Salzburg, A; Gerd Henniger, Berlin, DDR; Günter Herburger, München; Stefan Hermlin, Berlin, DDR; Wieland Herzfelde, Berlin, DDR; Richard Hey, Westberlin; Stefan Heym, Berlin, DDR; Wolfgang Hildesheimer, Poschiavo, CH; Gerd E. Hoffmann, Köln; Gerhard Holtz-Baumert, Berlin, DDR; Norbert Honsza, Wroclaw, PL; Urs Jaeggi, Westberlin; Karl-Heinz Jakobs, z.Zt. Bochum; Ernst Jandl, Wien, A; Walter Jens Tübingen; Robert Jungk, Salzburg, A; Sten Kaal, Josbjerg, DK; Heinz Kamnitzer, Berlin, DDR; Hermann Kant, Berlin, DDR; Hendryk Keisch, Berlin, DDR; Walter Kempowski, Nartum; Rainer Kerndl, Berlin, DDR; Irmgard Keun, Köln; Heimar Klipphardt, Angelsbruck; Sarah Kirsch, z.Zt. Westberlin; Soren B. Knudsen, Mosbjerg, DK; Lew Kopeloew, z.Zt. Göttingen; Juri Korienez, Moskau, UdSSR; Irina Korschunow, Grafrath; Mirko Kovac, Belgrad, YU; Ursula Krechel, Frankfurt/M.; Vuk Krnjevic, Belgrad, YU; Franz Xaver Kroetz, Altenmarkt; Kirsi Kunnas, Yujaihn, SF; Ludwig Laher, Salzburg, A; Marianne Larsen, Kopenhagen, DK; Dieter Lattmann, München; Siegfried Lenz, Hamburg; Brigitte Livbjerg, Kopenhagen, DK; Golo Mann, Kilchberg

b.Zürich, CH; Friederike Mayröcker, Wien, A; Angelika Mechtel, Ginsbach; Peter de Mendelssohn, München; Veijo Meri, Helsinki, SF; Doeschka Meysing, Amsterdam, NL; Michael Molsner, München; Irmtraut Morgner, Berlin, DDR; Harry Mulisch, Amsterdam, NL; Ase-Marie Nesse, Oslo, N; Werner Neubert, Berlin, DDR; Kathleen Nott, London, GB; Dusko Novakovic, Belgrad, YU; Walter Nowojski, Berlin, DDR; Joachim Nowotny, Leipzig, DDR; Edwin Ortmann, München; Leonie Ossowski, Westberlin; Jo Pestum, Billerbeck; Werner Peterich, Holzen; Ankie Peypers, Amsterdam, NL; Bernard Pingaud, Paris, F; Heinz Piontek, München; Johannes Poethen, Stuttgart; Mauro Ponzi, Rom, I; Peter Poulsen, Kopenhagen, DK; J.B. Priestley, Stratford-on-Avon, GB; Armand Rapoport, Paris, F; Bjarne Reuter, Bagsvaerd, DK; Horst-Eberhard Richter, Gießen; Klaus Rifbjerg, Kopenhagen, DK; Paavo Rintala, Kirkkomummi, SF; Luise Rinser, Pocco di Papa, I; Peter Rühmkorf, Hamburg; Gerhard Ruiss, Wien, A; Helmut Sakowski, Neustrelitz, DDR; Milisav Savic, Belgrad, YU; Mineke Schipper, Utrecht, NL; Max Walter Schulz, Leipzig, DDR; Paul Schuster, z.Zt. Westberlin; Johannes Mario Simmel, Monte Carlo, MC; Knud Sorensen, Nyksbing, DK; Klaus Staeck, Heidelberg; Vagn Steen, Tranehuse, DK; Erik Stinus, Kopenhagen, DK; Sara Stinus, Kopenhagen, DK; Horst Stern, Grünenbach/Allgäu; Rudi Strahl, Berlin, DDR; Guntram Vesper, Göttingen; Walter Vogt, Muri, Bern, CH; Johannes Vyoral, Wien A; Günter Wallraff, Köln; Martin Walser, Überlingen-Nußdorf; Per Wästberg, Heby, S; Hans Weber, Fredersdorf, DDR; Paul Wiens, Berlin, DDR; Gabriele Wohmann, Darmstadt; Wim Zaal, Muiden, NL; Peter Paul Zahl, z.Zt. Westberlin; Gerhard Zwerenz, Schmitten/Taunus.

(A= Österreich; CH = Schweiz; DK = Dänemark; F = Frankreich; GB = Großbritannien; I = Italien; MC = Monte Carlo; N = Norwegen; NL = Niederlande; PL = Polen; S = Schweden; SF = Finnland; YU = Jugoslawien.)

DGB: Frieden durch Abrüstung! Friedensaufruf und Unterschriftenaktion zum Antikriegstag 1981

(Wortlaut)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund startet laut Pressemitteilung vom 14. August 1981 am 1. September eine Friedensinitiative. Der Antikriegstag bildet den Auftakt einer Unterschriftenaktion unter der Überschrift „DGB: Frieden durch Abrüstung!" Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören neben dem DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes, die Vorsitzenden der Gewerkschaften und der DGB-Landesbezirke. Nachstehend dokumentieren wir den Aufruf im Wortlaut. D. Red.

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

Die Arbeitnehmer wissen: Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.

Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.

Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.

Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Antrag erfüllen.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierung der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:

auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,

die Produktion von Atomwaffen einzustellen,

die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot

der Entwicklung
der Herstellung
der Lagerung
der Weitergabe und der Anwendung
atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien,

mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Dafür trete ich ein!

Erklärung und „Kieler Aufruf" der SPD Schleswig-Holstein gegen die Neutronenbombe vom 11. August 1981

(Wortlaut)

1. Die SPD Schleswig-Holstein sieht in der Entscheidung der amerikanischen Regierung für den Bau von Neutronenwaffen den bewußten Versuch, durch rüstungspolitische Drohungen die internationale Lage weiter zu verschärfen. Mit dieser Entscheidung fällt der amerikanische Präsident allen Bemühungen westeuropäischer Staaten in den Rücken, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Regierung zur Verhandlungsbereitschaft für eine internationale Abrüstung zu stärken. Durch die Entscheidung für den Bau der Neutronenwaffen wird eine eigenständige westeuropäische Friedensinitiative, die den Interessen der europäischen Staaten gegenüber dem Übermachtstreben der UdSSR und der USA eindeutigen Vorrang gibt, immer dringlicher.

2. Die SPD Schleswig-Holstein erinnert an die im Godesberger Grundsatzprogramm – wie in vielen Bundes- und Landesparteitagsbeschlüssen – aufgestellten Forderung, nach einer völkerrechtlichen Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und bekräftigt ihre erst kürzlich beschlossene

Forderung nach einem Verbot der Lagerung und des Einsatzes von Neutronenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

3. Die SPD Schleswig-Holstein fordert die Bundesregierung auf, vor den Bürgern der Bundesrepublik und gegenüber der amerikanischen Regierung unmißverständlich klarzustellen, daß sie sich einer Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden mit allen politischen Mitteln widersetzen werde, und daß sie die Produktion solcher Waffen für unvereinbar mit den propagierten Werten und Zielen des westlichen Bündnisses hält.

4. Die SPD Schleswig-Holstein begrüßt die durch Hans-Jürgen Wischnewski und Egon Bahr abgegebenen Stellungnahmen der Bundes-SPD zu der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten. Angesichts der unverantwortlichen Zustimmung der CDU/CSU zu den Neutronenwaffenplänen der amerikanischen Regierung, die in Form und Inhalt nicht nur einen peinlichen Anbiederungsversuch an das militärische Übermachtstreben der USA darstellt, sondern darüberhinaus den falschen Eindruck zu erwecken versucht, die Bürger der Bundesrepublik könnten einer Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden mehrheitlich zustimmen, wird die SPD Schleswig-Holstein nicht nur in der Entwicklung der innerparteilichen Meinungsbildung Position beziehen, sondern über Veranstaltungen und eine Unterschriftenliste zum Protest gegen die amerikanische Neutronenwaffenproduktion auch in der Bevölkerung aufrufen.

Die ab 10. August 1981 an alle Gliederungen der SPD in der Bundesrepublik, sowie an befreundete Organisationen verschickte, und bei Veranstaltungen und Informationsständen auszulegende Unterschriftenliste, stellt folgende Erklärung voran:

„Ich protestiere gegen die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten für den Bau von Neutronenwaffen.
Ich fordere die Bundesregierung auf, gegenüber der amerikanischen Regierung unmißverständlich klarzustellen, daß eine Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden nicht in Frage kommt. Ich unterstütze alle Bemühungen, die darauf abzielen, durch Verhandlungen zu einer internationalen Abrüstung zu gelangen."

Mit dieser Unterschriftenaktion möchte die SPD Schleswig-Holstein über die Parteimitglieder hinaus alle Bürger ansprechen, die in der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung eine verhängnisvolle Zuspitzung mit der zunehmenden Bereitschaft sehen, durch militärische Drohpotentiale und Inkaufnahme gewalttätiger Konflikte die Probleme dieser Welt zu lösen. Die SPD Schleswig-Holstein möchte mit dieser Aktion zugleich deutlich machen, daß die Diskussion um Frieden und Abrüstung nicht nur Sache der Regierungen und der Parteien ist, sondern daß die aktive Unterstützung von Abrüstungsinitiativen die gemeinsame Pflicht aller Bürger in diesem Land ist.

Beschluß der FDP-Schleswig-Holstein vom 15. August 1981 gegen die Neutronenbombe

(Wortlaut)

Auf seiner Sitzung am 15. August 1981 hat der Landesvorstand der Freien Demokratisches Partei Schleswig-Holstein den im folgenden dokumentierten einstimmigen Beschluß gefaßt. D. Red.

Die Entscheidung der US-Regierung über die Produktion der Neutronenwaffe beweist einen bemerkenswerten Mangel an Rücksicht auf die Interessen der europäischen Verbündeten und besonders auf die Interessen Deutschlands.

Die Existenz der Neutronenwaffe

– verführt zu frühzeitigem Einsatz nuklearer Sprengsätze und zu entsprechender Einsatzplanung. Der Einsatz dieser Waffe erscheint nur in Mitteleuropa und besonders in Deutschland denkbar;

– erhöht die Gefahr, daß ein auf Mitteleuropa begrenzter Krieg führbar erscheint;
– blockiert die Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland und weiterer europäischer Länder, durch Einfrieren und Reduzieren der Rüstungen, wie z.B. bei den Mittelstreckenraketen, die Spannungen in Europa zu vermindern und zu weiteren Übereinkünften nicht nur zur Begrenzung, sondern zum Abbau der Rüstung in Ost und West zu gelangen.

Der Landesvorstand appelliert an die Bundesregierung, einer Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden nicht zuzustimmen und auf eine Rücknahme des Beschlusses durch die amerikanische Regierung zu drängen.

Aufruf zum Zweiten Forum der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa" am 21. November 1981 in Dortmund

(Wortlaut)

Die Initiatoren des „Krefelder Appells" gaben am 22. August die nachstehend dokumentierte Erklärung ab. Bis August 1981 haben bereits 1,2 Millionen Bürger den „Krefelder Appell" an die Bundesregierung, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auf deutschem Boden zurückzuziehen, mit ihrer Unterschrift unterstützt. D.Red.

Am 1. September 1939 begann Deutschland den Zweiten Weltkrieg. Sechs Jahre später endete dieser Krieg mit dem atomaren Holocaust der kaltblütig zur Demonstration des Schreckens ausgewählten Städte Hiroshima und Nagasaki. Eine Zeit entsetzlicher Leiden und Schandtaten, an denen wir Deutsche als Leidende wie als Täter nicht geringen Anteil hatten, schien endgültig überwunden zu sein.

Doch 36 Jahre haben genügt, die mahnende Erinnerung zu tilgen und eine selbstzerstörerische Militarisierung der Politik, eine erneute Vergötzung immer wirksamerer Vernichtungspotentiale wieder möglich zu machen. Das aber darf und muß nicht sein! Wir fordern deshalb von der Bundesregierung als deutschen Beitrag zur Reduzierung des Kriegsrisikos die Aufkündigung der am 12. Dezember 1979 erteilten Genehmigung zur Stationierung einer neuen Generation nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in Europa, vorwiegend auf unserem Boden.

Diese Forderung ist heute dringlicher und notwendiger als je zuvor. Hat sich doch seit der Verabschiedung des Krefelder Appells vom 16. November 1980 in bedrückender Weise bestätigt, wie begründet unsere Warnung vor diesem Rüstungsschritt ist. Was der deutschen Öffentlichkeit unter Verzerrung der Tatsachen immer noch als „Nachrüstung" und als Teil eines „Doppelbeschlusses" dargestellt wird, der vor allem Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung möglich machen soll, entlarvt sich jeden Tag mehr als das Ergebnis einer Veränderung des nuklearen Kriegsführungsdenkens der westlichen Supermacht. Eines Denkens, das wegführt von der jahrzehntelang gültigen Vorstellung, einen Nuklearkrieg mit nur zur Abschreckung tauglichen Nuklearwaffen weltweit verhindern zu können, und hinführt zur Absicht, einen künftigen Krieg mit dafür entwickelten Nuklearwaffen auf Europa zu beschränken, hier zu führen und zu gewinnen.

Wie weit diese Entwicklung vorangeschritten ist, haben eben erst zwei Ereignisse deutlich gemacht. Einmal die Erklärung des amerikanischen Abrüstungsbeauftragten, Eugene Rostow, der dem Gerede vom „Doppelbeschluß" endgültig den Boden entzog, indem er darauf hinwies, daß die Stationierung von Pershing-II-Raketen in unserem Lande „beschlossen" und „nicht mehr verhandelbar" sei. Zum anderen die vom amerikanischen Präsidenten verfügte Produktion der für Europa bestimmten Neutronenwaffen, deren Bereitstellung freilich in der Logik der oben erwähnten Veränderung liegt. Sind doch Neutronenwaffen in besonderem Maß geeignet, die Grenze zwischen konventionellen und nuklearen Waffeneinsätzen in gefährlicher Weise zu verwischen.

Deutsche und Europäer sind aufgerufen, sich dieser Entwicklung im ureigensten Interesse, aber auch zum Wohle der Welt, entschieden zu widersetzen und von ihren Regierungen die Aufkündigung jeder Unterstützung oder auch nur Duldung dieser verhängnisvollen Rüstungsschritte zu verlangen. Sie handeln damit keineswegs „antiamerikanisch", weil es auch in den USA eine starke, hier meist verschwiegene Opposition gegen die nukleare Rüstung gibt, als deren Wortführer Wissenschaftler, Politiker und Militärs an die Öffentlichkeit treten und uns Europäer zum gemeinsamen Widerstand auffordern. Ebensowenig handeln sie „prokommunistisch", weil wohl oder übel zur Kenntnis genommen werden muß, daß auch Kommunisten den Wunsch haben, zu überleben und nicht in einem atomaren Inferno zugrunde zu gehen. Wenn Kommunisten daher Initiativen gegen die Rüstungseskalation wie zum Beispiel den Krefelder Appell begrüßen und unterstützen, so ist dies kein Argument gegen diesen Appell und die Personen, die ihn tragen; es spricht vielmehr für das überragende, alle ideologischen Grenzen überschreitende Interesse auch von Kommunisten an der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung eines Krieges, der sowohl kommunistische wie nichtkommunistische Länder in atomare Wüsten verwandeln würde.

Wer den Krefelder Appell unterstützt, handelt auch nicht „einseitig", wie es die oft geäußerte, alle Tatsachen leugnende und darum törichte Behauptung glauben machen möchte, „Wer Pershing sagt, der muß auch SS-20 sagen". Wer so argumentiert, übersieht geflissentlich, daß man mit mehr Berechtigung fordern kann, „Wer SS-20 sagt, der muß auch Poseidon und Polaris sagen", was NATO und Bundesregierung allerdings nicht tun, um die Version von einer zur „Nachrüstung" des Westens nötigen „Vorrüstung" des Ostens aufrechterhalten zu können. Denn Poseidon- und Polaris-Raketen der NATO „in und für Europa" sind in ihrer Gefährlichkeit und Unnötigkeit den sowjetischen SS-20-Raketen ebenbürtig und gewährleisten ein Gleichgewicht des Schreckens.

Doch Pershing-II-Raketen, Marschflugkörper und jetzt auch Neutronenwaffen setzen dies Gleichgewicht außer Kraft und erhöhen damit die Kriegsgefahr in Europa. Entschieden wenden wir uns daher weiterhin gegen diese einseitigen und mit der sowjetischen SS-20-Aufstellung nicht zu begründenden Rüstungsschritte. Wir wiederholen unseren Appell an die Bundesregierung, die sogenannten Nachrüstungswaffen in Europa nicht zuzulassen, und ergänzen ihn mit der Forderung, auch einer Ausrüstung der NATO-Streitkräfte in Europa mit Neutronenwaffen rechtzeitig zu widersprechen.

Helfen auch Sie uns mit Ihrer Unterschrift, diesem Appell millionenfachen Nachdruck zu verleihen. Nur so kann die Bundesregierung gezwungen werden, ihre Politik zu ändern.

Kommen Sie am 21. November 1981 nach Dortmund in die Westfalenhalle zum Zweiten Forum der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa", bei dem wir die Gemeinsamkeit aller Rüstungsgegner in dieser Existenzfrage zum Ausdruck bringen wollen.

Frankfurt/M., 22. August 1981
Die Initiatoren des Krefelder Appells: Gert Bastian, Petra K. Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta v. Uexküll, Josef Weber

„Sozialdemokratische Friedenspolitik auf dem Prüfstand" Stellungnahme der Initiatoren der Bielefelder Erkärung „Mut für eine bessere Zukunft!"

(Auszug)

Aus Anlaß des „Forum Frieden" der SPD, das am 27. August 1981 in Bonn stattfand, legten die Initiatoren der Bielefelder Erklärung „Mut für eine bessere Zukunft!", Dieter Begemann und Peter Pahmayer, eine Stellungnahme vor, aus der wir einen Auszug dokumentieren. Die Bielefelder Erklärung ist, wie die Initiatoren bekanntgaben, inzwischen von nahezu 20000 Sozialdemokraten unterzeichnet worden. D.Red.

VIII.

Zweimal in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte ließ die SPD, trotz größter Bedenken, eine Regierungspolitik zu, deren absehbare Folgen militärische Destabilisierung und Konfrontation waren. In der Hoffnung, so Schlimmeres verhindern zu können. Die Folgen waren beide Male verheerender, als jene, die verhindert werden sollten.

Nun steht sozialdemokratische Friedenspolitik erneut auf dem Prüfstand. Jetzt könnte ein Scheitern der Vernunft zu Folgen führen, die sich jeder menschlichen Vorstellung entziehen.

Wenn die SPD ihren Anspruch, eine Friedenspartei zu sein, nicht verspielen will, darf sie jetzt keine Konzessionen mehr machen. Es gibt nur einen Weg:
Sie muß sich freimachen von den falschen Zwängen, die durch das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit verursacht sind. Sie muß alle Kraft aufwenden und allen Einfluß geltend machen, damit die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die amerikanischen Zumutungen zurückweist und eine Stationierung von Pershing-II-Raketen, Marschflugkörpern und Neutronenbomben in der Bundesrepublik nicht zuläßt.

Dies ist keine Frage von Personen, Koalitionen und Regierungen, sondern eine Frage der Sicherheit und möglicherweise des Überlebens der Menschen in diesem Land.

Kultur- und bildungsfeindliche Pläne zur Steuererhöhung für Zeitschriften und Bücher – Stellungnahmen –

Das „Steuererhöhungskabinett" (Lambsdorff, Matthöfer, Ehrenberg) hat am 25. August 1981 eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer für Bücher und Zeitschriften (bezeichnenderweise nicht für Tages- und Wochenzeitungen) vorgeschlagen, die bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen beschlossen werden soll. Die IG Druck und Papier, der Verband Deutscher Schriftsteller (VS), das PEN-Zentrum, der Bundesverband Druck und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. haben gegen die kultur- und leserfeindlichen Pläne protestiert. Wir veröffentlichen diese Stellungnahmen nachfolgend. D.Red.

IG Druck und Papier, Hauptvorstand:

Wir protestieren zusammen mit dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) gegen die geplante

Erhöhung der Mehrwertsteuer für Druck-Erzeugnisse. Diese Steuererhöhung würde sich als kulturfeindliche Maßnahme mit nicht absehbaren Folgen auswirken, nicht nur für die Arbeitsplätze.

Der Präsident des PEN-Zentrums Bundesrepublik Deutschland, Walter Jens:

Das PEN-Zentrum Bundesrepublik Deutschland wendet sich mit Entschiedenheit gegen alle Pläne, die darauf hinauslaufen, durch eine rigorose Erschwerung der Arbeitsbedingungen von Schriftstellern das literarische Leben in diesem Land veröden zu lassen. Das PEN-Zentrum protestiert gegen geistverachtende, einer Kulturnation unwürdige Maßnahmen, die Worte, wie sie beim Tag des Buches vom Bundeskanzler über die Förderung der Lese- und Schreibkultur gesprochen wurden, im nachhinein auf eklatante Weise Lügen strafen.

Bundesverband Druck:

Die Überlegungen, die Mehrwertsteuer auf Druckerzeugnisse mit Ausnahme von Zeitungen zu erhöhen, sind absolut unverständlich. Hier findet eine ganz ungleichgewichtige Belastung eines einzigen Industriezweiges statt. Die Druckindustrie erlebt derzeit im Gefolge der rezessiven Entwicklung der Gesamtindustrie einen erheblichen Beschäftigungseinbruch, wird von den steigenden Papierpreisen und der Postgebührenverteuerung ohnehin in die Zange genommen und ist daher außerstande, solche ganz gezielt auf einen Industriezweig gerichtete Mehrbelastungen zu verkraften. Von einer ausgewogenen Belastung aufgrund der defizitären Haushaltslage, in der jeder bereit ist, angemessen und im Verhältnis zu anderen gleichgewichtige Opfer zu bringen, kann daher keine Rede sein.

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.:

Die Pläne des „Finanzkabinetts", den Mehrwertsteuersatz für Druck-Erzeugnisse, mit Ausnahme von Zeitungen, auf 13 Prozent zu verdoppeln, sind ein neuer Schlag gegen Buch und Buchhandel. Die Novellierung des Paragraphen 34,4 Einkommenssteuergesetz (durch die eine steuerliche Begünstigung von nebenberuflicher schriftstellerischer Tätigkeit beseitigt wurde), die neu eingeführte Künstlersozialabgabe und bevorstehende Portoerhöhungen um 30 bis 50 Prozent belasten den Buchhandel bereits in erheblichem Maße. In Verbindung mit der angekündigten Erhöhung der Mehrwertsteuer dürften sich Preiserhöhungen in der Größenordnung von 10 Prozent ergeben.

Nachtrag 1

Bundeskanzler Helmut Schmidt am 10. Mai 1981 auf der Zentralen Veranstaltung zum „Tag des Buches" in Mainz: „Die geistige und kulturelle Aufgabe, die das Buch erfüllen will, hat auch wirtschaftliche Voraussetzungen und sehr prosarische steuerliche und betriebswirtschaftliche Seiten. Die Bedeutung des halben Mehrwertsteuersatzes und der Preisbindung der letzten Hand, also des festen Ladenpreises für Bücher, ist mir bewußt. Um unseren Buchhandel, auch um die Schnelligkeit, mit der bei uns Bücher beschafft werden können, werden wir von vielen Ausländern beneidet. Dieses gutverzweigte Netz geistiger Tankstellen – wenn ich mich so salopp ausdrücken darf – wollen wir uns erhalten – sonst stiege die Gefahr eines neuen Analphabetismus."

Nachtrg 2

Gleichzeitig wird bekannt, daß *Bundesfinanzminister Matthöfer* der Flick-Gruppe eine Steuerschuld von 120 Mio.DM aus einer Transaktion erlassen hat, mit der sie sich bei Gerling eingekauft hatte.

Autoren dieses Heftes

Dr. Jürgen KUCZYNSKI, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Horst-Eckart GROSS*, geb. 1943 in Wessigerode/Harz, Diplommathematiker, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Gert BASTIAN*, geb. 1923, Generalmajor a.D., bis Januar 1980 Kommandeur der 12. Panzerdivision der Bundeswehr in Veitzhöchheim bei Würzburg. Seine Kritik am „Nachrüstungsbeschluß" der NATO führte zur Ablösung von seinem Truppenkommando und vorzeitiger Pensionierung. • • • *Dieter S. LUTZ*, geb. 1949 in Gaildorf, stv. Direktor am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Hans-Jochen GAMM*, geb. 1925 in Jörnstorf/Mecklenburg, Professor für Erziehungswissenschaft an der Technischen Hochschule in Darmstadt; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Rudolf HICKEL*, geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Rolf GEFFKEN*, geb. 1949, Rechtsanwalt in Hamburg. • • • *Frank NIESS M.A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972-76 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979).

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: Im ersten Teil des Artikels von Helmut Wolfgang Kahn, Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk", „Blätter", 8/1981, muß es auf S. 916 in der 4. Zeile v. O. „Nach-Nachrüstung" statt „Nachrüstung" heißen und auf S. 923 in der 11. Zeile v. O. fehlen die nachfolgend kursiv wiedergegebenen Worte: „. . . ein begrenzter *Angriff auf Ziele nahe der Demarkationslinie, ein politischer* Würgegriff . . .". Wir bitten um Entschuldigung. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 10/1981 der „Blätter" wird am 19. 10. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 9/81
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-315777-01-01 526
[redacted]
##

Zur 15teiligen Fernsehserie »Der unvergessene Krieg«

In den Dritten Programmen der ARD
von September 1981 bis Februar 1982

Michael Bartsch
Hans Frieder Schebesch
Rainer Scheppelmann

Der Krieg im Osten 1941–1945

Historische Einführung,
Kommentare und Dokumente
229 Abbildungen, 24 Karten
Format 24 × 16,5
Kt. 262 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-0644-3

Pahl-Rugenstein

Gottesweg 54 · 5000 Köln 51 Telefon (02 21) 36 40 51